

Das Parlament

Berlin, Montag 30. Juni 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 27 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Start zu einer neuen Karriere

Jean-Claude Juncker Jetzt steht der Luxemburger, der schon so viel erlebt und Wichtiges getan hat, vor seiner bedeutendsten Aufgabe: Jean-Claude Juncker, Spitzenkandidat der bei der Europawahl erfolgreichen Europäischen Volkspartei, wird nach der heftig umkämpften Nominierung durch die EU-Regierungschefs neuer Kommissionspräsident in Brüssel. Damit erfüllt sich für den schon lange in europäischen Gefilden wirkenden Christdemokraten, der wahlweise mal „Mister Europa“ oder „Mister Euro“ genannt wird und mehrere Sprachen fließend spricht, ein Lebensstraum. Bis Ende 2013 amtierte der 59-Jährige als luxemburgischer Premier, er hat den Maastricht-Vertrag und Euro mitgefunden und führte 2005 bis 2013 die wichtige Euro-Gruppe. (Seite 10) *kru*



Aufgabe: Jean-Claude Juncker, Spitzenkandidat der bei der Europawahl erfolgreichen Europäischen Volkspartei, wird nach der heftig umkämpften Nominierung durch die EU-Regierungschefs neuer Kommissionspräsident in Brüssel. Damit erfüllt sich für den schon lange in europäischen Gefilden wirkenden Christdemokraten, der wahlweise mal „Mister Europa“ oder „Mister Euro“ genannt wird und mehrere Sprachen fließend spricht, ein Lebensstraum. Bis Ende 2013 amtierte der 59-Jährige als luxemburgischer Premier, er hat den Maastricht-Vertrag und Euro mitgefunden und führte 2005 bis 2013 die wichtige Euro-Gruppe. (Seite 10) *kru*

ZAHLE DER WOCHE

376

Abgeordnete des neu gewählten Europaparlaments sind nötig, um den vom EU-Rat nominierten Jean-Claude Juncker als EU-Kommissionspräsidenten zu bestimmen. Nach Artikel 17 des Vertrags von Lissabon muss der Präsident von der „Mehrheit der Mitglieder“ des EU-Parlaments, das 751 Mitglieder hat, gewählt werden. Die Abstimmung ist dann für Mitte Juli geplant.

ZITAT DER WOCHE

»Eine Abstimmung nur mit qualifizierter Mehrheit ist kein Drama.«

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin, vor dem EU-Gipfel zur Nominierung von Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten im Rat der EU-Staats- und Regierungschefs.

IN DIESER WOCHE

THEMA

Interview Der Unions-Haushälter Norbert Barthle zum neuen Etat *Seite 2*

INNENPOLITIK

NSA-Ausschuss Technikexperten äußern sich zu Geheimdienstoperationen *Seite 11*

KULTUR UND MEDIEN

Handelsabkommen Die Sorgen der Medien vor dem geplanten TTIP-Vertrag *Seite 13*

KEHRSEITE

Bundestagslauf Beliebte Veranstaltung fand zum 15. Mal statt *Seite 14*

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



In neuer Dimension

HAUSHALT Nach vier Jahrzehnten Schuldenpolitik ist der ausgeglichene Etat in Sichtweite

Die Haushaltspolitik erreicht nach vier Jahrzehnten pausenloser Neuverschuldung eine neue Dimension: In diesem Jahr ist die Nettokreditaufnahme mit 6,5 Milliarden Euro nur noch minimal, strukturell ist der Haushaltsentwurf von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bereits ausgeglichen. Und ab 2015 gehört das Schuldenmachen der Vergangenheit an: Dann werde mit einem Etat ohne Nettokreditaufnahme eine „haushaltspolitisch historische Zielmarke“ erreicht, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Generalaussprache über den Bundeshaushalt 2014 im Bundestag. „Das gilt dann auch für die kommenden Jahre“, versprach Merkel. Der Bundestag verabschiedete den Etat mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Opposition. Die Ausgaben sollen in diesem Jahr 296,5 Milliarden Euro betragen (Einzelheiten siehe unten und auf Seite 3).

Wachstumsmotor „Deutschland bleibt Stabilitätsanker und Wachstumsmotor der Eurozone und auch der ganzen Europäischen Union“, stellte Merkel angesichts der Wachstumsprognosen und eines Beschäftigungsrekords fest. Zu den großen Aufgaben zählte die Kanzlerin Bildung und Forschung. Allein in diesem Bereich habe der Bund von 2005 bis 2013 seine Ausgaben um knapp 60 Prozent auf rund 14,4 Milliarden Euro gesteigert. Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts würden in Bildung und Forschung investiert. Mit der Übernahme des BAföG für Schüler und Studierende unternehme der Bund einen „historischen Schritt“ und entlaste die Länder dauerhaft um 1,2 Milliarden Euro im Jahr. In der Europapolitik kündigte Merkel die Unterstützung von Jean-Claude Juncker (Luxemburg) für das Amt des Kommissionspräsidenten an. Klar bekannte sie sich zum Stabilitäts- und Wachstumspakt. Er enthalte klare Leitplanken und Grenzen einerseits und eine Vielzahl von Flexibilitätsinstrumenten andererseits: „Beides müssen wir nutzen.“ Zuvor hatte Linksfraktionschef Gregor Gysi scharfe Kritik an der Haushaltspolitik der Koalition geübt. Um bei 6,5 Milliarden Euro Neuverschuldung zu bleiben, seien einfache die Steuereinnahmen heraufgesetzt und die Zinsausgaben gesenkt worden. Zum Ausgleich des Haushalts 2015 verschiebe die Koalition die Kindergelderhöhung wie die Abschaffung der kalten Progression und reduziere die öffentlichen Investitionen von 29,8 auf 24,7 Milliarden Euro: „Das bedeutet, dass Straßen, Brücken,



Blick auf eine schönere Welt: Wenn der Bundesetat 2015 ohne neue Schulden auskommen wird, ist für Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eine „historische Zielmarke“ erreicht.

Schienen, Schwimmbäder, Kultureinrichtungen, IT-Netze dort marode bleiben, wo sie jetzt marode sind“, kritisierte Gysi, der eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen forderte. Aber an die Reichen traue sich die Koalition offenbar nicht heran.

Alte Rentenformel Gysi verlangte eine Wiedereinführung der alten Rentenformel. Die Bezahlung sei einfach: „Alle mit Erwerbseinkommen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.“ Die Rentenerhöhung für Spitzenverdiener müsse abgeflacht werden. „Dann brauchen wir über Altersarmut gar nicht mehr zu reden, weil alles bezahlt wäre“, sagte Gysi, der auch kritisierte, dass es im 24. Jahr der deutschen Einheit immer noch nicht die gleiche Rente in Ost und West gebe. Das sei ein „Skandal“.

Auch der Grünen-Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter sparte nicht mit Kritik. Deutschland könne so viel zur Lösung von Problemen beitragen, sagte Hofreiter mit Blick auf die großen Probleme unserer Zeit wie die Klimakatastrophe, die Ungerechtigkeit in Europa sowie die humanitären Kata-

strophen in Syrien und im Irak. Aber die Regierung Merkel nutze die Potenziale nicht. „Aus dieser Regierung kommt Deutschland schwächer raus als es reingegangen ist“, befürchtete Hofreiter. Trotz hoher Einnahmen und historisch niedriger Zinsen trete die Regierung in der Haushaltspolitik auf der Stelle und schummle wie Schulbusen. So werde die Steuer-schätzung zurechtgebogen, und künftigen Generationen würden durch die Plünderung der Rentenkassen milliardenschwere Lasten aufgebürdet.

„Potenziale nutzen“ Hofreiter forderte, in der Energiepolitik auf 100 Prozent erneuerbare Energien zu setzen statt Öl, Kohle und Gas von Diktatoren zu kaufen. Erneuerbare Energien könnten heute billiger Strom produzieren als Kohlekraftwerke. Aber die Koalition ignoriere den ökologischen Umbau, „und de facto sabotieren Sie auch noch die Energiewende“. Wirtschafts-

minister Sigmar Gabriel (SPD) stecke tief im Kohlezeitalter fest. Die Fraktionsvorsitzenden der Koalition, Thomas Oppermann (SPD) und Volker Kauder (CDU), würdigten die Arbeit des Regierungsbündnisses und besonders den Weg zum schuldenfreien Bundeshaushalt. Eine Deckungslücke von drei Milliarden Euro habe geschlossen werden können, lobte Oppermann dieses „starke Signal dafür, dass wir es 2015 schaffen werden, einen voll ausgeglichen Haushalt vorzulegen“. Haushaltspolitik zu Lasten der jungen Generation dürfe es in Zukunft nicht mehr geben, verlangte der SPD-Politiker.

Kauder lobte, dass es in der Großen Koalition zum Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik komme und es 2015 keine Neuverschuldung mehr geben werde. Kauder erklärte: „Nichts ist für eine junge Generation wichtiger, als dass sie Handlungsspielraum hat.“ *Hans-Jürgen Leersch*

»Aus dieser Regierung kommt Deutschland schwächer raus.«

Anton Hofreiter (Grüne)

EDITORIAL

Leicht ist nicht einfach

VON JÖRG BIALLAS

Jeder siebte Deutsche zwischen 16 und 64 Jahren kann nur einzelne Wörter oder einzelne Sätze lesen und deren Inhalt erfassen. Zusammenhängende Texte verstehen diese Menschen nicht.

Trotzdem haben sie ein Recht darauf, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Die wesentliche Voraussetzung dafür ist Information, auch in schriftlicher Form. Die rechtliche Grundlage liefert die in Deutschland gültige Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Tatsächlich ist das Angebot von Texten politischen Inhalts, die so aufbereitet sind, dass sie von Menschen mit kognitiven Behinderungen verstanden werden, aber ausgesprochen überschaubar.

Deshalb hat sich die Redaktion von „Das Parlament“ entschlossen, ab heute jede Ausgabe der Zeitung mit einer viersseitigen, herausnehmbaren Beilage in Leichter Sprache zu ergänzen. Darin werden aktuelle politische Begriffe und Themen in Wort wie Bild von Fachleuten verständlich aufbereitet. Die Kunst besteht darin, komplexe Zusammenhänge auf den jeweiligen Kern zu reduzieren. Dabei muss allerdings der Sinn der Aussage erhalten bleiben. Die Erläuterungen werden verkürzt werden, dass die Vereinfachung die Botschaft manipuliert.

Die Beilage finden Sie in der Mitte der Debatte undokumentation am Schluss einer jeden Ausgabe von „Das Parlament“ und selbstverständlich auch im E-Paper der Zeitung unter www.das-parlament.de. Inhaltliche Beschränkungen gibt es nicht. Die Erläuterungen werden unterschiedlich lang sein, weil schwierige Begriffe oder komplexe Sachverhalte entsprechend mehr Platz brauchen. Einfach ist leicht also keineswegs.

Übrigens: Leichte Sprache gewinnt in einer immer internationaler werdenden Welt an Bedeutung. So ist das Angebot dieser Zeitung durch auch für Menschen interessant, die ihre Deutschkenntnisse erst aufbauen wollen. Außerdem können auf Politik neugierige Kinder und Heranwachsende erste Annäherungsversuche machen.

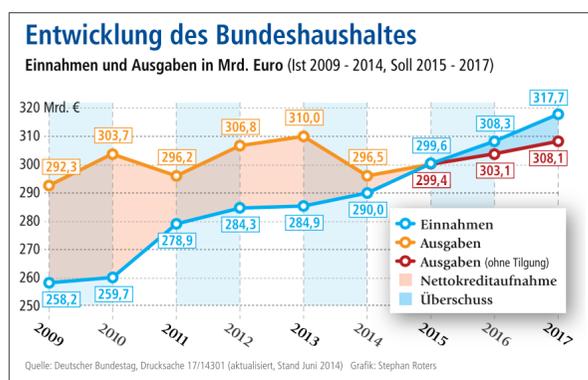
In jedem Fall freut sich die Redaktion auf das Projekt, das für uns ein Experiment ist. Alle Leserinnen und Leser sind herzlich eingeladen, uns ihre Meinung über die neue Beilage in Leichter Sprache mitzuteilen. Die Kontaktdaten finden Sie auf der „Kehreseite“.

Abbau der Bundesschulden ab 2015 vorgesehen

FINANZPLANUNG Regierung will Schuldenstandsquote auf 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduzieren

Der Bund will ab dem Jahr 2015 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Das geht aus dem von der Bundesregierung als Unterrichtung vorgelegten Finanzplan des Bundes 2013 bis 2017 (17/14301) hervor, den der Bundestag vergangenen Woche auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/1026) zur Kenntnis nahm. Ab 2015 werden in der mittelfristigen Finanzplanung sogar Überschüsse prognostiziert, die zur Reduzierung von Schulden eingesetzt werden sollen. Diese sollen im kommenden Jahr bei 200 Millionen Euro liegen und 2016 auf 5,2 Milliarden steigen. Für 2017 wird ein Überschuss von 9,6 Milliarden Euro erwartet.

Ausgaben steigen gering Die Ausgaben des Bundes sollen bis 2017 nur gering steigen. Der Finanzplan sieht für 2014 Ausgaben in Höhe von 295,4 Milliarden Euro und eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 6,2 Milliarden Euro vor. Bei den Etatberatungen ist der Bundestag nur wenig von den Regierungsplänen abgewichen. Danach betragen in diesem Jahr die Ausgaben 296,5 Milliarden Euro, für neue Schulden sind 6,5 Milliarden Euro eingeplant. 2015 sollen die



Ausgaben auf 299,6 Milliarden Euro steigen, 2016 auf 308,3 Milliarden und 2017 auf 317,7 Milliarden. Die Schuldenstandsquote, die im vergangenen Jahr bei 81,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag, soll durch die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte bis 2017 auf weniger als 70 Prozent sinken. Allerdings sollen die Zinsausgaben von 29,1 Milliarden Euro bis 2017 auf 34,16 Milliarden Euro steigen. Bei den einzelnen Ausgabenbereichen werden zum Teil größere Veränderungen erwartet. So sollen die vorgesehenen Ausgaben für Rentenversicherungsleistungen von 82,51 Milliarden Euro bis 2017 auf 90,12 Milliarden Euro erhöht werden. Auch die familien-

politischen Leistungen sollen von 5,9 Milliarden Euro auf 7,12 Milliarden Euro steigen. Dagegen sollen die Ausgaben für militärische Verteidigung von 27,8 auf 27,23 Milliarden Euro im Jahr 2017 zurückgehen.

Investitionen verstetigen Leicht sinken sollen laut der mittelfristigen Finanzplanung die Verkehrsausgaben. Während die Mittel für Bundesfernstraßen mit 5,28 Milliarden Euro von 2014 bis 2017 unverändert bleiben sollen, ist bei den Ausgaben für die Eisenbahnen des Bundes eine Reduzierung von 10,05 Milliarden Euro auf 9,97 Milliarden Euro vorgesehen. Nach der Koalitionsvereinbarung will die Regierung jedoch fünf Milliarden Euro bis 2015 zusätzlich in die Infrastruktur investieren. Die Bundesregierung geht für den Schätzzeitraum bis 2017 von einem jährlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent aus. *Michael Klein*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MUSS DER STAAT MEHR INVESTIEREN?

Riesiger Rückstand

PRO



Claus Hulverscheidt
»Süddeutsche Zeitung«

Wer sich ein Bild von Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft machen will, braucht dafür keine komplizierten Rechenmodelle. Oft reicht ein Blick aus dem Fenster – auf Schlaglöcher in den Straßen, bröckelnde Brücken, undichte Schuldächer. Die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt lebt von der Substanz, und obwohl die Erkenntnis nicht neu ist, tut sich kaum etwas. Im Gegenteil: Das Verhältnis der Investitionen zu den Gesamtausgaben des Bundes soll bis 2018 weiter sinken – auf dann noch zwei Drittel des Werts von vor 20 Jahren. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass eine solche Politik die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs langfristig zerstört. Dabei sind die fehlenden Investitionen in Teer und Beton noch nicht einmal das Hauptproblem. Viel gravierender ist, dass Staat und Betriebe nach wie vor zu wenig für gute Kindergärten und Schulen, für die Berufsausbildung, fürs Energiesparen und für moderne Datennetze ausgeben. Nach Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts DIW hat sich seit 1999 ein Investitionsrückstand von sage und schreibe einer Billion Euro aufgebaut. Dass die Bundesregierung nicht endlich gegensteuert, ist aber nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch unverständlich, schließlich nähme eine höhere Investitionsquote den ständigen Klagen der G-7-Partner über die Unwucht in der deutschen Leistungsbilanz den Wind aus den Segeln. Hinzu kommen muss allerdings eine Neudefinition des schwammigen Investitionsbegriffs. Solange nämlich die Bezahlung eines Lehrers weiter als (schlechter) staatlicher Konsum, der Bau eines öffentlichen Spießrads aber als (gute) Investition klassifiziert wird, läuft nicht nur finanziell, sondern auch strukturell einiges schief.

Wirtschaften mit Sinn

CONTRA



Martin Ferber
»Augsburger Allgemeine«

Mindestens 5,4 Milliarden Euro, vielleicht sogar mehr, wird der neue Großflughafen Berlin-Brandenburg kosten, so er denn jemals fertig wird. Die Kosten für den neuen Stuttgarter Tiefbahnhof haben sich seit 2009 auf rund sieben Milliarden Euro nahezu verdoppelt, wenn es denn dabei bleibt. Und die Hamburger Elbphilharmonie wird voraussichtlich mindestens zehn Mal soviel verschlingen wie ursprünglich geplant – 789 Millionen Euro statt 77 Millionen Euro. Drei Beispiele, nicht repräsentativ, aber besonders spektakulär. Wenn die öffentliche Hand investiert, sind Kostenexplosionen keine Seltenheit. Auf der Strecke bleiben im Gegenzug Investitionen in den Bestand der Infrastruktur, in Reparaturen und Unterhalt. Die Folge sind bröckelnde Brücken, marode Straßen, undichte Schulgebäude oder verschlossene Schleusen. Der Ruf nach mehr Investitionen in die Infrastruktur ist schnell erhoben. Doch in Zeiten knapper Kassen und der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, die Bund und Länder zu einem sorgsamem Umgang mit dem knappen Gut Geld zwingt, stellt sich eher die Frage, ob die öffentliche Hand das zur Verfügung stehende Geld sinnvoll ausgibt. Groß ist die Verlockung, mit repräsentativen Bauten, neuen Autobahnen oder Ortsumgehungen die Wähler zu beglücken, statt die weniger öffentlichkeitswirksamen, dafür umso nötigeren Instandsetzungen vorzunehmen. Man lebt von der Substanz, bis es nicht mehr geht. Nicht mehr Geld, sondern kluger, verantwortungsvoller Umgang mit den vorhandenen Mitteln zeichnet nachhaltige Politik aus. Und wenn dereinst der Haushalt konsolidiert ist, gibt es auch Spielräume für mehr Investitionen. Eins nach dem anderen.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 8
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Barthle, in der vergangenen Woche hat der Bundestag den Etat 2014 mit Ausgaben von 296,5 Milliarden Euro und einer Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro verabschiedet. Für die Haushälter ist damit das Ziel der Schwarzen Null, des ausgeglichenen Etats, erreicht. Wie passt das zu den neuen Milliardenschulden? Wir wollen das Ziel des insgesamt ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden 2015 erreichen. Das geht aber nicht von einem Jahr aufs andere. Deshalb haben wir uns für dieses Jahr vorgenommen, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Das haben wir auch geschafft.

Kurz vor Schluss der wochenlangen Etat-Beratungen tauchte noch ein neues Loch von drei bis vier Milliarden Euro auf. Worum ging es da? Da hat uns das Finanzgericht Hamburg einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem es die Kernbrennstoffsteuer für nicht rechtens erklärte. Wir mussten deshalb sofort über zwei Milliarden Euro an die Energieversorger zurückzahlen. Hinzu kam eine negativere Steuerschätzung und der deutlich höhere Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst. So hat sich eine Lücke von knapp 3,5 Milliarden Euro aufgetan, die wir kurzfristig schließen mussten.

Und wie ist Ihnen das gelungen? Durch einen Mix an Maßnahmen. Das sind einerseits Einsparungen, insbesondere im Bereich des Verteidigungsetats, wo wir wissen, dass bestimmte Großbeschaffungen nicht rechtzeitig laufen können. Wir haben bei den Ausgaben für Arbeitslosigkeit II 300 Millionen eingespart aufgrund der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben zudem erhebliche Einsparungen vorgenommen bei den Zinsausgaben, aber auch über alle Einzelpläne hinweg die Öffentlichkeitsarbeit um zehn Prozent gekürzt.

Das hört sich jetzt so an, als wenn es nur um Einsparungen gegangen wäre. Könnten Sie bei den Etatberatungen auch neue Schwerpunkte setzen? Wir haben rund 200 Änderungsanträge über alle Einzelpläne hinweg beschlossen, die wir aber zum großen Teil gegenfinanziert haben. Insofern gibt es eine Vielzahl von Veränderungen gegenüber dem Regierungsentwurf. Obwohl der Regierungsentwurf an sich schon ein guter war, haben wir dort, wo wir Möglichkeiten gesehen haben, ihn noch verbessert.

Können Sie Beispiele nennen? Bei der Kultur haben wir zum Beispiel 90 Millionen Euro zusätzlich draufgelegt. Auch im Auswärtigen Amt haben wir Umstrukturierungen vorgenommen, insbesondere für die zivilgesellschaftliche Arbeit vor allem in der Ukraine. Wir haben die politischen Stiftungen, das THW und die Bundeszentrale für politische Bildung besser ausgestattet. Wir haben das Marktwächterprogramm Finanzmarkt beim Verbraucherschutz installiert. Wir haben verschiedene Modellvorhaben für die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft besser unterstützt und wir machen was für altersgerechten Umbau im Städtebau – nur um ein paar Beispiele zu nennen.

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz wird der Zuschuss des Bundes an den Gesundheitsfonds auf 10,5 Milliarden Euro gesenkt. Früher betrug er mal 14 Milliarden Euro im Jahr. Für die Opposition ist das ein Griff in die Sozialkassen und sozial ungerecht. Können Sie diese Kritik teilen? Überhaupt nicht, ganz im Gegenteil. Als Haushälter sage ich klipp und klar: Es macht keinen Sinn, auf der einen Seite hohe zweistellige Milliardenrücklagen in den sozialen Sicherungssystemen vorzuhalten und auf der anderen Seite neue Schulden zu machen. Deshalb sind wir jetzt hergegan-



»Die Disziplin wahren«

Norbert Barthle Der haushaltspolitische Sprecher der Union will im kommenden Jahr einen ausgeglichenen Etat erreichen

gen und haben die Zuschüsse aus Steuergeldern in den Gesundheitsfonds ein Stück weit abgesenkt, werden aber in den kommenden Jahren diese Zuschüsse wieder anwachsen lassen auf den ursprünglichen Betrag von 14 Milliarden Euro. Die Anhörung von Sachverständigen hat übrigens diesen Kurs ausdrücklich bestätigt. In gut zwei Monaten beginnen die Etatberatungen für den Haushalt 2015. Dann will die Koalition keine neuen Schulden machen. Wie realistisch ist das? Mit dem Haushalt 2014 sind wir diesem wichtigen Ziel einen großen Schritt näher gekommen. Wir waren noch nie so nahe dran an einem wirklich ausgeglichenen Haushalt. Ich bin zuversichtlich, dass wir das 2015 auch erreichen werden, wobei man immer wieder betonen muss, dass ein tatsächlich ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden kein Selbstzweck ist. Wir machen das, weil ein ausgeglichener Haushalt ein ganz starkes Signal aussendet, sowohl an nationale als auch an internationale Investoren und an die Wirtschaft.

Sie haben jetzt die ersten Haushaltsberatungen mit den Abgeordneten des neuen Koalitionspartners SPD hinter sich. Wie war die Zusammenarbeit? Also im Haushaltsausschuss verläuft die Zusammenarbeit bisher recht gut. Wir hatten keine größeren Konflikte. Sicherlich gibt es die eine oder andere Schwerpunktsetzung seitens der Sozialdemokraten, die wir nicht setzen würden. Aber auch wir haben eigene Schwerpunkte gesetzt. Grundsätzlich ist für uns wichtig, die Disziplin bei den Ausgaben zu wahren. Da gibt es nicht immer die gleiche Grundüberzeugung bei den Sozialdemokraten, aber wir haben uns auf diese Basis verständigt und insofern war die Zusammenarbeit wirklich gut.

Sie sind nicht nur als haushaltspolitischer Sprecher für das »Große und Ganze« zuständig, sondern Sie verantworten auch im Etat des Bundesinnenministeriums den Sportetat. Wie sehen Sie den deutschen Spitzensport aufgestellt? Wir sind uns mit dem Bundesinnenminister einig, dass wir gemeinsam mit dem Sport und dem DOSB uns daran setzen müssen, eine neue Konzeption für die Förderung des Leistungssports in Deutschland zu erarbeiten. Wir sehen mit einer gewissen Sorge, dass wir über Jahre hinweg den fast gleichen Etat-Ansatz haben bei gleichzeitig steigenden Kosten. Das bedeutet, dass wir immer weniger Geld für die eigentliche Spitzensportförderung zur Verfügung haben. Auch im Sportstättenbau gibt es erheblichen Nachholbedarf. Deshalb glaube ich, braucht es da neue Schwerpunktsetzungen, um die Anforderungen und die gesteckten Ziele auch in Zukunft erreichen zu können. Wir haben über lange Jahre hinweg profitiert von dem, was in den neuen Bundesländern noch an Strukturen vorhanden war. Aber das bricht nach und nach weg. Insofern müssen wir sowohl in der Spitzensportförderung als auch bis hinunter in die Nachwuchsförderung in die einzelnen Länder hinein eine bessere Koordinierung und Konzentrierung der Mittel erreichen. Das gilt auch für »Jugend trainiert für Olympia«. Es ist uns überdies gelungen, die Schachsportler weiter zu fördern.

Ein Thema im Spitzensport ist Doping. Die Nationale Anti Doping Agentur wird von Ihnen unterstützt. Hat die Nada genügend Geld hat? Hat sie nicht. Die Nada ist ein Dauerärgernis, weil sowohl die Länder als auch die Wirtschaft immer mehr aus der Mitfinanzierung der Nada zurückgezogen haben. Ursprünglich war mal vereinbart, dass der Bund, die Länder, der Sport und die Wirtschaft die Nada finanzieren sollen. Inzwischen ist es noch der Bund und einzelne Länder. Wir sind der Auffassung, dass die Finanzierung der Nada grundsätzlich auf neue Beine gestellt werden muss.

Profifußball wird nicht vom Bund unterstützt. Trotzdem: Wie geht die Fußball-WM für Deutschland aus? Ich hoffe, dass es Deutschland möglichst weit schafft. Ich glaube, die meisten Zuschauer, vor allem in Brasilien, wünschen sich ein Endspiel Deutschland-Brasilien. Dazu kann es ja nicht mehr kommen. Trotzdem wünsche ich mir natürlich, dass Deutschland ins Endspiel kommt – und gewinnt.

Das Interview führte Michael Klein.

Norbert Barthle (62) ist haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



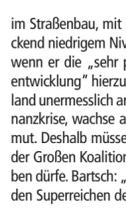
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Reformier: Dietmar Bartsch

Entspannt sitzt Dietmar Bartsch (Die Linke) in seinem großen Fraktionsvize-Zimmer. Gerade ist er mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und anderen Abgeordneten von einem Brasilien-Kurztrip zurückgekehrt. »Ja, das Ganze war sehr interessant. Wir haben mit Vertretern der Protestbewegungen gesprochen und ein spannendes, von der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit gefördertes Fußball-Projekt kennengelernt, wo junge Menschen aus komplizierten Familiensituationen über den Fußball zu sozialer Kompetenz gebracht werden sollen.« Und: Fußballfan Bartsch hat auch das Auftaktspiel der deutschen Kicker gegen Portugal als »tolles Match« erlebt. Jetzt ist er zurück im politisch engen Leben und bereitet sich auf die entscheidende Etat-Woche im Bundestag vor, wo er als Haushälter wieder eine Rede hält. Was sagt der Oppositionspolitiker zum Selbstlob von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) von der »geringsten Neuverschuldung im Bund seit 40 Jahren?« »Wir haben trotz guter Rahmenbedingungen weiterhin keinen ausgeglichenen Haushalt«, sagt Bartsch. »Schäuble plant 2014 trotz allen Redens über eine Schwarze Null mit 6,5 Milliarden Euro neuen Schulden.« Ob die Regierung 2015 einen ausgeglichenen Etat realisieren könne, sei angesichts vieler Risiken abzuhaken. Immerhin habe Finanzminister Schäuble in seiner Amtszeit 100 Milliarden Euro angehäuft. Bartsch jedenfalls wundert sich, wie es denn sein könne, dass die Koalition zu Beginn der Etatberatungen mit 6,5 Milliarden Neuschulden kalkuliert habe und Monate später die gleiche Zahl herausgegeben sei, obwohl seither etwa die Zinsbelastung für die Schul-

den gesunken sei. »Da sind allerlei Rechenkünste und auch Tricks angewendet worden«, argwöhnt der Linken-Politiker. Auch Bartsch ist gegen neue Schulden, allerdings ist dies für ihn »kein Wert an sich«. Die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft dürfe nämlich ebenso wenig aus den Augen verloren werden wie soziale Gerechtigkeit. Die Investitionen blieben in Deutschland trotz großen Bedarfs, ob beim Gesundheitswesen, der Internetversorgung oder



»Die Bundesregierung muss den Mut haben, bei den Superreichen deutlich mehr abzuholen.«

im Straßenbau, mit nur zehn Prozent des Etats weiter auf erschreckend niedrigem Niveau. Und ganz wütend wird der Links-Politiker, wenn er die »sehr problematische Einkommens- und Vermögensentwicklung« hierzulande anspricht. Während Reichtum in Deutschland unermesslich ansteigt, zuletzt zusätzlich befördert durch die Finanzkrise, wachse andererseits auch die Zahl der Menschen in Armut. Deshalb müsse Schluss sein mit dem »ideologischen Fetisch« der Großen Koalition, dass es bei Steuern keine Veränderungen geben dürfe. Bartsch: »Die Bundesregierung muss den Mut haben, bei den Superreichen deutlich mehr abzuholen.«

Wie solide die Linken aber wirtschafteten, wenn sie selbst Verantwortung hätten, zeigt sich für Bartsch im rot-rot regierten Land Brandenburg, wo man seit vier Jahren keine neuen Schulden mache und seit 2013 sogar mit der Schuldentilgung begonnen habe. Wer mit Bartsch spricht, kommt nicht umhin, auch über »seine« Partei zu sprechen. Deren Etablierung im vereinten Deutschland ist für den früheren SED-Kadergenossen Lebensaufgabe geworden. Bundesschatzmeister, Bundesgeschäftsführer der PDS bzw. Linkspartei war Bartsch nach 1991. 1998 bis 2002 saß er im Bundestag und gehört ihm seit 2005 wieder an, stets über die Landesliste Mecklenburg-Vorpommern. Seit 2010 ist er Fraktionsvize. Der 56-jährige gebürtige Stralsunder ist das Gesicht der Reformier in der Linkspartei. Sie wollen über Koalitionen mit SPD und Grünen Regierungshandeln mitbestimmen und die Partei so auch vor Radikalisierung abhalten. »Ich strebe auf solider inhaltlicher Grundlage Mitte-Links-Bündnisse auf allen Ebenen an«, sagt er selbstbewusst und macht sich so zur Zielscheibe vieler West-Linker, die das Heil in scharfer Opposition sehen. 2012 scheiterte er, Linken-Chef zu werden. Abgehakt? Bartsch: »Ich strebe keine Parteifunktionen mehr an.« Und wie ist sein Verhältnis zu Fraktionschef Gregor Gysi, der ihn 2010 der Illoyalität zieh, weil er die Liaison von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht durchgestochen haben soll? »Das hat Narben hinterlassen, aber ich habe nach wie vor politisch und auch persönlich ein enges Verhältnis zu Gregor Gysi.« Entspannung findet der hochgewachsene Vater zweier Kinder beim Volleyball und Lesen guter Bücher und Zeitungen.

Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahc), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 74
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverwaltung@fs-medien.de

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
27. Juni 2014

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Dazwischen passt immer noch ein Blatt: Die haushaltspolitischen Sprecher der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Sven-Christian Kindler (links), und Johannes Kahrs von der SPD-Fraktion

Die Schwarze Null vor Augen

ETAT Koalition sieht ausgeglichenen Haushalt fast erreicht. Opposition spricht von sozialer Spaltung

Nur noch ein Schritt bis zur Schwarzen Null. Zwar sieht der Bundeshaushalt 2014 bei Ausgaben von 296,5 Milliarden Euro eine Nettokreditaufnahme von 6,5 Milliarden Euro vor, aber schon im kommenden Jahr will der Bund ohne neue Schulden auskommen. Dies kündigten jedenfalls die Haushaltspolitiker der Koalition vergangenen Freitag bei der Verabschiedung des Etats 2014 an. Für den Etat votierten in namentlicher Abstimmung bei einer Enthaltung 447 Abgeordnete; 102 Parlamentarier stimmten dagegen. Bevor die Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (18/1023, 18/1024) druckreif waren, hatten die 41 Ausschussmitglieder wochenlang beraten, umgeschichtet und verändert. Dabei reduzierten sie die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf (18/700) um zwei Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr lagen die Gesamtausgaben noch bei 310 Milliarden Euro. Für Investitionen stellt der Bundestag 29,83 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 295 Millionen Euro weniger als die Regierung eingeplant hatte. Die Steuereinnahmen sollen 2014 rund 268,2 Milliarden Euro betragen. Das sind wiederum 723 Millionen Euro weniger als die Regierung vor-

gesehen hatte. Die Höhe der eingeplanten Steuereinnahmen beruht im Wesentlichen auf der jüngsten Steuerschätzung. Kurz vor Ende der Ausschussberatungen hatte sich vor allem wegen des Wegfalls der Brennelementesteuer eine Lücke von rund 3,5 Milliarden Euro aufgetan, die unter anderem durch die Buchung von niedrigeren Ausgaben für die Zinsen und höheren Steuereinnahmen als von den Sachverständigen geschätzt geschlossen wurde. **»Trickserei«** Dies hielt die Opposition für „Trickserei“. Es gehe nur darum, die vorher geplante Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro einzuhalten und das Ziel eines ausgeglichenen Etats nicht aus den Augen zu verlieren. „Es gibt keine Schwarze Null“, betonte der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Dietmar Bartsch, und erläuterte, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) seit 2009 mehr als 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht habe. „Mehr Schulden zu Lasten der jungen Generation hat noch kein Finanzminister aufgenommen“, sagte er. Insgesamt sei dies ein Haushalt der sozialen Spaltung. Weiter kritisierte er „unsoziale“ Ausgabenkürzungen zu Lasten von Arbeitsuchenden, Rentnern und Kranken. Zudem investiere die Koalition zu wenig. „Sie fahren das Land auf

Verschleiß“, betonte er. Statt das Land kaputt zu sparen, müssten die Einnahmen erhöht werden. Deshalb schlug er Steuererhöhungen bei den Vermögenden vor. Ähnlich argumentierte der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sven-Christian Kindler. Er hielt die Vorgehensweise der Koalition für „unverschämte und dreiste“. Auch er hielt den Haushalt für ungerecht. „Sie greifen mit allen Händen in die Sozialkassen“, sagte er. Die Zeche müssten dann die kleinen und mittleren Einkommen bezahlen. Außerdem warf er der Koalition vor, zu wenig gegen Altersarmut zu tun und die Infrastruktur vernachlässigen zu lassen. Die Investitionsquote sei im freien Fall. Dagegen wolle seine Fraktion Investitionen zum Beispiel in einen Energiesparfonds und in ein Gebäudesanierungsprogramm. Zur Finanzierung dieser Programme sollten klimaschädliche Subventionen abgebaut werden. **Kreditlinie eingehalten** Demgegenüber konnten die haushaltspolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen keine „Tricksereien“ erkennen. Für Norbert Barthle (CDU) wurde ein guter Entwurf der Regierung in den parlamentarischen Beratungen noch verbessert. So sei es gelungen, die Nettokreditlinie von 6,5 Milliarden Euro trotz zu-

sätzlicher Belastungen einzuhalten. In diesem Jahr sei der Haushalt schon strukturell ausgeglichen. Im kommenden Jahr sollen dann keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Dann sei die Schwarze Null endgültig erreicht. **»Ausgabendisziplin«** „Das kann sich wirklich sehen lassen“, betonte Barthle. Gelungen sei dies vor allem durch absolute Ausgabendisziplin. So gebe der Bund in diesem Jahr weniger Geld als 2010 aus. Weil in der Zwischenzeit alle Wirtschaftsinstitute von einem verbesserten Wirtschaftswachstum ausgehen, seien auch die eingeplanten Steuermehreinnahmen von 600 Millionen gerechtfertigt. „Der Haushalt zeigt, dass wir solide Wirtschaft und verlässlich sind“, sagte Barthle. „Besser hätte ich es auch nicht sagen können“, betonte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Johannes Kahrs. Die Große Koalition stehe für vernünftiges Haushalten mit der niedrigsten Neuverschuldung seit mehr als 40 Jahren. „Nächstes Jahr erreichen wir die Schwarze Null“, betonte er. Diese stehe auch für Generationengerechtigkeit. Zudem tue die Koalition alles, damit die Industrie wettbewerbsfähig bleibe. Auch Minister Schäuble bescheinigte der Großen Koalition eine gute Zusammenarbeit. Trotz der Sparmaßnahmen sei es

gelungen, für die Wirtschaft eine Wachstumsperspektive zu schaffen. So gehe er in den kommenden Jahren von einem Wirtschaftswachstum von zwei bis zweieinhalb Prozent aus. Von dieser guten wirtschaftlichen Lage würden auch die Partnerländer in Europa profitieren. Die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik sei darauf ausgerichtet, das Wachstum zu stärken. „Der Haushalt ist auf einem guten Weg“, betonte Schäuble. Nicht durchsetzen konnte sich die Linksfraktion mit einem Änderungsantrag (18/1864) und einem Entschließungs-

antrag (18/1865) mit dem Ziel, Hartz IV zu überwinden. Ebenso erging es den Grünen mit zwei Entschließungsanträgen (18/1869, 18/1870), in denen unter anderem mehr Investitionen und weniger Subventionen gefordert wurden. *Michael Klein*



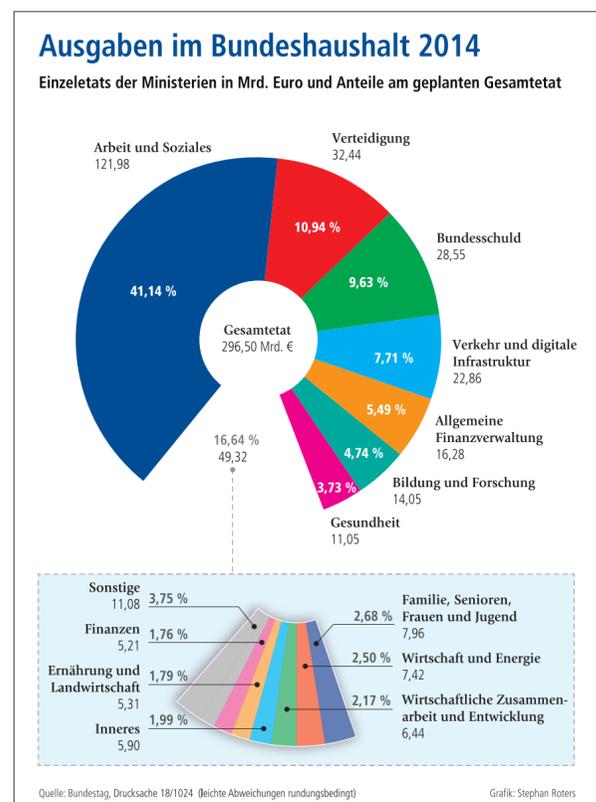
STICHWORT

BUNDESHAUSHALT 2014 – Etat strukturell ausgeglichen

- > Ausgaben** Der Bund kann nach dem Beschluss des Bundestages in diesem Jahr 296,5 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 13,5 Milliarden Euro weniger als im vergangenen Jahr zur Verfügung standen.
- > Einnahmen** Die Bund rechnet mit Steuereinnahmen von 268,2 Milliarden Euro. Dazu kommen noch Verwaltungseinnahmen und Kredite.
- > Schulden** Die neuen Schulden des Bundes sollen in diesem Jahr 6,5 Milliarden Euro betragen. Damit ist der Etat 2014 insgesamt unter Herausrechnung konjunktureller Schwankungen und einmaliger finanzieller Transaktionen strukturell ausgeglichen.

Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2014 in 1.000 €	Veränderungen zu 2013 in 1.000 €	2014 in 1.000 €	Veränderungen zu 2013 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	33.110	+ 656
02 Deutscher Bundestag	1.893	+ 61	765.403	+ 33.951
03 Bundesrat	73	- 8	23.000	+ 187
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.165	+ 53	2.095.554	+ 42.029
05 Auswärtiges Amt	145.215	+ 21.364	3.638.266	+ 152.459
06 Bundesministerium des Innern	405.915	+ 44	5.898.816	+ 48.272
07 Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz	464.843	- 19.491	648.138	+ 41.302
08 Bundesministerium der Finanzen	1.038.693	+ 792.471	5.206.261	+ 187.855
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	627.087	+ 200.774	7.417.979	+ 1.298.817
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	120.489	+ 57.335	5.310.535	+ 41.351
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.863.291	+ 280.986	121.979.310	+ 2.750.178
12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	5.192.367	- 540.253	22.861.948	- 3.549.033
14 Bundesministerium der Verteidigung	292.054	- 31.278	32.435.376	- 822.728
15 Bundesministerium für Gesundheit	99.546	+ 6.084	11.052.689	- 934.173
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	773.176	+ 446.652	3.667.304	+ 2.023.206
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	68.452	+ 739	7.959.508	+ 1.077.754
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	46.065	+ 936
20 Bundesrechnungshof	340	- 14	135.989	+ 3.138
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	566.030	+ 6.437	6.443.633	+ 147.192
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	89.426	- 22.320	14.053.404	+ 313.054
32 Bundesschuld	7.758.236	- 18.592.758	28.551.743	- 4.431.528
60 Allgemeine Finanzverwaltung	276.989.476	+ 3.893.122	16.275.969	- 11.924.875
SUMME	296.500.000	- 13.500.000	296.500.000	- 13.500.000

Quelle: Bundestag, Drucksache 18/1024 Grafik: Stephan Roters

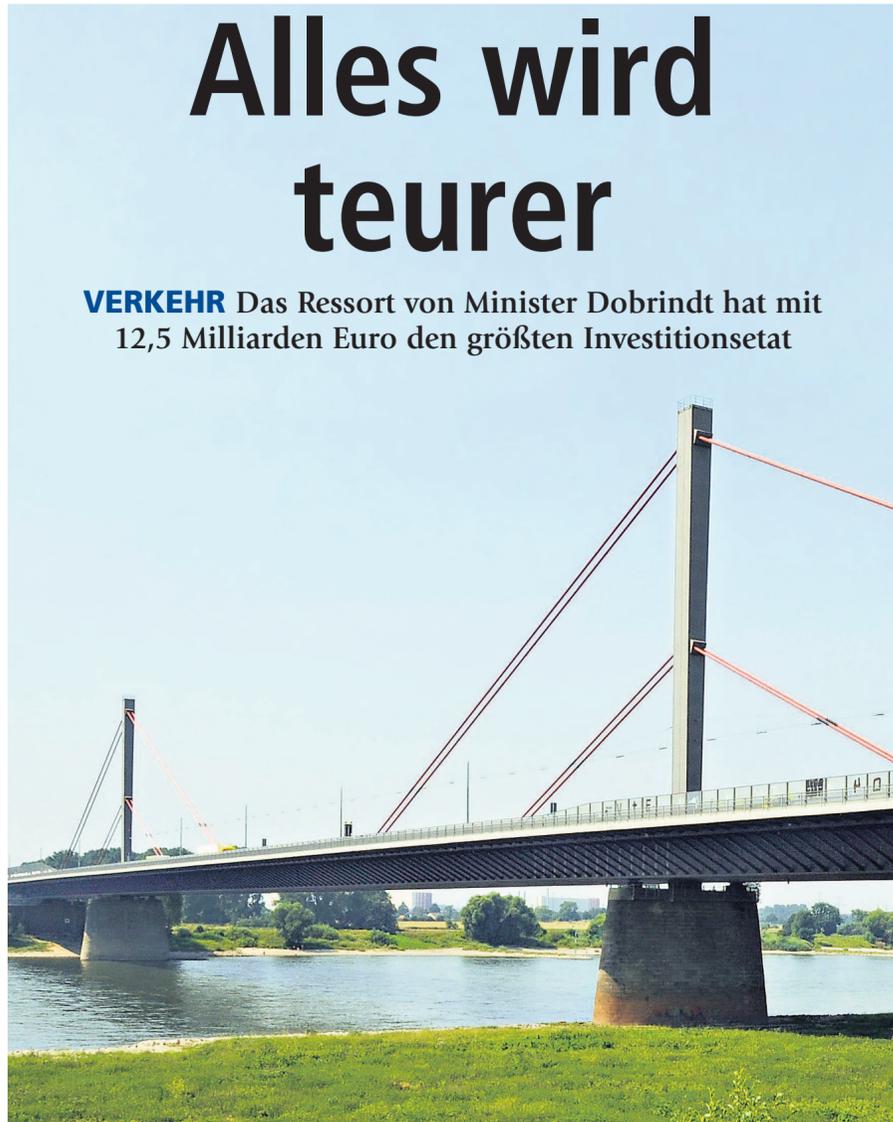


Wohlstandssicherung geht nur über Mobilitätsgewinnung.“ Dies erklärte der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt (CSU), bei der Debatte zum Etat 2014 des Ministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (18/700, Einzelplan 12). Deshalb werde von seinem Ministerium auch in diesem Jahr mit 12,5 Milliarden Euro auch wieder erheblich in die Infrastruktur investiert. Damit bleibt der Haushalt des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur der größte Investitionsetat.

Fünf Milliarden Euro Dobrindt wies darauf hin, dass laut Koalitionsvertrag in dieser Legislaturperiode weitere fünf Milliarden Euro investiert werden sollen. Davon seien bereits 500 Millionen Euro für 2014 bereitgestellt. Um zu noch mehr Geld zu kommen, sei zudem unter anderem eine Ausweitung der Nutzerfinanzierung (Lkw- und Pkw-Maut) geplant. Diese Mittel würden ausschließlich in die Straße investiert, sagte Dobrindt. Schließlich sprach er sich für eine Ausweitung der ÖPP-Projekte aus. Der Minister betonte, dass der Substanzerhalt vor dem Neu- und Ausbau gehe. Deshalb habe sein Ministerium auch ein Programm für Brückensanierung auf den Weg gebracht. Dafür soll in den kommenden Jahren mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang erwähnte er vor allem den möglichst schnellen Neubau der Rheinbrücke bei Leverkusen, die vor Kurzem schon wieder für Lastkraftwagen mit mehr als 3,5 Tonnen gesperrt worden sei.

Auch die Sprecher der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD betonten, dass der Verkehrsetat wieder der größte Investitionsetat sei. Bettina Hagedorn (SPD) legte jedoch besonderen Wert darauf, dass die Mittel „klar und transparent“ ausgegeben werden. Auch bei ÖPP-Projekten müsse die volkswirtschaftlich günstigste Variante umgesetzt werden.

Wie die SPD-Sprecherin sagte auch Eckhardt Rehberg (CDU), dass es künftig eine größere Planungssicherheit gebe, da im Haushalt die überjährige Übertragbarkeit der Zahlungen festgelegt worden sei. „Kein Cent verfällt, sondern steht für den Ausbau der Straßen, Schienen und Wasserstraßen zur Verfügung“, betonte er. Bei dem von der Koalition beschlossenen fünf Milliarden Euro in den kommenden vier Jahren würden 3,5 Milliarden Euro für die Straßen ver-



Mit bloßem Auge ist nichts zu erkennen. Trotzdem muss die Leverkusener Autobahnbrücke abgerissen werden.

Alles wird teurer

VERKEHR Das Ressort von Minister Dobrindt hat mit 12,5 Milliarden Euro den größten Investitionsetat

wendet, eine Milliarde Euro für die Schiene und 300 Millionen für die Wasserstraßen. Für Roland Claus (Die Linke) ist das Verkehrsministerium die Abbildung der Zukunftsunfähigkeit der gesamten Regierung. Alle Bauvorhaben würden länger dauern und teurer werden als geplant. Deshalb sei ein Umdenken dringend notwendig. Es sei ein ökologischer Umbau notwendig. Auch Sven-Christian Kindler (Grüne) kritisierte, dass Infrastruktur zerfallen würde und es viele marode Brücken gebe. Außerdem würde das Geld, das für den Erhalt eingeplant sei, für den Neubau zweckentfremdet. ÖPP-Projekte seien eine Verschwendung von Steuergeldern und dienten der

Umgehung der Schuldenbremse, betonte er weiter. Die milliardenschwere Verschwendung müsse endlich gestoppt werden. Die geplante Pkw-Maut würde nichts bringen und sei ein Bürokratiemonster. Schließlich kritisierte er, dass es kein Konzept für den Breitbandausbau gebe.

Zustimmung Der Bundestag stimmt schließlich auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/1012, 18/1023) dem Etat 2014 zu. Insgesamt kann das Ministerium in diesem Jahr über 22,86 Milliarden Euro verfügen. Im Regierungsentwurf waren noch 22,78 Milliarden Euro (2013: 26,41 Milliarden Euro) vorgesehen. Die Ver-

ringerung der Ausgaben gegenüber 2013 um rund 3,55 Milliarden Euro ergibt sich vor allem aus dem Neuzuschnitt einiger Bundesministerien. So wurde der „Baubereich“ aus dem Verkehrsministerium in das Umweltministerium umgesiedelt. Die Einnahmen sollen in diesem Jahr 5,19 Milliarden Euro betragen. Das sind acht Millionen Euro weniger als im Regierungsentwurf eingeplant und 540,25 Millionen Euro weniger als im vergangenen Jahr. Der Bundestag lehnte zwei Änderungsanträge der Linksfaktionen (18/1858, 18/1859) ab, in denen unter anderem gefordert wurde, die Mittel für das Bahnprojekt Stuttgart 21 zu sperren. *Michael Klein*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Einnahmen des Bundes steigen

ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG Die Einnahmen des Bundes sollen in diesem Jahr 276,99 Milliarden Euro betragen. Das sind 2,21 Milliarden Euro weniger als im Regierungsentwurf vorgesehen. Im vergangenen Jahr waren es 273,1 Milliarden Euro. Die erwarteten Mindereinnahmen gegenüber dem Regierungsentwurf beruhen auf der jüngsten Steuerschätzung. Im Einzelnen erwartet die Regierung bei den Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer eine Steigerung von 78,78 Milliarden Euro auf 81,56 Milliarden Euro. Für Einnahmen aus der Lohnsteuer sind 71,27 Milliarden Euro (66,77 Milliarden Euro) vorgesehen; der 50-prozentige Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer soll 9,03 Milliarden Euro (10,29 Milliarden Euro) betragen. Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insgesamt 39,51 Milliarden Euro (39,77 Milliarden Euro) betragen. Leicht fallen sollen die Einnahmen aus der Tabaksteuer von 14,45 Milliar-

den Euro auf 14,3 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer sollen 1,04 Milliarden Euro (1,05 Milliarden Euro) betragen. Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank soll 2014 insgesamt 2,5 Milliarden Euro (1,5 Milliarden Euro) betragen. Bei den parlamentarischen Beratungen erhöhte die Abgeordneten die „Globalen Minderausgaben“ auf 1,56 Milliarden Euro. Im Regierungsentwurf waren noch 165 Millionen Euro vorgesehen. Hierbei geht es vor allem um die wegen eines Urteils fehlenden Einnahmen aus der Brennelementesteuer. Erfolglos blieben die Linke mit einem Änderungsantrag (18/1861), in dem sie unter anderem eine höhere Spitzensteuer forderte und die Grünen mit einem Antrag (18/1862) zur Entlastung der Kommunen. Ebenso erging es Entschließungsanträgen der Linksfraktion (18/1863), in dem die Auflösung des Energie- und Klimafonds gefordert wurde, und der Grünen (18/1868) mit der Forderung nach einer Abgeltungssteuer. *mik*

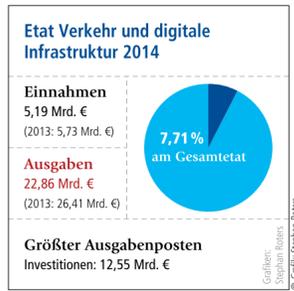
Mehr Geld für Pressearbeit

BUNDESKANZLERAMT Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2014 über knapp 2,1 Milliarden Euro (2013: 2,05 Milliarden Euro) verfügen. Im Regierungsentwurf waren noch knapp zwei Milliarden Euro vorgesehen. Insgesamt wurden die Ausgaben für Kulturförderung im Inland von 296,6 Millionen Euro auf 332,63 Millionen Euro erhöht. Die Ausgaben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung steigen von 96,14 Millionen Euro im vergangenen Jahr auf rund 97 Millionen Euro. Das Bundesarchiv kann über 57,2 Millionen Euro (56,18 Millionen Euro) verfügen können. Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst beträgt 558,59 Millionen Euro (531,17 Millionen Euro). Einen Entschließungsantrag der Linken (18/1825), in dem eine Kürzung dieses Zuschusses gefordert wurde, lehnte der Bundestag ab. *mik*

2,3 Millionen Euro für Künstlerhilfe

BUNDESPRÄSIDENT Der Bundespräsident und das Bundespräsidialamt können in diesem Jahr über 33,11 Millionen Euro (2013: 32,45 Millionen Euro) verfügen. Dabei steigen die Personalausgaben von 18,32 Millionen Euro auf 18,47 Millionen Euro und die sächlichen Verwaltungsausgaben von 9,44 Millionen Euro auf 9,64 Millionen Euro. Für Investitionen sind nach 1,12 Millionen Euro im vergangenen Jahr für dieses Jahr 1,04 Millionen Euro eingeplant und für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 2014 insgesamt 3,95 Millionen Euro (3,91 Millionen Euro) vorgesehen. Die Ausgaben des Bundespräsidenten sollen beinahe im Vergleich zum vergangenen Jahr unverändert 4,72 Millionen Euro betragen. Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) wie bisher 3,65 Millionen Euro vor-

gesehen. 2,3 Millionen Euro davon sind gleichbleibend für die Deutsche Künstlerhilfe reserviert. 1,35 Millionen Euro sind wie in diesem Jahr vorgesehen für die Gewährung von Ehrenpaten an Alters- und Ehejubilare, Übernahme von Patenschaften und die sächlichen Ausgaben aus besonderer Veranlassung. So übernimmt der Bundespräsident traditionell die Patenschaft für das siebte Kind einer Familie. Die Bezüge des Bundespräsidenten sollen 214.000 Euro betragen. Das Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) soll in diesem Jahr über 1,89 Millionen Euro verfügen können. Das sind 3.000 Euro mehr als 2013. Die Personalausgaben betragen hier 1,25 Millionen Euro (1,27 Millionen Euro). Insgesamt gab es bei den parlamentarischen Beratungen keine Änderungen am Entwurf. *mik*



Europas Tor zum Weltraum bleibt offen

WIRTSCHAFT Koalition bekennt sich zur Förderung der Luftfahrt. Die Industrie in Ostdeutschland ist immer noch zu schwach

Die Opposition hat der Bundesregierung vorgeworfen, in der Wirtschaftspolitik „staatsnahe Monopolisten“ wie den Luft- und Raumfahrtkonzern EADS zu pflegen und kleine und mittlere Unternehmen zu vernachlässigen. In der Debatte des Bundestages über den Etat des Wirtschaftsministeriums (Einzelplan 09) am Donnerstag sagte Roland Claus (Die Linke), große Unternehmen zum Beispiel aus der Luft- und Raumfahrt mit ihren guten Verbindungen zur Politik hätten kein Problem, die wenigen Monate der Gültigkeit des Haushalts 2014 zu nutzen, die Mittel bis zum Monat November abzugreifen. „Aber gerade der Mittelstand und die Kleinunternehmen werden große Probleme haben, in diesen vier Monaten an die Mittel zu kommen.“ Dagegen verteidigten Redner der Koalition die Förderung der Raumfahrt mit dem Hinweis, das Tor zum All müsse offen bleiben.

Anja Hajduk (Grüne) verwies auf die positive Reallohnentwicklung, auf den positiven Geschäftsklimaindex, hohe Steuereinnahmen und das gute Beschäftigungsniveau. Doch die Regierung nutze diese Potenziale nicht: „Auf die unmittelbar vor uns liegende demografische Veränderung, die sich leider schon im Fachkräftemangel ausdrückt, reagieren Sie mit einer kontraproduktiven Rente mit 63“, klagte Hajduk. Außerdem sei die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren worden, worauf die Regierung mit einer sinkenden Investitionsquote antwortete. „Auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen reagiert diese Große Koalition nur mit langweiligen Kompromissen, aber nicht mit den Möglichkeiten, die Potenziale dieser Gesellschaft zu nutzen.“ Kleine und mittlere Unternehmen in der zivilen Luft- und Raumfahrt und in den neuen Verkehrstechnologien würden zu wenig gefördert, kritisierte Hajduk, die sich für eine zielgenauere Wirtschaftsförderung

aussprach. Mitnahmeeffekte für Großunternehmen dürfe es nicht geben. Besonders kritisierte Hajduk, dass „der schlafende Riese Energieeffizienz“ ein Zwerg im Haushalt bleibe.

»Investitionen anstoßen« Redner der Koalition betonten dagegen die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung. In dem Etat seien drei wesentliche Schwerpunkte realisiert worden: „Innovation, Investition und Mittelstand“, erklärte Thomas Jurk (SPD). Öffentliches Kapital stoße private Investitionen an und führe zu einer Hebelwirkung. Das sei die Basis für künftige Steuereinnahmen und auch dafür, „dass wir ab 2015 einen Haushalt mit einer schwarzen Null abschließen können“. Jurk räumte ein, dass trotz der positiven Entwicklung der Industrieanteil im Osten immer noch geringer sei als im Westen. Er liege derzeit bei 16 Prozent, der gesamtdeutsche Durchschnitt be-

trage 23 Prozent. „Hier haben wir nach wie vor Handlungsbedarf“, sagte Jurk. Auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) bezeichnete die Situation der Industrie in Ostdeutschland als nicht zufriedenstellend. Kritik der Opposition an der Förderung von Großunternehmen besonders der Luft- und Raumfahrt wies Gabriel mit dem Hinweis zurück, davon würden auch viele kleine und mittlere Zulieferfirmen profitieren. „Der deutsche wirtschaftliche Erfolg basiert nicht zuletzt auf einem sehr gut aufgestellten Mittelstand“, sagte Andreas Mattfeldt (CDU). Der Mittelstand müsse weiter gestärkt werden. Mattfeldt lobte die kontinuierliche Erhöhung des Zentralen Innovationsprogramms (ZIM), durch das forschende Mittelstandsunternehmen unbürokratisch unterstützt würden. Der Betrag sei wie in den Vorjahren erneut erhöht worden. Er sprach sich außerdem für die Weiterführung des europäischen Raumfahrtprogramms aus. Europa brauche einen eigenen Zugang zum Weltall. Mattfeldt verlangte Regelungen für das Fracking genannte Erdgasförderungsverfahren. Dabei gehe es nicht nur um die Förderung von sogenannten Schiefergas, sondern auch um die konventionelle Förderung mit Fracking, die in Deutschland eine große Rolle spiele. Mittlerweile sei bewiesen, dass die Erdgasförderung Erdbeben auslöse, und daher müsse die Bergschadensvermutung auf die Erdgasförderung und auch auf die Geothermie ausgedehnt werden. Es habe erhebliche Verschmutzungen durch die Erdgasförderung gegeben. Auch eine Verpressung von giftigem Lagerstättenwasser dürfe es nicht mehr geben. Die Menschen müssten wieder Vertrauen in die heimische Erdgasförderung bekommen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Energieversorgungssicherheit lehnte Mattfeldt den Verkauf der Ölfr-

ma RWE-DEA an einen russischen Investor ab. Das sei „nicht vereinbar mit deutschem Interesse“. Der Bundestag stimmte dem Einzelplan 09 (18/1009, 18/1023, 18/1024, 18/1025) mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen zu. Die Oppositionsfraktionen Linke und Grüne lehnten den Etat ab. Einen Änderungsantrag der Grünen-Fraktion (18/18549) zur Stärkung der Energieeffizienz lehnte die Koalitionsmehrheit ab. Insgesamt sollen die Ausgaben des Einzelplans Wirtschaft und Energie in diesem Jahr rund 7,41 Milliarden Euro betragen. Sie steigen damit im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,3 Milliarden Euro. Besonders herausgehoben wird im Etat die technologische Förderung des innovativen Mittelstandes mit einem Gesamtvolumen von 764 Millionen Euro. Ein besonders großer Ausgabenposten mit 1,4 Milliarden Euro ist der Bereich Luft- und Raumfahrt. Für die Europäische Weltraumorganisation ESA stehen 634 Millionen Euro zur Verfügung, die Förderung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) wird auf 346 Millionen Euro erhöht. *Hans-Jürgen Leersch*

KURZ NOTIERT

Keine Änderungen im Etat des Bundesrates

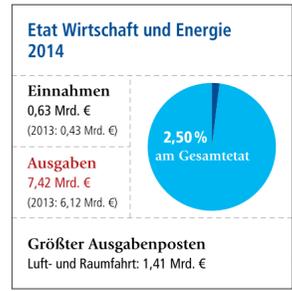
Der Etat des Bundesrates ist bei den parlamentarischen Beratungen unverändert geblieben. Damit kann die Länderkammer in diesem Jahr über 23 Milliarden Euro (2013: 22,81 Milliarden Euro) verfügen. Dabei fallen die Personalausgaben von 14,67 Millionen Euro auf 14,59 Millionen Euro. Für sächliche Verwaltungsausgaben stehen 7,89 Millionen Euro (2013: 7,49) zur Verfügung. Für Investitionen sind nach 325.000 Euro in diesem Jahr 240.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) stehen 240.000 Euro (325.000 Euro) bereit. *mik*

Bundesrechnungshof kann mehr Geld ausgeben

Die Ausgaben des Bundesrechnungshofes steigen 2014 auf 135,99 Millionen Euro (2013: 132,85 Millionen Euro). Davon ist der weitaus größte Teil für Personalausgaben vorgesehen, die von 111,17 Millionen Euro auf 113,35 Millionen Euro wachsen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen von 16,95 Millionen Euro auf 17,02 Millionen Euro, die Investitionen von 1,88 Millionen Euro auf 1,98 Millionen Euro und die Zuweisungen und Zuschüsse von 2,85 Millionen Euro auf 3,64 Millionen Euro. Für die sieben Prüfungsämter des Bundes sollen die Ausgaben 37,56 Millionen Euro (37,62 Millionen Euro) betragen. *mik*



Pläne für eine unbemannte Mondlandung wurden in Deutschland schon entwickelt



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Einer der Verhandlungserfolge in den Haushaltsberatungen: Das Nationale Naturerbe wird um mindestens 30.000 Hektar erweitert.

GLOSSAR

Bundshaushaltsplan
Der Haushaltsplan wird gemäß Artikel 110 des Grundgesetzes als Anlage zum Bundeshaushaltsgesetz jährlich oder zweijährlich (Doppelhaushalt) vom Deutschen Bundestag beschlossen. Obwohl der Haushaltsplan nur eine Prognose ist, dient er als wichtiges Mittel zur Feststellung des voraussichtlichen Finanzbedarfs des Bundes. Aufgrund des Prognosecharakters kommt es deswegen auch immer wieder zu sogenannten Haushaltslöchern. In dem Fall müssen geringere Steuereinnahmen oder nicht vorhergesehene Ausgaben durch zusätzliche Neuverschuldung oder Einsparungen ausgeglichen werden.

Haushaltssperre
Es ist zwischen Ausgabensperren und Sperrvermerken zu unterscheiden. Die Ausgabensperre zielt darauf, durch Einschränkungen ohne Eingriffe in das Haushaltsgesetz einer verschlechterten Einnahmesituation so weit wie möglich Rechnung zu tragen. Sie erstreckt sich nicht auf die gesetzlichen und vertraglichen Ausgabeverpflichtungen und ist zeitlich auf den laufenden Haushalt beschränkt. Der Bundesminister der Finanzen kann eine Ausgabensperre verhängen, ohne dass das Parlament zustimmt. In der Regel wird der Gesetzgeber nachträglich unterrichtet. Mit einem Sperrvermerk knüpft der Haushaltsgesetzgeber Ausgaben in der Regel an Auflagen oder Bedingungen, um seinen Zielvorstellungen Nachdruck zu verleihen.

Investitionen
Der Bund kann Investitionen tätigen. Das sind Ausgaben für Baumaßnahmen, soweit sie nicht militärische Anlagen betreffen, für den Erwerb von beweglichen Sachen und Grundstücken sowie von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen, zur Aufnahme von Darlehen und für die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen. Investitionen sind öffentliche Ausgaben, durch die Produktionsmittel der Volkswirtschaft erhalten oder verbessert werden. Nach der Verfassung darf der Bund nicht mehr Kredite aufnehmen, als die im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen darstellen. Ausnahmen sind nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zulässig.

Nettoneuverschuldung
Die Nettoverschuldung oder Nettokreditaufnahme ist die zentrale Kennziffer bei Aufstellung und Vollzug des Haushalts. Sie entspricht dem Betrag, der zur Finanzierung des jeweiligen Haushaltsaldos am Kapitalmarkt aufzunehmen ist. Mit steigenden Schulden erhöhen sich auch die Zinsausgaben, was die Spielräume für die Haushalts- und Finanzpolitik einengt. Deshalb wird versucht, die Nettokreditaufnahme möglichst gering zu halten.

Verpflichtungsermächtigung
Vorgriffe auf künftige Haushalte, durch die schon im Voraus entschieden wird, dass künftig Zahlungen erfolgen, heißen Verpflichtungsermächtigungen. Sie sind das Haushaltsinstrument zur Finanzierung langfristiger Beschaffungsvorhaben.

Investitionen in die Zukunft

UMWELT Etat steigt um weitere 20,5 Millionen Euro. Opposition: Zu wenig Engagement beim Klimaschutz

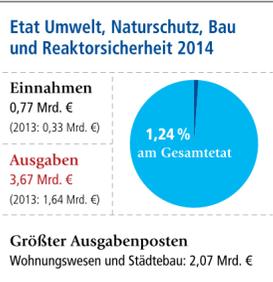
Muss nur noch kurz die Welt retten“, heißt einer der bekanntesten Songs des deutschen Musikers Tim Bendzko. An diese Zeilen fühle sie sich, angesichts der „Fülle von Aufgaben, die vor uns liegen“, erinnert, gab Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) vergangene Woche bei der abschließenden Beratung ihres Etats für 2014 (18/700, 18/1023) offen zu. Tatsächlich ist das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für wichtige Weichenstellungen verantwortlich: beim Schutz des Klimas und den Verhandlungen über ein neues, ambitioniertes Klimaabkommen, das 2015 auf dem UN-Klimagipfel in Paris auf den Weg gebracht werden soll; bei der Verhütung von Hochwasserkatastrophen und der Frage, wo der gefährliche Atomwille künftiger gelagert werden soll. Und, weil Hendricks seit Beginn der neuen Legislaturperiode auch für Wohnen und Bauen zuständig ist, geht es nun auch um bezahlbares und altersgerechtes Wohnen und die Zukunft der Städte.

3,67 Milliarden Euro darf sie 2014 ausgeben, 2,02 Milliarden Euro mehr als 2013. Das deutliche Plus geht allerdings in erster Linie auf das Konto des neuen Bereichs Bau: 2,02 Milliarden Euro sind dafür eingeplant, etwa für das Wohngeld oder die Städtebauförderung, die von 450 Millionen auf 700 Millionen Euro kräftig aufgestockt wurde. Aber reichen diese Gelder auch, um das Notwendige zu tun? Darüber schieden sich in der Bundestagsdebatte die Geister. Während der Etat aus Sicht der Koalitionsfraktionen „die richtigen Prioritäten“ setzt (Marie-Luise Dött, CDU) und „die hohe Relevanz des Umwelt- und Baurechts für diese Bundesregierung“ verdeutlicht (Steffen-Claudio Lemme, SPD), lehnte die Opposition den Haushalt ab. In den Augen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke investiert die Regierung vor allem viel zu wenig in den Klimaschutz. Sie beriefen sich unter anderem auf eine Studie der Hilfsorganisation Oxfam, der zufolge in diesem Jahr durch Verschiebungen zwischen dem Energie- und Klimafonds, dem Haushalt des Umweltministeriums und dem Haushalt des Entwicklungsministeriums (BMZ) trickreich mindestens 240 Millionen Euro für den vorbeugenden Klimaschutz im In- und Ausland gekürzt werden. Hendricks wies dies zurück. Im Etat des BMZ seien allein zusätzliche Mittel in Höhe von 750 Millionen Euro für den Green Climate Fund eingestellt worden, betonte sie. Außerdem habe die Bundesregierung die Klimafinanzierung auf dem Niveau von 1,8 Milliarden Euro stabilisiert. „Wir sind damit beispielhaft“, erklärte sie. Doch die Opposition wollte ihr das nicht recht glauben. „Sie werden uns erklären, wo Sie was wie versteckt haben“, forderte der Linken-Abgeordnete Ralph Lenkert. Er warf der Regierung vor, beim vorbeugenden Klimaschutz versagt zu haben. Das Geld, das in den verschiedenen Einzelplänen gestrichen worden sei, fehle. Dies sei eine „rückwärtslose Politik“, für die die „Ärmsten der Armen“ bezahlen würden, warnte er. Auch Peter Maiwald (Bündnis 90/Die Grünen) befand: „Ein Klimahaushalt sieht anders aus.“ Die Regierung wolle weder ein Klimaschutzgesetz, wie es die Grünen jüngst vorgelegt haben (18/1812), noch eine Kerosinbesteuerung im Inland oder einen Mindestpreis für Kohlenstoffdioxid einführen. Es fehlten Anreize für einen echten Ressourcenschutz und Aktivitäten zur Luftreinhaltung. Stattdessen steige der Klimagasausstoß in Deutschland wieder an „dank der dreckigen Kohlekraftwerke“. Maiwalds Fraktionskollegin Steffi Lemke kritisierte zudem die Entscheidung der Bundesregierung, die

Zuständigkeit für die Energiewende an das Wirtschaftsministerium abzugeben. Das zentrale Projekt eines jeden Umweltministers sei damit „den Interessen der Wirtschaft untergeordnet worden“, beanstandete sie. Dennoch konnte die Opposition dem Etat auch Positives abgewinnen. So war es in den Verhandlungen gelungen, den Haushalt um weitere 20,5 Millionen Euro aufzustocken. Eine Million Euro fließt nun beispielsweise in den Asse-Fonds, der als Lastenausgleich für die Region um das Atomkraftlager Asse dient – doppelt so viel wie von der Regierung geplant. Zudem wird das Zuschussprogramm für altersgerechtes Umbauen wieder aufgelegt und mit zehn Millionen Euro ausgestattet. Bis 2018 sollen weitere 44 Millionen Euro fließen. „Diese Zukunftsinvestition ist dringend notwendig“, betonte der SPD-Abgeordnete Lemme. Durch den demografischen Wandel würden bis 2020 zusätzlich 25 Millionen barrierearme Wohnungen benötigt. Darüber hinaus stellt die Regierung nun vier Millionen Euro für die Erweiterung des Nationalen Naturerbes um mindestens 30.000 Hektar zur Verfügung. Damit sollen Flächen aus dem Eigentum des Bundes dauerhaft als Naturschutzflächen gesichert werden.

Offene Wünsche Trotz dieser Erfolge blieben auch bei den Koalitionären Wünsche offen, die sich in den Verhandlungen nicht realisieren ließen: Dött und ihr Fraktionskollege Christian Hirte bedauerten es besonders, dass die Nachrüstung von Pkw mit Diesel-Rußpartikelfiltern nicht weiter gefördert wird. „Dies hätte ich gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um Umweltzonen und Feinstaubbelastung für sinnvoll gehalten“, betonte Hirte. Dött forderte, dass ab dem Bundeshaushalt 2015 dringend zusätzliche Mittel für den Hochwasserschutz veranschlagt werden müssen. Für beide Themen hatte sich auch die Linksfraktion verbündet in zwei Änderungsanträgen (18/1817, 18/1818) stark gemacht. „Die Zeit läuft mir davon, zu warten wäre eine Schande für die ganze Weltbevölkerung“, singt Tim Bendzko in seinem Weltreiter-Song weiter. Für Hendricks und die Umweltpolitiker der Fraktionen bleibt zweifellos viel zu tun.

»Die deutsche Klimafinanzierung ist mit 1,8 Milliarden Euro beispielhaft.«
Barbara Hendricks (SPD)



Opposition empört über mangelnden Verbraucherschutz

LANDWIRTSCHAFT Etat des Ministeriums wird leicht erhöht. Schwerpunkt der Ausgaben liegt bei Sozialem

Die gesunde Ernährung, der Verbraucherschutz und das Tierwohl spielten vergangene Woche die Hauptrolle in der Debatte über den Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Einzelplan 10), der mit 5,31 Milliarden Euro zu den kleineren Etats der Bundesregierung zählt. Gegen die Stimmen der Opposition hat der Bundestag den Etat 2014 auf Empfehlung des Haushaltsausschusses (18/1010, 18/1023) angenommen. Damit erhält das Ministerium 41,35 Millionen Euro mehr als 2013.

„Dann sind die Verbraucher auch bereit, für ein gutes Produkt einen angemessenen und fairen Preis zu bezahlen.“ Mit Blick auf den Haushaltsentwurf kritisierte Nicole Maisch (Bündnis 90/Die Grünen), dass Minister Schmidt zwar davon spreche, das Thema Ernährung als Schwerpunktthema zu behandeln, jedoch die dafür eingestellten 1,5 Millionen Euro bisher nicht ausgegeben habe. Zudem mahnte Maisch an, dass nur jede dritte Betreuungseinrichtung kleinen Kindern eine Mittagsverpflegung anbiete. Davon würden rund 1,2 Millionen Kinder „mieses Essen“ serviert bekommen. „Zu wenig Obst und Gemüse, zu viel Fleisch, zu wenig frische Sachen“, bemängelte sie. Die Regierung müsse sich deshalb vom Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern verabschieden, das dem Bund verbiete, den Schulen bei der Verpflegung der Kinder unter die Arme zu greifen. Der Kritik stellte sich Franz-Josef Holzenkamp (CDU) entgegen, denn nach jüngster Befragung durch das Ministerium seien 80 Prozent aller Verbraucher mit der Qualität deutscher Lebensmittel sehr zufrieden. Der vorgelegte Entwurf werde den rund fünf Millionen Beschäftigten in der Land- und Ernährungswirtschaft gerecht. „Die Branche investiert in diesem Halbjahr 2014 rund sechs Milliarden Euro in moder-

ne Technik, Umwelt- und Tierschutz und Effizienz.“ Das sei der bessere Weg, anstatt Verbote zu fordern, die zu Produktionsverlagerungen führen würden. Für Bundesminister Schmidt setzt der Etat wichtige Akzente in der Sozialpolitik. Rund 3,7 Milliarden Euro werden für die Alters-, Kranken- und Unfallversicherung der Land- und Forstwirte aufgewendet. Durch eine Aufstockung von 37 Millionen Euro gleicht der Entwurf die Folgen des geringeren Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds aus. Im Interesse des Tierwohls werde das Ministerium Forschungsprojekte finanzieren, die verhindern sollen, „dass jährlich 45 Millionen männliche Küken sterben müssen oder trüchtige Rinder geschlachtet werden“. In den nächsten drei Jahren sollen außerdem 30 Millionen Euro für die nachhaltige Nutztierhaltung, zwölf Millionen für die Minimierung von Antibiotika in der Lebensmittelkette und 21 Millionen in Modell- und Demonstrationsvorhaben für das Tierwohl ausgegeben werden.

»Die deutsche Klimafinanzierung ist mit 1,8 Milliarden Euro beispielhaft.«
Barbara Hendricks (SPD)



„Im Haushalt des Landwirtschaftsministeriums bleibt einiges auf der Strecke“, monierte Karin Binder von der Linksfraktion, „vor allem der gesundheitliche Verbraucherschutz.“ Minister Christian Schmidt (CSU) rede nur über die Landwirtschaft und den Handel. „Was machen Sie gegen die Schadstoffluft in importierten Kinderspielzeugen?“, fragte Binder. Die Linke forderte, die Kontrolle der Spielwarenhersteller und Importeure verbessert werden muss und die dafür notwendige Zuständigkeit auf Bundesebene gehört. Die Überwachung und die damit verbundenen Kosten dürfen ihrer Meinung nach nicht auf die kommunalen Behörden abgeschoben werden. Elvira Drobinski-Weiß (SPD) ging auf den Haushaltsposten

Anzeige

Der Kanon

700 Jahre europäische Kulturgeschichte in Porträts

Klassiker des europäischen Denkens
Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte
Herausgegeben von Winfried Böttcher
2014, 781 S., geb., 98,- €
ISBN 978-3-8329-7651-4
www.nomos-shop.de/19297

Das große Grundlagenwerk zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des europäischen Denkens! Auf rund 800 Seiten sind die Friedens- und Europavorstellungen von über 100 herausragenden Persönlichkeiten aus mehr als 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte vereint. Renommiertere Philosophen, Historiker, Sozial-, Kultur- und Sprachwissenschaftler aus ganz Europa haben Beiträge zu dieser hochwertigen Anthologie verfasst.

Aus dem Geleitwort von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlamentes: »Willy Brandt hat es einmal so ausgedrückt: »Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.«

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos



„Ene, mene Muh und raus bist du.“ Wer kennt sie nicht, die Abzählreime der Kindheit. Die Debatte über den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (18/700, 18/702), die der Bundestag vergangene Woche führte, ließ einen mitunter an diese Reime denken. Schließlich ging es, grob gesagt, darum, wer von den sozial- und rentenpolitischen Projekten der Großen Koalition profitiert und wer nicht und welche Schritte nötig sind, um die gesellschaftliche Teilhabe so vieler Menschen wie möglich zu ermöglichen. Aus Sicht der Opposition sind das derzeit viel zu wenige, die Regierungsfaktionen kontert mit den Millionen Menschen, die aus ihrer Sicht von Rentenpaket und Mindestlohn profitieren werden.

Trotz kontroverser Ansichten – schließlich billigte der Bundestag mit der Mehrheit von CDU/CSU und SPD den Haushaltsplan von Ministerin Andrea Nahles (SPD) in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (18/1011; 18/1023; 18/1024; 18/1025). Keine Mehrheit fanden dagegen zwei Änderungsanträge (18/1826, 18/1827) der Linken, in denen die Fraktion unter anderem die Anhebung des Regelbedarfs in der Grundsicherung fordert.

Löwenanteil Rente Fast 340 Millionen Euro weniger als ursprünglich geplant darf die Bundesministerin für Arbeit und Soziales in diesem Jahr ausgeben. Und dennoch bleibt der Haushalt für Arbeit und Soziales der mit Abstand größte Posten des Bundeshaushalts: 121,98 Milliarden Euro (2013: 119,23 Milliarden Euro) sind dafür in diesem Jahr eingeplant. Auch an der grundsätzlichen Ausgabenstruktur ändert sich nichts: Die Leistungen an die Rentenversicherung verschlingen traditionell den Löwenanteil und belaufen sich auf 82,96 Milliarden Euro (2013: 81,16 Milliarden Euro). Gespart wird vor allem bei den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Insgesamt belaufen sich die Ausgaben dafür in diesem Jahr auf 31,06 Milliarden Euro (2013: 31,62 Milliarden Euro). Von der 339-Millionen-Euro-Einsparung entfallen allein 300 Millionen auf das Arbeitslosengeld II. 19,20 Milliarden Euro sind dafür nun 2014 eingeplant. Ursprünglich waren es 19,50 Milliarden Euro gewesen. Dennoch ist das gegenüber dem Jahr 2013 (18,97 Milliarden Euro) ein leichter Anstieg. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung beläuft sich auf 3,90 Milliarden Euro (2013: 4,70 Milliarden Euro). Für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit gibt der Bund ebenfalls 3,90 Milliarden Euro aus, genauso viel wie im Vorjahr. Deutlich gestiegen ist dagegen die gesetzlich geregelte stärkere Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dadurch werden die Kommunen in diesem Jahr um 5,49 Milliarden Euro (2013: 3,89 Milliarden Euro) entlastet.

Investition für Millionen Angesichts dieser Zahlen verwunderte es nicht, dass Andrea Nahles ihren Etat als „das Herzstück“ des Bundeshaushalts bezeichnete. In ihm bilden sich am meisten ab, wie der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft organisiert ist, sagte Nahles und lobte in diesem Zusammenhang noch einmal die Groß-Projekte der Koalition wie das Rentenpaket und das Mindestlohn-Gesetz. Die ab 1. Juli 2014 in Kraft tretenden Regelungen des Rentenpakets wie die abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Versicherungsjahren, die bessere Anerkennung von Erziehungsleistungen für vor 1992 geborene Kinder in Form der sogenannten Mütterrente, Erhöhungen bei der Erwerbsminderungsrente und dem Reha-Budget, hatten vor allem wegen der Finanzierung für viel Kritik



Trotz Rekordbeschäftigung in Deutschland: Langzeitarbeitslose, noch dazu geringqualifizierte, profitieren bisher nicht vom Boom.

Löchriges Netz

ARBEIT UND SOZIALES Regierung und Opposition wollen den hohen Sockel der Langzeitarbeitslosigkeit abbauen

gesorgt. Auf 160 Milliarden Euro beziffern sich die Kosten bis zum Jahr 2030. Investitionen, die sich aus Sicht von Andrea Nahles lohnen: 10 Millionen Menschen würden allein vom Rentenpaket und noch einmal fünf Millionen Menschen vom geplanten flächendeckenden Mindestlohn ab 2015 profitieren, rechnete sie vor. Zur Kritik an den Kosten des milliardenschweren Rentenpakets sagte Nahles: „Ja, es kostet was, aber wir können uns das leisten und es ist solide finanziert.“ Das war Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) dann doch zu schön gerechnet. Er warf der Bundesregierung vor, „blind für die sozialen Probleme“ des Landes zu sein und machte das vor allem am Thema Armut fest. So würden mehr als sieben Millionen Menschen Grundsicherungsleistungen beziehen, die verdeckte Armut nicht eingerechnet. „Dazu haben Sie kein Wort verloren“, sagte der Grüne. Diese Menschen würden vom Rentenpaket überhaupt nicht profitieren. Das Rentenpaket sei Ausdruck einer „exklusiven Sozialpolitik“ für einige wenige, die im System drin sind, beklagte Strengmann-Kuhn. Er warb in diesem Zusammenhang noch einmal für das grüne Modell einer steuerfinanzierten Garantierente, um Geringverdienern ein Abrutschen in Altersarmut zu ersparen.

Höhere Regelsätze Die Diskussion über Armutsbekämpfung und das Ziel, möglichst viele Menschen über Arbeit gesellschaftlich zu integrieren, sei „des Pudels Kern“, entgegnete Ewald Schurer (SPD). „Aber wenn fünf Millionen Existenzen künftig mithilfe

des Mindestlohns besser abgesichert sind, kann man nicht so tun, als ob das kein manifestester Bestandteil von Armutsbekämpfung sei“, sagte der Haushaltspolitiker. Auch die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente würden Armut bekämpfen. Deshalb sei es „grundfalsch“ zu sagen, die Regierung tue hier nichts. Das reichte der Opposition nicht. Grüne und Linke forderten, den Hartz-IV-Regelsatz anzuhäufeln. Klaus Ernst (Die Linke) nannte es eine der „großen Ungerechtigkeiten“ des Haushaltes, dass dafür keine Mittel eingeplant sind. Und der Grüne Strengmann-Kuhn forderte die Regierung auf, endlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Anhebung der Regelsätze umzusetzen. Zwar hatte der Gesetzgeber 2011 ein Urteil der Karlsruher Richter von 2010 umgesetzt

und die Regelsätze angehoben. Jedoch hat das Sozialgericht Berlin das Gesetz den Bundesrichtern zu erneuter Prüfung vorgelegt, weil es der Auffassung ist, das Existenzminimum werde dort immer noch auf verfassungswidrige Weise ermittelt. Nach der letzten Erhöhung zum 1. Januar 2014 liegt der Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen derzeit bei 391 Euro im Monat.

Zu viele Langzeitarbeitslose Dass es einen erheblichen und deutlich zu großen Teil von Menschen gibt, die momentan nicht „im System drin sind“, verschwieg auch Ministerin Nahles nicht. Allerdings konzentrierte sie sich dabei auf die große Gruppe der Langzeitarbeitslosen und die Frage, wie diese besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Als langzeitarbeitslos gelten Menschen, die länger als ein Jahr am Stück arbeitslos sind. Deren Anteil an allen Arbeitslosen lag 2013 laut Statistischem Bundesamt bei 35 Prozent und ist in den vergangenen Jahren, trotz der guten Konjunktur, nur minimal gesunken. Diese rund eine Million Menschen profitierten nicht von der Rekordbeschäftigung in Deutschland, stellte Nahles fest und verwies darauf, dass 46 Prozent von ihnen länger als vier Jahre arbeitslos sind und mehrere „Vermittlungshemmnisse“ haben. Menschen könnten ruhig Umwege gehen, aber man dürfe sie nicht aufgeben, appellierte sie und kündigte an, für 2015 ein spezielles Förderprogramm mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds auflegen zu wollen.

Klaus Ernst kritisierte jedoch die im Haushalt eingeplanten Mittel für die Eingliederung in Arbeit als viel zu niedrig. „Qualifizierung und Eingliederung sind das richtige Rezept gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Hier brauchen wir einen Aufbau, den kann man aber nicht erkennen“, so Ernst. Dem widersprach Nahles. Mit pro Kopf durchschnittlich 1.852 Euro würden derzeit mehr Mittel für Langzeitarbeitslose ausgegeben als im letzten Haushalt.

Natürlich sei jeder Langzeitarbeitslose einer zu viel und man müsse sich künftig stärker um die Einzelfälle kümmern, betonte Sabine Weiss (CDU). Es sei aber angebracht, die Erfolge in anderen Bereichen deshalb nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion für den Bereich Arbeit und Soziales lobte insbesondere die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland, die mit 7,9 Prozent die niedrigste in Europa sei. „Wir engagieren uns weiterhin auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt“, versprach sie und verwies auf das Programm „MoBiPro-EU“. Mit diesem Programm fördert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die berufliche Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa. Aufgrund der enormen Nachfrage wurden die Mittel dafür noch einmal um 27 Millionen Euro allein für dieses Jahr aufgestockt. Ein Ergebnis, das fast alle Redner würdigten. Allen voran Ministerin Nahles: „Das hätte ich ohne das Parlament nicht geschafft“, sagte sie mit Blick auf die Haushaltsberatungen. *Claudia Heine*



Satter Zuschlag für Grünters

KULTUR Entgegen der ursprünglichen Haushaltsplanung muss Monika Grütters (CDU), Staatsministerin für Kultur und Medien, nun doch keine Abstriche in ihrem Etat machen – im Gegenteil. Am Ende geht sie nach einem Zuwachs um 90 Millionen auf 1,29 Milliarden Euro aus den Haushaltsverhandlungen hervor. Entsprechend groß war die Freude bei den Kultur- und Medienpolitikern der Koalitionsfraktionen in der vergangenen Woche. In der Endphase der Haushaltsberatungen sei „wirklich ein Coup gelungen“, jubelte der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Dörmann. Und sein Unionskollege Marco Wanderwitz (CDU) bescheinigte Grütters, ihre „Feuertaufe“ als neue Kulturstaatsministerin bestanden zu haben.

Am stärksten profitiert das Sonderprogramm Denkmalschutz, das nun 35 Millionen statt wie geplant nur sechs Millionen Euro erhält. An die Deutsche Welle fließen zehn Millionen Euro mehr als im Jahr 2013. Auch die Opposition begrüßte das Ansteigen der Kulturausgaben ausdrücklich, Kritik übte sie aber dennoch. Harald Petzold (Linke) bemängelte, dass das Denkmalschutzprogramm eben ein Sonderprogramm bleibe und Länder und Kommunen so keine Planungssicherheit für die Zukunft hätten. Zudem kritisierte er die Einstellung des Sonderprogramms zur Sanierung von Konzentrationslager-Gedenkstätten. Ulla Schaus (Grüne) warf Staatsministerin Grütters vor, die Kulturförderung einseitig auf Berlin zu konzentrieren. Berlin sei zwar die Hauptstadt, „aber die Kultur in Berlin ist nicht mehr wert als die Kultur in jeder anderen Stadt“, sagte Schaus. *aw*

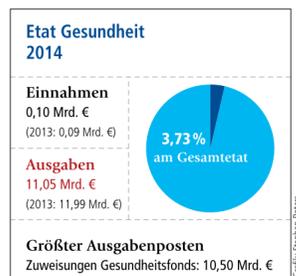
Bildung mit Zusatzmitteln

BILDUNG Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag den Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (18/1020, 18/1023, 18/1024) verabschiedet. Der Etat umfasst nunmehr 14 Milliarden Euro und steigt somit gegenüber 2013 um 313 Millionen Euro. Dennoch übte die Opposition zum Teil heftige Kritik an der Mittelverteilung. So kritisierte Roland Claus (Die Linke) das mangelhafte Schulnetz, das junge Frauen aus der Erwerbsarbeit dränge. Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) ärgerte sich, dass für Kitas lediglich 550 Millionen Euro als „Frischgeld“ eingeplant seien und nicht eine Milliarde, wie die Regierung weismachen wolle. Außerdem sei diese Summe noch nicht einmal verbindlich, sagte Deligöz. Die Koalition war hingegen für den Erfolg dieses Haushalts, der, wie Anette Hübing (CDU) betonte, nun zum neunten Mal in Folge steige. Hubertus Heil (SPD) bekräftigte das Ziel der Chancengleichheit für Bildung und lobte die komplette Übernahme des Bafög durch den Bund ab 2015. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) rechnete vor, dass von den 23 Milliarden Euro, die für den Bundeshaushalt 2014 zusätzlich eingeplant worden sind, allein neun Milliarden Euro in den Bildungs- und Forschungsetat fließen. „Es ist eine herausragende Bilanz, dass wir eine Spitzenposition im Bereich Forschung und Technologie geworden sind“, sagte sie. Grundlage der Debatte war zudem ein Entschließungsantrag der Grünen (18/1867), der aber mit den Stimmen der Großen Koalition abgelehnt wurde. *rol*

Streit um mögliche Beitragserhöhungen

GESUNDHEIT Bundeszuschuss gekürzt. Zehn Millionen Euro gehen an Opfer des Bluterskandals

Ein Sprichwort besagt: „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not.“ In der Gesundheitspolitik ist das jedoch nicht so einfach, wie es sich anhört. Denn wann ist Zeit, wie lässt sich überhaupt sparen und wann droht Not? Oder anders gefragt, ist nicht die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) angesichts der ständig steigenden Gesundheitsausgaben immer ein Stück weit in Not? Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) kann froh sein, das schwierige Amt in einer Zeit üppiger GKV-Finanzien übernommen zu haben. Auf rund 30 Milliarden Euro summierten sich die Rücklagen in der GKV Ende 2013, darunter 13,6 Milliarden Euro im Gesundheitsfonds und 16,7 Milliarden Euro bei den Krankenkassen. Eine komfortable Ausgangslage, nur eben keine dauerhafte, denn schon deutet sich an, dass die Kosten den Einnahmen wieder einmal davonlaufen. Nach Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft droht der GKV in diesem Jahr ein Defizit von 1,7 Milliarden Euro, 2015 sollen es sogar 6,1 Mil-



liarden Euro sein. Die gesetzlichen Kassen haben zudem im ersten Quartal 2014 erstmals seit langem wieder Verluste gemacht. Von Januar bis März stand unter dem Strich ein Defizit von 270 Millionen Euro. Aus Gröhens Sicht besteht kein Grund zur Sorge. Die höheren Ausgaben hingen mit Prämienzahlungen (236 Millionen) und freiwilligen Leistungen für die Versicherten (55 Millionen) zusammen, sagte er bei der Verabschiedung seines Etats (18/1023, 18/1024) vergangene Woche im Plenum. Ohne diese Sonderfaktoren ergäbe sich sogar ein Überschuss, fügte Gröhe hinzu, der auch den gekürzten Bundeszuschuss an den Gesund-

heitsfonds erneut gegen heftige Kritik der Opposition verteidigte. Diese Zuweisungen, die den Gesundheitsset im Wesentlichen ausmachen, werden nach dem ebenfalls mit Koalitionsmehrheit gebilligten Haushaltsbegleitgesetz (18/1762) 2014 um 3,5 Milliarden Euro auf 10,5 Milliarden Euro reduziert. In den Jahren 2013 bis 2015 werden über den Bundeszuschuss somit insgesamt 8,5 Milliarden Euro für die Haushaltskonsolidierung eingespart.

Bundeszuschuss Die Grünen-Abgeordnete Ekin Deligöz warnte, mit dem gekürzten Zuschuss würden Beitragssteigerungen provoziert, die künftig nur noch von den Arbeitnehmern getragen werden müssten, während die Arbeitgeber „fein raus“ seien. Die Haushaltsexpertin der Linken, Gesine Löttsch, monierte, zur Sanierung des Haushaltes werde „getrickelt, was das Zeug hält“. Bei einer gerechteren Steuerpolitik wäre diese „kreative Buchführung“ unnötig. Gröhe betonte hingegen, die Mittel würden den Rücklagen entnommen, keine Kassenleistung werde deshalb gekürzt, auch kein Beitrag erhöht. Nach Ansicht Gröhens bietet der um 934 Millionen Euro auf rund 11,05 Milliarden Euro eingedampfte Etat die Basis für eine weiter hochwertige Gesundheitsversorgung. Kordula Schulz-Asche (Grüne) rügte

gleichwohl, die Koalition drehe nur an einzelnen Stellschrauben eines zunehmend maroden Systems, statt etwa in den Bereichen Pflege, Krankenhäuser und Prävention nachhaltige Reformen in Gang zu setzen. Die SPD-Haushälterin Petra Hinz sprach von einem guten Haushalt, der den Hebeln ebenso wie der Kindergesundheit zugeht und auch deutlich mache, dass die Pflegereform mit Vorrang angegangen werde. Es würden Mittel für den Kampf gegen Aids bereitgestellt sowie mehr Gelder zur Aufklärung der Bevölkerung nach dem Organspendeskandal. Der SPD-Abgeordnete Edgar Franke betonte, das Gesundheitssystem stehe vor enormen Herausforderungen. Die Sicherung der Pflege, auch auf lokaler Ebene, sei dabei von zentraler Bedeutung. Fraktionsübergreifend gelobt wurde die Entscheidung, doch noch weitere zehn Millionen Euro für die Opfer des Bluterskandals bereitzustellen, die in den 1980er-Jahren durch Blutprodukte mit dem Aids-Virus infiziert worden waren. Damit ist die Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ bis 2017 abgesichert. Jens Spahn (CDU) mahnte, nun seien auch alle anderen Unterstützer gefordert, eine Lösung zu finden, um die Stiftung dauerhaft zu finanzieren. *Claus Peter Kosfeld*

Eine Milliarde mehr

FAMILIE Zwei Drittel des Etats fließen in das Elterngeld

Mit 7,96 Milliarden Euro werden die Ausgaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in diesem Jahr um 1,08 Milliarden Euro höher ausfallen als 2013. Der Bundestag billigte am vergangenen Donnerstag den Etatentwurf der Regierung (18/700, Einzelplan 17) in der durch den Haushaltsausschuss nur leicht geänderten Fassung (18/1016, 18/1023, 18/1024, 18/1025) mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen das Votum der Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Profitieren von der Aufstockung sollen vor allem die Familien. So bildet allein das Elterngeld, das um 470 Millionen Euro auf 5,37 Milliarden Euro erhöht wird, bereits zwei Drittel des Etats von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD). Eine weitere Milliarde Euro sind für Kindergeld und Kinderzuschlag (514 Millionen) sowie das im vergangenen Jahr eingeführte Betreuungsgeld (515 Millionen) vorgesehen. Schwesig zeigte sich zufrieden mit ihrem Etat. Die Erhöhung des Elterngeldes sei „eine gute Botschaft“ für die Familien. Diese „hochwirksame Leistung“ werde ab 2015 durch die Einführung des Elterngeld Plus ausgebaut. Jörn Wunderlich, Familienpolitiker der Linken, kritisierte hingegen die Kürzung der Mittel für den Kinderzuschlag um

33 Millionen Euro durch den Haushaltsausschuss. In Zeiten steigender Kinderarmut würden die Weichen falsch gestellt. Die SPD-Haushaltspolitikerin Ulrike Gottschalk wies diese Kritik zurück. Die Kürzung sei nur deshalb zustande gekommen, weil die Gelder im vergangenen Jahr nicht abgerufen worden seien. Dies käme nun dem Bundesfreiwilligendienst und dem unterfinanzierten Fonds „Heimerziehung in der DDR“ zu Gute. Der Bundesfreiwilligendienst erhält mit 178 Millionen rund elf Millionen Euro mehr als 2013. Und der Heimkinder-Fonds wird dieses Jahr mit 21 Millionen Euro ausgestattet statt mit lediglich 6,5 Millionen, wie ursprünglich geplant.

Betreuungsgeld Die familienpolitische Sprecherin der Grünen, Katja Dörner, erneuerte in der Aussprache die Kritik ihrer Fraktion am Betreuungsgeld. Dies sei lediglich dazu geeignet, um Kinder von der frühkindlichen Bildung in Kitas fernzuhalten und das Risiko von Kinderarmut noch zu erhöhen. Für den CSU-Haushaltspolitiker Alois Rainer hingegen ist das Betreuungsgeld bereits jetzt ein Erfolg und garantiere die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Kita-Betreuung oder nicht. Im ersten Quartal des Jahres sei es bereits für 146.000 Kinder beantragt worden. *aw*





Probleme mit der Ausrüstung: Das Sturmgewehr G36 erweist sich bei längerem Schießen immer wieder als zielgenau. Der Bundesrechnungshof mahnte deshalb einen Beschaffungstopp an.

Unfreiwillige Spar-Truppe

VERTEIDIGUNG Die Ausgaben der Bundeswehr sinken um 822 Millionen Euro, weil Waffensysteme verspätet geliefert werden

Die Bundeswehr muss im laufenden Jahr deutlich mehr einsparen als ursprünglich geplant. Der Haushaltsausschuss hatte in seiner Berichterstattung Mitte Juni dem Etat von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) eine globale Minderausgabe von 400 Millionen Euro auferlegt. Damit stehen der Ministerin mit 32,44 Milliarden Euro insgesamt 822 Millionen Euro weniger zur Verfügung als ihrem Amtsvorgänger Thomas de Maizière (CDU) im Jahr 2013. Grund für die Kürzung sind vor allem Lieferverzögerungen bei verschiedenen Rüstungsprojekten. Am vergangenen Donnerstag billigte der Bundestag den Wehretat für 2014 (18/700) in der durch den Haushaltsausschuss geänderten Fassung (18/1013, 18/1024) mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen votierten dagegen.

fenden Rüstungsprojekten der Bundeswehr nicht gebilligt und eine Überprüfung der 15 größten Beschaffungsvorhaben durch eine externe Beraterfirma in Auftrag gegeben habe. Deshalb sei es auch nur „recht und billig“, dass der Haushaltsausschuss Gelder für diese Projekte erst dann freigibt, wenn von der Leyen dem Ausschuss einen gebilligten Statusbericht vorlegt und der Ausschuss sicher sein kann, dass das Verteidigungsministerium von den Rüstungsprojekten noch überzeugt ist. Insgesamt sind im Wehretat 9,97 Milliarden Euro für Beschaffungen, den Erhalt von militärischen Anlagen und wehrtechnische Forschung eingeplant – 405 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Durch die globale Minderausgabe werden voraussichtlich weitere Einsparungen hinzukommen. Allein 900 Millionen Euro sind beispielsweise für die Beschaffung des Transportflugzeugs Airbus 400M, 650 Millionen für das Kampfflugzeug „Eurofighter“, 250 Millionen für den Schützenpanzer „Puma“, 155 Millionen für Unterstützungshubschrauber „Tiger“ und weitere 117 Millionen Euro für den Nato-Hubschrauber 90 vorgesehen.

Rüge des Rechnungshofes Kritische Töne zur Realisierung und Finanzierung dieser Rüstungsvorhaben waren in der Debatte dann auch aus den Reihen der Koalitionsfraktionen zu vernehmen. Die SPD-Haushaltsexpertin Karin Evers-Meyer betonte zwar, dass der Etat „im Großen und Ganzen“ in Ordnung sei. Allerdings stehe das Problem der „nicht ablaufenden“ Gelder aus dem Etat für Rüstungsprojekte „der

Wahrheit und Klarheit der Haushaltsführung“ entgegen. Rund 15 Prozent der militärischen Beschaffungen seien „problembehaftet“, und der Bundesrechnungshof habe entsprechende Rügen ausgesprochen, sagte Evers-Meyer. Die Abgeordnete forderte die Verteidigungsministerin auf, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Von der Leyen sei zwar nicht dafür verantwortlich zu machen, wenn die Rüstungsindustrie zu spät liefere. „Sie müssen aber den Damen und Herren der Industrie endlich einmal sagen, dass eine Aneinanderreihung von Katastrophen nicht vertrauensbildend ist. Zu spät, zu teuer und nicht bedarfsgerecht sind Schlagworte, mit denen wir uns leider ständig herumschlagen müssen“, bemängelte Evers-Meyer. Sie legte zugleich von der Leyen nahe, den Haushaltsausschuss in Zukunft noch früher über auftretende Probleme bei den Beschaffungsvorhaben zu informieren.

Auch der CSU-Haushaltsexperte Bartholomäus Kalb räumte ein, dass der Wehretat „leider nicht ungeschoren davongekommen sei“. Neben der globalen Minderausgabe seien auch die Mittel im Einzelplan 60 des Bundeshaushaltes für das zivile Überhangpersonal um 500 Millionen Euro reduziert worden. Dies sei notwendig gewesen, um die angestrebte Nettokreditaufnahme des Bundes von 6,5 Milliarden Euro halten zu können. Kalb warnte ebenso wie seine Kollegin Evers-Meyer vor einem Investitionsstau bei der Bundeswehr. Die Streitkräfte stünden vor immer neuen Herausforderungen und der Bundestag habe dafür zu sorgen, dass die Soldaten entsprechend ausgerüstet werden. „Es nützt uns auch nichts, nur die Fähigkeiten zu erhalten, die wir jetzt haben“, sagte Kalb. Deutschland müsse Sorge tragen, bei der wehrtechnischen Entwicklung nicht abgehängt zu werden.

gaben beim Eurofighter vollständig verloren zu haben“. Das Kampfflugzeug werde den Steuerzahler nach Angaben des Rechnungshofes bis zu seiner Ausmusterung 60 Milliarden Euro kosten, sagte Buchholz. Scharf ins Gericht ging Buchholz mit der Regierung auch wegen der angestrebten Entwicklung und Beschaffung von Drohnen, die auch Bewaffnung tragen können sollen. Die Koalition sei dabei, „Deutschland in die nächste Rüstungspirale hineinzudrehen und zur Drohnennation zu machen“.

Verpflichtungen Verteidigungsministerin von der Leyen wies die Fundamentalkritik der Linksfraktion zurück. Deutschland müsse seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen. Dies werde von den Nato-Partnern und den Vereinten Nationen erwartet. Militärische Einsätze seien „manchmal als Ultima Ratio“ notwendig.

Die Ministerin räumte ein, dass die globale Minderausgabe „schmerzt“. Sie sei im Sinne der Haushaltskonsolidierung aber „richtig“. Die eingesparten Gelder würden in den kommenden Jahren bereitgestellt, wenn die verspätete Ausrüstung geliefert wird. So werde es „allerhöchste Zeit“, dass der Airbus 400M „auf den Hof kommt, damit wir dieses Flugzeug endlich nutzen können“, sagte von der Leyen. Den weitaus größten Ausgabenposten im Verteidigungshaushalt bilden jedoch weiterhin die Personalkosten. Sie schlagen mit 15,96 Milliarden Euro zu Buche und machen fast die Hälfte des Etats aus. Sie sinken im Vergleich zum Vorjahr leicht um 80 Millionen Euro. Parallel wird die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten von 191.000 auf 188.000 reduziert. Für freiwillig Wehrdienstleistende sind unverändert 12.500 und für Reservisten 2.500 Planstellen vorgesehen.

Attraktivität Ministerin von der Leyen rechnete vor, dass die Streitkräfte zukünftig zwei bis drei Prozent eines Geburtenjahrgangs bei den Einstellungen benötigen, um die angestrebte Quantität und Qualität des Personals halten zu können. „Um das zu erreichen, müssen wir als Arbeitgeber deutlich bessere Rahmenbedingungen schaffen“, sagte von der Leyen. Bis 2018 würden deshalb 103 Millionen Euro für ein entsprechendes Attraktivitätsprogramm bereitgestellt. Ende September werde sie, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, dem Bundestag zudem einen Gesetzentwurf vorlegen, um die Besoldungszulagen für die Soldaten anzuhoben. Alexander Weinlein



Steigende Kosten Dies sieht die Linksfraktion hingegen ganz anders. Der Haushalt sei darauf ausgerichtet, mehr deutsche Soldaten in Auslandseinsätze zu entsenden, kritisierte deren verteidigungspolitische Sprecherin Christine Buchholz. „Das ist der falsche Weg. Deutschland muss sich aus den Auslandseinsätzen zurückziehen. Deutschland muss abrüsten, besser heute als morgen“, forderte Buchholz. Zugleich hielt sie von der Leyen vor, dass die Kosten „völlig aus dem Ruder laufen“. So habe der Bundesrechnungshof dem Ministerium beispielsweise vorgeworfen, den „Überblick über die aufgelaufenen und noch anfallenden Aus-



Ministerin Ursula von der Leyen (CDU)

Etat leicht erhöht

JUSTIZ Verbraucherschutz steht im Vordergrund

Das um den Bereich Verbraucherschutz erweiterte Justizministerium kann im diesjährigen Bundeshaushalt mit einem leicht erhöhten Etat rechnen. Nach den Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (18/1007) umfasst das Ausgabevolumen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (Einzelplan 07) in diesem Jahr 648,14 Millionen Euro und damit rund 41,3 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Der Bundestag folgte den Empfehlungen und beschloss den Etat vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Regierungskoalition und gegen das Votum der Opposition.

Neue Finanzmarktwächter „Es ist ein guter Haushalt geworden“, konstatierte Dennis Rohde (SPD). Der Etat sei der Grundstein für eine Rechtspolitik, die auf Prävention setze. Auch deshalb werde man noch 2014 den „Finanzmarktwächter“ einführen und mit 2,5 Millionen Euro ausstatten. Der Wächter soll in Zukunft Verbraucher in Finanzmarktfragen beraten. Für Tobias Lindner von den Grünen wiederum greift der Finanzmarktwächter zu kurz. Es fehle ein Marktwächter für die digitale Welt, sagte er. Insgesamt passe der Haushalt des Ministeriums nicht zum neuen Aufgabenbereich. Klaus-Dieter Gröhler (CDU) sagte, jeder

ausgegebene Euro müsse erst einmal eingebracht werden. Man habe den Haushalt im Vergleich zum Vorjahr um ein Prozent erhöht, um einen Schwerpunkt auf den Verbraucherschutz zu legen. Trotzdem erreiche der Haushalt nur der „Portokasse des Sozialstaats“. Für Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) zeigt der Haushalt, „wie viel Sinnvolles man mit einer Portokasse finanzieren kann“. Als erfolgreiche Gesetzesinitiativen nannte er das Sukzessivadoptionsrecht für homosexuelle Paare, die Mietpreismehrung sowie Verschärfungen im Strafrecht bei sexuellem Missbrauch und Kinderpornografie. Halina Wawzyniak (Die Linke) begrüßte zwar die Mietpreismehrung, für sie bleibe diese allerdings nur ein „Bremschen“. Viele Ausnahmen könne sie nicht nachvollziehen. Keine Mehrheit fand ein Änderungsantrag der Linken (18/1855), zehn Millionen Euro zusätzlich für eine bundesweite Finanz- und Schuldenberatung in den Justizämtern aufzunehmen. Ebenso abgestimmt wurde über den Etat des Bundesverfassungsgerichts (Einzelplan 19, 18/1017). Dafür sind im Haushalt 2014 Ausgaben von 46,07 Millionen Euro vorgesehen, in etwa gleich viel wie im Vorjahr. Diesem Einzelplan stimmten alle Fraktionen zu. jbb

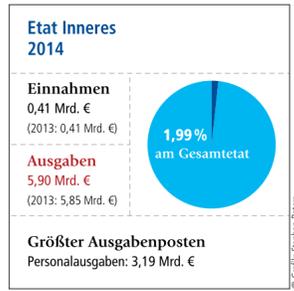
Mehr Mittel für de Maizière

INNERES Der Opposition geht der Ausgabenansatz nicht weit genug

Der Haushalt des Bundesinnenministeriums für 2014 gehört zu den Einzelplänen des Bundesetats, dessen Ausgabenansatz in den parlamentarischen Beratungen im Vergleich zum Regierungsentwurf erhöht worden ist – um immerhin 128 Millionen Euro, wie der CSU-Parlamentarier Reinhard Brandl vergangene Woche im Bundestag vorrechnete. Dabei gehe es um „die Antwort auf große Herausforderungen“, fügte Brandl hinzu. So würden neun Millionen Euro mehr für die Aufnahme syrischer Flüchtlinge bereitgestellt und zusätzliche 40 Millionen Euro für die Integrationskurse. Als weitere Punkte nannte Brandl die IT-Sicherheit und den Katastrophenschutz. Beim Technischen Hilfswerk würden zusätzlich zehn Millionen Euro investiert. Der SPD-Abgeordnete Martin Gerster ergänzte, dass auch die Situation der Bundespolizei „deutlich verbessert“ werde. Gestärkt werde zudem das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Gerster hob zugleich hervor, dass für die Bundeszentrale für politische Bildung knapp elf Millionen Euro mehr bereitgestellt würden. Auch die politischen Stiftungen würden „mit deutlich mehr Geld versehen“. Ein „großer Aufschlag“ sei ferner, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 300 Stellen mehr erhalte.

Für Die Linke kritisierte ihr Fraktionsvize Dietmar Bartsch, der Etat des Innenministeriums sei an wichtigen Stellen chronisch unterfinanziert. Die Bundesregierung habe keine „Strategie angesichts wachsender internationaler Flüchtlingsströme“, fügte Bartsch hinzu und warf die Frage auf, wann sie mit einer „vorausschauenden Haushaltspolitik“ in dieser Frage beginnen wolle. Auch würden bei den Integrationskursen die notwendigen Mittel „durch die globalen Minderausgaben nicht eingestellt“. Die Grünen-Parlamentarierin Anja Hajduk bemängelte, dass Schwarz-Rot zwar im Ko-

alitionsvertrag eine Verbesserung der Integration angekündigt habe, aber bei der Finanzierung diesem Anspruch nicht gerecht werde. So seien etwa die zusätzlichen 40 Millionen Euro für die Integrationskurse „nicht nichts“, doch da man den Empfängerkreis eigentlich auf Asylantragsteller ausweiten wolle, reiche das nicht aus. Auch für die Aufnahme syrischer Flüchtlinge müsse mehr Geld bereitgestellt werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) verteidigte die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Schon jetzt habe Deutschland 40.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen; weitere 10.000 könnten noch hinzukommen. Das seien weltweit drei Viertel aller außerhalb der Region vorhandenen Aufnahmeplätze. Insgesamt sieht der Etat des Innenministeriums in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von fast 5,9 Milliarden Euro vor und damit rund 48,27 Millionen Euro mehr als 2013. Allein auf die Personalausgaben entfallen mehr als 3,19 Milliarden Euro. Helmut Stoltenberg



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

DasParlament
Zurück an die Arbeit

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75914253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

Frank-Walter Steinmeier (SPD) verbringt derzeit viele Stunden in Flugzeugen. Unermüdlich jettete der Außenminister in den vergangenen Wochen von einem globalen Krisenherd zum nächsten. Getreu dem von ihm selbst aufgerufenen Motto: Deutschland ist zu groß, um an der Außenlinie zu stehen. Für sein Engagement erntete der Außenminister vergangene Woche bei der abschließenden Beratung zum Haushalt des Auswärtigen Amtes (Einzelplan 05) überwiegend Anerkennung. Omid Nouripour (Grüne) fand etwa, es gebe viel zu loben „am Tun des Außenministers“. Der Mittelaufwuchs in Höhe von 4,4 Prozent sei auch eine Referenz an die Arbeit Steinmeiers, sagte der Haushalter der Unionsfraktion, Alois Karl (CSU), der es als gutes Zeichen wertete, wenn das Spektakulärste der deutschen Außenpolitik deren „Berechenbarkeit, Verlässlichkeit und Unaufgeregtheit“ sei. Das Ergebnis der Haushaltsberatungen nannte Karl einen „Bikini-Haushalt“. Der Etat sei kurz und knapp, umfasse das Wesentliche und erzeuge Aufmerksamkeit, urteilte er.

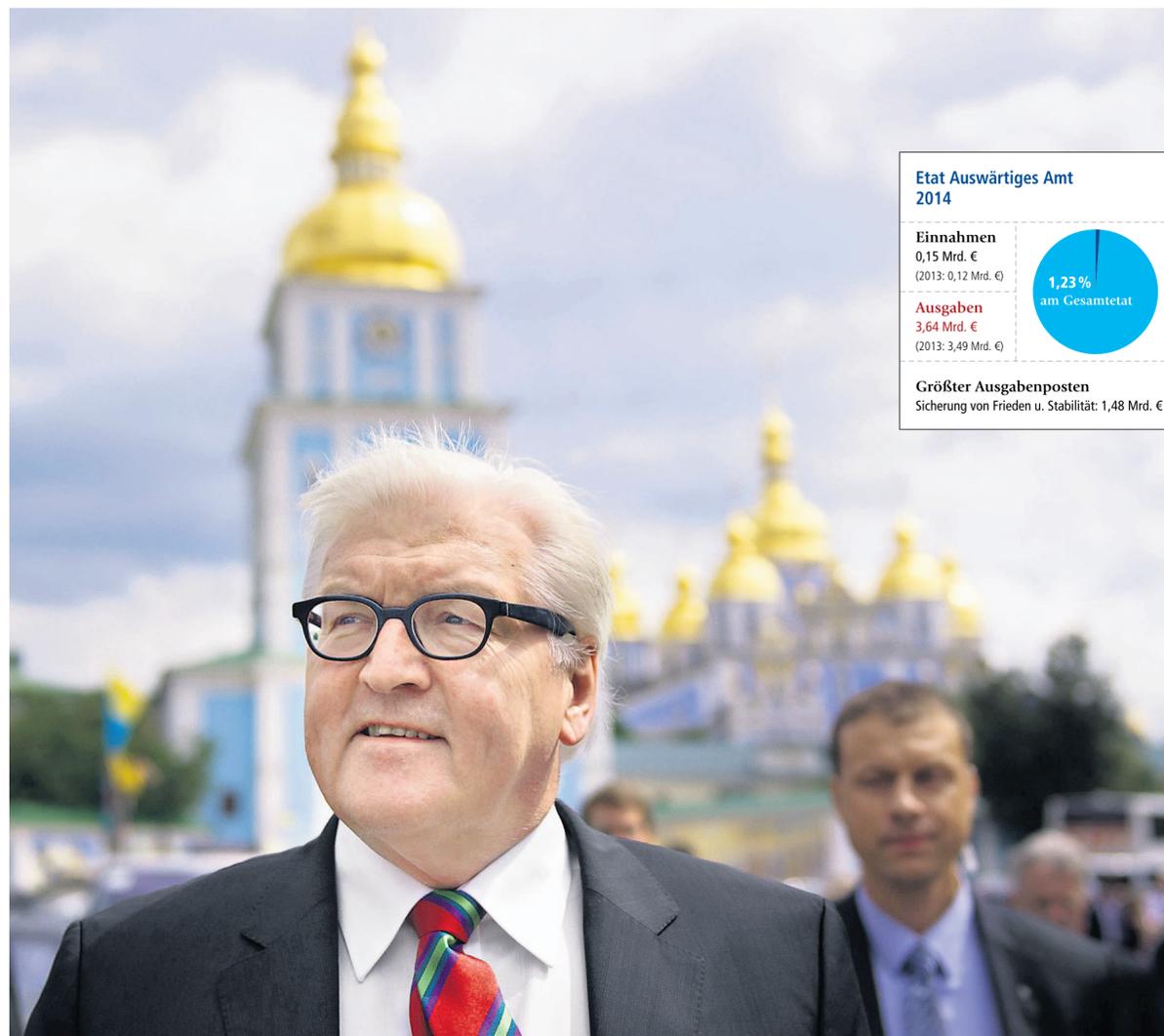
Die Haushaltsexpertin Doris Barnett (SPD) betonte, dass im Etat eine klare Stärkung der zivilen Krisenprävention zu erkennen sei. „Wir stärken unter anderem die erfolgreiche Arbeit des Zentrums für internationale Friedenseinsätze“, betonte sie. Positiv sei außerdem, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als tragende Säule der deutschen Außenpolitik ausgebaut werde und es zudem gelungen sei, die geplanten Kürzungen beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zurückzunehmen. Omid Nouripour begrüßte zwar auch, dass es mehr Geld für die zivile Krisenprävention gebe. Er bemängelte jedoch, dass dies vor allem für Projekte eingeplant sei. „Die Institutionen zu stärken war eigentlich unser Anliegen“, sagte der Grünen-Abgeordnete. Kritik gab es vom Haushalter der Linken, Michael Leutert. Lediglich 2,8 Millionen Euro seien für die europäische Integration vorgesehen. Dabei habe nicht zuletzt das Postengeschacher im Anschluss an die Wahlen zum EU-Parlament gezeigt, „dass wir einen Neustart für eine europäische Verfassung brauchen“.

Krisenherde Abseits der Zahlen kamen die Abgeordneten schnell auf die Vielzahl der aktuellen Konflikte in der Welt zu sprechen. Steinmeier warnte in seiner Rede davor, dass im Irak ein Zerfall der staatlichen Strukturen zu befürchten sei mit der Folge, „dass ein riesiger gesetzloser Raum zu entstehen droht“. Gleichzeitig machte Steinmeier deutlich, dass bei dem Konflikt „Hilfe von außen nur ganz schwer möglich ist“. Vielmehr komme es auf die irakische Regierung an. „Ich glaube, es wird überhaupt nur dann Chancen für eine politische Lösung im Irak geben, wenn die politische Elite im Irak bereit ist, eine Regierung zu formen, in der alle Religionen und alle Regionen tatsächlich integriert sind“, sagte er.

Mit Blick auf den Konflikt in der Ukraine sprach der Außenminister von einer „historischen und entscheidenden Phase derzeit“. Das Vorgehen des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, einen Friedensplan aufzulegen, obwohl die Bevölkerung harte Reaktionen gegen die Separatisten fordere, nannte Steinmeier „mutig“. Und dann gab er einen persönlichen Einblick, wie schnell sich die Lage ändern kann und mit welchen Rückschlägen er in seiner Rolle als Chefdiplomate zuweilen konfrontiert ist: Als er am Vortag nach seinem Gespräch mit dem ukrainischen Präsidenten in Kiew in das Flugzeug gestiegen sei, hätte er den Eindruck gehabt, ein Stück weiter gekommen zu sein. Auch weil zu dem Zeitpunkt be-

Lob für den Krisendiplomaten

AUSWÄRTIGES Steinmeiers Etat legt zu und erhält mehr Mittel für Konfliktprävention



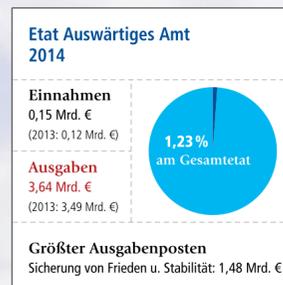
Frank-Walter Steinmeier (SPD) auf Vermittlungsmission in der vergangenen Woche in Kiew

kannt geworden sei, dass Russlands Präsident Wladimir Putin auf die vom Föderationsrat erteilte Interventionsvollmacht in der Ostukraine verzichten wolle. „Als ich am Nachmittag in Brüssel landete, erfuh ich von dem Abschied des Hubschraubers, bei dem es neun tote ukrainische Soldaten gegeben habe, setzte Steinmeier hinzu. Dies zeige, wie fragil die Situation sei. Die unterschiedliche Bewertung der Lage in der Ukraine sorgte schon zu Beginn der Debatte für Unruhe. Dieter Dehm (Die Linke)

kritisierte vehement die ukrainische Führung. Vier der amtierenden Minister seien „lupenreine Faschisten“ sagte er. Das gleiche gelte für den Generalstaatsanwalt, der zwar von Poroschenko abberufen worden sei, „hernach aber sofort zum Präsidentenberater gemacht wurde“. Außerdem seien mehrere Holocaust-Gedenktage abgesagt und Rabbinate auf offener Straße verprügelt worden. „Darüber darf ein Antifaschist ja wohl wütend werden“, befand Dehm, erntete aber Proteste von allen Seiten.

Manfred Grund (CDU) nannte es „schwer erträglich“, wie der Begriff des Faschismus relativiert und jedes Ereignis, jede Bewegung, die den Linken nicht passe, mit „faschistisch“ etikettiert werde. Ähnlich argumentierte der Außenminister. Niemand habe behauptet, „dass es auf dem Maidan keinen rechten Sektor gab“, sagte Steinmeier. „Sie machen es sich aber zu einfach, indem sie die gesamte politische Führung des Landes zu Faschisten erklären“, sagte Steinmeier.

Auch die Fraktion der Grünen stelle nicht in Abrede, dass es in der Ukraine Faschisten gebe, sagte Nouripour. Aber: „Wir sind nicht bereit, alle in die gleiche Ecke zu stellen und zu behaupten, dass alle Faschisten sind, die dort die Macht an sich gerissen haben“, betonte er. Für die bisherige Arbeit des Außenministers fand Nouripour auch abseits des Einsatzes als Krisendiplomat Anerkennung. So sei es zu begrüßen, dass Steinmeier mit dem Review-Prozess einen sehr guten Pro-



zess angestoßen habe, „um noch einmal genau zu überprüfen, was in der deutschen Außenpolitik anders werden muss und wo wir stehen“. Dass jedoch nach wie vor keine Evaluation des Afghanistans-Einsatzes geplant sei, „ist kein optimistisches Zeichen“.

Mit Blick auf den Irak forderte Nouripour mehr Engagement durch die deutsche Außenpolitik. „Gerade weil wir 2003 bei dem Einsatz, den die Amerikaner begonnen und bei dem sie so viel falsch und kaputt gemacht haben, nicht dabei waren, und gerade weil Ministerpräsident Nuri al-Maliki in den letzten drei Jahren alles getan hat, um die Keime der Dynamik und der Hoffnung im Irak zu zerstören, finden wir in diesem Land anders Gehör und besitzen eine andere Glaubwürdigkeit“, sagte er und fügte hinzu: „Ich frage mich aber, wo die Stimme erhoben wird, um Druck zu machen und dafür zu sorgen, dass die nächste Regierung im Irak auf die Belange der Sunniten anders eingeht.“ Außenminister Steinmeier habe im Zusammenhang mit der Irak-Krise auch mit den Kurden gesprochen, was er sehr begrüße, sagte der Unionsaußenpolitiker Philipp Mißfelder. Er kritisierte die Haltung Malikis, der sich weigere, eine Einheitsregierung zu bilden. „Ich halte es für einen sehr großen Fehler, die Sunniten systematisch von der Macht fernzuhalten und die Kurden systematisch an den Rand zu drängen“, sagte Mißfelder.

Ausgabenplus Der mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verabschiedete Haushalt (18/1024) in der vom Haushaltsausschuss beschlossenen Fassung sieht für den Bereich der Außenpolitik im Jahr 2014 Ausgaben in Höhe von 3,64 Milliarden Euro vor – rund 152,46 Millionen Euro mehr als 2013 von der alten und 4,81 Millionen Euro mehr als von der aktuellen Bundesregierung vorgesehen wurden.

Mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben entfallen auf das Kapitel „Sicherung von Frieden und Stabilität“. Es soll 2014 ein finanzielles Volumen in Höhe von rund 1,48 Milliarden Euro umfassen. Das bedeutet einen Ausgabenanstieg um 120,35 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Allein für humanitäre Hilfe und Krisenprävention sind 398,2 Millionen Euro vorgesehen – gut zwei Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen waren. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde zudem ein leichter Zuwachs für die allgemeine Auslandskulturarbeit erreicht, für die nun 89,59 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Einen weiteren Akzent setzte der Haushaltsausschuss mit einer Aufstockung bei den „Ausbildungspartnerschaften“ zur beruflichen Ausbildungsförderung.

Im Rahmen der Transformationspartnerschaften unterstützt das Auswärtige Amt in diesem Jahr Reformprozesse in Nordafrika und im Nahen Osten in Höhe von rund 37,8 Millionen Euro. Das bedeutet einen Aufwuchs von mehr als 20 Prozent, nämlich um 8,12 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Auch für Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe und Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte ist mehr Geld eingeplant: rund 22,8 Millionen Euro und damit 2,8 Millionen Euro mehr als 2013.

In der Einzelplanberatung hatten die Koalitionsfraktionen elf Änderungsanträge sowie einen interfraktionellen Antrag gemeinsam mit den Grünen vorgelegt, die schlussendlich auch Eingang in die Beratungen gefunden hatten. Die Linken brachte es auf zehn, die Fraktion der Grünen auf 15 Änderungsanträge, die jedoch allesamt keine Mehrheit fanden. **Götz Hausding**

Ringen um ein altes Versprechen

ENTWICKLUNG Das Ressort von Minister Müller (CSU) kann 2014 mit 6,44 Milliarden Euro rechnen. Der Opposition ist das entschieden zu wenig, um ein zentrales Millenniumsziel zu erreichen

Niema Movassat macht aus seiner Enttäuschung keinen Hehl: 1970 habe die UN-Vollversammlung für die Industrieländer das Ziel formuliert, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Mehr als vier Jahrzehnte später bringe es Deutschland auf die „klägliche Quote von 0,38 Prozent“, sagte der Linken-Abgeordnete vergangene Woche bei den Haushaltsberatungen. Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Luxemburg hätten diese Hürde längst überschritten. „Das müssen wir doch auch schaffen“, sagte Movassat.

Zuwachs Die Beratungen über den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (18/700, 18/702, Einzelplan 23) standen vergangene Woche ganz im Lichte des 0,7-Prozent-Ziels. Zwar kann das Haus von Ressortchef Gerd Müller (CSU) mit der Verabschiedung des Etats in der vom Haushaltsausschuss beschlossenen Fassung (18/1019, 17/1023) in diesem Jahr mit einem Budget in Höhe von 6,44 Milliarden Euro rechnen – insgesamt rund 147 Millionen Euro mehr als im Jahr

2013. Doch zog die Opposition erheblich in Zweifel, wie ernst es der Bundesregierung mit der Zusage ist, das Millenniumsziel doch noch zu erreichen. Volkmar Klein (CDU) wollte sich auf diesen Zugangsschlag in der Diskussion nicht einlassen: Es sei „völliger Unfug“, die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit immer nur an der Menge des hineingepumpten Geldes zu bemessen. Es komme nicht darauf an, wie viel Geld hineingepumpt wird, „sondern darauf, dass es an der richtigen Stelle ausgegeben wird.“ Klein bezeichnete den Etat als „eine hervorragende Grundlage“ für die „gute und anerkannte Arbeit“ des Ministers. Er verwies außerdem auf die Erhöhung der Verpflichtungsmöglichkeiten um acht auf 30 Milliarden Euro, die es der Bundesregierung ermöglichen, verbindliche Zusagen für mehrjährige Programme zu machen: „Kontinuität ist wichtig.“

Der Haushaltsexperte argumentierte zudem, dass die Bundesrepublik „viel mehr als Geld“ biete: die entwicklungspolitische Expertise Deutschlands werde weltweit geschätzt – auch von anderen Geberländern – und mit der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, mit Krediten der KfW-Bankengruppe und etwa Beratungsleistungen der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) würde Entwicklung angestoßen. „Das bedeutet Investitionen, das bedeutet Arbeitsplätze und das bedeutet am Ende mehr Steuerzah-

ler in den entsprechenden Ländern.“ Steuerzahlende Bürger würden viel selbstbewusster gegenüber ihren Regierungen auftreten: „Eine starke Bürgergesellschaft, das muss auch unser Beitrag sein“, sagte Klein. „Dieser Entwicklungshaushalt ist erneut Beitrag an den ärmsten Menschen der Welt“, sagte hingegen Movassat. Er kritisierte, dass der Minister seinen „schönen Worten“ selten Taten folgen lasse. Die Ziele seiner im Etat eingestellten Sonderinitiative für „Eine Welt ohne Hunger“ seien richtig – in der Praxis aber sollen damit vor allem „Expansionsbestrebungen“ deutscher Agrarunternehmen auf afrikanischen Märkten unterstützt werden: „Keine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne“, forderte Movassat.



Anja Hajduk (Grüne) kritisierte den geringfügigen Aufwuchs des Entwicklungsetats, bei dem „Trostpflaster“, „Beruhigungspillen“ und „Ablenkungsmanöver“ nicht über die zentrale politische Botschaft hinwegtäuschen könnten: „Dieser Etat wird der Rolle und der Verantwortung Deutschlands in der Welt nicht gerecht.“ Es stehe in der Sternen, wie man das 0,7-Prozent-Ziel bis 2015 erreichen wolle. Der Etat sei eine „Nullaussage, genau genommen ist er eine Absage der Bundesregierung an dieses internationale Ziel“, sagte Hajduk. Die Koalition müsse beim anstehenden Haushaltsentwurf für das kommende Jahr „nachlegen“. Auch für das in Kopenhagen 2009 gemachte Versprechen, für den Klimaschutz und für die Anpassung an den Klimawandel in ärmeren Ländern einen Beitrag zu leisten, vermisste Hajduk einen „glaubwürdigen Aufwuchsplan“. Derzeit wende Deutschland Mittel in Höhe von 1,8 Milliarden Euro auf – bis 2020 müsste sich diese Summe mindestens verdoppeln. Bärbel Kofler (SPD), die den Etat gegen die Kritik verteidigte, sprach von „großen Herausforderungen“. Diese müssten sich noch deutlicher in kommenden Etats widerspiegeln – etwa bei den deutschen Beiträgen für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Zwar sei hier der Baransatz um 45 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr auf 245 Millionen Euro erhöht worden. „Aber das reicht nicht“, sagte Kofler.



Entwicklungsminister Gerd Müller (am Mikrofon) zu Besuch in Nigeria Mitte Juni

Die Arbeit des Fonds habe Millionen Menschen das Leben gerettet, Verpflichtungsmöglichkeiten in Höhe von 750 Milliarden Euro für drei Jahre wären „essenziell“. Kofler unterstrich, dass es verbindliche Regeln zur Einhaltung von Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards durch Unternehmen weltweit geben müsse. „Freiwillige Selbstverpflichtungen reichen nicht aus, sie verbessern die Arbeitsbedingungen der Menschen nicht.“ Keine Mehrheiten fand die Opposition mit ihren Änderungs- und Entschließungsanträge

(18/1846, 18/1847, 18/1848, 18/1849). Die Grünen hatten gefordert, den BMZ-Etat um 809 Millionen Euro und die entwicklungspolitisch relevanten Ausgaben des Bundes über alles Einzelzettel hinweg um knapp 1,3 Milliarden Euro zu erhöhen – und im Gegenzug „umweltschädliche Subventionen“ im Gesamthaushalt abzubauen. Die Linke wollte den BMZ-Etat um 1,04 Milliarden Euro aufstocken, die Mittel für den zivilen Friedensdienst und den Europäischen Entwicklungsfonds erhöhen. **Alexander Heinrich**





Brasilien Stürmerstar Neymar hat sein Land doch noch zum Jubeln gebracht: Nicht mehr nur Demonstranten prägen das Straßenbild, sondern auch viele euphorische Fans in gelb-grünen Neymar-Trikots.

Politik voller Abseitsfallen

BRASILIE Die Fußball-WM hat tiefe Gräben aufbrechen lassen. Das Regierungssystem macht es fast unmöglich, sie zu schließen

Das Pfeifkonzert beginnt nach dem Abspielen der Nationalhymnen. Es gilt Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff, die auf der Ehrentribüne Platz genommen hat, um in São Paulo das Eröffnungsspiel der Fußball-Weltmeisterschaft zu verfolgen. Die Oberschicht in Brasiliens größter Stadt steht Rousseffs Arbeiterpartei (PT) ablehnend bis feindselig gegenüber. Aus dieser Oberschicht setzt sich das Publikum am heutigen Abend zusammen – für die Ärmere sind die Eintrittskarten zu teuer. Die Besucher der VIP-Logen beschimpfen die Präsidentin als „Hurentochter“. Viele Brasilianer an den Fernsehschirmen trauen ihren Ohren nicht, denn dieser aggressive Ton ist neu in der politischen Auseinandersetzung. Die Zeitschrift „Carta Capital“ kommentiert: „Es zeigt sich die bru-

tranten: „Die Leute haben Angst vor der Polizei.“ Der 31-jährige Stadtforscher ist Sprecher des „Volkskomitees zur WM“, der wichtigsten WM-kritischen Gruppierung in Rio. In ihren jährlichen Dossiers über die Vorbereitungen auf das Fußballspektakel hat sie immer wieder Menschenrechtsverletzungen aufgelistet, Korruptionsfälle beschrieben, Militarisierung und Privatisierung der Spielorte angeprangert. Als der bunte Zug den Stadtteil Lapa erreicht, warten dort schon Militärpolizisten mit gezielten Knüppeln. Es dauert nicht lange, bis sie losschlagen. Man sieht Polizisten, die Demonstranten Tränengas in die Augen sprühen, andere schlagen Festgenommene mit Fäusten ins Gesicht. Waren das nicht die Bilder, die man vermeiden wollte? Die beiden Episoden zeigen, wie sehr sich Brasilien schon im Vorfeld der Fußball-

fonds, der Mindestlohn wurde kontinuierlich angehoben. Er liegt heute bei umgerechnet 240 Euro im Monat. Die Mittelklasse wuchs auf mehr als 50 Prozent der Bevölkerung. Sie wurde allerdings großzügig definiert: Als Teil der Mittelschicht gilt in Brasilien, wer ein Einkommen von mindestens 575 Euro im Monat hat.

Strukturelle Defizite 2010 wählten die Brasilianer Lulas Parteikollegin Dilma Rousseff zur Präsidentin. Sie setzte seinen Kurs fort: Exporte, Sozialprogramme, große Infrastrukturprojekte. International wurde Brasilien jetzt als das „Land der Zukunft“ betrachtet. Der britische „Economist“ titelte 2010 zum Bild einer fliegenden Christus-Statur: „Brasilien hebt ab.“

»Im brasilianischen Parlament geht es zu wie auf einem Pferdemarkt.«
Ex-Präsident Cardoso

Aber die Euphorie täuschte über Brasiliens strukturelle Defizite in Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Rechtswesen hinweg. Bei der jüngsten Pisa-Bildungsstudie etwa erreichte das Land nur Platz 58 von 65 Nationen. Das verwundert wenig, werden Brasilien Lehrer doch miserabel bezahlt, erreichen ihre Löhne oft nicht einmal 1.000 Euro. Gleichzeitig gönnt sich das Land mit Brasilien die zweitgrößte Hauptstadt der Welt: mit 39 Ministerien und Abgeordnetenämtern von rund 9.000 Euro.

Brasilien öffentliches Gesundheitswesen gilt als katastrophal. Schwangere, die im Wartesaal gebären, sind keine Seltenheit. Außerdem zählt Brasilien mit 29 Morden pro 100.000 Einwohnern zu den gewalttätigsten Ländern der Welt. Allein fünf Brasilianer werden im Durchschnitt jeden Tag von Polizisten getötet. Die Sicherheitskräfte wurden seit dem Ende der Militärdiktatur 1985 nie reformiert, ein Verständnis von Bürgerrechten ist dort nicht vorhanden. Die Liste ließe sich fortsetzen: Brasilien hat ein veraltetes öffentliches Transportsystem und fast täglich berichtet die Presse über Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Ausschreibungen – oft ohne Konsequenzen. Das Steuersystem ist einfach, bevorzugt aber überproportional die Wohlhabenden. Vor diesem Hintergrund wird die Unzufriedenheit vieler Brasilianer plausibel: Der Aufstieg zur sechstgrößten Ökonomie der Welt hat für viele persönlichen Fortkommen bedeutet, übersetzt sich aber nicht in eine angemessene öffentliche Infrastruktur. „Viele Brasilianer fühlen sich heute als Konsumenten, aber nicht als Bürger ernst genommen“, sagt die Politologin Sonia Fleury vom Instituto Getúlio Vargas.

Parlament als Fallensteller Da ist zum einen die Verfassung von 1988 selbst: ein Dokument, so dick wie ein Telefonbuch und ebenso schwierig zu lesen. Mit den Jahren wurden immer mehr Zusatzartikel angefügt, die sich oft widersprechen und als Argument für und gegen jede Entscheidung dienen können. Widersprüchlich ist auch die Regierungsform selbst. Zwar wird der Präsident direkt vom Volk gewählt, aber er verfügt über viel weniger Macht als etwa der US-Präsident. Er ist ein „zahnloser Tiger“ auf Zeit, der sich seine Mehrheiten im Kon-

gress immer wieder neu suchen muss. Dieser verhält sich aber oft als Fallensteller. Das Handeln der zwei Kammern, Senat und Abgeordnetenhaus, wird von einer regionalen Unwucht dominiert: Da jeder der 26 Bundesstaaten unabhängig von seiner Einwohnerzahl drei Senatoren stellt, werden der Norden und Nordosten gegenüber dem dicht besiedelten Südosten stark bevorteilt. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus herrscht eine ähnliche Ungleichgewichtung von Wählerstimmen. Eine Hinterlassenschaft der Kolonialzeit erschwert dabei gerade in den armen Regionen des Nordostens den demokratischen Prozess. Die Mehrheit der Bevölkerung bleibt dort wegen ihrer geringen Bildung von ihm ausgeschlossen. Während die Senatoren auf acht Jahre direkt gewählt werden, ziehen die Abgeordneten durch ein sogenanntes „personalisiertes Verhältniswahlrecht“ für vier Jahre ins Parlament ein.

»Diejenigen, die das Spiel gewinnen, werden die Spielregeln nicht ändern.«
Carlos Melo, Politologe

Die Parlamentsitze werden nicht wie etwa in Deutschland in der Listenreihenfolge an die Abgeordneten vergeben, sondern nach ihrer jeweiligen persönlichen Stimmzahl. Ein Kandidat wirbt also im Wahlkampf primär für sich selbst. Stimmkauf, etwa mit Kühlschränken, gehört zur Strategie. Das hat zur Folge, dass man im Parlament vergeblich nach programmatischen Ideen sucht. Über eine klare Ideologie verfügt unter den großen Parteien nur die 1980 gegründete Arbeiterpartei PT, der auch die Präsidentin angehört. Sie ist mit 1,5 Millionen Mitgliedern Brasiliens zweitgrößte Partei und propagiert ein altes sozialdemokratisches Modell, etwa staatliche Sozialprogramme. Wichtigster Partner der PT ist die Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB). Während der Militärdiktatur war sie die einzige zugelassene Opposition und stellte von 1985 bis 1990 mit José Sarney den Präsidenten. Klar definierte Ziele hat die PMDB nicht, ist aber als wirtschaftsliberaler einzuschätzen als die PT. Deren größter Gegenspieler ist die Sozialdemokratische Partei Brasiliens (PSDB). In ihr sammeln sich seit der Gründung 1988 rechte Sozialdemokraten, Sozialliberale und Christdemokraten. PSDB-Mitglied Fernando Henrique Cardoso war von 1994 bis 2002 Präsident. Neben diesen drei Parteien sind derzeit 20 weitere im Parlament vertreten. Die meisten kann man zuge-spitzt als Vehikel zum Machterhalt von Einzelpersonen bezeichnen. So ist es üblich, dass Politiker kurz vor Wahlen noch die Partei wechseln oder eine neue gründen, wenn es ihre Chancen erhöhen sollte. Dabei hilft ihnen das Fehlen einer Fünf-Prozent-Hürde. Eine Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg ist üblich, und permanent werden neue Netzwerke geknüpft, meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit: in Industriellenklubs, Wirtschaftsverbänden, religiösen wie militärischen Kreisen.

Auch eine Begrenzung von Parteispenden gibt es nicht. So stammen etwa drei Viertel der Einnahmen der PMDB vom Baukonzern Odebrecht. Das Resultat ist ein undurchsichtiges Biotop mit verschlungenen Nahrungsketten, das von der Öffentlichkeit nicht nachvollzogen werden kann. „Im Parlament geht es zu wie auf dem Pferdemarkt“, klagte einst Ex-Präsident Cardoso. Präsidentin Rousseff verfügt zur Zeit über eine Koalition mit stabiler Mehrheit: Sie verfügt über 402 von 513 Abgeordneten im Parlament und über 49 von 81 Senatoren im Senat. Doch zu der Allianz gehören zehn Parteien, die sich sehr stimmungsabhängig verhalten, weswegen Rousseff sich immer wieder neue Mehrheiten suchen muss. Selbst wenn sie die Präsidentschaftswahl am 5. Oktober gewinnen sollte, ist also zweifelhaft, ob sie, wie versprochen, das politische System reformieren kann. Der Politologe Carlos Melo von der Hochschule Insper in São Paulo meint dazu: „Diejenigen, die das Spiel gewinnen, werden die Spielregeln nicht ändern.“ Es ist daher unwahrscheinlich, dass Brasiliens Widersprüche in absehbarer Zeit gelöst werden.

Philipp Lichterbeck, Constantin Wissmann
Die Autoren arbeiten als freie Journalisten in Brasilien.



Anti-WM-Proteste vergangenen Montag in São Paulo: Weil die Polizei brutal gegen die Demonstranten vorgeht, wagen sich viele inzwischen nicht mehr auf die Straße.

tale Gleichgültigkeit der brasilianischen Elite gegenüber den Institutionen.“ Es handle sich um eine präpotente und arrogante Gruppe, die sich noch in den Herrenhäusern der Kolonialismus wähne und jede Form von Sozialpolitik ablehne. Die beiden wichtigsten Gegenkandidaten zu Dilma Rousseff bei den Präsidentschaftswahlen am 5. Oktober, Aécio Neves von der Sozialdemokratischen Partei (PSDB) und Eduardo Campos von der Sozialistischen Partei (PSB), kommentierten das Vorkommnis nicht. Für sie bewiesen die Ausfälle nur, wie unpopulär die Präsidentin ist. Rousseff liegt in Umfragen derzeit bei 40 Prozent, Neves bei 20 Prozent, Campos bei zehn Prozent. Für beide wäre es ein Erfolg, Rousseff in die Stichwahl zu zwingen. Szenenwechsel. Am Morgen des WM-Auftaktspiels ziehen rund 5.000 Menschen durch das Zentrum von Rio de Janeiro. Ihre Demonstration steht unter dem Motto: „Unsere WM ist auf der Straße.“ Darunter sind Musikgruppen, Feministinnen, streikende Lehrer, Kommunisten, verummte Jugendliche, Bewohner der Armenviertel, den Favelas. Auf einem Transparent steht: „Brasilien ist schon Weltmeister – der Korruption.“ Gustavo Mehl kommentiert die vergleichsweise geringe Zahl der Demon-

strationen: „Die Leute haben Angst vor der Polizei.“ Der 31-jährige Stadtforscher ist Sprecher des „Volkskomitees zur WM“, der wichtigsten WM-kritischen Gruppierung in Rio. In ihren jährlichen Dossiers über die Vorbereitungen auf das Fußballspektakel hat sie immer wieder Menschenrechtsverletzungen aufgelistet, Korruptionsfälle beschrieben, Militarisierung und Privatisierung der Spielorte angeprangert. Als der bunte Zug den Stadtteil Lapa erreicht, warten dort schon Militärpolizisten mit gezielten Knüppeln. Es dauert nicht lange, bis sie losschlagen. Man sieht Polizisten, die Demonstranten Tränengas in die Augen sprühen, andere schlagen Festgenommene mit Fäusten ins Gesicht. Waren das nicht die Bilder, die man vermeiden wollte? Die beiden Episoden zeigen, wie sehr sich Brasilien schon im Vorfeld der Fußball-

strukturalen Defizite in Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Rechtswesen hinweg. Bei der jüngsten Pisa-Bildungsstudie etwa erreichte das Land nur Platz 58 von 65 Nationen. Das verwundert wenig, werden Brasilien Lehrer doch miserabel bezahlt, erreichen ihre Löhne oft nicht einmal 1.000 Euro. Gleichzeitig gönnt sich das Land mit Brasilien die zweitgrößte Hauptstadt der Welt: mit 39 Ministerien und Abgeordnetenämtern von rund 9.000 Euro. Brasilien öffentliches Gesundheitswesen gilt als katastrophal. Schwangere, die im Wartesaal gebären, sind keine Seltenheit. Außerdem zählt Brasilien mit 29 Morden pro 100.000 Einwohnern zu den gewalttätigsten Ländern der Welt. Allein fünf Brasilianer werden im Durchschnitt jeden Tag von Polizisten getötet. Die Sicherheitskräfte wurden seit dem Ende der Militärdiktatur 1985 nie reformiert, ein Verständnis von Bürgerrechten ist dort nicht vorhanden. Die Liste ließe sich fortsetzen: Brasilien hat ein veraltetes öffentliches Transportsystem und fast täglich berichtet die Presse über Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Ausschreibungen – oft ohne Konsequenzen. Das Steuersystem ist einfach, bevorzugt aber überproportional die Wohlhabenden. Vor diesem Hintergrund wird die Unzufriedenheit vieler Brasilianer plausibel: Der Aufstieg zur sechstgrößten Ökonomie der Welt hat für viele persönlichen Fortkommen bedeutet, übersetzt sich aber nicht in eine angemessene öffentliche Infrastruktur. „Viele Brasilianer fühlen sich heute als Konsumenten, aber nicht als Bürger ernst genommen“, sagt die Politologin Sonia Fleury vom Instituto Getúlio Vargas.

In private Taschen Kristallisationspunkt für die Unzufriedenheit war und ist die Fußball-WM, deren Kosten für die Allgemeinheit zu Recht als Perverse empfunden werden. Es steht außer Frage, dass große Summen in private Taschen umgeleitet wurden. Brasiliens Opposition und die mit ihr verbündeten großen Medienhäuser versuchen nun, die Unzufriedenheit auf ihre Mühlen umzuleiten. Sie beschwören nicht nur das vermeintliche „Chaos auf den Straßen“, sondern bauschen auch den Stimmenkauf



Brasilien Präsidentin Dilma Rousseff – hier mit FIFA-Chef Sepp Blatter – hat umfassende politische Reformen angekündigt, über die auch das Volk abstimmen soll.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Kommissionspräsident in spe, Jean-Claude Juncker (linkes Bild). Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bei der Unterzeichnung des Handelsteils des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens



Mandatierung von Auslandseinsätzen

PARLAMENT Soll die Beteiligung des Bundestages bei der Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr angesichts der zunehmenden Integration in internationale Bündnisse beibehalten, eingeschränkt oder sogar ausgebaut werden? Diese grundsätzliche Frage soll die „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ beantworten helfen. Deren stellvertretender Vorsitzender, Werner Kolbow (SPD), hob am vergangenen Donnerstag im Anschluss an eine nichtöffentliche Sitzung des Gremiums die Bedeutung des Parlamentvorbehalts hervor. Dieser sei „eine moderne Form der Beauftragung von Streitkräften“, sagte der frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Vorangegangen waren Gespräche mit internationalen Experten wie Jean Claude Mallet, Sicherheitsberater der französischen Regierung, oder James L. Jones, Ex-Sicherheitsberater von US-Präsident Obama. Mallet habe mit dem Vorurteil aufgeräumt, Deutschland und Frankreich hätten grundsätzlich unterschiedliche Sichtweisen was die Parlamentsbeteiligung angehe, sagte Kolbow. Der Vorsitzende der Kommission, Volker Rühle (CDU), sagte, der Austausch hätte bestätigt, dass die stärkere Arbeitsteilung zwischen den Staaten bei der Organisation ihres Militärs ein langfristiger Trend sei. Nun müsse „ein Weg gefunden werden, der für Vertrauensschutz sorgt, damit die europäischen Staaten sich auch auf solche arbeitsteiligen militärischen Strukturen einlassen“, machte der ehemalige Verteidigungsminister klar. *hau/joh*

Ende des Postengeschachters

EU-GIPFEL Juncker ist als Kommissionschef nominiert, das letzte Wort aber hat das Europäische Parlament

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben Jean-Claude Juncker bei ihrem Gipfel am Freitag in Brüssel für den Posten des Kommissionspräsidenten nominiert. Am 16. Juli wird das Europäische Parlament (EP) über die Personalie abstimmen. Die Sozialisten, auf deren Stimme Juncker dort angewiesen ist, verlangen Zugeständnisse von ihm. Konkret machen sie mehr Flexibilität bei den Haushaltsregeln der EU zur Vorbedingung. Mit der Entscheidung für Juncker kann das EP einen Sieg verbuchen. Ursprünglich wollten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Kollegen sich nicht auf den siegreichen Spitzenkandidaten festlegen. Das Parlament hatte ihnen jedoch ein Verfahren aufgezwungen, das ihren Spielraum extrem eingeschränkt hat. Wenn es dem Parlament nun gelingt, Juncker auch inhaltlich stärkere Vorgaben zu machen, so ist das gleich der zweite Sieg der europäischen Volksvertretung. Weil der britische Premierminister David Cameron auf eine Abstimmung bestanden hatte, haben die Staats- und Regierungschefs erstmals mit qualifizierter Mehrheit über den künftigen EU-Kommissionspräsidenten entschieden. Cameron stand durch sei-

ne vehemente Ablehnung Junckers in einer Außenseiterposition. Merkel hatte die Tatsache, dass es für den ehemaligen Ministerpräsidenten Luxemburgs keine einhellige Zustimmung geben würde, vor dem Gipfel heruntergespielt. „Es ist kein Drama, wenn wir nur mit qualifizierter Mehrheit abstimmen würden“, sagte sie am vergangenen Mittwoch im Bundestag, kurz vor ihrer Abreise nach Belgien. Der Vertrag von Lissabon sieht ausdrücklich eine qualifizierte Mehrheit als ausreichend an. Die Staats- und Regierungschefs werden das weitere Personaltableau erst fest schreiben, wenn Juncker vom Parlament bestätigt ist. Den EU-Ratspräsidenten können sie ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments festlegen, ebenso den permanenten Eurogruppenvorsitzenden, so es den überhaupt geben wird. Bei der Nachfolge der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton hat das Europäische Parlament dagegen ein Mitspracherecht. **Mehr Flexibilität** Der künftige Wirtschaftskurs der EU kristallisierte sich beim Gipfel als Thema mit großem Konfliktpotenzial für die kommenden Monate heraus. „Die Situation ist fragil. Es ist nach wie vor wichtig, dass in einigen Mitgliedstaaten Strukturformen durchgeführt werden“, hatte die

Kanzlerin zuvor im Bundestag gewarnt. Länder wie Frankreich und Italien fordern jedoch mehr Flexibilität beim Stabilitätspakt. Diese Forderung fand Eingang in die Abschlusserklärung des Gipfels. Es wird darauf hinauslaufen, dass Länder mehr Zeit für den Abbau ihrer Schulden bekommen. Neben Deutschland stemmen sich aber auch die Niederlande und Finnland gegen eine Aufweichung des Stabilitätspakts. Im EP herrscht über dieses Thema ebenfalls Uneinigkeit. Die Sozialisten etwa plädieren für eine weniger strikte Haushaltskontrolle. Bundeskanzlerin Merkel rief vor dem Gipfel zur Geschlossenheit auf: „Es wäre ein riesiger Fortschritt, wenn in den nächsten fünf Jahren auch klar sein würde, dass Rat und Parlament die gleichen Prioritäten setzen. Dies würde die Arbeit der Kommission erheblich erleichtern.“ Weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt beim EU-Gipfel war die Unterzeichnung von Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und Moldau. Sie sind Grundlage für Freihandel und sehen ein politisches Reformprogramm vor. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy sprach von einem „Meilenstein“, der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bezeichnete den Freitag gar als „wichtigsten Tag“ für sein Land seit der Unabhängigkeit.

Die Asyl- und Migrationspolitik, die eigentlich wichtiges Gipfelthema sein sollte, wurde von diesen Themen an den Rand gedrängt. Merkel hatte im Bundestag gefordert, der Umsetzung des gemeinsamen europäischen Asylsystems in allen EU-Staaten „hohe Priorität“ einzuräumen. **Erste Sitzung** Das neu gewählte Europäische Parlament wird morgen in Straßburg zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen. Dann wird der neue Präsident der alte sein: Martin Schulz (SPD), der bei der Europawahl dem konservativen Juncker unterlegen war, steht in den kommenden zweieinhalb Jahren an der Spitze des Hauses. Schulz hatte sich vergeblich Hoffnungen auf einen Posten als EU-Kommissar gemacht. In dieser Woche wird sich auch die Zusammensetzung der Ausschüsse entscheiden, die jeweiligen Vorsitzenden werden erst in der Woche danach gewählt. Die Konservativen möchten den Vorsitz des Außenausschusses behalten, die Sozialisten den des Ausschusses für Wirtschaft und Währung. Insgesamt wird das Europäische Parlament künftig sieben Fraktionen umfassen. Etwas mehr als die Hälfte der Abgeordneten sind Neulinge, das Verhältnis variiert allerdings stark zwischen den Mitgliedstaaten. 70 Pro-

zent der deutschen Abgeordneten tritt eine weitere Amtszeit an. Die griechischen Abgeordneten betreten allesamt Neuland, der älteste von ihnen ist 91 Jahre alt. Ungeachtet ihrer Ankündigungen ist es Marine Le Pen mit ihrem Front National nicht gelungen, eine neue Fraktion der Rechten zu bilden. Sie scheiterte an der Hürde, Abgeordnete aus sieben Ländern zu versammeln. De facto wird ihr Einfluss ohne eigene Fraktion in der kommenden Legislaturperiode beschränkt bleiben. **Geringer Frauenanteil** Wen die Mitgliedstaaten als Kommissare nach Brüssel schicken möchten, werden sie in den kommenden Wochen bekannt geben. Im September werden Kandidaten im Europäischen Parlament angehört. In der Vergangenheit haben die Europaabgeordneten schon mal Kandidaten gekippt, wenn sie diese für ungeeignet erachtet haben. Fraktionsübergreifend haben fünf EU-Abgeordnete, darunter der Deutsche Sven Giegold (Bündnis 90/Die Grünen), eine Initiative für Geschlechterparität in der EU-Kommission gestartet. Bisher zeichnet sich ein geringer Frauenanteil ab. Juncker soll Mitgliedstaaten aber bereits zu verstehen gegeben haben, dass Kandidatinnen mit einem attraktiven Aufgabengebiet rechnen können. So will er den Anreiz erhöhen, Frauen zu nominieren. *Silke Wettach*

Mit der Entscheidung für Juncker kann das EU-Parlament einen Sieg für sich verbuchen.

Der künftige Wirtschaftskurs der EU birgt das Potenzial für große Konflikte.

KURZ NOTIERT

Bundestag stimmt Beitritt Litauens zur Eurozone zu
Der Bundestag hat grünes Licht für den Beitritt Litauens zur Eurozone gegeben. Für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (18/1800) votierten am vergangenen Dienstag die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die Linksfraktion enthielt sich der Stimme. Der baltische Staat könnte damit am 1. Januar 2015 Mitglied der Eurozone werden. Zuvor müssen aber noch die übrigen EU-Mitgliedstaaten zustimmen. Die Finanzminister der Euro-Länder haben sich bereits für den Beitritt ausgesprochen. *joh*

Bundeswehreinräte in Mali und im Libanon verlängert
Die Bundeswehreinräte in Mali (MINUSMA) und vor der Küste des Libanon (UNIFIL) können fortgesetzt werden. Der Bundestag stimmte vergangene Woche in namentlicher Abstimmung für entsprechende Anträge der Bundesregierung (18/1416; 18/1417). Zu den Aufgaben der bis zu 150 Bundeswehresoldaten in Mali gehören laut Antrag unter anderem der Lufttransport, die Unterstützung bei der Verlegung und der Folgeversorgung von Kräften von MINUSMA sowie eine „gegebenenfalls temporär bereitgestellte Luftbetankungsfähigkeit“. Im Rahmen von UNIFIL sollen die bis zu 300 Bundeswehresoldaten unter anderem Waffenschmuggel zur See verhindern und die libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von Fähigkeiten zu unterstützen, die Küste und die territorialen Gewässer selbstständig zu überwachen. *ah*

Maliki riskiert einen Bürgerkrieg

IRAK Der Premier erteilt einer Koalition der Einheit eine Absage und schließt einen Rücktritt aus

Es war ein Schlag ins Gesicht des amerikanischen Außenministers: Bei seinem Blitzbesuch vergangene Woche schlug er die Bildung einer „inkluisiven“ Regierung zur Rettung der Krise im Irak vor. An ihr sollten alle Volksgruppen beteiligt werden. Kerry sieht darin die einzige Chance, der Terrororganisation ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien) Einhalt zu gebieten – eine militärische Lösung allein ohne politischen Konsens sei sinnlos. Alle Parteien seien bereit dafür, sagte Kerry, als er die Gangway seines Flugzeuges betrat. Doch als die Tür sich schloss und er davonflog, erteilte Iraks Premier ihm eine klare Absage. Hinter den Forderungen einer solchen Regierung stünden „gefährliche Ziele“, sagte Nuri al-Maliki im Staatsfernsehen. Damit werde der „junge demokratische Prozess“ im Irak zerstört, würden die „Stimmen der Wähler gestohlen“. Im arabischen Nachrichtenkanal Al-Arabia betonte er, dass er nicht an Rücktritt denke. Seine Koalition habe bei den Parlamentswahlen im April

die meisten Stimmen bekommen und wolle eine Mehrheitsregierung bilden. Am Dienstag tritt das neue Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Maliki ist überzeugt, dass er genug Abgeordnete auf seine Seite bekommt, um ihn als Regierungschef zum dritten Mal zu bestätigen. Kurden und Sunniten haben einen Boykott der Versammlung angekündigt. **In einer Dauerkrise** Unterdessen gehen die Eroberungszüge der selbst ernannten Gotteskrieger von ISIS unvermindert weiter. Seit Anfang Juni haben sie bereits große Teile des Nordiraks außerhalb der sicheren kurdischen Autonomiegebiete unter ihre Kontrolle gebracht. Die Provinz Anbar, nordwestlich von Bagdad, ist schon seit Januar praktisch in ihrer Hand. Sie haben den Grenzübergang zu Syrien, Al Ka'im, eingenommen und der zu Jordanien folgt wohl als nächstes. Ihr Ziel ist es, grenzüberschreitend zu agieren und einen islamischen Gottesstaat nach strengsten Scharia-Regeln zu errichten. Dabei nutzen sie die Schwäche der Zentralregierung, die sich seit dem Abzug der US-Truppen Ende 2011 in einer Dauerkrise befindet. Abwechselnd verließen die kurdischen und sunnitischen Koalitionspartner Malikis die Regierungsbank und auch im Parlament setzte sich der Streit

zwischen den Partnern fort. Sein autokratischer Führungsstil und seine sektiererische Haltung gegenüber den Sunniten, brachten dem schiitischen Premier den Ruf eines „neuen Diktators“ in Bagdad ein. **Mit allen verscherzt** Wer sich im Irak auskennt, ahnte, dass dieser Konflikt sich zuspitzen wird. „Wenn Maliki eine dritte Amtszeit bekommt, dann gibt es hier Bürgerkrieg“, prophezeiten politische Beobachter in Bagdad schon vor dem 30. April, dem Tag der Parlamentswahl. Selbst Vertreter des deutsch-irakischen Wirtschaftsforums, das vom deutschen Wirtschaftsbüro in Bagdad unregelmäßig organisiert wird, waren sich beim letzten Treffen in ihrer Einschätzung einig: „Maliki muss weg, ansonsten gibt es Krieg.“ Er habe es sich mittlerweile mit allen verscherzt, sagten irakische wie deutsche Unternehmer. Mit den Kurden, den Sunniten und auch mit seinen eigenen schiitischen Partnern. Die Spannungen in Malikis Koalition seien unenträglich geworden. Jeder blockiere den anderen, es ginge nichts voran. Die starre Haltung des Premiers jetzt lässt nichts Gutes für die Menschen im Irak erahnen. *Birgit Svensson*

Jagland bleibt Chef des Europarates

EUROPARAT Leutheusser-Schnarrenberger scheidet bei der Generalsekretärs-Wahl

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat es nicht geschafft: Bei der Wahl des Generalsekretärs des Europarats setzte sich vergangene Woche in dessen Parlamentarischer Versammlung Amtsinhaber Thorbjörn Jagland mit 156 gegen 93 Stimmen klar gegen die Ex-Justizministerin durch. Der Norweger steht damit weitere fünf Jahre an der Spitze der mit 47 Mitgliedsländern größten Organisation auf dem Kontinent, deren Aufgabe die Durchsetzung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit ist. Das Wahlergebnis war in dieser Deutlichkeit nicht erwartet worden. Die FDP-Politikerin war in 20 Hauptstädte gereist, um bei Regierungen und Abgeordneten persönlich für sich zu werben. Auch in Straßburg war die 62-Jährige häufig präsent. Zwischen 2003 bis 2009 gehörte sie dort selbst dem Europaratsparlament an und machte sich über die russische Justiz einen Namen. Als Generalsekretärin wollte die Liberale den Staatenbund entschiedener als Sachwalter von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit profilieren, die Organisation müsse zum „menschenechten Gewissen“ werden, hatte sie im Vorfeld betont. Offenbar vermochte Leutheusser-Schnarrenberger nichts gegen den Amtsbonus des bei den 47 Regierungen gut vernetzten So-



Weiter im Amt: Thorbjörn Jagland (63)

zialdemokraten Jagland auszurichten. Er entfaltete auch als Vorsitzender des Osloer Friedensnobelpreis-Komitees Strahlkraft. Der 63-Jährige hatte nicht zuletzt mit dem Argument gewonnen, er brauche mehr Zeit, um den Europarat international aufzuwerten und durch interne Reformen schlagkräftiger zu machen. Viel öffentliche Präsenz zeigte er bei Vermittlungsversuchen in der Ukraine-Krise, blieb dabei allerdings im

Schatten der USA, Russlands, der EU und der OSZE. Zu den zentralen Aufgaben des alten und neuen Chefs gehört es, die EU endlich zum Beitritt zur Straßburger Menschenrechtscharta zu bewegen, womit sich Brüssel der Rechtsprechung des Menschenrechtsgeschichtshofs unterwerfen würde. Axel Fischer (CDU), Leiter der Bundestagsdelegation beim Europarat: „Es kann nicht angehen, dass ausgerechnet die EU nicht vor dem Gerichtshof für Menschenrechte verklagt werden kann. Eiszeit wegen Ukraine-Krise Zunächst ist Jagland als Krisenmanager gefordert. Wegen der russischen Annexion der Krim hat das Europaratsparlament im April den Duma-Delegierten das Stimmrecht entzogen. Im Gegenzug boykottiert Moskau den Europarat, vergangene Woche reisten die 18 Duma-Vertreter gar nicht erst an. Zwischen Straßburg und dem Krim herrscht Eiszeit. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE hingegen, die am 28. Juni in Baku eine mehrtägige Konferenz eröffnete, hat keine Sanktionen gegen Russland verhängt. Jürgen Klimke (CDU), Vizechef der Bundestagsdelegation: „Wir wollen Konflikte schlichten, und das geht nur, wenn alle Beteiligten am Tisch sitzen.“ *Karl-Otto Sattler*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Streit um Westbalkan-Staaten

INNERES I Das Vorhaben der Bundesregierung, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina asylrechtlich als sichere Herkunftsländer einzustufen, wird von einer Reihe von Experten unterstützt. Andere Sachverständigen kritisierten dagegen vergangene Woche in einer Anhörung des Innenausschusses des Regierungsvorhabens. Der Runde lag neben dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/1528) auch ein Antrag der Fraktion Die Linke (18/1616) vor, die geplante Einstufung nicht weiter zu verfolgen. Sie zielt vor allem auf Roma-Flüchtlinge ab, denn mehrheitlich seien die Asylsuchenden aus diesen Ländern Roma. Wie die Regierung in ihrer Vorlage ausführt, ist seit der Aufhebung der Visumpflicht für Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina die Zahl der in Deutschland von Staatsangehörigen dieser Länder gestellten Asylanträge sprunghaft angestiegen. Die Voraussetzungen für die Gewährung von Asyl oder Flüchtlingsschutz lägen jedoch nur in wenigen Einzelfällen vor. Nur durch die angestrebte Regelung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, kann der Begründung zufolge für Behörden und Gerichte verbindlich festgelegt werden, dass ein von einem Antragsteller aus den drei Staaten gestellter Asylantrag „als offensichtlich unbegründet

abzulehnen ist“. Dadurch wird das Asylverfahren laut Regierung erheblich beschleunigt. Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, betonte in der Anhörung, dass sein Amt seit Mai 2012 „einen rapiden Anstieg“ der Zahl der Asylanträge aus dem Westbalkan-Staaten erlebe. Dabei liege die Schutzquote bei lediglich 0,2 bis 0,3 Prozent. Angesichts der „aussichtslosen Fälle“ sei sein Amt nicht in der Lage, sich um die Fälle zu kümmern, „die tatsächlich Schutz bedürfen“. Hans-Eckhard Sommer vom bayerischen Innenministerium sagte, der Anstieg der Asylbewerberzahlen aus den drei Westbalkan-Staaten sei „eindeutig“ nicht durch verfolgungsrelevante Ereignisse bedingt. Der Konstanzer Professor Daniel Thym konzedierte, dass die Situation der Roma in diesen Ländern verbessert werden müsse. Das Asylrecht sei jedoch „nicht der Ort, um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Herkunftsländer zu lösen“. Die Sachverständige Karin Waringo warf dagegen der Bundesregierung vor, die gesellschaftliche Diskriminierung der Roma werde „einfach ignoriert oder verharmlost“. Der Rechtsanwalt Reinhard Marx aus Frankfurt am Main sah „erhebliche Fragezeichen“, ob man die drei Westbalkan-Staaten „als sicher listen kann“. sto II

Experten-Disput zu Optionsregelung

INNERES II Der Regierungsplan zur Neuordnung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht ist vergangene Woche bei einer Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses auf ein gemischtes Echo gestoßen. Neben dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/1312) lag den Experten je ein Gesetzentwurf der Links- (18/1092) und der Grünen-Fraktion (18/185(neu)) zur Aufhebung der Optionspflicht sowie einen Linken-Antrag „für ein fortschrittliches Staatsangehörigkeitsrecht“ (18/286) vor. Laut Regierungsvorlage sollen „in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern“ künftig nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren können. Nach der geltenden Optionspflicht müssen sich in Deutschland geborene Kinder von Ausländern bis zum 23. Lebensjahr zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden. Dem Gesetzentwurf zufolge ist hierzulande aufgewachsen, wer sich bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres „acht Jahre gewöhnlich in Deutschland aufgehalten hat, sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht hat oder über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss oder eine in Deutschland abgeschlossene Berufsausbildung verfügt“.

Der Leiter der Stuttgarter Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsbehörde, Andreas Deuschle, verwies in der Anhörung darauf, dass sich nach der derzeitigen Rechtslage die Zahl der Optionspflichtigen ab 2018 gegenüber den jetzigen Zahlen verzehnfachen werde. Vor diesem Hintergrund stelle der Regierungsentwurf „eine wesentliche Verbesserung“ dar. Martin Jungnickel vom Regierungspräsidium Darmstadt ergänzte, die darin vorgesehene Regelung bedeute für die Verwaltung eine große Entlastung. Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Saffet Çinar, sprach sich dafür aus, das Optionsmodell zu streichen. Für die Ablehnung der Mehrstaatigkeit sehe er keine zeitgemäßen Argumente. Der Heidelberger Professor Bernd Grzeszick sagte demgegenüber, Mehrstaatigkeit könne zu Komplikationen „rechtlicher, tatsächlicher und politischer Art“ führen. Der Bonner Professor Christian Hillgruber warnte, bei einer doppelten Staatsangehörigkeit seien Loyalitätskonflikte nicht gänzlich auszuschließen. Professorin Astrid Wallraabenstein von der Goethe-Universität Frankfurt am Main kritisierte „die Regelung, die den Aufenthalt im Inland (...) verlangt“, als „unionsrechtswidrig“. sto II

Datenschutz für Kirchenmitarbeiter

INNERES III Von der Bundesregierung vorgesehene Regelungen zur Übermittlung von Familienstandsdaten der Meldebehörden an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften sind unter Experten umstritten. Das wurde vergangene Woche bei einer Anhörung des Innenausschusses zum Regierungsentwurf einer Novelle des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens (18/1284) deutlich. Nach einem Änderungsantrag der Grünen soll die Übermittlung der Daten an die Kirchen nur zulässig sein, „wenn der Datenempfänger erklärt, keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen aufgrund eines bestimmten Familienstandes zu ziehen“. In der Begründung verweist die Fraktion darauf, dass die katholische Kirche Beschäftigte entlasse, die eine Lebenspartnerschaft oder nach einer Scheidung eine zweite Ehe eingehen. Der Bundestrat hatte in seiner Stellungnahme zu dem Entwurf gebeten zu prüfen, wie die Neuregelungen „ausgestaltet werden müssen, damit die bei den Kirchen beschäftigten Personen, die Mitglieder der Kirche sind und eine Lebenspartnerschaft führen oder deren Ehe geschieden worden ist, vor einer etwaigen Beeinträchtigung ihrer schutzwürdigen Interessen geschützt werden“. Dabei komme etwa eine Wi-

derspruchsmöglichkeit für die Betroffenen in Betracht. In der Anhörung plädierte der frühere Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Manfred Bruns, dafür, die betreffende Passage des Regierungsentwurfes um eine Vorschrift zu ergänzen, dass die öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft die Daten „nur für Zwecke der Steuererhebung verwenden“ dürfe. Der Berliner Beauftragte für Datenschutz und das Informationsfreiheitsgesetz, Alexander Dix, sagte, er teile die Bedenken des Bundesrates und unterstütze dessen Vorschlag. Der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Prälat Karl Jüsten, wandte sich gegen Befürchtungen, die Daten würden vom kirchlichen Arbeitgeber für arbeitsrechtliche Zwecke genutzt. Die Bistümer würden in ihrem Amtsblättern darauf hinweisen, dass die Meldedaten nicht zu Beschäftigungszwecken verwendet werden dürfen. Der Direktor des Instituts für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands, Professor Ansgar Hense, sagte, auch im kirchlichen Bereich untersage „ein Zweckbindungsgrundsatz“, dass Familienstandsdaten „einfach von der Personalabteilung letzten Endes genutzt werden für arbeitsrechtliche Fragen“. sto II

Rüstzeug gegen NSA

AUSSPÄHAFFÄRE Experten schildern vor Abgeordneten die weltweiten Zugriffsmöglichkeiten des US-Dienstes – und wie ihm mit Verschlüsselungstechniken Paroli geboten werden kann

Ein Rohrsystem für die Verlegung von Glasfaserkabeln. Diese Datenautobahnen sollen häufig von Geheimdiensten angezapft werden.

Der Ausschussvorsitzende Patrick Sensburg (CDU) stellte Frank Rieger nicht nur als IT-Fachmann und Sprecher des Chaos Computer Clubs (CCC) vor, sondern wie selbstverständlich auch als „Hacker“. Eigentlich stehen diese Computertweaks im Ruf, sich nicht unbedingt legal in Netzwerken etwa von Konzernen und Regierungen zu tummeln. Inzwischen setzt der Untersuchungsausschuss, der die Affäre um die massenhafte Überwachung von Bürgern, Unternehmen und Politikern durch den US-Geheimdienst NSA und den britischen Nachrichtendienst erhellen soll, aber auch auf die Hilfe dieser gewiefen Web-Experten. Die Abgeordneten sollen die Verantwortlichen für den Spionageskandal aufspüren und zudem Strategien für einen besseren technischen Schutz der Telekommunikation entwickeln.

»Unsicheres Netz« Rieger griff vergangene Woche vor dem Ausschuss nicht nur die NSA als „Mafia mit angeschlossener Rechtsabteilung“ an, eine deftige Attacke, die über die Laptops der Journalisten in Minuten-schnelle den Weg in die Medien fand. Wie der Darmstädter IT-Professor Michael Waidner und der Informatiker Sandro Gaycken von der FU Berlin führte Rieger dem Gremium überdies schonungslos vor Augen, dass es im Internet als „unsicherem Netz mit zahlreichen offenen Türen“ (Waidner) der NSA technisch im Prinzip möglich sei, weltweit die gesamte Telekommunikation zu erfassen. Heutzutage werde Spionage im „industriellen Maßstab“ praktiziert, sagte der CCC-Sprecher. Aber die Sachverständigen

machten den Parlamentariern auch Hoffnung: Mit Verschlüsselungstechniken und einer Abschirmung des Netzes in Deutschland und Europa könne man Geheimdiensten Paroli bieten; visionär sprach Rieger davon, die NSA „totzurüsten“. Vor allem an den Knoten der Kabelstränge, die überwiegend durch die USA und Großbritannien laufen, ließen sich Datenströme „problemlos anzapfen“, legte Waidner dar. So könne man die Internetnutzung, den E-Mail-Verkehr und die Spuren von Handygesprächen in Deutschland registrieren – weil diese Daten zum großen Teil in internationalen Netzen übermittelt werden. Noch einfacher sei es für die NSA, sich Informationen von Partnern wie Facebook und Google zu besorgen. Eine wesentliche Rolle spielen nach den Schilderungen der Experten auch die in Hard- und Software eingebauten „Hintertüren“, die den Weg zu den begehrten Daten bahnen. Diese kaum erkennbaren Zugänge würden bereits von den Herstellern installiert. Da liegt auf der Hand, wie bedeutsam die Übermacht der USA bei der IT-Technik ist, auf die Waidner hinwies. Allerdings betonte Gaycken, dass auch andere bei massenhafter Überwachung und gezielter Wirtschaftsspionage kräftig mitmischen, vor allem Russen, Chinesen und Israelis. Bleibt nur die Resignation? Davon wollten die drei Experten nichts wissen. Zwar legte Gaycken dar, dass jene, die im Einzelfall an bestimmte Daten heran wollen, dies auch schaffen. Der massenhaften Ausspähung lässt sich indes durchaus das Handwerk legen, lautet das Fazit dieser Anhörung. Für die Sachverständigen ist der Königsweg die Verschlüsselung, vor allem die „Ende-zu-Ende-

Verschlüsselung“: Daten werden vom Absender verpackt und wandern geschützt zum Empfänger, der sie dann öffnet. Diese Methode helfe auch gegen die NSA, zeigte sich Waidner optimistisch. Zwar gebe es keinen absoluten Schutz gegen Ausforschung, erläuterte der Wissenschaftler, der auch das Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie leitet: Angriffe auf verschlüsselte Daten könne man jedoch derart erschweren und verteuern, dass sich eine Ausspähung im großen Stil nicht mehr lohne. Die Experten warben für die flächendeckende Einführung der „Ende-zu-Ende-Verschlüsselung“. Freilich müsse diese sehr komplizierte Technik „laientauglich“ werden, verlangte Gaycken.

KOMPAKT

- > **Startphase** Mit der Anhörung von IT-Experten hat der NSA-Ausschuss seine erste Etappe beendet, die der Erhellung der rechtlichen und technischen Hintergründe des Spähskandals diene.
- > **Zeugen** Mit der Befragung zweier Ex-NSA-Mitarbeiter, die schon vor Edward Snowden Informationen über den US-Geheimdienst publik gemacht haben, beginnen am 3. Juli die Zeugenvernehmungen.
- > **Snowden** Offen ist, ob es am 11. September zu einer Anhörung des Whistleblowers per Videoschaltung nach Moskau kommt oder ob dessen Vernehmung vielleicht völlig scheitert.

Obendrein plädierten die Sachverständigen dafür, Datenströme nicht mehr über internationale Netze zu leiten, sondern vermehrt in Deutschland und Europa zu halten („Schengen-Routing“). Nötig seien der Aufbau eines deutschen Marktes für IT-Hochsicherheitsprodukte und mehr Sicherheitsforschung. Rieger skizzierte als Fernziel eine „europäische Informationssouveränität“.

Dauerstreit um Snowden Die spannende Lehrstunde der Fachleute drängte selbst den Dauerstreit um die Zeugenvernehmung Edward Snowdens in den Hintergrund. Eigentlich wollte der Ausschuss den Whistleblower zunächst zu einem informellen Gespräch in Moskau aufsuchen, was der Ex-NSA-Mitarbeiter aber ausschlug. Jetzt beschlossen Union und SPD, den 31-Jährigen am 11. September bei einer Videochaltung nach Russland zu befragen. SPD-Obmann Christian Flisck erklärte, eine Ladung Snowdens nach Berlin wäre derzeit „unverantwortlich“, da dessen Auslieferung an die USA nicht auszuschließen sei. Laut Unions-Sprecher Roderich Kiesewetter (CDU) ist Berlin kein geeigneter Ort für Snowden. Ob es zu einer Anhörung per Video kommt, ist indes fraglich. Snowden lehnt dies bislang ab; er will nur unter sicheren Bedingungen im Bundestag aussagen. Linken-Obfrau Martina Renner sah eine Finte der Koalition, die eine Vernehmung Snowdens zu verhindern suche. Für Grünen-Sprecher Konstantin von Notz will Schwarz-Rot die Aufklärungsarbeit des Ausschusses „sabotieren“. Die Opposition prüft nun eine Anrufung des Bundesverfassungsgerichts, um so vielleicht doch Snowdens Ladung nach Berlin durchzusetzen. Karl-Otto Sattler II

Such nach Hilfe für Hebammen

PETITION Mit Skepsis sieht die Bundesregierung den Vorschlag, den Anstieg der Haftpflichtprämien mit einem Fonds aufzufangen

Neu ist die Problematik wahrlich nicht. Hebammen – allen voran freiberuflich tätige – leiden seit Jahren unter einem rasanten Anstieg der Beiträge für ihre Haftpflichtversicherung. Lag der Betrag 1992 noch bei umgerechnet 179 Euro, mussten 2009 bereits 2.370 Euro gezahlt werden. Ab 1. Juli 2014 sollen es 5.091 Euro sein. Diesem Problem sollte mit einem Haftungsfonds entgegengetreten werden, lautet die Forderung der Petentin Sabine Schmuck, über deren Eingabe der Petitionsausschuss vergangene Woche beriet. Die Petentin, seit 25 Jahren als „außerklinische, traditionelle Hebamme“ tätig, machte dabei deutlich, dass der Beitragsanstieg schon viele freiberufliche Hebammen zur Aufgabe der Geburtshilfe gezwungen hätte. Mit Folgen für die werdenden Mütter: „Die freie Wahl des Geburtsortes gibt es schon lange nur noch auf dem Papier“, urteilte die Petentin.

Schmuck sprach sich daher für einen Haftungsfonds aus, „der nicht über privatwirtschaftliche Versicherungskonzerne läuft“. Wenn man eine Haftpflichtversicherung vorschreibe – was aus Sicht Schmucks sinnvoll ist –, dürfe man diese nicht dem freien Markt überlassen.

»Entwarnung bis 2016« Ingrid Fischbach (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, räumte ein, dass die Haftpflichtversicherung gerade für Hebammen, die relativ wenige Geburten betreuen, ein Problem sei. Die Regierung habe daher einen Sicherstellungszuschlag beschlossen, der die Kosten abfedern solle. Zudem habe man dazu beigetragen, dass sich die Versicherungsbranche zumindest vorerst nicht aus dem Geschäftsbereich zurückzieht. „Wir haben für eine Entwarnung bis 2016 gesorgt“, sagte Fischbach.

Skeptisch zeigte sie sich in der Frage eines staatlichen Haftungsfonds. Es sei fraglich, ob man einen solchen Fonds nur für eine einzelne Gruppe aus den Heilberufen aufliegen könne, argumentierte Fischbach. Ihr Ministerium denke stattdessen über eine Regressbegrenzung nach. So ließen sich die Schadensersatzsummen und damit auch die Haftpflichtbeiträge eingrenzen. Aus Sicht der Petentin sind die jüngsten Aktivitäten des Gesundheitsministeriums lediglich Lippenbekenntnisse, die der Beruhigung der Bevölkerung und der Hebammen

dienen sollen. „Das ist nicht zielführend“, kritisierte Schmuck. So greife etwa der Versicherungszuschlag nicht für die zweite Heb-



Hilfe für werdende Mütter: Hebamme bei einer Untersuchung

Anzeige

Handbuch Ius Publicum Europaeum

NEU

Band V - Verwaltungsrecht in Europa: Grundzüge

Hrsg. von Prof. Dr. Armin von Bogdandy, Direktor am MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Prof. Dr. Sabino Cassese, Richter am Corte costituzionale della Repubblica Italiana, und Prof. Dr. Peter M. Huber, Richter am BVerfG. 2014, X, 1.269 Seiten. Gebunden. Buchrücken-Leinen mit Goldprägung. Mit Schutzumschlag. € 259,99 ISBN 978-3-8114-5506-1

www.cfmuller.de **C.F. Müller**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Eine Solaranlage auf dem Hausdach bleibt auch nach Verabschiedung der EEG-Novelle für den Eigentümer attraktiv. Der Sonnenstrom ist zudem klimafreundlich.

Mindestabstände für Windräder

Umwelt Die Bundesländer dürfen künftig selbst darüber entscheiden, welche Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Wohngebieten eingehalten werden müssen. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/1310) stimmte der Bundestag am vergangenen Freitag im Zuge der Entscheidung über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (siehe Text auf dieser Seite) zu. Für das Gesetz votierten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke lehnten es ab. Das Vorhaben war auf Betreiben Sachsens und Bayerns im Koalitionsvertrag der Großen Koalition verankert worden. Es soll am 1. August zusammen mit der EEG-Reform in Kraft treten. Hierfür wird eine Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch eingefügt, die länderspezifische Regelungen für Mindestabstände ermöglicht.

Klagen von Anwohnern Die Bundesregierung erhofft sich davon, die Akzeptanz der Windenergieanlagen steigern zu können. Diese ist vielerorts gering: Bürger, die in der Nähe von Windparks mit immer höher werdenden Windrädern wohnen, klagen über die Verschandelung ihrer Wohnumgebung, Schattenwurf und Lärmbelästigung. Dies bestätigten am 21. Mai auch Vertreter von Bürgerinitiativen in einer öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses. Sie äußerten unter anderem ihre Sorge vor Gesundheitsschäden durch niederfrequente Schallemissionen (Infraschall). Das Gesetz der Regierung begrüßten sie ausdrücklich.

Anders Vertreter von Umwelt- und kommunalen Spitzenverbänden sowie Rechts- und Wirtschaftsexperten: Sie machten rechtliche Bedenken geltend und warnten vor einer massiven Reduzierung der für Windkraftanlagen verfügbaren Flächen. Einzelne Bundesländer könnten sich ganz aus der Nutzung der Windenergie verabschieden. Die Mehrheit der Bundesländer teilt diese Bedenken. Im Bundesrat fiel das – allerdings nicht zustimmungspflichtige – Gesetz im Mai durch, da es „im Hinblick auf die notwendige Umsetzung der Energiewende kontraproduktiv“ sei. Das bayerische Kabinett hat indes bereits einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, demzufolge der Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen zu Wohnhäusern im Freistaat künftig das Zehnfache der Gesamthöhe der Anlage betragen soll.

Sorge um Energiewende Die Opposition im Bundestag lehnt das Gesetz entschieden ab. Oliver Krischer (Grüne) bezeichnete es am Freitag als „eine Absurdität“ und „Schande“, Eva Bulling-Schröter (Die Linke) als „grobem Unfug“. Es habe „mit einer ambitionierten Energiewende absolut nichts zu tun, wenn Bayern und Sachsen die Windkraft völlig zum Erliegen bringen“, argumentierte die Linke-Abgeordnete. CDU und CSU jedoch sehen sich durch die Aussagen der Bürgerinitiativen bestätigt: Deren Vertreter hätten deutlich gemacht, dass die Länderöffnungsklausel geeignet sei, die Akzeptanz der Bürger für die Energiewende zu steigern, erklärten sie in der Sitzung des Umweltausschusses am vergangenen Dienstag. Die SPD-Fraktion betonte, dass das Gesetz nichts an der gesetzlich festgeschriebenen Privilegierung von Windkraftanlagen ändere. Ein Vertreter der Bundesregierung machte allerdings auch deutlich, dass diese auf eine „rechtskonforme Umsetzung“ bzw. Dazu gehöre es auch, dafür zu sorgen, dass es nicht zu einer Verhinderung von Windkraftanlagen komme, mit der die Ziele der Energiewende konkretisiert würden.

Sprengstoff aus Brüssel

WIRTSCHAFT Gabriel bezeichnet EU-Vorstoß zur Eigenstrombelastung als Irrweg. EEG-Novelle beschlossen

Fundament oder Abbruch? Selten gingen im Bundestag die Meinungen so auseinander wie am vergangenen Freitag bei der Verabschiedung der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Eva Bulling-Schröter (Linke) sprach von einem „schwarzen Freitag für die Erneuerbaren“ und einer „Beerdigung des EEG“. Oliver Krischer (Grüne) nannte das Gesetzesvorhaben eine „Abbruchveranstaltung für die Erneuerbaren“. Ein Versuch der Opposition, die Debatte absetzen zu lassen, um Zeit für eine weitere öffentliche Anhörung zu haben, scheiterte an der Mehrheit der Koalition von Union und SPD.



»Dann versenken Sie doch diese Sonnensteuer, Herr Gabriel.«
Oliver Krischer (Grüne)

Belastung für die deutsche Wirtschaft habe drastisch erhöhen wollen. So habe die Kommission verlangt, Stromimporte aus erneuerbaren Energien von der EEG-Umlage zu befreien und Bestandsanlagen der Wirtschaft zur Eigenversorgung nach einer Übergangszeit mit der vollen EEG-Umlage zu belegen. Die Forderungen der Kommission seien ein „Irrweg, den wir nicht mitgehen können“. Sie dürften nicht akzeptiert werden, weil sie das EEG „sprengen“ würden. Hubertus Heil (SPD) warf der Kommission vor, das EEG aushebeln zu wollen, indem mit der deutschen EEG-Umlage

ausländischer Grünstrom zu zahlen sein sollte. Das könne auch Atomstrom sein. Erfreut über die Novelle zeigte sich Michael Fuchs (CDU): „Heute ist für mich eine Premiere. Ich diskutiere über das EEG, ohne dass mir gleich das Messer in der Tasche aufgeht.“ Endlich werde mehr Markt und mehr Wettbewerb eingeführt, der Ausbau der erneuerbaren Energien werde in vernünftige Bahnen gelenkt. Fuchs verteidigte die fünf Milliarden Euro teure Ausgleichsregel für die energieintensive Industrie: „Deutschland ist ein Industrieland und muss es auch bleiben.“ Kritisch sah Fuchs die Bagatelldachgrenze für Eigenversorger, die Anlagen bis zu zehn Kilowatt von der Zahlung der EEG-Umlage ausnimmt. Damit spare jeder mit einer kleinen Anlage auf dem Dach 20 Cent pro Kilowattstunde, aber gleichzeitig werde das EEG „heftig“ teurer. Caren Lay (Linke) warf der Koalition dagegen vor, die Wirtschaft schonen zu wollen. Von einer Strompreisbremse für die Verbraucher sei längst keine Rede mehr, aber es gebe eine Strompreisbremse für die Industrie: „Das machen wir nicht mit“, erklärte Lay. Der Sinn des EEG werde in sein Gegenteil verkehrt. Oliver Krischer (Grüne) sagte, in Wirklichkeit sei nicht EU-Kommissar Joaquín Almunia das Problem, sondern „Sigmar Gabriel ist die Abzissbirne, die die erneuerbaren Energien in diesem Land kaputt macht“. Krischer nannte es völlig unverständlich, dass eine Photovoltaik-Anlage Sonnensteuer

zahlen solle, ein klimaschädliches Kohlekraftwerk aber nicht. Wenn die Koalition der EU die Argumente wegnehmen wolle, „dann versenken Sie diese Sonnensteuer“, forderte Krischer. Gabriel reede viel über Arbeitsplätze, aber verliere kein Wort darüber, dass Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Erneuerbare-Energien-Branche vernichtet würden. Der Bundestag stimmte dem Gesetzentwurf (18/1891, siehe auch Stichwort) zu. In namentlicher Abstimmung votierten 454 Abgeordnete für die Reform, 123 lehnten sie

ab, es gab sechs Enthaltungen. Der Bundestag lehnte zahlreiche Änderungs- und Entschließungsanträge der Opposition ab. Beschlossen wurde eine Länderöffnungsklausel zum Windenergie-Anlagenbau (siehe Bericht rechts). Angenommen wurde auch ein Entschließungsantrag der Koalition (18/1897). Ziel ist die Aufnahme weiterer Branchen wie Härtereien und Schmieden in den EU-Katalog für das Industrieprivileg. Sonst drohe unter Umständen eine „existenzbedrohende Zusatzbelastung“ für diese Firmen.

Hans-Jürgen Leersch

STICHWORT

Eigenstromregelung im EEG – Bis zuletzt Tauziehen mit der EU-Kommission

> Eigenstrom Zwischen EU-Kommission und Regierung wurde um die Eigenstromregelung besonders heftig gerungen. Ergebnis: Die EEG-Umlagepflicht soll für neue Eigenversorger im Grundsatz 40 Prozent betragen. Anlagen, die weder mit „Erneuerbaren“ noch als Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden, müssen die volle Umlage zahlen.

> Einstieg Der Einstieg in die Umlagepflicht soll jedoch gleitend erfolgen. Bis Ende 2015 soll eine EEG-Umlage von 30 Prozent gelten, die später ansteigt.

> Private Erzeuger Kleine Anlagen werden wegen des bürokratischen Aufwands nicht einbezogen, und auch Bestandsanlagen werden zunächst nicht mit der Umlage belastet. 2017 soll diese Regelung aber überarbeitet werden.



Renditen im freien Fall

FINANZEN Regierung muss Maßnahmen zur Stabilisierung der Lebensversicherungen einleiten. Garantiezinsen werden gesenkt

62 Millionen Lebensversicherungsverträge gibt es in Deutschland. Sie dienen dem Schutz der Familie, der Altersvorsorge, der Immobilienfinanzierung oder einfach als Sparvertrag. Diese kapitalgedeckten Versicherungen, die das Geld ihrer Versicherten überwiegend in Staatsanleihen anlegen, sind die beliebtesten Anlageformen der Geldbesitzer in Deutschland. 58 Prozent haben nach einer Forsa-Untersuchung eine Lebensversicherung und damit mehr als ein Sparbuch (48 Prozent) oder ein Tagesgeldkonto (45 Prozent).

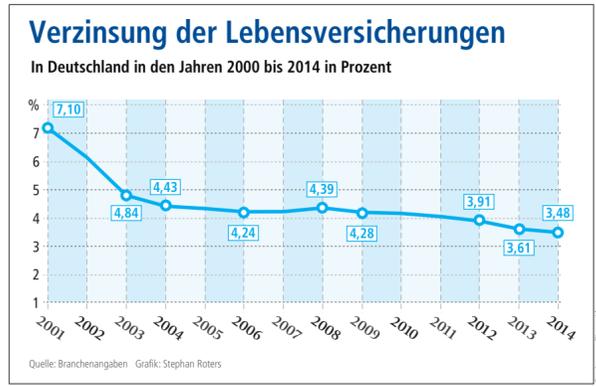
Stressszenario Doch so sicher, wie sie einst waren, müssen Lebensversicherungen in Zukunft nicht mehr unbedingt sein. Zwar berichtet der Regierungsausschuss für Finanzstabilität, „dass die möglichen Belastungen des gegenwärtigen Niedrigzinsumfeldes mit Blick auf die Finanzstabilität noch tragbar erscheinen“. Aber: „Im verschärften Stressszenario, das eine Verschärfung des Niedrigzinsumfeldes im gesamten

Kapitalmarkt simuliert, würden mehr als ein Drittel der betrachteten Unternehmen die Eigenmittelanforderungen nach Solvency I nicht mehr erfüllen“, heißt es in dem Bericht (18/1795). Selbst im „milderen“ Stressszenario würden zwölf Lebensversicherer mit einem Marktanteil von rund 14 Prozent die Eigenmittelanforderungen unterschreiten. Untersucht wurden Zeiträume bis 2023. Die Bundesregierung will auf keinen Fall, dass die Versicherungsbranche in Gefahr gerät und hat daher den Entwurf eines Gesetzes zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für Lebensversicherte (18/1772) eingebracht. Er wurde in der vergangenen Woche vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Unter anderem soll die Beteiligung der Versicherten an den Risikoverschüssen der Unternehmen von 75 auf 90 Prozent erhöht werden. Zugleich wird die Verzinsung für Neuverträge gesenkt. Denn „das bestehende lang anhaltende Niedrigzinsumfeld bedroht mittel- bis langfristig die Fähigkeit der privaten Lebensversicherungsunternehmen, die den Versicherten zugesagten Zinsgarantien zu erbringen“, heißt es in der Begründung des Entwurfs. Die Rendite öffentlicher Anleihen des Bundes sei auf aktuell 1,4 Prozent gesunken,

schreibt die Bundesregierung weiter. Die Europäische Zentralbank (EZB) erwarte, dass die Leitzinsen langfristig auf dem derzeitigen oder einem niedrigeren Niveau verharren würden. Gleichzeitig würden die Verpflichtungen der Versicherer zur Bedienung der Altverträge hoch bleiben, denn der Rechnungszins im Bestand der Lebensversicherer betrage im Durchschnitt 3,2 Prozent.

Noch lägen die durchschnittlichen Kapitalerträge der Lebensversicherer über diesem Rechnungszins, aber die Erträge würden bei gleichbleibend niedrigen Kapitalmarktzinsen in den kommenden Jahren abnehmen. Zu den wesentlichen Inhalten des Entwurfs gehört, dass den Versicherungsunternehmen Ausschüttungen an Aktionäre untersagt werden können, um die Erfüllung der

garantierten Zusagen sicherzustellen. Außerdem kann die Ausschüttung von sogenannten Bewertungsreserven an Kunden, deren Verträge enden, begrenzt werden, sofern die Rückstellungen nicht ausreichen, um die den verbleibenden Versicherten gegebenen Garantiezusagen zu finanzieren. Die gegenwärtige Situation sei unbefriedigend, weil die Kunden bevorzugt würden, die jetzt aus den Verträgen ausscheiden. Künftig sollen die Interessen derjenigen, deren Versicherungsverträge erst in Zukunft fällig werden, besser berücksichtigt werden. Außerdem sollen die Versicherten erfahren, wie hoch die Provisionen der Vertreter sind. Die Verzinsung für Neuverträge (Höchstrechnungszins) soll zum 1. Januar 2015 auf 1,25 Prozent gesenkt werden. Im Jahr 2000 waren es noch vier Prozent. Zwar hätte der Zins unter Berücksichtigung der Rendite zehnjähriger Staatsanleihen des Eurogebietes (mit AAA-Rating) nicht höher als 1,14 liegen dürfen, doch legte die Regierung hier die Umlaufrendite mehrerer Jahre zu Grunde. „Offenbar sinken die Renditen weiter. Berechnungen hätten gezeigt, dass der Höchstrechnungszins in den kommenden Jahren weiter fallen wird, selbst wenn für die Zukunft ein Zinsanstieg unterstellt wird.“



Besserer Schutz vor Verkehrslärm

VERKEHR Der Bundestag verzichtet auf Änderungen bei der von der Bundesregierung vorgelegten Verordnung zur Änderung der Sechszehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung, 18/1280). Dies beschloss er am vergangenen Freitag auf Empfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (18/1871) mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Mit der Änderung der Verkehrslärmschutzverordnung sollen aktuelle Erkenntnisse aus den Bereichen Immissionen von Eisenbahnen und Straßenbahnen sowie Lärmausbreitung eingearbeitet werden. Die neue Berechnungsvorschrift Schall 03 (2012) ersetzt das bisherige Verfahren Schall 03 aus dem Jahr 1990. Bei den Ausschussberatungen wurde ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen angenommen, in dem unter anderem gefordert wurde, dass die Umsetzung der geplanten EU-Lärmschutzrichtlinie nicht zu einer Senkung des Standards der neuen Verordnung führt. Weiter soll die Regierung eine standardisierte Beschreibung des Fahrflächenzustandes in Anlehnung an das Verfahren für das besonders überwachte Gleis entwickeln.

KURZ REZENSIIERT

Stefan Aust
Dirk Laabs

Heimat
schutz

Der Staat
und die
Mordserie
des NSU

Stefan Aust,
Dirk Laabs:
Heimatschutz.
Der Staat und die
Mordserie des NSU.

Pantheon Verlag,
München 2014,
864 S., 22,99 €

Investigative Recherche war gestern: Dank der NSU-Untersuchungsausschüsse des Bundestages und diverser Landtage können Journalisten Artikel und Bücher veröffentlichen, die auf deren Nachforschungen beruhen. Die Quellen werden frei Haus geliefert und bestehen aus den mehrere tausend Seiten umfassenden Protokollen der Ausschüsse. Das darüber hinaus fehlende Material steuern Gerichtsakten bei.

Der Fall der „Nationalsozialistischen Untergründe“ (NSU) belegt eindrucksvoll nicht nur das Versagen der Strafverfolgungsorgane, sondern auch des investigativen Journalismus. Niemand kam auf die Idee, hinter der zehn Jahre lang durch Deutschland ziehenden Mörderbande, unter deren Opfern sich bis auf eine Ausnahme ausschließlich „Ausländer“ befanden, rechtsradikale Motive zu vermuten und darüber zu schreiben. Das grausame Treiben der NSU-Zelle kam nur durch Zufall ans Licht.

Immerhin haben jetzt die beiden erfahrenen Journalisten Stefan Aust und Dirk Laabs die umfangreichen Dokumente ausgewertet und ein Protokoll der NSU-Verbrechen veröffentlicht. Dem Leser ist dieses gut strukturierte Buch zu empfehlen – nicht weil es alle Hintergründe und komplexen Zusammenhänge aufdeckt und verbindet würde, sondern weil es auf Untersuchungslücken hinweist. Man vermag es kaum glauben, aber noch längst sind nicht alle Details geklärt, so dass Spielraum für Verschwörungstheorien bleibt: Handelt es sich bei der massenhaften methodischen Aktenvernichtung beim Verfassungsschutz tatsächlich nur um „Dummheit“ oder war es ein bewusster Akt der Vertuschung? Wieso war die gesamte Spitze der Sicherheitsbehörden in den 1990er Jahren so tief davon überzeugt, dass es keine „braune RAF“ in Deutschland gibt? Das Fazit der Autoren lautet: Der Rechtsstaat hat durch seinen halbherzigen Kampf gegen den Rechtsextremismus schweren Schaden genommen. „Heimatschutz“ von Aust und Laabs ist ein Standardwerk, für künftige Leser ein Zeugnis der Zeitgeschichte. manu ||

CATHERINE MERRIDALE

DER
KREML

Catherine Merridale:
Der Kreml.
Eine neue Geschichte Russlands.

S. Fischer Verlag,
Frankfurt/M. 2014,
624 S., 26,99 €

„In Russland wird alles oben entschieden – im Kreml“, sagte der bekannte russische Schriftsteller Vladimir Sorokin vor fünf Jahren in einem Interview mit „Das Parlament“. Deshalb sei es so wichtig, vor dort herrsche. Der Kreml sei ein Ort, „der die Menschen, die dorthin geraten sind, verändert, ja mutiert. Und sie mutieren nicht zum Besseren“. Für Sorokin verkörpert der Kreml die Mystik der russischen Staatsgewalt. Russland war jahrhundertlang ein zentralistischer Staat mit dem Kreml als Zentrum. Dessen symbolträchtige Rolle in der russisch-sowjetischen Geschichte hat die britische Historikerin Catherine Merridale in ihrem empfehlenswerten Buch jetzt meisterhaft entziffert.

Sie ist vom Kreml fasziniert und bezeichnet ihn als Russlands Klagemauer. Sie erzählt eine „neue“ Geschichte der berühmtesten Festung der Welt, in deren Mittelpunkt seine Herrscher und Bewohner stehen. Merridale tut dies mit emotionalem und sachlichem Blick zugleich. Im Zentrum ihrer Betrachtungen stehen die Philosophie und Ikonographie der Kreml-Herrscher.

Die Autorin, die sich mit ihren Büchern über die stalinistische Sowjetunion und die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg einen Namen machte, lässt Krönungen, Paraden und andere Rituale im Kreml und auf dem Roten Platz vor dem Auge des Lesers lebendig werden. Sie entzaubert die Glorifizierung des Staates, die gegenwärtigen Propagandaveranstaltungen, mit einer Mischung aus christlich-orthodoxen und autoritär-kommunistischen Elementen, die die Kontinuität und Autorität der Macht im heutigen Russland bestätigen sollen.

„Das Hauen und Stechen der Realpolitik, die Kompromisse, die Korruption und die Hände werden verborgen, weil alles auf Mythen beruht“, schreibt Merridale über die Lage im Lande. „Wie viele Regime der Vergangenheit sucht auch die heutige russische Regierung Schutz hinter den ikonischen Mauern und der spiegelglatten Perfektion des Kreml“. Nach Meinung der Historikerin lässt dies für die Zukunft Russlands nichts Gutes erwarten. manu ||



Kulturelle Vielfalt: Die Buchpreisbindung gilt in Deutschland als Garant für bunte Verlagsprogramme.

Angstlektüre

TTIP Das Freihandelsabkommen lässt Kulturschaffende und Politiker um die kulturelle Vielfalt Deutschlands bangen

Rund 15.000 Seiten könnte der Vertragstext des angestrebten Freihandelsabkommens TTIP zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika am Ende umfassen, schätzt Christian Höppner. Für den Präsidenten des Deutschen Kulturrates ist das Vertragswerk, mit dem umfassend Handelshindernisse zwischen den beiden Wirtschaftsräumen EU und USA abgebaut werden sollen, schon jetzt eine wahre Angstlektüre. Denn nach Ansicht Höppners wie auch vieler Künstler, Kulturschaffender und Politiker könnten in dem Abkommen Regeln festgeschrieben werden, die die vielfältige Kulturlandschaft in Europa und Deutschland zur Disposition stellen. Zu unterschiedlich seien die Kulturbegriffe diesseits und jenseits des Atlantiks lautend das gängige Credo der Kulturhüter. Überspitzt formuliert: Wo ein Deutscher in einem

Buch ein Kulturgut erkennt, sehen die Amerikaner lediglich eine Handelsware. Und Handelswaren sollen ohne alle Hemmnisse verkauft werden können – am besten online über große Versandhändler wie Amazon. Wer braucht schon den kleinen Buchladen um die Ecke? Buchpreisbindung? In den USA ein Fremdwort.

Unesco-Konvention Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) kann davon ein Lied singen. Der amerikanische Botschafter in Berlin habe ihr bestätigt: „In den USA besteht kein Verständnis für starke kulturelle Förderung durch den Staat, sie wird als Protektionismus gesehen.“ Ganz anders in Europa. „Die staatliche Privilegierung der Kultur ist für uns alle Teil des deutschen und europäischen Selbstverständnisses“, betont Grütters Ende Mai auf einer Veranstaltung der Akademie der Künste in Berlin mit dem vielsagenden Titel „Verteidigt die Kultur“.

Immerhin scheint die EU durchaus auch willens, dieses kulturelle Selbstverständnis auch verteidigen zu wollen. Eine generelles Ausklammern des Kulturbereichs aus den Verhandlungen konnte zwar nicht erreicht werden. Aber in das EU-Verhandlungsmandat wurde ein Passus aufgenommen, dass das Freihandelsabkommen keine Bestimmungen enthalten darf, die der Unesco-Konvention zu Schutz der kulturellen Vielfalt zuwiderläuft und das Recht der EU-Mitgliedstaaten auf eine selbstbestimmte Kulturpolitik aushebelt. Kritiker bezweifeln allerdings, dass dieser Passus ausreichend Schutz gegen andere Begehrlichkeiten bietet. Zum einen sind die USA der Unesco-Konvention nie beigetreten. Zum anderen: „Wer wird denn letztlich darüber entscheiden, ob ein Vertragsbestandteil die kulturelle Vielfalt bedroht oder nicht?“, fragt etwa Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Kulturrats. Er lässt die Antwort offen.

Die Fronten im Streit um TTIP verlaufen mitunter quer durch die Bundestagsfraktionen und die Regierung. CDU/CSU und SPD begrüßen das Freihandelsabkommen prinzipiell und erhoffen sich neue Impulse für die Wirtschaft und die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen hingegen lehnen es entweder ganz ab oder aber betrachten es mit größten Bauchschmerzen. Die Opposition befürchtet etwa einen Abbau europäischer Standards beim Umwelt-, Daten- und Verbraucherschutz. Die Angst um die Kulturlandschaft aber treibt Politiker in allen Lagern um. So macht auch Staatsministerin Grütters keinen Hehl daraus, dass sie den Kultursektor durch eine entsprechende Klausel im Abkommen geschützt sehen will.

Positivisten Eine Schutzklausel für die Kultur wird aber schon deshalb schwer zu realisieren sein, weil im Gegensatz zu früheren Handelsabkommen bei TTIP und ebenfalls bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada (CETA) nicht mit Positiv-, sondern mit Negativlisten gearbeitet wird. Vereinfacht ausgedrückt, es wird nicht bestimmt, über welche konkreten Bereiche Verhandlungen geführt werden, sondern über welche nicht. Doch auf einer solchen Negativliste lassen sich die Grenzen des Kultursektors nur schwer ziehen. Lediglich die audiovisuellen Medien wurden auf Druck Frankreichs zumindest vorerst aus den TTIP-Verhandlungen ausgeklammert, weil den Franzosen die Förderung des heimischen Films geradezu heilig ist. Ansonsten steht vorerst alles zur Verhandlung – mit derzeit noch unabsehbaren Folgen.

Bedroht, so lauten Befürchtungen, seien letztlich alle Formen staatlicher Kulturförderung, wenn sie als Handelshindernisse oder wettbewerbsverzerrend eingestuft werden sollten. „Kultur als Handelsware“, so führte Ulla Schauws, Kulturpolitikerin der Grünen, in den Haushaltsberatungen der vergangenen Woche aus, „ist ein Worst-Case-Szenario.“ Staatsministerin Grütters müsse sicherstellen, dass der Schutz für die Kultur im TTIP garantiert wird.

Der CDU-Abgeordnete Michael Fuchs hatte ein ganz anderes Worst-Case-Szenario zur Hand: „Wir alle wissen, dass die Amerikaner zurzeit auch über ein transpazifisches Abkommen verhandeln. Wer als Erster fertig ist, der setzt die Normen. Wenn die Amerikaner zuerst mit den pazifischen Ländern die Normen gesetzt haben, werden sie mit uns nicht noch einmal ändern, sondern sagen: Dann nehmt doch bitte die Normen, die wir mit den pazifischen Ländern vereinbart haben.“ Im Klartext: Europa und Deutschland hätten das Nachsehen, Wachstum und Arbeitsplätze wären gefährdet.

Gemischtes Abkommen Bei TTIP-Befürwortern wie Gegnern herrschen Ängste und sie werden mitunter bewusst geschürt. Dies funktioniert umso besser, da sich weder die amerikanische Seite noch die EU von der Öffentlichkeit in die Karten schauen lassen während der Verhandlungen. So dürfen sich die Bürger entscheiden, vor welchem Angst-szenario sie sich nun mehr fürchten sollen. Selbst die letzte Sicherung zum Schutz vor unliebsamen Überraschungen scheint zur Disposition zu stehen. Die Bundesregierung weist zwar oft und gerne darauf hin, dass es sich bei TTIP um ein sogenanntes gemischtes Abkommen handle. Das heißt, nicht nur das Europäische Parlament und der Europäische Rat, sondern auch die nationalen Parlamente aller 28 EU-Mitgliedstaaten müssten es absegnen. Doch EU-Handelskommissar Karel de Gucht sieht das offenbar anders und behält sich vor, diese Frage vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen. Alexander Weinlein ||

Workshop für Jungjournalisten

MEDIEN Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland 30 junge Journalisten zu einem Workshop „Generation grenzenlos – Welche Chancen eröffnet uns Europa?“ vom 5. bis zum 11. Oktober 2014 in Berlin ein. Während dieser Woche werden die Jugendlichen die Arbeit des Bundestages und der Hauptstadtmedien kennenlernen. Auf dem Programm stehen Besuche in Redaktionen und Gespräche mit erfahrenen Journalisten, Diskussionen mit Abgeordneten aller Fraktionen und die Teilnahme an Plenarsitzungen. Während des Workshops werden die Teilnehmer auch eine Veranstaltungszeitung herausgeben. Die Teilnehmer werden sich mit Chancen und Herausforderungen in der Europäischen Union auseinandersetzen und die Antworten der Politik aus Sicht einer jungen Generation hinterfragen. Bewerbungen können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem journalistischen Beitrag zum Thema des Workshops. Eingereicht werden können Artikel, Video- und Audiobeiträge oder Fotoarbeiten. Nähere Informationen zum kostenfreien Workshop und den Bewerbungsbedingungen sind auf der Homepage www.jugendpresse.de/bundestag zu finden. Bewerbungsschluss ist der 21. Juli 2014. 87 ||

Bedenken gegen KSK-Gesetz

KULTUR Der Bundesrat begrüßt prinzipiell den Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/1528) zur Stabilisierung der Künstlersozialkasse (KSK). Zugleich äußert die Länderkammer jedoch Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Dies geht aus einer Unterrichtung der Bundesregierung über die Stellungnahme des Bundesrates (18/1770) hervor. Das Gesetz soll in dieser Woche durch den Bundestag verabschiedet werden. Konkret bezweifelt der Bundesrat, dass die Prüfung der Arbeitgeber hinsichtlich ihrer Abgabepflicht durch die Deutsche Rentenversicherung im regelmäßigen Abstand von vier Jahren in der vorgesehenen Weise praktikabel ist. So sehe der Gesetzentwurf keine Erstattung der zusätzlichen Kosten von jährlich 12,3 Millionen Euro für die Rentenversicherung vor. Wegen der „gesamtgesellschaftlichen Bedeutung“ der Künstlersozialversicherung dürfe deren Finanzierung nicht auf Kosten der Beitragszahler der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Die Länderkammer hält zudem die geplante Geringfügigkeitsgrenze für kleine Unternehmen von jährlich 450 Euro bezüglich ihrer Abgabepflicht für zu gering, um sie wirksam zu entlasten. Ebenso bezweifelt der, dass eine Stabilisierung des Abgabensatzes allein durch eine Ausweitung der Überprüfung der abgabepflichtigen Unternehmen zu gewährleisten ist. Die Länderkammer bittet deshalb die Regierung zu prüfen, welche zusätzlichen Maßnahmen zu einem langfristigen Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben der KSK führen können. aw ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Privilegierte Einblicke unter der Kuppel

BUNDESTAG Internationales Parlamentsstipendium wird um arabische Staaten erweitert

An guten Ideen sollte man festhalten. Das Internationale Parlamentsstipendium (IPS) ist eine solche gute Idee, findet Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). „Das erkennen Sie schon daran, dass wir das Programm nun schon im 28. Jahrgang durchführen“, sagte der IPS-Schirmherr am vergangenen Donnerstag während des traditionellen Empfangs für die Stipendiaten im Reichstag. Hätte es auch nur den Hauch eines Zweifels daran gegeben, ob der hohe Aufwand für alle Beteiligten in einem vernünftigen Verhältnis zu dem dadurch Erreichten stehe, „hätten wir das sicherlich mehr oder weniger unauffällig eingestellt“. Davon könne jedoch keine Rede sein. „Die Zahl der beteiligten Länder und die Zahl der Stipendiaten hat sich kontinuierlich erhöht“, stellte Lammert fest.

Mit einem historischen Verweis machte Lammert darauf aufmerksam, dass das Datum des Empfangs mit zwei bedeutenden Ereignissen für Berlin verbunden sei. Zum einen habe es am 26. Juni 1948 den ersten Flug amerikanischer Maschinen im Rahmen der Luftbrücke gegeben. 1963 wiederum habe US-Präsident John F. Kennedy die berühmten Worte gesprochen: „Ich bin ein Berliner.“ Das, so fand der Bundestagspräsident, könne im Grunde auch das Motto des Programms sein. „Sieien Sie versichert“, rief er den 120 Stipendiaten aus 31 Ländern zu, „Sie waren länger in Berlin als Kennedy.“



Bundestagspräsident Norbert Lammert im Kreis der IPS-Stipendiaten

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU), Leiter der Berichterstattungsgruppe für das IPS, kündigte für das kommende Jahr eine Erweiterung des Programms an: „Der Ältestenrat hat beschlossen, dass künftig auch die arabischen Staaten Teil des Programms werden.“ Das freut besonders Bilal el Soussi aus dem Libanon, der wie seine Mitstreiter aus Ägypten, Palästina und Tunesien in diesem Jahr probeweise teilnehmen. Der Libanese war es auch, der gemeinsam mit Mona Sophie Meron aus Israel im Namen aller Sti-

pendiaten Dankesworte an die Bundestagsabgeordneten und deren Mitarbeiter richtete. Als Stipendiaten hätten sie sich sehr privilegiert gefühlt, „da die Abgeordneten ihren Alltag und ihre Aufgaben mit uns geteilt haben“, betonte die junge Israelin. Und noch ein Punkt war den beiden wichtig. „Wir konnten uns hier auf persönlicher Ebene miteinander austauschen und uns mit gegenseitigem Verständnis näher kommen. So eine Gelegenheit haben wir nie vorher gehabt.“ Götz Hausding ||

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



AUFGEKEHRT

Prioritäten im Iran

Manchmal muss man einfach politische Prioritäten setzen. Das hat sich vergangene Woche wohl auch das iranische Parlament gedacht und völlig unberührt vom drohenden Zerfall des Nachbarstaats Irak über die höchst bedeutsame Frage debattiert, ob Leggings nun Hosen sind oder nicht. Eigentlich herrschen im Iran nämlich strenge Kleidungsregeln: Frauen sollen sich sitzsaam kleiden, um Männer nicht in Versuchung zu führen. Alles überwacht von einer Sittenpolizei. Dass nun immer mehr iranische Frauen die enganliegenden Leggings anstatt weiter Hosen tragen, missfällt so manchem konservativen Abgeordneten in Teheran. Entsprechend gründlich wurde dieser Missstand debattiert und die Fotobeweise für dieses vermeintlich unsittliche Verhalten von den Abgeordneten natürlich ausgiebig analysiert. Man stelle sich eine ähnliche Situation in Deutschland vor. Auf dem Höhepunkt der Krise in der Ukraine debattiert der Bundestag über die Frage, wie viel Bein Frauen zeigen darf. Nun ist der Bundestag voll mit adretten Frauen, die ausgesprochen gerne Bein zeigen, gerade im Sommer. Ein parlamentarischer Sittenwächter hätte wahrlich viel zu tun - und viel zu verlieren. Die konservativen iranischen Parlamentarier jedoch sind sich ihrer Sache sicher und stellen die bemerkenswerte Frage, warum sich der Innenminister nicht für die Leggings der Frauen interessiert, rein politisch selbstverständlich. Bei uns würde sich aus dem Gegenteil ein Politikum entwickeln, wenn nämlich der Innenminister sich für die Leggings und Frauenbeine allzu sehr interessiert. So unterschiedlich sind die parlamentarischen Prioritäten dieser Welt. *Julian Burgert* ■

VOR 10 JAHREN ...

Hartz IV als Gesetz

2. Juli 2004: Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt Es war immer ein Thema, das für Diskussionsstoff sorgte: Hartz IV. Zuletzt sorgten die Anzahl der Verstöße von Hartz-IV-Bezieherinnen und angelegte geschönte Statistiken darüber für Schlagzeilen. Zwar stimmte der Bundestag am 2. Juli 2004 mit den Stimmen der rot-grünen Koalition und einer Mehrheit der Unionsfraktion klar für die umstrittene Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Kritik regte sich aber dennoch. Man verabschiedete sich von der „Verwaltung der Arbeitslosigkeit“, lobte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) die Arbeitsmarktreform und versprach:



Namensgeber für „Hartz IV“: Peter Hartz, der frühere Leiter der Kommission für Arbeitsmarktreform

„Alle werden eine bessere Vermittlung bekommen.“ Schon ab dem 1. Januar 2005 sollte die neue Regelung in Kraft treten. Zu kurzfristig, um sie vernünftig umzusetzen, meinte Dirk Niebel (FDP) und befürchtete, die Menschen würden „vor ein soziales Chaos“ gestellt. Noch härter ging die PDS mit dem Plan ins Gericht. „Hartz IV ist kein Reformpaket; es ist vielmehr ein Armutsgesetz“, schimpfte Petra Pau. „Draußen, im richtigen Leben, wird Hartz IV noch lange für Gesprächsstoff sorgen.“ Damit sollte sie Recht behalten. Hartz IV hatte nicht nur gesellschaftliche, sondern auch politische Folgen. Die Ablehnung von Hartz IV bescherte der PDS größere Zustimmung in der Wählerschaft. Wenig später trat zudem Oskar Lafontaine aus Kritik an Hartz IV aus der SPD aus. Beides begünstigte die Gründung von Die Linke, die das Parteiensystem in Deutschland durcheinanderwirbeln sollte. *Benjamin Stahl* ■



ORTSTERMIN: 15. BERLINER BUNDESTAGSLAUF



Trotz Dauerregens gab Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) den Startschuss für den diesjährigen 15. Bundestagslauf.

Klatschnass über die Ziellinie

Auch 100 Prozent Regenwahrscheinlichkeit konnte viele nicht abschrecken, nur wenige Läufer hatten ihre Teilnahme storniert. Auf matschigem Boden, bei Dauerregen und kühlen Temperaturen wirkten die knapp 500 Teilnehmer beim 15. Bundestagslauf vergangene Woche alles andere als niedergeschlagen. Die Sportler die Einschätzung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), das sei „eine schöne Gelegenheit, gerade bei einem Bundestagslauf zu demonstrieren: Wir sind keine Schönwetterdemokraten, sondern wir sind für alle Herausforderungen gewappnet.“ Um 12.47 Uhr eröffnete Lammert südwestlich des Reichstagsgebäudes den diesjährigen Bundestagslauf durch den Berliner Tiergarten. Der Lauf wird jedes Jahr von der Sportgemeinschaft im Deutschen Bundestag ausgerichtet. „Mindestens stellt das Wetter ja sicher, dass niemand mit Hitzschlägen als zusätzlicher Behinderung rechnen muss“, fügte Lammert im Scherz hinzu. Das Plenargeschehen im wenige Meter entfernten Reichstag hinderte ihn und andere Abgeordnete aber daran, sich selbst am Lauf zu beteiligen. Namentliche Abstimmungen zum Bundeshaushalt

und zu Mandatsverlängerungen der Bundeswehr standen zeitgleich auf der Tagesordnung. Der Bundestagspräsident verband sein Bedauern darüber, selbst nicht mitlaufen zu können „mit allen guten Wünschen an diejenigen, die deswegen noch bessere Siegeschancen haben, als das der Fall wäre, wenn ich wieder mitlaufen würde“. Die sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Michaela Engelmeier, war ebenso zum Startschuss gekommen wie Eberhard Gienger (CDU), der Vorsitzende der Sportgemeinschaft im Deutschen Bundestag. Gienger zollte den Läufern für ihre Anstrengungen Respekt. Als Turner komme er ja von einer Sportart, die konditionell nicht so herausfordernd sei und bei der die längste Belastung 70 Sekunden dauere. Für ihn sei deshalb „alles, was über den Anlauf zum Weitsprung hinausgeht, eine Langstrecke“. Insgesamt 7.200 und 3.600 Meter hatten die Läufer sowie eine kleine Gruppe von Nordic Walkern zu überwinden. Wegen der Fanmeile anlässlich der Fußballweltmeisterschaft wich der Streckenverlauf vom gewohnten Muster ab und startete diesmal nicht unmittelbar am Brandenburger Tor.

Das feuchte Wetter biete doch ideale Trainingsbedingungen für die Vorbereitung auf den London-Marathon, feuerte ein gut gelaunter Moderator die Läufer an. Beim Hüpfen von Pfütze zu Pfütze mögen sie doch bitte auf die Markierungen auf dem Boden achten. Schon eine knappe Viertelstunde nach Startschuss „tropfen“ denn auch die ersten Läufer der Kurzstrecke wieder ins Ziel. Die Mitarbeiter der IT-Abteilung des Bundestages hatten ihre Leidenschaft für das Laufen kurzerhand mit einem Mantra ihrer Berufsgruppe verknüpft. „Never touch a running system“ zierte dann auch einige T-Shirts, die eigens für den Lauf gedruckt worden waren. Das Lauffeld setzte sich aus Mitarbeitern von Abgeordneten, von Fraktionen, aus Ministerien und aus Botschaften zusammen. Und als hätte es noch eines Beweises für die Prognose des Bundestagspräsidenten bedurfte, das Wetter werde dem Erfolg der Veranstaltung „nur unwesentlich im Wege stehen“, liefen die klatschnassen, aber bestens gelaunten Läuferinnen und Läufer der französischen Botschaft nebeneinander dann Hand in Hand über die Ziellinie. *Tobias Kantenwein* ■

PERSONALIA

>Wolfram Dorn † Bundestagsabgeordneter 1961-1972, FDP

Am 17. Juni starb Wolfram Dorn im Alter von 89 Jahren. Der aus Altena gebürtige Verbandsdirektor schloss sich 1948 der FDP an, gehörte von 1950 bis 1982 dem Landesvorstand seiner Partei in Nordrhein-Westfalen an und war 22 Jahre Landtagsabgeordneter in Düsseldorf. Dorn, 1968/69 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und von 1969 bis 1972 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, gehörte im Bundestag vorwiegend dem Innenausschuss an.

>Ernst Ulrich von Weizsäcker Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD

Am 25. Juni wurde Ernst Ulrich von Weizsäcker 75 Jahre alt. Der promovierte Physiker wurde 1966 SPD-Mitglied, gehörte von 1968 bis 1972 dem Landesvorstand Baden-Württemberg an und war Mitglied der SPD-Grundwertekommission. Weizsäcker, von 1999 bis 2002 Vorsitzender der Bundestags-Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft, arbeitete im Umweltausschuss mit, den er von 2002 bis 2005 leitete.

>Gerd Wartenberg Bundestagsabgeordneter 1980-1994, SPD

Am 26. Juni beging Gerd Wartenberg seinen 70. Geburtstag. Der Berliner Journalist trat 1967 der SPD bei. Er war seit 1975 Mitglied des Landesvorstands, stand von 1985 bis 1989 an der Spitze seiner Partei in Berlin-Kreuzberg und gehörte von 1975 bis 1980 dem Abgeordnetenhaus an. Von 1996 bis 2002 amtierte Wartenberg als Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Berlin. Im Bundestag gehörte Wartenberg zuletzt dem Innenausschuss an.

>Joachim Holz Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Am 27. Juni wurde Joachim Holz 70 Jahre alt. Der Dipl.-Agraringenieur trat 1963 der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands in der DDR bei und gehörte dem Bezirksvorstand Magdeburg an. 1990 schloss er sich der CDU an. Holz war von März bis Oktober 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember Mitglied des Bundestags.

>Anke Martiny Bundestagsabgeordnete 1972-1989, SPD

Anke Martiny vollendet am 1. Juli ihr 75. Lebensjahr. Die promovierte Musikwissenschaftlerin und Journalistin, SPD-Mitglied seit 1965, war von 1985 bis 1989 stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD und gehörte von 1975 bis 1977 und von 1986 bis 1991 dem Bundesvorstand ihrer Partei an. Im Bundestag engagierte sich Martiny überwiegend im Wirtschaftsausschuss und machte sich vor allem in Verbraucherfragen einen Namen. Von 1989 bis 1991 amtierte sie als Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin.

>Hans-Werner Bertl Bundestagsabgeordneter 1994-2005, SPD

Hans-Werner Bertl wird am 2. Juli 70 Jahre alt. Der Uhrmachermeister und Diplom-Verwaltungswirt schloss sich 1972 der SPD an. Von 1981 bis 1983 war er stellvertretender Vorsitzender und seit 1983 Vorsitzender der SPD in Solingen. Von 1979 bis 1989 gehörte er dem dortigen Stadtrat an. Bertl arbeitete im Bundestag im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und zuletzt im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit mit.

>Heinz Rother Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU

Am 3. Juli wird Heinz Rother 75 Jahre alt. Der Ingenieur aus Hettstedt/Kreis Mansfeld-Südharz trat 1963 der CDU in der DDR bei und war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Seit 2004 gehört er dem Rat seiner Heimatstadt an. Rother, Direktkandidat des Wahlkreises Eisleben-Hettstedt-Sangerhausen, saß im Bundestag im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

>Hermann Bachmaier Bundestagsabgeordneter 1983-2005, SPD

Hermann Bachmaier feiert am 5. Juli seinen 75. Geburtstag. Der 1969 der SPD beigetretene Jurist aus Crailsheim war von 1987 bis 1998 stellvertretender rechtspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion und auch deren Justitiar von 1998 bis 2005. Bachmaier engagierte sich überwiegend im Rechtsausschuss und war von 1998 bis 2005 dessen stellvertretender Vorsitzender. Von 1988 bis 1990 amtierte er als Vorsitzender des Atomskandal-Untersuchungsausschusses.

>Dankward Buwitt Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Am 6. Juli wird Dankward Buwitt 75 Jahre alt. Der Berliner Industriekaufmann trat 1968 der CDU bei und war von 1991 bis 1993 stellvertretender Berliner CDU-Vorsitzender. Von 1975 bis 1991 gehörte er dem Abgeordnetenhaus an und war von 1984 bis 1989 CDU-Fraktionsvorsitzender. Buwitt arbeitete im Bundestag vorwiegend im Haushaltsausschuss mit. *bmh* ■

PANNENMELDER

In der Ausgabe 24-25 vom 10.6.2014 haben wir in der Grafik zu den Europawahlen auf den Seiten 4 und 5 fälschlicherweise die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) zum Wahlsieger in Polen erklärt. Tatsächlich hat mit knappem Vorsprung die Bürgerplattform (PO) mit 32,13 Prozent der Stimmen gewonnen. Außerdem hat sich im Artikel „Ergebnis zählt“ auf Seite 14 dieser Ausgabe ein Zahlenfehler eingeschlichen. Die Folgekosten des Klimawandels werden bis 2050 auf 800 Milliarden Euro beziffert und nicht auf 800 Millionen. Die Abgeordnete Eva Bulling-Schröter (Die Linke) hatte sich in ihrer Rede versprochen.

Zur Ausgabe 20-21 vom 12.5.2014, „Dichtere Kontrollen“ auf Seite 10:

In der Grafik zum Artikel beschreiben Sie die gesamten Kriegswaffenausfuhren Deutschlands von 2002 bis 2012 in Euro. Transparenter wäre jedoch eine Auflistung der einzelnen Güter mit ihrem jeweiligen Wert. Zum Beispiel: ein U-Boot mit dem jeweiligen Preis. Eine solche Auflistung wäre meines Erachtens sinnvoller und würde vielleicht auch die unterschiedlichen Zahlen erklären, die zwischen den Jahren stark divergieren.

Jan Fröhling, Springe

LESERPOST

Zur Ausgabe 22-23 vom 26.5.2014, „Milliarden für Millionen“ auf Seite 1:

Das Rentenpaket der Bundesregierung ist nichts weiter als Flickschusteri. An der drohenden Altersarmut weiter Teile der Bevölkerung ändert es nichts. Besser gesagt, es dramatisiert die Tendenzen zur Altersarmut bei vielen älteren Bürgern. Deshalb wäre es jetzt wichtig, ein neues Rentenmodell einzuführen. Die deutsche gesetzliche Rentenversicherung geht grundsätzlich immer noch auf Reichskanzler Otto von Bismarck zurück, der sie 1889 einführt. Wer in die Renten-

kasse eingezahlt hatte, erhält ein staatliches Ruhegeld. Dabei werden die Beiträge von den Löhnen und Gehältern eingezogen. Ein anderes Rentenmodell geht auf den britischen Politiker William Henry Beveridge zurück. Dieser forderte 1942 eine staatliche Absicherung für alle finanziell bedürftigen Menschen, finanziert aus Steuermitteln. Für die Rentner bedeutet dieser Vorschlag, nach dem sich zum Beispiel das Sozialversicherungssystem Großbritanniens richtet, einen Anspruch auf eine Basisrente in existenzsichernder Höhe – auch, wenn zuvor keinerlei Beitragszahlungen erfolgten. Das Rentenmodell nach Beveridge hat sich in den letzten Jahren als solider erwiesen, vor allem was die Vermeidung von Altersarmut sowie die Situation der Frauen angeht. Auch in Deutschland sollte, den Beveridge-Prinzipien folgend, eine Basisrente sowie eine verpflichtende Betriebsrente eingeführt werden. *Hassan Mohsen, Delmenhorst*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 7. Juli.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 30.6.-4.7.2014
Tarifautonomiestärkungsgesetz (Do),
Pflegevorsorgefonds (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die
Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Die Zahlen für den Haushalt sind nicht seriös



Gregor Gysi (*1948)
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Lassen Sie mich zu Beginn etwas zum Haushalt sagen. – Sie wissen doch, dass allgemein über Politik geredet und damit abgerechnet wird; das ist ja auch unser gutes Recht.

Aber zum Haushalt muss ich Ihnen Folgendes sagen: Bisher, Herr Bundesfinanzminister, galten Sie als jemand, der immer versucht, die Zahlen einigermaßen seriös herüberzubringen.

Diesmal sind Sie einen anderen Weg gegangen. Sie hatten vorab verkündet, dass die Neuverschuldung in diesem Jahr 6,5 Milliarden Euro betragen wird. Sie hatten vorab auch verkündet, dass

es im nächsten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt geben wird. Jetzt richten Sie Ihre ganze Politik nur danach, der Presse nicht eingestehen zu müssen, dass Sie sich geirrt haben. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele:

Erstens haben Sie entgegen der Empfehlung des Sachverständigenrates die Steuereinnahmen einfach um 1,5 Milliarden Euro erhöht, nur um bei einer Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro zu bleiben. Entgegen allen Aussagen haben Sie die Schuldenbelastung einfach um 1,2 Milliarden Euro gesenkt.

Zweitens machen Sie, um nächstes Jahr zu einem Gleichgewichtshaushalt zu kommen, zwei Dinge: Zum einen verschieben Sie die Kindergelderhöhung und sagen: Das können wir uns jetzt nicht leisten, da ich sonst keinen ausgeglichenen Haushalt kriege; das muss verschoben werden. Zum anderen verschieben Sie die Abschaf-

fung der kalten Progression. Ich will den Leuten einmal erklären, was kalte Progression bedeutet: Das heißt, dass sie bei einer Lohnerhöhung brutto vielleicht 3 Prozent mehr, aber netto nur 0,5 Prozent mehr haben. Diese sogenannte kalte Progression sollte beseitigt werden. Das lassen Sie aber ausfallen.

Sie reduzieren außerdem die öffentlichen Investitionen, die in diesem Jahr nur 29,8 Milliarden Euro betragen, im nächsten Jahr auf 24,7 Milliarden Euro. Wissen Sie, was das bedeutet? Das bedeutet, dass Straßen, Brücken, Schienen, Schulen, Schwimmbäder, Kultureinrichtungen und IT-Netze dort marode bleiben, wo sie jetzt marode sind, da die Mittel, die wir dringend für Investitionen benötigen, fehlen.

Bei der Krankenversicherung, Herr Schäuble, kürzen Sie die Zuschüsse in beiden Jahren um 6 Milliarden Euro. Was das Ergebnis ist, können wir uns alle ausrechnen. Sie haben – zusammen mit der SPD – nämlich die neue Regelung geschaffen, dass künftig nur noch die Beiträge der

Versicherten erhöht werden können, nicht mehr aber die Beiträge der Unternehmen. Sie heben die paritätische Finanzierung auf. Die Krankenkassen haben schon jetzt angekündigt, dass sie die Beiträge für die Versicherten erhöhen werden. Das ist das Ergebnis.

Und das machen Sie alles mit, Herr Gabriel? Das machen Sie mit, Herr Oppermann? Stattdessen sollten Sie Herrn Schäuble sagen: Dann musst du dich eben korrigieren und erklären, dass du etwas Falsches gesagt hast.

Nein, Sie stimmen den Regelungen einfach zu. Ich finde, Frau Bundeskanzlerin, auch Sie dürften das nicht zulassen.

Ich will es mir heute ersparen, etwas zum Affentheater bei der EEG-Umlage zu sagen. Was Sie uns da geboten haben! 200 Seiten an Änderungsanträgen innerhalb von zwei Stunden lesen zu müssen, ist abenteu-erlich. Aber darüber werden wir uns ein andermal unterhalten.

Lassen Sie mich etwas zur Rente sagen. Jetzt haben wir einen Fortschritt bei der Rente erzielt. Immer-

hin haben Sie festgelegt, dass jemand mit 45 Beitragsjahren zwei Jahre früher in Rente gehen kann als andere. Aber Sie ändern doch an der grundsätzlich falschen Entscheidung nichts, die demografische Entwicklung zur Grundlage zu machen. Ihre Aussage, die Aussage aller Parteien außer unserer, lautet: Da die Gesellschaft immer älter wird, muss man immer länger arbeiten und immer später seine Rente beziehen. – Glauben Sie wirklich, dass das eine Lösung ist? Könnte es nicht sein, dass wir unseren Beruf mit dem Beruf anderer verwechseln? Vielleicht kann man mit 90 Jahren noch im Bundestag herumdüdeln, ohne dass das einer merkt.

Aber man kann mit 90 Jahren kein Dach mehr decken. Das müssen Sie endlich begreifen.

Ich sage Ihnen Folgendes: Wir hatten einmal eine andere Bundesrepublik Deutschland. Da war die Produktivitätsentwicklung der entscheidende Faktor. So, wie sich die Produktivität entwickelte, entwickelten sich auch die Löhne, und so, wie sich die Löhne entwickelten, entwickelte sich auch die Rente. Das führte zu einer Rente, die die Funktion hatte, dass man den Lebensstandard, den man sich im Erwerbsleben erarbeitet hat, aufrechterhalten und fortsetzen konnte. Davon sind wir inzwischen deutlich entfernt.

Was müssen wir tun? Wir müssen die alte Rentenformel wieder einführen. Dann werden Sie fragen: Wie sollen wir das bezahlen? – Ganz einfach dadurch, dass wir erstens der neuen Generation sagen: Alle mit Erwerbseinkommen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, auch Bundestagsabgeordnete, auch Beamtinnen und Beamte, auch Rechtsanwälte. Alle müssen einzahlen.

Zweitens müssen wir die Beitragsbemessungsgrenzen abschaffen, die willkürlich sind. Wer 14 Millionen Euro verdient, muss dann eben seinen Beitrag für dieses Einkommen zahlen.

Jetzt kommt mein dritter Vorschlag: Die Rentenerhöhung für die Spitzenverdiener wird abgeflacht. Das erlaubt das Bundesverfassungsgericht.

Dann brauchen wir über Altersarmut überhaupt nicht mehr zu reden, weil alles bezahlt werden könnte.

Eine Große Koalition müsste doch zu einer solch großen Reform fähig sein. Aber all das können wir vergessen; das findet nicht statt.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Im 24. Jahr der deutschen Einheit immer noch nicht die gleiche Rente für die gleiche Lebensleistung in Ost und West zu zahlen, ist ein Skandal! Ich hatte gehofft, dass Sie wenigstens das überwinden.

Nun sage ich etwas zur Mütterrente.

Da habe ich drei Fragen: an Sie, Frau Bundeskanzlerin, an Ihren Vizekanzler, Herrn Gabriel, und auch an Sie, Herr Fraktionsvorsitzender Kauder.

Meine erste Frage. Warum bekommt man für ein Kind, das vor 1992 geboren wurde, nach wie vor einen geringeren Rentenzuschlag als für ein Kind, das ab 1992 geboren wurde? War es wirklich so viel leichter, Kinder vor 1992 aufzuziehen als danach? Erklären Sie das bitte der Bevölkerung. Ich verstehe das nicht.

Meine zweite Frage. Warum ist ein Ostkind für Sie im 24. Jahr der deutschen Einheit immer noch weniger wert als ein Westkind? Erklären Sie mir das.

Meine dritte Frage. Da die Mütterrente aus den Beiträgen zur Rentenversicherung bezahlt wird, bedeutet das doch Folgendes: Die Lidl-Kassiererin zahlt Beiträge zur Rentenversicherung und mithin auch die Mütterrente. Dem Bäckermeister entstehen Lohnnebenkosten, auch er zahlt Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung und damit auch die Mütterrente. Es gibt aber ein Problem: Sie, Frau Bundeskanzlerin, Sie, Herr Gabriel, Sie, Herr Kauder, und ich zahlen die Mütterrente nicht. Denn wir dürfen gar keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen.

Kinder, die man zur Welt bringt, ändern an den Beiträgen gar nichts. Diese Kinder sind eine Leistung für die Familie und die Gesellschaft. Wenn die Mütterrente steuerfinanziert wäre, dann müssten wir vier – also die Bundeskanzlerin, Herr Kauder, Herr Gabriel und ich – deutlich mehr für die Mütterrente zahlen als die Lidl-Kassiererin. Das wäre gerecht.

Sie aber sorgen dafür, dass sie nur von der Lidl-Kassiererin und dem Bäckermeister bezahlt wird und nicht von uns. Deshalb lade ich Sie ein, Herr Gabriel und Herr Kauder: Wir besuchen zu dritt eine Lidl-Kassiererin, und dann erklären Sie ihr, warum sie die Mütterrente bezahlen

muss und wir drei nicht. Ich kann es ihr nicht erklären. Ich höre Ihnen aber gerne zu, wenn Sie es erklären.

Ich sage Ihnen: Das ist grob ungerrecht. Hören Sie damit auf! Diese versicherungsfremden Leistungen dürfen durch nichts anderes als Steuern finanziert werden. Dafür müssen wir endlich sorgen.

Jetzt komme ich zum Mindestlohn. Er soll flächendeckend und gesetzlich festgelegt sein.

Ich sage Ihnen ganz klar: Es wird höchste Zeit, dass er kommt. Ich begrüße das. Unsere Partei hat dafür schon zu einer Zeit gekämpft, als alle anderen Parteien noch dagegen waren.

Ich freue mich, dass wir es jetzt endlich erleben, dass in Deutschland eine Art flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird.

Aber, liebe SPD, liebe Grüne, lieber DGB, 8,50 Euro habt ihr schon vor Jahren als Mindestlohn gefordert. Ist euch gar nicht aufgefallen,

dass das Leben inzwischen etwas teurer geworden ist und man die Höhe des Mindestlohns vielleicht anpassen müsste?

Deshalb fordern wir 10 Euro brutto und eine Anpassung nicht erst 2018, sondern in einem Jahr. Das wäre eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die dringend nötig ist, um ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Aber Sie sprechen vom flächendeckenden Mindestlohn. Flächendeckend heißt: Es darf keine Ausnahmen geben. Sie machen aber zwei wesentliche Ausnahmen. Ihre erste Ausnahme ist: Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn. Das begründen Sie damit, dass sie, wenn sie zu viel verdienen, nicht mehr an einer Ausbildung interessiert wären und lieber gleich arbeiten gehen, statt zu lernen. Mit anderen Worten: Sie meinen, Jugendliche sind doof. Wir meinen das nicht.

Alle Jugendlichen wissen: Wenn sie gut ausgebildet sind, haben sie

Fortsetzung auf Seite 2

20,2 Prozent unserer Beschäftigten verdienen weniger als 8,50 Euro die Stunde.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)

später ganz andere Zukunftschancen und Verdienstmöglichkeiten. Behandeln Sie doch die Jugendlichen nicht, als wären sie doof, und das auch noch grundgesetzwidrig! Wie wollen Sie denn begründen, dass ein 17-Jähriger für die gleiche Arbeit weniger verdient als ein 18-Jähriger? Das ist nicht hinzunehmen.

Ihre zweite Ausnahme betrifft die Gruppe der Langzeitarbeitslosen. Sie sehen vor, dass die Langzeitarbeitslosen ein halbes Jahr lang keinen Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn haben. Wissen Sie, was das bedeutet? Sie sagen damit einem Langzeitarbeitslosen, dass er uns, der Gesellschaft, nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn wert ist. Das ist demütigend. Bitte streichen Sie das!

Er ist ein Mensch, dessen Würde zu achten ist.

Das Statistische Bundesamt hat gerade veröffentlicht, dass 20,2 Prozent unserer Beschäftigten weniger als 8,50 Euro verdienen. Es wird also höchste Zeit, dass sich wenigstens das ändert, wobei ich wiederholen muss: 10 Euro wären angemessen.

Das Statistische Bundesamt hat noch etwas veröffentlicht, Frau Bundeskanzlerin, nämlich dass 8 Millionen unserer Bürgerinnen und Bürger nicht einmal jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit genießen können. Das ist eine Armut, die sich ein so reiches Land wie Deutschland niemals leisten darf. Das ist auch grundgesetzwidrig.

Aber ich muss noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Wenn wir den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn selbst mit Krücken und Ausnahmen irgendwie bekommen, dann führt das natürlich zu einer allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerung. Sie müssen von Folgendem ausgehen: Heute verdient der eine 6 Euro, der zweite 7 Euro, der nächste 8 Euro und ein weiterer 9 Euro. Sie werden sicherlich untereinander sagen: Ich kann doch nicht plötzlich wie alle 8,50 Euro verdienen oder nur 50 Cent mehr. Ich mache ja eine qualifiziertere Tätigkeit. Also muss auch mein Lohn angehoben werden. – Das führt zu einer allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerung, die wir übrigens auch für die Binnenwirtschaft dringend benötigen. Unsere Abhängigkeit vom Außenhandel kann auch zu einem Verhängnis werden, wenn sich die Situation in anderen Ländern ändert. Deshalb müssen wir die Binnenwirtschaft stärken. Das geht nur über Investitionen, Herr Bundesfinanzminister, und nicht über den Abbau von Investitionen. Es geht nur über die Stärkung der Kaufkraft, das heißt höhere Renten, höhere Löhne und Gehälter sowie höhere Sozialleistungen.

Natürlich weiß ich – ich sage das hier auch deutlich, damit Sie mir hinterher nicht vorwerfen, dass ich es nicht gesagt habe –, dass die Preise der Handwerksleistungen steigen werden, weil sich die Friseurmeisterin oder der Bäckermeister den Min-

destlohn zum Teil nicht anders leisten kann. Aber wenn wir eine allgemeine Lohn- und Gehaltssteigerung haben, können wir das auch verkraften.

Lassen Sie mich etwas zur Bildung sagen. Das ist für mich ein Leidenschaftsthema. Ich kenne niemanden im Bundestag, der sagen würde: Ich bin dagegen, dass wir Chancengleichheit für Kinder in der Bildung haben. – Ich kenne niemanden, der das sagen würde. Aber die ganze Organisation, die ganze Struktur schließt Chancengleichheit aus. Die soziale Stellung der Eltern setzt sich in der Bildung der Kinder fort. Dagegen unternimmt die Regierung gar nichts. Das ist ein wirklich schwerwiegender Vorwurf.

Was brauchen wir? Wir brauchen ein flächendeckendes Netz aus ganztägigen Kindertagesstätteneinrichtungen und Gemeinschaftsschulen mit einem gesunden und vollwertigen Mittagessen, und zwar alles gebührenfrei. Darin müssen wir investieren.

Ich habe erwartet, dass Sie mir an dieser Stelle sagen, dass das zu teuer ist. Für die Commerzbank haben Sie Hunderte Milliarden Euro, aber nicht für ein gesundes Essen für die Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen.

Das ist nicht hinnehmbar.

Dann brauchen wir gut ausgebildete und gut bezahlte Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten sowie gut ausgebildete und gut bezahlte Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen. Wir brauchen zudem kleinere Klassenfrequenzen. Begreifen Sie doch endlich: Die Ressource in Deutschland heißt Bildung. Unsere Gold- und Erdölvorkommen können Sie vergessen. Unsere Ressource heißt Bildung. Darin müssen wir investieren.

Natürlich brauchen wir auch eine bessere Förderung der Berufsausbildung und der Hochschulausbildung. Wir müssen das Kooperationsverbot für die Bundesländer bei den Schulen überwinden. Ich bitte Sie! Wir haben 16 Bundesländer und deshalb 16 verschiedene Schulsysteme. Ich bestreite nicht, dass das ein großer Fortschritt im 19. Jahrhundert war. Aber mit dem 21. Jahrhundert hat das nun überhaupt nichts mehr zu tun. Egal wo Kinder in Deutschland leben, sie müssen eine Chance auf Topbildung und Topausbildung haben, von Mecklenburg-Vorpommern bis Bayern.

Deshalb, Herr Schäuble, ist die von Ihnen ebenso willkürlich vorgenommene Kürzung der Ausgaben für Bildung um 500 Millionen Euro indiskutabel. Ich sage Ihnen: Leisten Sie einen Beitrag zur Chancengleichheit der Kinder in der Bildung! Das wäre ein ganz wichtiges Signal in unserer Gesellschaft.

Nun komme ich zu den Steuern.

Es gibt jetzt einen Steuerbericht der EU-Kommission. Da steht hinsichtlich Deutschland Folgendes drin.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die gesamte Mittelschicht in Deutschland werden – das besagt der EU-Bericht – viel zu hoch besteuert. Des Weiteren besagt der EU-Bericht: Die Bezieherinnen und Bezieher von Kapitaleinkünften, insbesondere von hohen, werden viel zu niedrig besteuert. Es gibt einen interessanten EU-Vergleich. Die Einnahmen aus Steuern auf Löhne und Gehälter in Deutschland machen 56,6 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus. Der EU-Durchschnitt liegt bei nur 51 Prozent.

Die Einnahmen aus Steuern auf Kapitaleinkünfte machen beim gesamten Steueraufkommen in Deutschland 16 Prozent aus, im EU-Durchschnitt aber 20,8 Prozent. Daran merken Sie, was passiert. Die Zahl der Dollarmillionäre ist um 14 Prozent gestiegen. Weltweit besitzen die Dollarmillionäre ein Vermögen von 40 Billionen Euro. Das sind zwei Drittel der Weltwirtschaftskraft. Auch in Deutschland haben wir einen Anstieg zu verzeichnen. Die Zahl der Dollarmillionäre ist von 980 000 auf 1,1 Millionen gestiegen. Weltweit hat Deutschland die drittmeisten Millionäre. Weltweit die drittmeisten! Auf Platz eins liegen die USA. Auf Platz zwei liegt – das wird einige erstaunen – China.

Auf Platz drei liegt Deutschland. Ich darf nur erwähnen, dass die USA und China ein paar Einwohner mehr haben als Deutschland. Trotzdem nehmen wir Platz drei ein. Und Sie weigern sich, einen halben Euro mehr in der EU und in Deutschland von den Millionären zu verlangen? Sie sagen im Ernst der Friseurin in Athen, sie habe das Ganze zu finanzieren? Es ist absurd, was hier läuft, wirklich absurd.

Sie verweigern jeden Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit: keine Senkung, keine Erhöhung; Abschaffung der kalten Progression verschoben. Dann gibt es aber noch etwas: den Steuerbauch. Man sollte nie vergessen: Unsere Einkommensteuer verläuft nicht linear, sondern es gibt einen Bauch. Es ist die Mitte der Gesellschaft, die alles bezahlt. Der untere Teil der Gesellschaft kann die Ausgaben nicht finanzieren, an die Reichen trauen Sie sich nicht heran. Deshalb muss die Mitte der Gesellschaft alles bezahlen. Es gibt nur eine Partei im Bundestag, die fordert, den Steuerbauch zu streichen: Das ist die Linke.

Die Mitte der Gesellschaft wird nur von der Linken vertreten. Das ist die Wahrheit.

Meine Bitte: Einen Schritt könnten Sie doch wagen. Behandeln Sie

endlich Kapitaleinkünfte und Arbeitseinkünfte wenigstens gleich. Das wäre schon ein gewaltiger Fortschritt.

Nun komme ich zur Außen- und Sicherheitspolitik. Frau Bundeskanzlerin, alle Kriege der letzten Jahre haben die Menschheitsprobleme nicht gelöst, sondern verschärft, ganz egal, ob ich an Afghanistan denke, ob ich an den Irak denke oder ob ich an Libyen denke. Was sagt unser Bundespräsident? Wir sollen an noch mehr Militäreinsätzen teilnehmen.

Das bedeutet aber nicht, wie er meint, mehr Verantwortung, sondern das bedeutet mehr Verantwortungsversagen. Das sage ich Ihnen ganz klar.

Der eigentliche Skandal ist, dass Deutschland der drittgrößte Waffenexporteur weltweit ist. Wir verdienen an jedem Krieg. Hätte unser Schluss aus dem Zweiten Weltkrieg nicht lauten müssen, dass wir nie wieder an Kriegen verdienen wollen? Ich glaube, das wäre das Mindeste gewesen.

Jetzt haben wir erfahren, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, im Jahre 2008 Panzer und auch noch eine Panzerfabrik, also die Lizenz zum Herstellen deutscher Panzer, an Algerien verkauft haben. Ich frage Sie: Welche Zustände haben wir denn in Algerien? Algerien ist kein demokratisches Land. Woher wollen Sie eigentlich wissen, welche Zustände in Algerien in fünf Jahren herrschen? Woher wollen wir eigentlich wissen, wer dann dort Panzer für welche Zwecke herstellt? Das ist doch Wahnsinn.

Sie, Herr Gabriel, sagen nur: Verträge sind einzuhalten. – Haben Sie denn wenigstens einmal geprüft, ob man aus diesem wahnsinnigen Vertrag aussteigen und diese Verantwortungslosigkeit überwinden kann? Wo bleibt denn wenigstens Ihr Satz, dass es solche Verträge nie wieder geben wird? Das wäre doch wohl das Mindeste.

Ich sage Ihnen auch: Deutschland liefert Waffen an Saudi-Arabien, an Katar und an den NATO-Partner Türkei. Was erfahren wir jetzt? Die Al-Qaida-Terrorarmee ISIS erobert immer mehr Territorien im Irak und in Syrien.

Kerry, der amerikanische Außenminister, reist jetzt durch den Nahen Osten und versucht, das irgendwie aufzuhalten. Aber wer hat denn diese Armee bezahlt? Die Bezahlung kam aus Saudi-Arabien und Katar. Was hat die Türkei gemacht? Sie hat diese kämpfenden Terroristen mit Waffen ohne jede Beanstandung durch die Türkei nach Syrien und Irak durchziehen lassen. Das sind unsere Partner. Was machen Sie dagegen? Fast nichts. Heute haben wir gelesen, dass die ISIS-Armee sogar Kinder tötet. Die Konrad-Adenauer-

Stiftung sagt plötzlich, man hätte Assad in Syrien unterstützen müssen. Wo leben wir hier eigentlich? Die Zeiten werden immer wirrer. Merken Sie denn nicht, dass diese ganze Außenpolitik falsch ist? Weg von Waffenexporten, hin zu einer friedlichen Konfliktlösung – das muss die Aufgabe der Bundesregierung sein, nichts anderes.

Nun komme ich zur Ukraine. Jetzt gibt es gewisse Fortschritte: eine Feuerpause, angeordnet von Präsident Poroschenko, und die Rücknahme des Beschlusses der Föderationsversammlung in Moskau, wonach Russland in die Ukraine einmarschieren darf. Auch das ist sehr wichtig. Ich sage Ihnen: Jetzt müssen die Europäische Union und die NATO endlich wirkliche Deeskalationsschritte gehen. Hören Sie auf mit den Sanktionen und mit der Androhung von Sanktionen! Wenn die Wirtschaftssanktionen wirklich kämen, dann träfen die Antworten nicht die USA, die die Sanktionen immer vorschlagen, sondern die Antworten träfen

uns und die Wirtschaft. Wir schützen in diesem Falle auch die Wirtschaft. Diese Sanktionen hat sie nicht verdient. Das sage ich Ihnen klipp und klar.

Frau Göring-Eckardt, Sie haben hier zur Ukraine gesprochen und sich mit Schara Wagenknecht auseinandergesetzt. Sie haben gesagt, wer die Regierung beziehungsweise deren Politik nicht unterstütze, der unterstütze nicht die Demokratisierung der Ukraine. Wie soll ich das verstehen? Wir sind doch schon gemeinsam gegen Nazis aufgetreten. Warum kritisieren Sie nicht ebenso scharf wie wir die Mitgliedschaft von faschistischen Politikern in der ukrainischen Regierung?

Ich sage Ihnen auch: Was die belgische Regierung dazu sagt, ist das eine. Wir haben eine andere Geschichte. Ich finde, der gesamte Deutsche Bundestag und die gesamte deutsche Regierung müssten der ukrainischen Regierung sagen: Bevor wir euch helfen, entlasst die faschistischen Minister aus euren Reihen.

Ich höre immer wieder, bei der Präsidentenwahl hätten die Faschisten so wenig Stimmen bekommen. Na, umso besser! Was gibt es dann für einen Grund, deren Minister nicht aus der Regierung zu entlassen? Dann können wir den Druck ja sogar noch erhöhen.

– Haben Sie Zweifel, dass das Faschisten sind? Ich habe hier ja den Vorsitzenden der faschistischen Partei zitiert; ich wiederhole das heute nicht. Aber eins sage ich Ihnen: Die Partei Swoboda hatte ein Institut, das bis zum Jahr 2014 den Namen „Joseph Goebbels“ trug. Jetzt hat die Partei es wegen des Drucks von außen umbenannt. Dieses Institut trug also den Namen „Joseph Goebbels“. Außer der Partei Swoboda hat das

Die Binnenwirtschaft zu stärken geht nur über Investitionen, Herr Finanzminister.

Sie verweigern jeden Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit.

sich noch keine rechtsnationale Partei nach der Nazidiktatur in Europa getraut. Und da verlangen Sie von uns, dass wir dazu nichts sagen. Das ist doch grotesk!

Ich kann das nicht dulden. Ich finde, alles andere ist unverantwortlich und ahistorisch.

Im Kalten Krieg war der Gewinner der Westen. Er zeigte allerdings keine Bereitschaft, aufzuhören, zu siegen. Im Kalten Krieg gab es Einflusssphären der USA und Einflusssphären der Sowjetunion; aber sie gelten nicht mehr – glücklicherweise, kann man sagen; sage ich auch. Das Problem ist nur: Die USA und Russland haben keine neuen Spielregeln vereinbart. Beide haben Einfluss verloren, versuchen, den vorhandenen Einfluss zu sichern und auch wieder auszubauen, und kommen sich dabei in die Quere: in Georgien, in Syrien, in der Ukraine.

Was gibt es für einen Weg hin zu neuen Spielregeln? Nur einen: das Völkerrecht.

Es geht um den vollen Respekt vor dem Völkerrecht. Der Erste, der das Völkerrecht beim Jugoslawien-Krieg über Bord geworfen hat, war der Westen, weil er sich dafür nicht mehr interessiert hat, weil er gesagt hat: Wir waren ja die Gewinner des Kalten Krieges; das brauchen wir nicht mehr; wir entscheiden, was läuft. – Genau dafür bekommen wir jetzt die Quittung. Deshalb sage ich Ihnen: Es gibt nur einen Lösungsweg, nämlich das Völkerrecht wieder voll zur Geltung zu bringen. Deshalb muss der Westen als Erstes das Völkerrecht in vollem Umfang einhalten.

Kanzler Schröder hat ja bestätigt, dass er das Völkerrecht verletzt hat; er macht daraus gar kein Hehl.

Ich sage Ihnen noch etwas: Russland wird sich nach diesem Konflikt ökonomisch stärker nach Asien orientieren. Die USA werden verstärkt in Europa, gerade in Osteuropa auftreten. Das ist ein Erfolg für die USA, allerdings ein Erfolg, den Obama gar nicht wollte; so kommt das nun einmal in der Politik. Und die EU? Sie wirkt völlig hilflos, und sie ist der Verlierer, weil die Abhängigkeit von den USA noch zunehmen wird. Das kommt bei alledem heraus. Denken Sie einmal darüber nach.

Jetzt komme ich zu Europa. Es gab ein Warnsignal: Die Europawahlen haben die rechtsextremen und rechtsnationalen Parteien erheblich gestärkt. Daraus müssten wir doch alle Schlussfolgerungen ziehen. Frau Bundeskanzlerin, Ihre falsche Spar- statt Aufbaupolitik gegenüber dem Süden Europas, der Abbau der Demokratie, der Abbau der sozialen Gerechtigkeit, die Tatsache, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – nicht die Millionäre – die ganze Bankenkrise zu bezahlen haben, das alles hat ebenfalls zu diesem Wahlergebnis beigetragen.

Sie und wir alle haben eine Verpflichtung: Europa so friedlich, so demokratisch, so sozial gerecht und so ökologisch nachhaltig wie möglich zu gestalten, damit dieses

Europa die Menschen und vor allem die Jugend nicht verschreckt, sondern endlich wieder anzieht, und damit diese rechtsnationalen und rechtsextremen Parteien in ganz Europa keine Chance haben. Dafür sind wir mitverantwortlich.

Ich sage Ihnen: Eine Jugendarbeitslosigkeit von 60 Prozent in Griechenland macht Europa kaputt. Ich habe es schon gesagt: Die Zahl der Millionäre hat zugenommen. Warum führen Sie in der Europäischen Union keine Millionärsteuer ein? Herr Bundesfinanzminister, es gab doch einmal die Idee der Finanztransaktionssteuer, um etwas gegen die Spekulationen und Spielereien an den Börsen zu tun. Wo bleibt sie eigentlich? Wann tritt sie eigentlich in Kraft? Das wird man doch wohl noch einmal fragen dürfen.

Nun komme ich zu Snowden und den USA. Der Spiegel hat vor kurzem veröffentlicht, dass die Ausforschungen durch den USA-Geheimdienst NSA noch viel größer als bisher angenommen waren und dass es eine enge Zusammenarbeit mit dem BND gab. Professor Papier, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat dazu wörtlich Folgendes gesagt:

Der Datenaustausch mit ausländischen Diensten, die ihre personenbezogenen Daten weitgehend unter Methoden und in einer Art und Weise erlangen, die jenen von mir kurz genannten Mindeststandards der deutschen und unionsrechtlichen Grundrechte eindeutig nicht genügen, ist insoweit von Verfassungsrechts wegen ausgeschlossen.

Das heißt mit anderen Worten: Der BND hat sich grundgesetzwidrig verhalten. Ich möchte wissen, welche Konsequenzen Sie daraus ziehen.

Snowden hat bisher immer die Wahrheit gesagt. Er hat gesagt, dass auch die Wirtschaftsdaten weitergereicht wurden. Das ist Wirtschaftsspionage. Auch das ist eine Straftat. Die Einzigen, die die Interessen der Wirtschaft vertreten, sind wieder die Linken und die Grünen in diesem Fall; Sie nicht. Sie lassen sich das einfach bieten.

Frau Bundeskanzlerin, Sie waren in Washington. Sie haben mit Obama und anderen gesprochen. Sie sind ohne ein No-Spy-Abkommen zurückgekommen. Ich sage Ihnen: Sie verhalten sich diesbezüglich gegenüber der US-Administration duckmäuserisch. Sie begründen mir das mit der Freundschaft. Ich sage Ihnen: Duckmäusertum erzielt Verachtung, aber keine Freundschaft. Wenn man eine Freundschaft will, muss man sich als Erstes Respekt erarbeiten.

Ich sage Ihnen auch, wie man das machen kann. Ich würde dem Präsidenten Obama an Ihrer Stelle sagen: Wenn Sie kein No-Spy-Abkommen machen, dann werde ich die Diplomaten in der britischen und in der US-Botschaft, die Spionage betreiben, jeweils zur Persona non grata erklären. Ich würde ihm sagen: Die

NSA baut gerade ein Riesengebäude in Wiesbaden. Das können sie gern fertigstellen, aber sie können niemals einziehen. Da schicken wir Attac und andere Organisationen rein, die im Unterschied zur NSA, die uns hier ausforschen will, etwas Nützliches machen.

Ich würde ihm ebenfalls sagen: Wir können auch die TTIP-Verhandlungen aussetzen. – Was glauben Sie, was Ihnen das für einen Respekt einbringen würde, wie die diskutieren würden, wenn Deutschland sich die Sache nicht mehr bieten lässt! Das entspricht Ihrem Amtseid, nämlich Schaden von unserem Volk abzuwenden. Deshalb erwarte ich das auch dringend.

Zu den TTIP-Verhandlungen noch einen Satz. Es geht doch dabei nicht nur um das Chlorhuhn, was schon schlimm genug wäre, sondern es geht darum, dass Investitionshemmnisse verboten werden sollen. Das

muss man einmal übersetzen. Wenn ein amerikanisches Unternehmen hier seine Wirtschaftstätigkeit beginnt und später eine vernünftiger Regierung kommt, die mehr Mitbestimmung macht, mehr Wirtschaftsdemokratie, vielleicht sogar etwas höhere Steuern, dann können die

Amerikaner sagen: Investitionshemmnisse! Als wir anfangen, war das nicht so. – Sie machen Politik unmöglich. Niemals darf das Verbot von Investitionshemmnissen vereinbart werden!

Dann muss ich Ihnen zum Schluss noch Folgendes sagen: Ich habe das doch richtig verstanden, Frau Bundeskanzlerin? Präsident Obama hat Ihnen gesagt, dass weder Sie noch Herr Gauck abgehört werden. Das sind die Ausnahmen. Zu anderen hat er Ihnen das nicht zugesichert. Das heißt, Herr Bundestagspräsident Professor Lammert, Sie werden nach wie vor abgehört.

Eine Jugendarbeitslosigkeit von 60 Prozent in Griechenland macht Europa kaputt.

Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin:

Einlösung eines jahrzehntelangen Versprechens



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Ich habe vor zehn Wochen bei der ersten Lesung des Haushaltes gesagt und wiederhole es heute: Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und zur mittelfristigen Finanzplanung löst ein jahrzehntelanges Versprechen ein. Es ist der erste Haushalt ohne neue Schulden seit 1969. Das heißt konkret, der Haushalt 2014 ist strukturell ausgeglichen. Die für dieses Jahr geplante Nettokreditaufnahme in Höhe von 6,5 Milliarden Euro ist die niedrigste seit 40 Jahren. Laut Finanzplan gibt es im nächsten Jahr zum ersten Mal die Situation, dass wir keine neuen Schulden mehr machen. Das gilt dann auch für die kommenden Jahre. Das ist eine haushaltspolitisch historische Zielmarke.

Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen denen, die im Haushaltsausschuss sind, ein ganz herzliches Dankeschön sagen; denn die Rahmenbedingungen haben sich im Verlauf der parlamentarischen Debatte nicht verbessert.

Deshalb ist es umso begrüßenswerter, dass es gelungen ist, die Zielmarken einzuhalten.

Ich halte das für einen großen Erfolg, und zwar auch deshalb, weil die äußeren Rahmenbedingungen natürlich nach wie vor schwierig sind. Die europäische Schuldenkrise ist noch nicht ausgestanden. Es gibt eine ganze Reihe weltwirtschaftlicher Risiken. Deshalb betone ich ausdrücklich: Der Erfolg besteht nicht allein darin, endlich einen generationengerechten Bundeshaushalt vorzulegen. Er besteht vielmehr darin, dass dieser Haushalt auch in Zukunft die Grundlagen für Deutschlands Stärken legt.

Deutschlands Stärken bemessen sich nicht nur daran, dass Einnahmen und Ausgaben in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen, sondern sie verlangen viel mehr. Sie verlangen, dass der soziale Zusammenhalt der Generationen stimmen muss. Sie verlangen, dass die Rahmenbedingungen für diejenigen, die unseren Wohlstand erarbeiten, stimmen müssen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen nach wie vor absolute Priorität bei unseren politi-

Ich bin noch nicht fertig! – Das heißt, dass der Bundesratspräsident abgehört wird. Das heißt, dass auch der Bundesverfassungsgerichtspräsident abgehört wird und dass auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger abgehört werden.

Nun muss ich Ihnen Folgendes erklären, Frau Bundeskanzlerin: Wenn Sie mit Ihrem Ehemann Professor Sauer telefonieren oder mit dem Vizekanzler Gabriel oder mit Staatsminister Altmaier oder mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden Kauder – die werden alle abgehört –, dann hört man Sie zufällig mit; wenn Sie gar so dreist wären, mit mir zu telefonieren, erst recht.

Es gibt einen Einzigen, Frau Bundeskanzlerin, dem Sie alle Geheimnisse telefonisch und per E-Mail anvertrauen dürfen, und das ist der Bundespräsident. Aber aus irgendeinem Grund glaube ich, dass Sie dazu gar keine Lust haben.

Ich hoffe, Sie verstehen, dass wir zu Ihrem Etat nur mit Nein stimmen können.

(Beifall bei der LINKEN)

schon Vorhaben hat. Unsere Energieversorgung muss zukunftsfest sein. Energie muss sicher, bezahlbar und umweltverträglich sein. Es muss vor allen Dingen in die Zukunft des Landes investiert werden: in Bildung, Forschung, Infrastruktur.

Meine Damen und Herren, die deutsche Wirtschaft ist mit Schwung in das Jahr 2014 gestartet.

Die Bundesregierung erwartet ein Wirtschaftswachstum von real etwa 1,8 Prozent. Falls die Rahmenbedingungen so positiv bleiben, kann es 2015 sogar auf 2 Prozent steigen. Damit können wir ganz nüchtern feststellen: Deutschland bleibt Stabilitätsanker und Wachstumsmotor der Euro-Zone und der ganzen Europäischen Union.

Auch am Arbeitsmarkt steuert Deutschland auf einen Beschäftigungsk rekord zu. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in diesem Jahr im Durchschnitt voraussichtlich bei über 42 Millionen liegen.

So schön diese Erfolge sind, so ist gleichzeitig richtig: Nachhaltige Politik muss immer nach vorne gerichtet sein. Wir müssen uns fragen: Womit verdienen wir in 5, 10 oder 20 Jahren unser Geld? Was sind die Technologien von morgen? Welche Rahmenbedingungen müssen wir heute schaffen, damit wir nicht nur heute, sondern morgen und über-

Fortsetzung von Seite 3: Dr. Angela Merkel (CDU/CSU, Bundeskanzlerin)

morgen genauso gut dastehen? Hier sind natürlich die Menschen in unserem Land nach wie vor unser wichtigstes Kapital. Auf ihr Wissen, ihr Können und ihre Motivation kommt es an. Deshalb bleiben Investitionen in Bildung und Forschung ein Schwerpunkt der Bundesregierung. Das drückt sich auch im Haushalt aus.

Meine Damen und Herren, allein für Bildung und Forschung hat der Bund von 2005 bis 2013 seine Ausgaben um knapp 60 Prozent auf rund 14,4 Milliarden Euro gesteigert – um 60 Prozent! In Deutschland werden mittlerweile 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investiert. Das ist das Ergebnis großer und – ich sage auch – gemeinsamer Anstrengungen sowohl der Wirtschaft als auch der öffentlichen Hand: in den Ländern und im Bund.

Der Bund macht – wir haben das beschlossen und sind jetzt in der Umsetzung – einen historischen Schritt: Wir werden ab 2015 die Finanzierung des BAföG für Schüler und Studierende zu 100 Prozent übernehmen. Hierdurch entlasten wir die Länder erheblich und strukturell dauerhaft; pro Jahr sind das knapp 1,2 Milliarden Euro, die bei den Ländern frei werden. Ich will hier meine Hoffnung ausdrücken – mit dem notwendigen Respekt vor den Ländern –, dass der Großteil dieses Geldes dann wirklich Hochschulen und Universitäten zugutekommt; denn genau dafür haben wir das gemacht. Wir haben ganz deutlich gesagt: Wir müssen den Unterschied zwischen der Finanzierung der außeruniversitären und der universitären Strukturen kleiner machen. Aus diesem Grunde hoffe ich, dass wir mit unserem Entlastungsschritt genau dazu beitragen.

Der Bund übernimmt damit weitere gesamtstaatliche Verantwortung für bessere Forschungs- und Bildungskooperationen in der Zukunft.

Ich freue mich, dass im Zuge der Übernahme der Kosten des BAföG eine andere wichtige Sache vereinbart werden konnte, nämlich eine Grundgesetzänderung, eine Änderung des Artikels 91 b, der sich damit befasst, wie Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen miteinander kooperieren können. Wenn wir in den nächsten Jahren international wettbewerbsfähig sein wollen, dann brauchen wir solche Cluster als Mischung von universitärer und außeruniversitärer Forschung. Es ist gut, dass wir dafür die Weichen stellen wollen.

Meine Damen und Herren, insgesamt bedeutet das, dass die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode noch einmal 9 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung zur Verfügung stellen will. Deshalb können wir mit Fug und Recht sagen: Es war noch nie der Fall, dass der Bund so viel Geld für Bildung und Forschung ausgegeben hat. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt,

dass es eine richtige Investition in die Zukunft ist.

Meine Damen und Herren, zu den großen Herausforderungen der Zukunft gehört auch die Umsetzung der Energiewende. Mit der EEG-Reform, die wir übermorgen im Bundestag abschließend beraten werden, gehen wir einen wichtigen Schritt in Richtung der Energieversorgung von morgen. Es wird vor allem die Steuerung des Umbaus unserer Energieversorgung mit diesem Gesetz verbessert. Das Ganze ist also ein Schritt in Richtung von mehr Marktintegration. Die erneuerbaren Energien haben die Nischenrolle verlassen. Sie sind eine wesentliche Säule unserer Energieversorgung geworden, und deshalb müssen sie Schritt für Schritt in den Markt integriert werden, ohne dass es zu Fadenrissen kommt, durch die wir den Anschluss verlieren.

Ich glaube, es ist uns ein wichtiger Schritt gelungen. Aber ich muss sagen: Es ist nicht der letzte Schritt. Wir werden uns in dieser Legislaturperiode noch einmal mit diesen Fragen befassen müssen, und wir werden noch viel Arbeit investieren müssen – der Bundeswirtschaftsminister und auch ich haben das immer wieder getan –, um die Europäische Union davon zu überzeugen, dass es uns jetzt gelingen muss, diesen Weg fortzusetzen, und dass man nicht einfach anfangen kann, jahrelang bestehende Fördersysteme infrage zu stellen, ohne sich zu überlegen, wie man die Übergänge schafft. Dafür werden wir in Europa entschieden eintreten, meine Damen und Herren.

Auch das ist wichtig: Planungssicherheit für solche Investitionen bekommen wir nur, wenn wir insgesamt klare Rahmenbedingungen haben. Dazu gehören natürlich auch klare Absprachen mit der Europäischen Kommission.

Meine Damen und Herren, es ist uns gelungen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten, indem wir mit der Besonderen Ausgleichsregel die notwendigen Ausnahmen geschaffen haben. Auch das war ein hartes Stück Arbeit. Aber ich muss sagen: Arbeitsplätze zu erhalten, die Möglichkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht zu verbauen, das ist eine absolute Notwendigkeit. Ansonsten wird die Energiewende auf keine Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.

Deshalb ist das der Großen Koalition ein zentrales Anliegen, meine Damen und Herren.

Nach der Verabschiedung des EEG hier im Bundestag und hoffentlich dann auch im Bundesrat wird die Gestaltung der Energiewende auch in den nächsten Jahren eine Herkulesaufgabe bleiben. Es ist eine nationale Kraftanstrengung notwendig, damit es uns gemeinsam gelingt, die

gesamte Energieerzeugung auf eine neue Basis zu stellen. Deshalb geht es um Strommarktdesign; deshalb wird es um Kapazitätsmärkte gehen, um Rahmenbedingungen für Kraftwerke, um die Steigerung der Energieeffizienz und auch um Fortschritte beim Leitungsausbau. Das heißt, wir sind hier gerade einmal einen wichtigen Schritt vorangekommen, aber das Ganze bedarf noch sehr viel weiterer Anstrengungen.

Wenn wir darüber sprechen, wie wichtig es ist, in die Zukunft unseres Landes zu investieren, dann ist eines der großen Themen natürlich auch die voranschreitende Digitalisierung. Hinter diesem Stichwort verbirgt sich ja nicht mehr und nicht weniger als eine sehr tiefgehende technologische Revolution, aber auch eine gesellschaftliche Veränderung, auf die in den verschiedenen Bereichen Antworten gegeben werden müssen.

Deshalb arbeitet die Regierungskoalition an einer digitalen Agenda, die wir voraussichtlich im August im Kabinett beraten werden. Wichtig ist dabei, dass die Teilhabe aller an den Chancen und Möglichkeiten der digitalen Zukunft gegeben ist. Das heißt, wir müssen die Versorgung mit Breitband verbessern; daran wird gearbeitet. Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Es geht in diesem Zusammenhang darum, dass wir die Telekommunikations- und Netzunternehmen beim Ausbauprozess durch vernünftige Rahmenbedingungen unterstützen, zum Beispiel auch durch die Versteigerung von Frequenzen aus der digitalen Dividende 2, woraus wieder neue Mittel zur Verfügung stehen werden, um den Breitbandausbau zu fördern.

Wir müssen die Sicherheitsaspekte beachten. Beim Thema Sicherheit im Netz ist jeder Einzelne und jedes Unternehmen natürlich selbst gefordert, aber wir werden auch staatliche Rahmenbedingungen brauchen. Ich will in diesem Zusammenhang auch an die Industrie appellieren: Sicherheit vor Cyberattacken zum Beispiel kann es nicht geben, wenn es nicht auch eine gewisse Transparenz hinsichtlich solcher Attacken gibt. Ich glaube, es darf nicht immer nur die Sorge vor Rufschädigung geben, sondern man muss diese Dinge sehr offensiv angehen.

Das, was der Staat zum Schutz der Unternehmen wie der einzelnen Bürger tun kann, das werden wir so schnell wie möglich tun. Die Bundesregierung steht der Wirtschaft zur Seite mit der Taskforce „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ und den Bürgerinnen und Bürgern mit dem BSI.

Nationale Gesetzgebung stößt hier natürlich an Grenzen. Deshalb werden wir, wenn wir die tiefgreifende Diskussion über das, was informationelle Selbstbestimmung im

21. Jahrhundert bedeutet, führen, mit nationaler Gesetzgebung alleine nicht hinkommen. Wir brauchen zumindest europäische Standards – deshalb die Diskussion über die Datenschutz-Grundverordnung –, aber wir brauchen auch globale Regelungen. Es ist sehr mühsam, aber auch hier gilt genauso wie bei den Finanzmärkten: Wir müssen dicke Bretter bohren und immer weitermachen. Nur wenn sich die globalen Rahmenbedingungen verbessern, wird man das sicherstellen können, was die Bürgerinnen und Bürger mit Recht erwarten.

Wenn wir über die Infrastruktur der Zukunft sprechen, kommen wir natürlich auch zu den Verkehrsnetzen. Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode im Vergleich zur letzten Legislaturperiode 5 Milliarden Euro mehr für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Wir werden auch die Nutzerfinanzierung ausweiten, zum Beispiel im Lkw-Bereich. Wir werden aber auch Vorschläge des Bundesverkehrsministers in nächster Zeit bekommen, wie die Nutzer ausländischer Kfz an den Verkehrskosten beteiligt werden können.

Deutschland ist und bleibt stark, wenn die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter so gut verläuft, wie das in der letzten Zeit der Fall war. Ich sagte es schon: Die Zahl der Erwerbstätigen ist auf einem Rekordniveau, aber nicht nur die: Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt weiter an.

Wir haben einen guten Trend bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit erfolgt nach Angaben der Bundesagentur im Augenblick schneller als der Abbau der Arbeitslosigkeit.

Natürlich muss unser Schwerpunkt sein, die Situation von Langzeitarbeitslosen zu verbessern. Hier haben wir eine viel zu hohe Zahl von Menschen, die über mehr als ein Jahr in Arbeitslosigkeit sind. Natürlich haben wir auch das Problem, dass sich dies in den Zukunftschancen der Kinder widerspiegelt. Deshalb müssen wir hier ganz gezielt herangehen. Die Bundesarbeitsministerin hat hierzu erste Vorschläge gemacht.

Es geht auch darum, faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Deshalb werden wir den Mindestlohn einführen; aber wir werden auch genau darauf achten – das wird in den abschließenden Beratungen jetzt auch getan –, dass dadurch keine Arbeitsplätze verloren gehen, sondern dass es gelingt, den Trend, mehr Beschäftigte in Deutschland zu haben, fortzusetzen.

Wir wollen natürlich auch – ich habe vom Zusammenhalt der Generationen und von der Gerechtigkeit gesprochen – an alle Generationen denken. Deshalb war das Rentenpa-

ket ein wichtiger Schritt in dieser Legislaturperiode. Es bringt Verbesserungen für Mütter, die vor 1992 ihre Kinder bekommen haben. Herr Gysi, an dieser Stelle will ich nur Folgendes sagen: Rechnen Sie einmal aus, um wie viel höher die Steuerzuschüsse des Bundes in den letzten Jahren im Vergleich zu dem sind, was für Mütterrenten bereits ausgegeben wurde. Dann werden Sie sehen, dass der Schritt, den wir jetzt unternehmen, gut verkraftbar ist. Im Übrigen haben wir gesagt, dass wir ab 2018 Steuerzuschüsse zur Mütterrente dazugeben. Ich finde, um ein Mindestmaß an Wahrheit zu gewährleisten, sollten Sie das auch einmal erwähnen.

In der allgemeinen Diskussion wird vielleicht nicht ausreichend beachtet, dass im Rahmen des Rentenpaketes auch die Erwerbsminderungsrente verbessert wurde. Das ist ein ganz wichtiger Punkt; denn wenn wir uns die faktische, die reale Altersarmut von heute anschauen, stellen wir fest, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus gesundheitlichen Gründen ihren Arbeitsplatz früher verlassen mussten. Deshalb ist dies ein ganz wichtiger Schritt. Natürlich ist auch die abschlagsfreie Rente für Menschen, die 45 Jahre lang Beiträge geleistet haben, ein wichtiger Schritt – ohne dass wir die Rente mit 67 damit außer Kraft gesetzt hätten. Auch das muss einmal gesagt werden: Die Rente mit 67 ist nicht beliebt, aber sie ist angesichts der demografischen Herausforderungen notwendig.

Für viele Menschen, an die wir vielleicht nicht jeden Tag denken, sind die Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Pflege ein ganz wichtiger Punkt. Dies ist eine der großen Aufgaben unserer Gesellschaft. Der kürzlich vom Kabinett beschlossene Entwurf eines Pflegestärkungsgesetzes, den wir zum 1. Januar 2015 konkret

umsetzen wollen, ist ein erster wichtiger Schritt zu einer Reform der Pflegeversicherung. Wir werden die Leistungen für die Pflegebedürftigen genauso wie die Leistungen für die Pflegenden spürbar

verbessern. Das geht einher mit einer angemessenen Beitragserhöhung – ja –, aber wir stehen aus Überzeugung dazu, weil wir sagen: Die Pflege und damit ein würdiges Leben im Alter sind für uns als Große Koalition ein Schwerpunkt.

Dabei werden vor allem Familien, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, mehr Unterstützung bekommen. Für die Pflegeeinrichtungen soll die Arbeit leichter werden. Es sollen mehr Betreuungskräfte zur Verfügung stehen, und die Betreuungsleistungen werden weiter ausgebaut und auf alle Pflegebedürftigen ausgedehnt.

Wir werden in einem zweiten Schritt in Richtung eines neuen Pfl-

Wir haben einen guten Trend bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

gebedürftigkeitsbegriffs gehen. Diesbezüglich unterstütze ich den Gesundheitsminister absolut: Bei der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sollten wir Schritt für Schritt vorgehen; denn hiervon sind viele betroffen. Wenn am Ende auch nur wenige im Vergleich zu heute schlechtergestellt wären, würde das auf Unverständnis stoßen. Deshalb finde ich diese schrittweise Einführung absolut sachgerecht und praxisgerecht.

Wir haben auch die Belastungen für künftige Generationen im Blick. Deshalb beginnen wir mit Blick auf die Generationengerechtigkeit mit Maßnahmen zum Aufbau eines Vorsorgefonds für die Pflege. Ich glaube, das ist ein erster wichtiger Schritt. Er ist sicherlich noch nicht ausreichend, aber wichtig.

So wichtig die ganzen Sachfragen bei der Pflege im Detail sind, will ich doch auch daran erinnern, dass die stillen Helden bei der Pflege zumeist die Mitglieder der Familien sind. Sie geben ihren zu pflegenden Angehörigen den notwendigen Halt. Sie stehen ihnen zur Seite, Tag und Nacht. Vielleicht würdigen wir sie manchmal zu wenig. Deshalb muss das im Zusammenhang mit dieser Pflegereform immer wieder erwähnt werden.

In dem Bereich der Pflege zeigt sich im Grunde, was das Fundament unserer Gesellschaft ist. In Familien wird nämlich dauerhaft Verantwortung füreinander übernommen: Eltern für Kinder, aber genauso Kinder später für ihre Eltern. Deshalb ist es wichtig, dass wir gerade bei dem, was Familien heute besonders am Herzen liegt, weitere Schritte gehen, nämlich bei der Verfügbarkeit von Zeit. Dies ist wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deshalb glaube ich, dass die Einführung des ElterngeldPlus und der Partnerschaftsbonus ein wichtiger weiterer Schritt sind.

Spannend ist eigentlich, dass sich in den letzten Jahren die Diskussion über Familien richtigerweise immer weiter dahin entwickelt hat, dass wir heute eben nicht nur über Mütter, sondern über Eltern, also über Väter und Mütter, sprechen; denn nur so wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wirklich umfassend gelebt werden können, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe wieder und wieder gesagt, dass es auch unserem Land auf Dauer nur dann gut geht, wenn es auch Europa gut geht. Dieser Grundsatz leitet mich und die Bundesregierung auch bei dem morgen beginnenden Europäischen Rat. Ich bin überzeugt: Wenn sich Europa auf die Zukunftsfragen konzentriert, wird es das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auch wieder zurückgewinnen können. Deshalb war es richtig, dass wir uns nach den Europawahlen zunächst Zeit für Konsultationen genommen haben, um auch über Inhalte und Personen zu sprechen. Deshalb werden wir auf dem jetzt kommenden Rat aus meiner Sicht

ein überzeugendes Paket aus inhaltlichen Prioritäten und ersten Personalentscheidungen beraten können. Ich hoffe, dass das Ganze eine breite Unterstützung der Mitgliedstaaten finden wird.

Der Ratsvorsitzende Herman Van Rompuy wird uns am Donnerstag über seine Konsultationen mit den Mitgliedstaaten, aber auch mit den Fraktionen des Europäischen Parlaments berichten. Die Bundesregierung tritt für Jean-Claude Juncker im Amt des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission ein.

Hierzu brauchen wir im Rat eine qualifizierte Mehrheit. Ich will noch einmal darauf verweisen, dass dies in den Verträgen auch genauso niedergelegt ist. Es ist also kein Drama, wenn wir nur mit qualifizierter Mehrheit abstimmen würden. Allerdings – das habe ich auch immer wieder betont – erfolgen alle Konsultationen in einem europäischen Geist, was bedeutet, dass die Anliegen aller Mitgliedstaaten ernstgenommen werden. In diesem Geist werde ich die Konsultationen in den nächsten beiden Tagen auch führen.

Für eine gute Zukunft der Europäischen Union zu sorgen, ist letztlich die gemeinsame Verantwortung aller, die in Europa politische Verantwortung tragen. Deshalb müssen die Institutionen, die Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament und die Kommission gut zusammenarbeiten. Deshalb ist es auch gut, dass wir jetzt zum ersten Mal über inhaltliche Prioritäten nicht nur unter uns im Rat diskutieren, sondern dabei auch das Europäische Parlament konsultieren. Es wäre ein riesiger Fortschritt, wenn in den nächsten fünf Jahren auch klar sein würde, dass Rat und Parlament die gleichen Prioritäten setzen. Dies würde die Arbeit der Kommission erheblich erleichtern.

Dazu gehört eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion, die dennoch den Zusammenhalt der EU-28 erhält. Verstärkte Zusammenarbeit bedeutet immer Offenheit und die Stärkung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung unter Berücksichtigung der sozialen Dimension. Die Arbeitslosigkeit ist natürlich das dringendste Problem in Europa.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist sich einig: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bietet hervorragende Voraussetzungen: einerseits klare Leitplanken und Grenzen und andererseits eine Vielzahl von Flexibilitätsinstrumenten. Beides müssen wir nutzen, genauso wie es in der Vergangenheit auch schon genutzt wurde und wie wir es in unserem Koalitionsvertrag festgelegt haben. In dem Koalitionsvertrag bekennen wir uns zu den gestärkten Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Der Wachstumspakt erlaubt die notwendige Flexibilität,

um eine wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung zu ermöglichen, und er macht deutlich, dass stabiles Wachstum nur durch nachhaltige Strukturreformen erreicht werden kann, meine Damen und Herren.

Am zweiten Tag des Europäischen Rates werden wir dann ein relativ umfangreiches Programm haben. Es geht um drei weitere Themenbereiche:

Erstens geht es um die strategischen Leitlinien für die Fortentwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Es geht hier im Wesentlichen natürlich um die akuten Fragen der Asylpolitik, der Migrationspolitik. Dabei wird es um die Umsetzung des gemeinsamen europäischen Asylsystems in allen Mitgliedstaaten gehen. Diese muss hohe Priorität haben. Natürlich ist die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ein wichtiges Prinzip, aber das setzt voraus, dass jeder Mitgliedstaat seiner eigenen Verantwortung in der Asylpolitik gerecht wird. Wir werden über das integrierte Grenzschutzsystem und dessen Weiterentwicklung sprechen und auch über die weitere Prüfung des sogenannten Smart-Border-Programms, also über alle Fragen, die mit der Grenzsicherung – Sie wissen, welche schweren Aufgaben Frontex zu leisten hat – zusammenhängen.

Wir wollen die Rückgewinnung – auch das gehört zum Bereich der inneren Sicherheit, der Innenpolitik und der Justizpolitik – des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger im Bereich des Datenschutzes sicherstellen. Deshalb haben, wie ich schon sagte, die weiteren Beratungen der Datenschutz-Grundverordnung Priorität.

Zweitens werden wir uns mit den für die weitere wirtschaftliche Entwicklung wichtigen Themen befassen. Die Lage in der Euro-Zone hat sich in gewisser Weise beruhigt. Der wirtschaftliche Aufschwung, das Wirtschaftswachstum, kehrt langsam zurück, aber die Krise ist noch nicht endgültig überwunden. Die Situation ist fragil. Es ist nach wie vor wichtig, dass in einigen Mitgliedstaaten Strukturreformen durchgeführt werden. Sie sind das Rückgrat eines dauerhaften Aufschwungs.

Die Kommission gibt uns, jedem einzelnen Mitgliedstaat, mit ihren länderspezifischen Empfehlungen jedes Jahr Hinweise, wo Verbesserungen notwendig sind. Wir werden diese länderspezifischen Empfehlungen auf dem Rat im Juni, also übermorgen, beraten. Zur Wahrheit gehört, dass die Umsetzungsrate dessen, was die Kommission den einzelnen Ländern empfiehlt, nicht so gut ist, dass man sagen könnte: Hiermit können wir zufrieden sein.

Deutschland hat einiges umgesetzt. Die Kommission erkennt im

Übrigen in ihren länderspezifischen Empfehlungen von diesem Jahr an, dass wir seit dem letzten Jahr einiges gemacht haben. Aber ich gebe auch zu: Im Bereich der Dienstleistungen sind noch Hausaufgaben zu erledigen, mit denen wir uns zu befassen haben. Insgesamt, auf die anderen Mitgliedstaaten geschaut, gibt es eine große Lücke zwischen den Umsetzungen und der Zahl der länderspezifischen Empfehlungen. Deshalb treten wir als Bundesregierung dafür ein, dass die wirtschaftspolitische Koordinierung verbessert wird, damit hier mehr Verlässlichkeit einzieht.

Wir haben dann beim Europäischen Rat darüber zu befinden, wie

es mit dem Klima- und Energierahmen bis zum Jahre 2030 weitergeht. Hier werden keine endgültigen Entscheidungen gefällt, sondern wir werden eine Zwischendiskussion führen. Die endgültigen Entscheidungen werden im Oktober zu fällen sein. Wir brauchen verbindliche Ziele bei der Reduktion der Treibhausgase und beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Hier würde sich die Bundesregierung noch etwas mehr vorstellen können, als es die Kommission vorgeschlagen hat. Hinsichtlich der Energieeffizienz sollte die Kommission noch vor der Sommerpause einen Vorschlag für ambitionierte Ziele bis 2030 vorlegen.

Ich glaube, das ist auch deshalb so wichtig, weil die Verbesserung der Energieeffizienz ein zentraler Punkt ist, wenn wir uns über die Verringerung der Abhängigkeit der Energieversorgung von Importen unterhalten. Das ist ja ein ganz aktuelles Thema. Deshalb wollen und müssen wir uns darüber klar werden, dass wir im Oktober endgültige Entscheidungen fällen und natürlich auch an einer gemeinsamen Energiepolitik in der Europäischen Union weiterarbeiten.

Die Ereignisse in der Ukraine in jüngster Zeit haben uns noch einmal vor Augen geführt, wie abhängig wir von Energieimporten sind. Die Energieversorgung in Europa hängt zu über der Hälfte von Importen ab. Das heißt, jede gesparte Kilowattstunde ist ein Beitrag, um von Importen unabhängiger zu werden. Daran müssen wir arbeiten. Auf der Grundlage der Mitteilung der Europäischen Kommission werden wir uns zuerst einmal mit kurzfristigen Maßnahmen für den Winter 2014/2015 befassen. Dann müssen wir uns natürlich mittel- und langfristig mit der Frage der Versorgungssicherheit auseinandersetzen. Hier werden auch die Energieminister einen wichtigen Beitrag leisten.

Der dritte Schwerpunkt – neben den Bereichen Innen und Recht sowie Wirtschaft, Klima und Energie – sind die Außenbeziehungen der Europäischen Union. Wir werden die Entscheidung des Rates für Auswä-

tige Angelegenheiten, dass Albanien den Status eines Beitrittskandidatenlandes bekommt, voraussichtlich bestätigen. Es wird bis zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen noch viele weitere Reformen und Umsetzungsfortschritte Albanien brauchen, damit wir dann zu diesem nächsten Schritt kommen können. Die Bundesregierung und der Bundestag stehen hierüber ja in engem Kontakt.

Es wird dann am Freitagmorgen am Rande des Rates zur Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen und eines tiefen und umfassenden Freihandelsabkommens sowohl mit Moldau und Georgien als auch, was den Freihandelsteil betrifft, mit der

Ukraine kommen. Dabei haben wir festgelegt, dass die Handelserleichterungen im Hinblick auf die Ukraine, um Handelsverwerfungen zwischen der Ukraine und Russland zu vermeiden, nicht sofort in Kraft gesetzt

werden, sondern eine Verhandlungsphase eingebaut wird und darüber dann Gespräche zwischen der Kommission, Russland und der Ukraine stattfinden. Aber wir sind der Meinung, wir müssen hier zu Lösungen kommen. Ich habe immer wieder gesagt: Einerseits brauchen wir Verhandlungen mit Russland, auch über die Wirtschaftsfragen. Andererseits kann es kein Entweder-oder geben – entweder Handel mit Russland oder Handel mit der Europäischen Union –, sondern beides muss möglich sein.

Wir werden dann über den Antrag Litauens auf Beitritt zur Euro-Zone zum 1. Januar 2015 diskutieren; auch der Bundestag hat sich hiermit befasst. Mit Litauen tritt ein weiterer Mitgliedstaat der Euro-Zone bei. Das zeigt, dass der Euro attraktiv ist. Litauen ist ein Land, das durch einen harten Spar-, Konsolidierungs- und Strukturreformkurs gezeigt hat, dass es die Voraussetzungen erfüllen möchte.

Dann wird uns natürlich die Lage in der Ukraine beschäftigen. Präsident Poroschenko wird nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens wahrscheinlich auch für kurze Zeit am Rat teilnehmen und uns über die Lage berichten. Präsident Poroschenko ist einen sehr mutigen Schritt gegangen, als er am letzten Freitag einen einseitigen Waffenstillstand verkündet hat. Wir müssen uns einmal vor Augen führen, was es bedeutet, wenn allein am gestrigen Tag elf Soldaten in der Ukraine ihr Leben verloren haben – neun durch den Abschuss eines Hubschraubers und zwei weitere – und eine Seite einseitig einen Waffenstillstand verkündet. Dieser Waffenstillstand läuft bis Freitag dieser Woche.

Mit Litauen tritt ein weiterer Mitgliedsstaat der Euro-Zone bei. Das zeigt, dass der Euro attraktiv ist.

Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

Fortsetzung von Seite 5: Dr. Angela Merkel (CDU/CSU, Bundeskanzlerin)

Wir brauchen substanzielle Fortschritte, damit wir in dauerhafte Gespräche eintreten können. Die Erwartung der Ukraine ist natürlich, dass die Europäische Union auch reagiert, wenn nicht alle Seiten – dazu gehört auch Russland – einen notwendigen Beitrag leisten. Erste Schritte sind erfolgt. Gerade die gestrige Bitte an den Föderationsrat, den Verzicht auf die Vollmacht, dass in der Ukraine interveniert werden kann, zu erklären, ist in psychologischer Hinsicht ein wichtiger Punkt.

Es war wichtig, dass Präsident Putin gestern den Abschuss des Hubschraubers verurteilt hat. Es ist wichtig, dass es in der betroffenen Region zu Gesprächen kommt. Aber ich sage auch: Bis jetzt werden nur langsam Fortschritte gemacht. Von den Separatisten sind drei Grenzübergänge zurückerobert worden, und die ukrainische Armee steht da und hat sich verpflichtet, nichts zu tun. An diesen Grenzübergängen gibt es immer wieder Bewegung. Die Bundesregierung, der Bundesaußenminister, viele andere und ich werden alles tun, damit wir in den nächsten Stunden beziehungsweise wenigen Tagen Fortschritte erzielen. Aber ich kann Ihnen noch nicht sagen, zu welchem Schluss Präsident Poroschenko am Freitag kommt. Wir helfen, wo immer wir können, weil wir

sagen: Diplomatische Lösungen sind allem anderen vorzuziehen. Ich wiederhole: Sie sind allem anderen vorzuziehen.

Aber wenn nichts anderes hilft, können auch wieder Sanktionen auf die Tagesordnung kommen, und zwar diesmal solche der dritten Stufe.

Meine Damen und Herren, es gibt in diesen Wochen des großen Gedenkjahres 2014 eine intensive Auseinandersetzung mit den Gründen, die zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren geführt haben. Immer wieder steht die Frage im Raum: Was haben wir denn nun aus der Geschichte gelernt? Der deutlichste Unterschied zu damals ist: Es gibt heute eine umfassende Gesprächskultur in Europa. Staats- und Regierungschefs und Minister kennen sich persönlich, sprechen miteinander, tauschen sich aus, und – ja – sie streiten, wenn nötig von Angesicht zu Angesicht; aber sie reden miteinander.

Der Europäische Rat, der morgen beginnt, macht die historische Bedeutung der europäischen Einigung noch einmal deutlich. Denn der Europäische Rat wird ungewöhnlich beginnen: Präsident Herman Van Rompuy hat die Regierungschefs dazu eingeladen, im belgischen Ypern gemeinsam des Ausbruchs des Er-

sten Weltkrieges vor 100 Jahren zu gedenken. Gerade die Schlachten in Flandern sind so etwas wie ein Sinnbild der Grausamkeit des technisierten Massenkrieges: In Ypern wurde zum ersten Mal Giftgas eingesetzt. Rund eine halbe Million junger Männer starb auf den Schlachtfeldern rund um Ypern – ein halbe Million junger Männer! Orte wie Ypern oder auch Verdun stehen für die Selbstzerfleischung eines ganzen Kontinents, Europas.

Erfahrungen wie diese bilden auch den Hintergrund der Berliner Erklärung, die wir im März 2007 verabschiedet haben. Ich darf sie noch einmal zitieren:

Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war.

Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

Wie dankbar wir für dieses Glück sein müssen, das zeigt sich dieser Tage auch an der Tragödie in Syrien und an der Lage im Irak. Der dramatische Vormarsch von ISIS hat die Lage in der Region natürlich noch weiter verschlechtert. Hunderttausende sind auf der Flucht. Der jordanische König war gestern zu einem Besuch

in Berlin und hat mir noch einmal über die Lage in seinem Land berichtet. 20 Prozent der Bevölkerung Jordaniens sind inzwischen Flüchtlinge aus Syrien – unvorstellbar für ein Land, das sonst unter vielen fragilen Situationen zu leiden hat. Ähnliches gilt für den Libanon, und natürlich ist auch die Türkei betroffen.

Deshalb werden wir in zwei Richtungen nicht nachlassen: Einmal werden wir daran mithelfen, dieses Leid zu lindern. Ich denke, die Anstrengungen der Bundesregierung sind beachtlich. Danke auch für die Unterstützung aus dem Parlament; aber auch das wird noch nicht ausreichen. Deshalb müssen wir zum anderen alles tun, um an politischen Lösungen zu arbeiten. Der Irak braucht eine Regierung, die alle Bevölkerungsteile mit einbezieht. Dies ist über Jahre nicht gelungen. Gerade deshalb muss der Druck hierauf jetzt erhöht werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das Versprechen des Glücks des in Frieden und Freiheit vereinten Europas müssen wir für kommende Generationen schützen; das muss die Leitlinie unserer Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger sein. Nicht das Recht des Stärkeren wird sich dauerhaft durchsetzen, sondern die Stärke des Rechts; das ist unsere Überzeugung. Sie sichert

Frieden, Freiheit und Wohlstand, und das ist heute Europa. Deshalb ist die Europäische Union trotz aller Schwierigkeiten attraktiv und ein gutes Zukunftsmodell. Das Modell des fairen Interessenausgleichs ist nach meiner festen Überzeugung nicht nur für Europa das Zukunftsmodell. Wer nur seine eigenen Belange in den Vordergrund stellt, schadet sich am Ende selbst am meisten.

Am 28. Mai hatte ich die Gelegenheit, die Sonderausstellung des Deutschen Historischen Museums zum Ersten Weltkrieg mit vier jungen Leuten zu besichtigen und anschließend mit diesen vier jungen Leuten zu diskutieren. Eine Studentin aus Weißrussland sagte dabei, dass für sie die Europäische Union immer eine Art - Zitat - Schatztruhe gewesen sei, ein Ort von Modernität und Sicherheit, wie sie es aus weißrussischer Perspektive nannte. Lassen Sie uns Europa bei allem, was uns bewegt, wieder mehr mit den Augen dieser jungen Leute sehen: als einen Schatz von Frieden, von Freiheit, von Wohlstand und damit auch als einen Schatz für die Zukunft.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Warum, Frau Merkel, machen Sie so wenig aus Ihren Möglichkeiten?



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

rer Zeit beitragen, sei es die Klimakatastrophe, sei es die Ungerechtigkeit in Europa und auch in Deutschland selbst oder seien es die humanitären Katastrophen in Syrien und im Irak. Warum, Frau Merkel, machen Sie und Ihre Regierung so wenig aus diesen Möglichkeiten?

Warum nutzen Sie die Potenziale unseres Landes, um die großen Zukunftsherausforderungen zu bewältigen, nicht? Das ist schlicht unverständlich. Aus dieser Regierung kommt Deutschland schwächer heraus, als es hineingegangen ist.

Fangen wir beim Bundeshaushalt an. Sie finden gute Ausgangsbedingungen vor: Die Steuereinnahmen sind hoch, und die Zinsen sind auch dank der vielgescholtenen EZB historisch niedrig. Sie haben alle Möglichkeiten, den Haushalt strukturell zu konsolidieren und mit den nötigen Zukunftsinvestitionen zu beginnen.

Doch wie wenig machen Sie daraus.

Sie treten auf der Stelle, Sie verwalten, Sie verharren, Sie schummeln wie Schulbuben. Kein Drive, keine Visionen, kein Mut: Das ist der Sound dieser Koalition.

Wegen Steuerrückzahlungen und Mindereinnahmen mussten Sie unerwartet 3 Milliarden Euro finanzieren – weniger als 1 Prozent des Bundeshaushaltes. Sie haben aber nicht einmal den Mut, dieses 1 Prozent durch Sparen oder bessere Einnahmen solide zu finanzieren. Nein, Sie wetten auf niedrige Zinsen und eine rosige Konjunktur. Das ist das Gegenteil von solider Haushaltspolitik. Das ist schlicht das Prinzip Hoffnung.

Da das alles noch nicht reicht, ziehen Sie in einer nächtlichen Sitzung wie ein billiger Zauberer einfach 800 Millionen Euro aus dem Hut. Das ist ein 800 Millionen Euro-Kaninchen. Sie biegen sich die Steuerschätzung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zurecht. So einen billigen Trick gab es noch nie.

Sie haben hier eine Mehrheit von 80 Prozent und schaffen es nicht, 1 Prozent zu sparen. Je größer die Koalition, desto kleiner sind offensichtlich ihre Entscheidungen.

Stattdessen verplempern Sie, Herr Kauder, munter das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Können Sie sich noch erinnern? Gleich zu Beginn haben Sie sich diverse zusätzliche Staatssekretärsposten gönnt und

das Bundestagspräsidium aufgebläht. Jetzt schauen Sie einfach zu, Herr Dobrindt, wie Milliarden im märkischen Sand versickern beim Versuch, einen Flughafen zu bauen. Subventionen, erwiesenermaßen kontraproduktiv, die unserer Umwelt schaden, lassen Sie einfach weiterlaufen. Das ist pure Ideologie statt Vernunft. Sie gehen schlicht unverantwortlich mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um.

Dank all dieser Verschwendung haben Sie nicht mehr ausreichend Geld für Sinnvolles. Wo bleibt eine Offensive zur Reparatur unserer maroden Straßen und Brücken? Das schaffen Sie nicht. Es ist auch nicht drin, die internationalen Zusagen zur Entwicklungszusammenarbeit einzuhalten. Kriegen Sie es hin, mehr Geld für den Kampf gegen rechts zur Verfügung zu stellen? Laut Verfassungsschutzbericht nimmt die brutale Gewalt stark zu. Hier geht es um sage und schreibe 20 Millionen Euro. Nein, nicht einmal das kriegen Sie hin. Sie bleiben sehr weit unter den Möglichkeiten, die Ihnen dieser Haushalt bieten würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist sogar noch schlimmer: Sie hinterlassen allen nachfolgenden Regierungen riesige Probleme. Denn ungeniert plündern Sie unter Ihrer rot-schwarzen Fahne die Sozialkassen. Sie packen mal eben 160 Milliarden

Euro an neuen Ausgaben auf die Schultern der Beitragszahler und Rentner. Für Ihr Rentenpaket zahlen die jungen Menschen am Ende doppelt: durch höhere Beiträge und niedrigere Renten.

Die Finanzierung Ihres Rentenpakets ist schlicht unverantwortlich. Mit dem vielen Geld erreichen Sie dann auch noch so wenig. Denn an denjenigen, die bereits heute mehr Geld benötigen, also an den heutigen und künftigen armen Rentnerinnen und Rentnern, fließt Ihr schöner schwarz-roter Geldstrom komplett vorbei; sie bleiben leider arm. Das

Gleiche gilt für die Menschen, die sich krankgearbeitet haben. Diese Menschen bräuchten unsere Solidarität. Für sie ist in Ihrem Rentenpaket aber praktisch nichts enthalten. Ihre Politik ist teuer und unsozial.

In unserem reichen Land lebt jedes fünfte Kind in Armut. Der Kinderschutzbund nennt das: „Arm dran in einem reichen Land.“ Diese Kinder haben schlechtere Chancen auf einen guten Bildungsabschluss. Ja, unser Bildungssystem verstetigt und verfestigt diese Ungerechtigkeit sogar noch. Das ist richtig skandalös. Was aber noch schlimmer ist, ist, wie wenig Chancen diesen Kindern geboten werden. Dreimal mehr Kinder aus Akademikerhaushalten machen Abitur als Kinder aus Nichtakademikerfamilien. Statt einer Bildungsre-

Sie biegen sich die Steuerschätzung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zurecht.

Deutschland ist ein Land, das sehr viel kann. Es hat engagierte und solidarische Bürgerinnen und Bürger. Deutschland hat innovative Unternehmen, die in der ganzen Welt wirtschaftlich erfolgreich tätig sind. Wir haben kreative Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereits heute an den Lösungen von morgen und übermorgen arbeiten.

Es ist ein wohlhabendes, ein kreatives Land.

Deutschland könnte erheblich zur Lösung der großen Probleme unse-

publik, Frau Merkel, erleben die Kinder aus armen Schichten einen Ständestaat.

Deutschland als eines der reichsten Länder dieses Planeten sollte doch wohl in der Lage sein, Kinderarmut und Chancenungleichheit zu beseitigen. Ihre Regierung aber verschenkt die Zukunft dieser Kinder mit erschreckender Gleichgültigkeit. Jedes Kind hat eine Chance verdient. Wir wollen gute Schulen und gute Kitas für alle Kinder. Es gibt zwar einen großen Konsens in dieser Gesellschaft und in diesem Haus, dass wir mehr Geld für Bildung ausgeben müssen, aber wir erreichen noch nicht einmal den Durchschnitt aller OECD-Länder. Ihre Antwort darauf ist ein Bildungspäckchen; mehr ist es nicht.

Sie speisen die Länder am Ende mit Brosamen ab. Rechnen wir einmal aus, was Ihr Bildungspäckchen für ein Bundesland wie Bremen konkret bedeutet: Für Bremen kommen 2 Millionen Euro mehr für Kitaplätze heraus. Damit kann Bremen sein Personal um 1 Prozent aufstocken. Das ist doch wohl nicht Ihr Ernst. Das ist doch kein Bildungspaket. Das ist absolut lächerlich.

Nirgendwo ist die Diskrepanz zwischen warmen Worten von Ihnen, Frau Merkel, und bescheidenen Taten größer. Sie knausern bei der Bildung und setzen so Deutschlands Zukunft aufs Spiel. Frau Merkel, Sie reden immer davon, dass Deutschland seine Innovationskraft erhalten müsse. Dafür müsste die Große Koalition aber endlich einmal ihre Möglichkeiten nutzen und einen großen Schritt in Richtung Bildungsrepublik gehen. Stattdessen machen Sie ein paar Trippelschritte - mehr nicht. Sie verramschen de facto die Potenziale unseres Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Energiewende, der ökologische Umbau unserer Wirtschaft, ist eine historische Aufgabe. Hier wird die Zukunftsvision einer nachhaltigen Lebensweise konkret: kein Raubbau mehr an den Schätzen unseres Planeten, keine Verschwendung mehr von Energie und endlichen Ressourcen, stattdessen Riesenchancen für die Wirtschaft, für die Menschen, für unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen. Wir wollen 100 Prozent erneuerbare Energien, statt Öl, Gas und Kohle von Putin und Saudi-Arabien zu kaufen. Wir wollen Wertschöpfung hier vor Ort statt Milliarden für Diktatoren.

Deutschland könnte Standort Nummer eins für nachhaltige Technologien sein. Das können unsere Bürgerinnen und Bürger, das können auch unsere innovativen Unternehmen schaffen. Heute gibt es dank des technischen Fortschritts erneuerbare Energien, mit denen Strom billiger produziert werden kann als mit jedem Kohlekraftwerk.

Wir haben die technischen Mittel, um von endlichen Ressourcen wegzukommen und so die Grenzen des Wachstums ein Stück weit zu verschieben. Aber Sie, Frau Merkel, Sie, Herr Gabriel, machen aus diesen Möglichkeiten nichts. Im Gegenteil: Sie ignorieren den ökologischen Umbau und sabotieren de facto auch noch die Energiewende.

Herr Gabriel, die EEG-Reform sollte doch Ihr Meisterstück als Superminister werden. Und nun? Nun entpuppt sie sich als handwerklich schlecht gemachtes Stückwerk. Es ist

mir wirklich völlig unverständlich, warum Sie es in den letzten vier Monaten nicht geschafft haben, eine vernünftige Beratungsgrundlage zu erarbeiten.

Es geht doch hier nicht um ein paar Details. Die Rege-

lungen zur Eigenstromumlage haben dramatische Auswirkungen auf eine ganze Branche, auf Tausende von Arbeitsplätzen. Niemals würden Sie es wagen, mit traditionellen Industriebranchen, wie zum Beispiel der Autoindustrie, so umzugehen.

Aber bei der Photovoltaik sind Sie wenig zimperlich. Mit der spielen Sie einfach russisches Roulette.

Eine Verabschiedung der EEG-Novelle in dieser Woche ist weder parlamentarisch noch fachlich zu beantworten. Ihr Umgang mit dem Parlament, einfach über Nacht 200 Seiten an Änderungsanträgen, die noch nicht einmal vernünftig abgestimmt worden sind, in die Beratung zu geben, ist schlichtweg eine Unverschämtheit. Das sollten auch Sie sich aus den großen Fraktionen nicht gefallen lassen.

Das Schlimme ist, dass dieser handwerkliche Murks nur die Spitze des Eisberges ist. Herr Gabriel, Sie stecken einfach extrem tief im Kohlezeitalter fest. Sie stecken unter Tage fest wie in der Riesending-Höhle. Es wird uns verdammt viel kosten, Sie dort am Ende herauszuholen.

Deutschland kann kein Kohleland bleiben und erfolgreich eine weltweit glaubwürdige Energiewende stemmen. Während der Kohlestrom unsere Netze überschwemmt, fließen Milliarden Gewinne an die großen Energiekonzerne. Aber diese Milliarden Gewinne sind schlicht schmutziges Geld; denn RWE, Eon und Vattenfall kassieren diese Gewinne auf Kosten des Klimas und damit auf Kosten unserer Zukunft – und das mit Ihrer Zustimmung.

Sie, Herr Gabriel, haben einfach dem Lobbydruck aus Gewerkschaften und Industrie nachgegeben. Sie befreien die schmutzige Braunkohle von der EEG-Umlage. Sie waren doch schon einmal weiter. Kommen Sie doch endlich einmal raus aus Ihrem Kohleflöz.

Wissen Sie, der Mai 2014 war der wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Es wird bloß leider nicht bei wärmerem Wetter bleiben.

- Es würde Ihnen von der Union nicht schaden, einmal zuzuhören. Gerade bei dem Thema Klimakatastrophe könnten Sie verdammt viel lernen.

Es würde Ihnen verdammt noch mal wirklich nicht schaden, wenn Sie einmal etwas Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner übernehmen würden.

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, das auch Ihre Bundesregierung berät – es sollte auch einmal die Regierungsfractionen beraten –, stellte kürzlich fest: Im weltweiten Klimasystem sind bereits erste Kippunkte überschritten worden: Das Eis der Westantarktis schmilzt unwiederbringlich ab. Das hat zur Folge, dass der Meeresspiegel weiter steigen wird und wir für Millionen von Menschen eine neue Heimat finden müssen.

Die Stürme werden heftiger werden und die Landwirtschaft auch in Europa durch Extremwetter massiv erschwert. Wir gefährden durch die Klimakatastrophe unsere eigenen Lebensgrundlagen und die Lebensgrundlagen unserer Kinder und Kindeskiner.

Aber Sie, Frau Merkel, schenken dem Klimaschutz kaum noch Aufmerksamkeit. Wie sieht denn Ihre Schwerpunktsetzung aus? Für das hochproblematische TTIP-Abkommen setzen Sie sich mit voller Kraft ein. Dafür haben Sie Zeit. Dafür sind Sie sogar bereit, beim Datenschutz gegenüber den USA nachsichtig zu sein.

Für den Klimaschutz dagegen finden Sie keine Energie. Dafür haben Sie keine Kraft. Ja, Sie schlagen sogar die Einladung des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon zum Klimagipfel einfach aus. Das ist bezeichnend für Ihre Prioritäten, die in einer Welt von gestern und vorgestern verharren.

Ähnlich bezeichnend ist, wen Sie für Deutschland nach Brüssel schicken wollen: ausgerechnet Günther Oettinger, den Mann, der für Atom und Kohle steht, der Fracking einführen will und den Ausbau erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz bekämpft. Das ist eine verräterische und gleichzeitig grausam falsche Personalentscheidung.

Das ist keine Entscheidung für die Politik von gestern, sondern für die Politik von vorgestern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen wir die Vorhaben Ihres ersten Halbjahres: vom Rentenpaket über die EEG-Reform bis zum Bildungspäckchen. Hinter plakativen Überschriften verbergen sich mikroskopisch kleine Schritte, wo große Sprünge nötig wären. Sie regieren unser Land weit unter seinen Möglichkeiten, Frau Merkel. „Deutschland kann mehr.“ – Können Sie sich noch daran erinnern, Frau Merkel?

Sie lassen die Potenziale unseres Landes brachliegen. Um sie auszuschöpfen, müsste diese Regierung sich anstrengen. Sie bräuchte den Mut zur Gestaltung, den Mut zur Veränderung und auch den Mut, Wi-

derstände zu überwinden. Aber genau der Mut fehlt Ihnen. Trauen Sie sich doch endlich einmal etwas! Das gilt ganz besonders für die Damen und Herren der Union.

Konsequente Energiewende? Sie sind dagegen. Gerechte Finanzierung unseres Gemeinwesens? Sie sind dagegen. Subventionsabbau? Sie sind dagegen. Hauptsache, keine Veränderungen. Das ist im schlechtesten Sinne konservativ.

Wissen Sie, was Sie sind, meine Damen und Herren von der Union? Sie sind eine 40-Prozent-Dagegenpartei.

Das Problem ist nur: Die Zeche für diese vermurkste Politik zahlen am Ende unsere Kinder. Ihre Politik ist ein Schlag ins Gesicht der nachfolgenden Generationen.

Sie machen wirklich wenig aus den Möglichkeiten unseres Landes. Ebenso sehr vernachlässigen Sie die Verantwortung, die das Potenzial und die Stärke unseres Landes mit sich bringen. Unsere gemeinsame Heimat Europa steckt nach wie vor in der Krise. Mit den Europawahlen ist deutlich geworden: Es ist nicht nur eine ökonomische Krise, sondern auch eine Krise der Legitimation.

So viele wie nie haben Europagegner gewählt: AfD, Front National, FPÖ. Diese Leute haben nichts Gutes vor mit unserer gemeinsamen Heimat Europa. Es gilt mehr denn je, den Kampf gegen sie aufzunehmen, statt das Problem einfach auszusitzen, wie Sie, Herr Kauder, es vorgeschlagen haben. Doch statt Demokratie und Transparenz nach vorne zu stellen, mauscheln Sie einfach weiter im Hinterzimmer.

Es ist beinahe absurd, dass ich als Grüner Sie dazu drängen muss, Ihren konservativen Spitzenkandidaten zum EU-Kommissionspräsidenten zu machen. Hören Sie endlich auf, das Wahlergebnis zu missachten! Hören Sie endlich auf mit dieser Mauselei und Hinterzimmerpolitik!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ausgang der Europawahlen war ein Ausdruck eines tiefen Zweifels daran, dass es in Europa gerecht und solidarisch zugeht. Sie zeigen ein zunehmendes Misstrauen gegenüber Deutschland. Frau Merkel, Sie haben die Gräben in Europa größer werden lassen. Wir brauchen endlich einen Kurswechsel für Europa. Wir müssen endlich beginnen, neue Brücken in Europa zu bauen. Aber von einem Kurswechsel – nicht einmal von einem ernsthaften Nachdenken über den bisherigen Kurs – ist von Ihnen nichts zu hören.

„Die EU ist keine Sozialunion.“ Das haben Sie selbst, Frau Merkel, den Menschen zugerufen, die sich nach einem gerechteren Europa sehnen. Das war Ihre Ansage an die Verlierer des Wettbewerbs in Europa,

ein Satz, wie ihn die AfD nicht kälter hätte formulieren können. Europa baut aber auf ökonomische Stärke sowie auf Solidarität und Ausgleich.

Das ist die historische Lehre aus den barbarischen Kriegen im 20. Jahrhundert. Die Idee der Europäischen Union ist, den Wettstreit, den Wettbewerb durch eine gemeinsame Politik der Solidarität und des Ausgleichs in eine menschlichere Richtung zu lenken. Die Menschen wollen ein anderes Europa, ein soziales Europa.

Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit und des Absturzes der Mittelschicht in vielen Ländern Europas kann man nur sagen: Man kann sich nicht aus der Krise herausparen. Man kann allerdings auch nicht einfach ziellos Schulden machen und weiterhin Geld für irgendwelche Strohfeuer zum Fenster hinauswerfen, wie es leider alte sozialdemokratische Tradition war. Was wir stattdessen brauchen, ist ein Green New Deal, also Investitionen in Branchen und Technologien der Zukunft. Das würde den Krisenländern auf Dauer helfen und die Wirtschaft unseres Kontinents auf einen nachhaltigen Kurs bringen. Dafür brauchen wir keine neuen Schulden. Wir müssen den Stabilitätspakt noch nicht einmal aufweichen. Aber wir brauchen das Geld, das den Staaten Europas sowieso zustehen würde. Wir brauchen einen europäischen Steuerpakt gegen Steuertricks, damit sich Starbucks, Amazon, Ikea oder BASF nicht länger vor ihrem Beitrag zum Gemeinwesen drücken können.

Es kann ja wohl nicht sein, dass das Café hier bei uns um die Ecke bald mehr Steuern zahlt als der gesamte Starbucks-Konzern.

Frau Merkel, der europäische Steuerpakt wäre ein solidarisches Projekt. Setzen Sie sich doch endlich einmal dafür

ein, die Kosten der Krise gerecht zu verteilen! Nutzen Sie doch endlich einmal Ihre große Macht in Europa für mehr Solidarität und Fairness!

Unser Bundespräsident Joachim Gauck hat immer wieder die internationale Verantwortung betont, die sich aus unserem Wohlstand ergibt. Wer auf das Leid und die Konflikte der Welt schaut, kann ihm nur zustimmen. Bevor Sie, meine Damen und Herren von der Linksfraction, wieder laut „Imperialismus!“ schreien, hören Sie noch zwei Minuten zu. Es ist von Herrn Gysi oder Frau Wagenknecht genauso unsinnig wie von Frau von der Leyen, daraus zuallererst wieder einmal eine Debatte über Militäreinsätze abzuleiten.

Solche Einsätze können und dürfen nur das allerletzte Mittel sein, genauso wie wir das hier im

Die EEG-Reform entpuppt sich unter Gabriel als handwerklich schlecht gemachtes Stückwerk.

Wir brauchen einen europäischen Steuerpakt gegen Steuertricks.

Fortsetzung von Seite 7: Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundestag in den letzten zehn Jahren gemeinsam und verantwortungsvoll diskutiert haben. Aber wie ist es sonst um Deutschlands internationale Verantwortung bestellt? Richter, Polizisten und Justizberater sind Fachkräfte, die die UN zur Prävention und zur Lösung von Krisen braucht. Nehmen wir als Beispiel nur die Zahl der deutschen Polizisten im UN-Einsatz: 19! Ich danke jedem einzelnen von ihnen für seinen schwierigen Einsatz.

Aber gemessen an Deutschlands Möglichkeiten sind es viel zu wenige.

Bei der Entwicklungshilfe liegt Deutschland weit unter dem Schnitt der reichen Industrieländer. Deutschland liegt an zwölfter Stelle. Es ist ein reiches Land. Aber diese Regierung unternimmt so wenig für eine gerechtere Welt. Das ist einfach beschämend für uns alle.

Ja, Deutschland engagiert sich bei der Flüchtlingshilfe in Syrien. Aber wir könnten viel mehr tun.

Aktuell sind mehr als 9 Millionen Syrer auf der Flucht. Allein der Libanon mit 4 Millionen Einwohnern nimmt 1 Million Flüchtlinge auf. Die Nachbarstaaten Syriens drohen unter dieser Last zusammenzubrechen. Wenn nun auf Initiative der Bundesländer – wohlge-merkt: nicht auf Initiative des Bundes – weitere 10 000 Menschen aus Syrien legal nach Deutschland einreisen dürfen, dann ist das für jeden einzelnen Betroffenen eine gute Nachricht. Aber mehr als 60 000

Frauen, Männer und Kinder haben einen Antrag gestellt. Diese lassen Sie einfach in den Flüchtlingslagern zurück. Nehmen Sie sich doch ein Beispiel an Schweden. Dieses Land nimmt – in Relation zur Bevölkerung – zehnmal mehr Flüchtlinge auf. Die Aufnahme weiterer 10 000 Flüchtlinge ist angesichts der Möglichkeiten Deutschlands kein Zeichen großer Verantwortungsbereitschaft. Deutschland kann auch auf diesem Feld deutlich mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus großer Kraft folgt große Verantwortung – für unseren Planeten, für ein nachhaltiges Wirtschaften, für Menschen, denen das Schicksal nicht so hold war wie uns hier, für eine gute Zukunft für unsere Kinder. Dieser Verantwortung stellen sich viele Bürgerinnen und Bürger. Sie tun das nicht. Unser Land kann mehr. Ob Ihre Regierung mehr kann, bezweifle ich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Oppermann, SPD:

Das Ergebnis nach sechs Monaten im Amt kann sich sehen lassen



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Ich bin dem Bundestagspräsidenten dankbar, dass er Gregor Gysi daran erinnert hat, dass wir bei Debatten über den Bundespräsidenten in diesem Parlament korrekt zitieren müssen. Das erscheint wie ein leichtes Vergehen, ein Kavaliersdelikt, hat aber enorme Konsequenzen; denn wenn die erste Reihe falsch zitiert, dann fühlen sich die zweite und die dritte Reihe ermuntert, so richtig zuzuschlagen.

Das, Herr Gysi, hat ein Kollege von Ihnen aus dem brandenburgischen Landtag getan. Wir konnten heute in der Zeitung lesen, was er bei Facebook gepostet hat. Er schreibt zu Joachim Gauck:

Mancher bleibt sich treu. Andere werden Bundespräsident und widerliche Kriegshetzer.

Eine so unglaubliche Schmähkritik am Bundespräsidenten habe ich noch nie gelesen.

Nun will ich Ihnen sagen, Kollegen von der Linkspartei, warum wir Sozialdemokraten sensibel reagieren, wenn demokratisch gewählte Staatsoberhäupter oder Staatspräsidenten mit einer solchen Schmähkritik überzogen werden; denn das war die Strategie der Nazis in der Weimarer Republik gegen Reichspräsident Ebert.

Nun ist ganz klar, dass ich Sie damit nicht in Verbindung bringen will.

So etwas würde Gregor Gysi selber auch niemals tun, aber durch Ihre demagogische Verdrehung der Äußerungen des Bundespräsidenten legen Sie die Grundlage für solche unglaublichen Entgleisungen.

Meine Damen und Herren, diese Bundesregierung ist jetzt seit sechs Monaten im Amt. Ich finde, was die Koalition in dieser Zeit umgesetzt hat, kann sich sehen lassen. In der letzten Sitzungswoche war es das Rentenpaket, in dieser Woche ist es die Reform des Gesetzes über die erneuerbaren Energien, und in der nächsten Woche kommt der gesetzliche Mindestlohn. Wir haben in den ersten sechs Monaten viel geleistet, was uns voranbringt. Bei dieser Politik geht es immer um eine klare Leitlinie. Es geht darum, alles dafür zu tun, dass wir unsere Wirtschaftskraft erhalten, unseren Wohlstand sichern und gleichzeitig dafür sorgen, dass alle Menschen an diesem Wohlstand teilhaben können.

Ich denke, wir haben auch bei schwierigen und kontroversen Themen deutlich gemacht, dass wir vernünftig zusammenarbeiten können. CDU, CSU und SPD sind nicht auf die Welt gekommen, um eine Große Koalition zu bilden.

Wir sind auch keine Wunschpartner, aber wir sind trotzdem in der Lage, den Willen und die Fähigkeit zum Kompromiss zu zeigen. Für diese Zusammenarbeit, mit der wir schon eine ganze Menge erreicht haben, möchte ich mich bei Volker Kauder, bei Gerda Hasselfeldt und bei den Kollegen der Unionsfraktion ganz herzlich bedanken.

Eine ganze Menge erreicht haben wir auch beim Bundeshaushalt 2014. Wir haben gezeigt, dass wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, und wir haben es geschafft, eine Deckungslücke von 3 Milliarden Euro ohne wei-

tere Schulden zu schließen. Das ist auch ein starkes Signal dafür, dass wir es 2015 schaffen werden, einen voll ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Denn eine Haushaltspolitik zulasten der jungen Generation darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Morgen wird der Europäische Rat eine Entscheidung über die Spitze der Europäischen Kommission vorbereiten. Es ist gut, dass sich jetzt eine Lösung abzeichnet, die das Ergebnis der Europawahl widerspiegelt. Weil die extremen Ränder des Europäischen Parlamentes stärker geworden sind, brauchen wir jetzt eine starke proeuropäische Koalition im Zentrum. Niemand will und niemand kann wollen, dass Großbritannien die EU verlässt. Aber es kann auch kein Recht auf ein Veto gegen erfolgreiche Spitzenkandidaten geben.

Eine Haushaltspolitik zu Lasten der jungen Generation darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Dass sich das Europäische Parlament ungefragt zu Wort gemeldet hat, als der EVP-Spitzenkandidat demontiert zu werden drohte, das war nicht anmaßend, sondern völlig in Ordnung. Denn wenn es am Ende

ohne das Parlament nicht geht, dann muss das Parlament auch schon am Anfang mitreden können.

Das Parlament hat die Gunst der Stunde genutzt, und deshalb ist es gestärkt aus diesem Konflikt hervorgegangen.

Egal ob Gesetzgebung oder Haushaltsaufstellung: Dieses Parlament hat sich seine Zuständigkeiten in den vergangenen Jahrzehnten Schritt für Schritt hart erkämpft. Was jetzt noch fehlt, ist ein Recht zur Gesetzesinitiative und ein Recht, den Kommissionspräsidenten vorzuschlagen. Das muss in Zukunft kommen. Ich bin ganz fest davon überzeugt: Fortschritte bei der Vertiefung der Europäischen Union werden nur gelingen, wenn das direkt durch die Unionsbürger legitimierte Parla-

ment in Zukunft weiter gestärkt wird.

Meine Damen und Herren, 10 Millionen Wähler haben in Europa rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien gewählt. Das darf uns nicht kaltlassen. Deshalb darf es bei dem bevorstehenden EU-Gipfel nicht nur um die Person des Präsidenten der EU-Kommission gehen; vielmehr brauchen wir auch eine Reformagenda mit klaren Maßnahmen für die nächsten fünf Jahre, ein Programm, durch das die Wirtschaftskrise überwunden wird und durch das endlich die horrenden Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union beseitigt wird. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass einer ganzen Generation in Europa die Zukunft verstellt wird.

Europa kann nur funktionieren, wenn es wirtschaftlich erfolgreich ist; darauf hat die Bundeskanzlerin hingewiesen. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass Italien, Spanien und Frankreich auf einen Wachstumskurs zurückkehren. Das ist diesen Ländern bisher nicht gelungen. In diesen Ländern ist das Haushaltsdefizit nach wie vor hoch, und es fehlt nach wie vor an durchgreifenden Reformen, wie sie zum Beispiel in Deutschland unter Bundeskanzler Gerhard Schröder auf den Weg gebracht worden sind. Die schlechte wirtschaftliche Lage führt zu politischer Instabilität.

Dass nach dem Europawahlergebnis nicht mehr ausgeschlossen werden kann, dass die nächste französische Präsidentin Marine Le Pen heißt – in zwei Jahren könnte es so weit sein –, halte ich für eine politische Katastrophe.

Wie soll die deutsch-französische Achse im Zentrum der Europäischen Union mit einer rechtsextremen Präsidentin funktionieren? Das kann sich kaum einer vorstellen. Deshalb muss uns sehr daran gelegen sein, dass sich Frankreich und Italien wirtschaftlich wieder erholen.

Wir sind uns darüber einig, dass das auf der Grundlage des Stabilitätspaktes geschehen muss. Dieser Stabilitätspakt ist nämlich nicht nur ein Stabilitätspakt, sondern auch ein Wachstumspakt. Er wurde 2005 so angepasst, dass den reformwilligen Ländern geholfen werden kann. Schon deshalb wollen und brauchen wir keine Änderungen an diesem Stabilitätspakt.

Der Pakt enthält alle notwendige Flexibilität, um mit einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung zugleich den Haushalt sanieren und Wachstum fördern zu können.

Genau diese Möglichkeiten sollen jetzt besser ausgeschöpft werden. Die Grundidee dahinter ist so einfach wie richtig: Wir gewähren mehr Zeit zum Abbau der Defizite, aber Zug um Zug gegen verbindliche Strukturreformen. Diese Reformen müssen dann auch wirklich kommen.

Die Zeit kommt von selbst, aber die Reformen kommen nicht von selbst. Solche Strukturreformen erfordern enorme politische Anstrengungen. Wir Sozialdemokraten wissen, wovon wir reden.

Frankreich ist unser wichtigster Wirtschafts- und Handelspartner. Italien ist ähnlich wichtig für uns. Wenn es diesen beiden Ländern auf Dauer schlecht ginge, dann würde das auch an uns nicht spurlos vorbeigehen. Deshalb liegt es in unserem eigenen Interesse, alles dafür zu tun, dass diese beiden Länder wieder auf die Beine kommen. Europa muss wieder gemeinsam wachsen. Das ist die Linie dieser Bundesregierung.

Auch nach der erfolgreichen Wahl ist eine friedliche, stabile Entwicklung in der Ukraine immer noch nicht gewährleistet. Ich danke dem Außenminister und der Bundeskanzlerin, dass sie unermüdlich aktiv sind, um den Waffenstillstand, die Waffenruhe in der Ukraine aufrechtzuerhalten und um eine friedliche Entwicklung in diesem Land zu gewährleisten. Das ist eine Außenpolitik, in der sich die ganzen Koalitionsfraktionen uneingeschränkt wiederfinden.

Im Nahen Osten ist jetzt eine Terrorgruppe entstanden, vor der sich die ganze Welt fürchtet. Die Region zwischen Syrien und Irak droht zu einem Schlachtfeld von Gotteskriegen und religiösen Fanatikern zu werden, wie es Frank-Walter Steinmeier formuliert hat. Der große Zulauf zur islamistischen Bewegung ISIS ist die Folge einer verfehlten Innenpolitik der Regierung Maliki. Sie hat sunnitische Minderheiten ausgegrenzt und diskriminiert. Dann kam der Syrien-Krieg noch hinzu als ein weiterer Katalysator. Aber der Zulauf ist auch eine fatale langfristige Folge des völlig verfehlten Irakkriegs von 2003 und der anschlie-

ßenden Politik der Bush-Administration.

Der US-Einmarsch in 2003 hat den Menschen im Irak keinen Frieden gebracht, sondern er hat eine Region langfristig destabilisiert. Das sind die Konsequenzen.

Wir haben uns damals zu Recht gegen die Teilnahme am Irakkrieg entschieden, und auch heute gibt es für Deutschland im Irak keine militärische Option.

Ich danke der Bundeskanzlerin, dass sie das klargestellt hat; unsere Aufgabe ist es, stabile politische Lösungen zu fördern.

Verantwortung sollten wir dort übernehmen, wo wir sehr konkret gefragt sind, und das betrifft das Engagement für die vom Bürgerkrieg betroffenen Menschen. Immer mehr Menschen kommen nach Deutschland. Sie wollen hier arbeiten und suchen Schutz vor Krieg und politischer Verfolgung. Im letzten Jahr gab es in Deutschland 120 000 Asylbewerber. In diesem Jahr werden es vielleicht bis zu 200 000. Hinzu kommen wie im letzten Jahr wahrscheinlich 400 000 Einwanderer. Weltweit haben wir im Augenblick die höchsten Flüchtlingszahlen. Der UNHCR hat auch festgestellt, dass in Deutschland die meisten Asylanträge gestellt werden.

In Europa nimmt Deutschland auch die meisten Flüchtlinge aus Syrien auf.

Das ist überhaupt kein Grund, uns stolz auf die Schulter zu klopfen. Aber was wir jetzt auf gar keinen Fall gebrauchen können, ist eine parteipolitische Polarisierung in der Flüchtlingsfrage, meine Damen und Herren.

Gerade mit Blick auf die wieder ansteigende Zahl von Gewalttaten, von rechtsextremistischen Straftaten gegen Flüchtlinge haben wir alle miteinander eine große Verantwortung dafür, dass die Flüchtlinge in Deutschland auf- und angenommen werden. Wir müssen die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Akzeptanz von Asylbewerbern und Flüchtlingen schaffen, zum Beispiel indem wir ihnen angemessene Unterkünfte verschaffen oder für die rasche Erteilung einer Arbeitserlaubnis sorgen. Aber vor allem gehört zu einer verantwortlichen Flüchtlingspolitik, dass wir uns nicht überall gleichmäßig anstrengen, sondern dass wir dort am stärksten helfen, wo die Not am größten ist.

Deshalb danke ich der Innenministerkonferenz, dass Bund und Länder ihr Aufnahmeprogramm für Syrer, vor allem im Bereich des Familiennachzuges, noch einmal deutlich ausgeweitet haben; denn in Syrien herrscht die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit.

Das allerdings ist auf dem Westbalkan anders, trotz der teilweisen Diskriminierung mancher Bevölkerungsgruppen, die es dort zweifellos gibt. Mit Serbien laufen EU-Beitrittsverhandlungen. Mazedonien ist ein Land mit Kandidatenstatus. Mit Bosnien-Herzegowina gibt es ein Asso-

ziierungsabkommen. In diesen Ländern haben wir andere Möglichkeiten, die Menschenrechte durchzusetzen, als den Betroffenen ein aussichtsloses Asylverfahren in Deutschland anzubieten, meine Damen und Herren.

Es kann doch nicht sein, dass wir die Menschenrechtsprobleme bei EU-Anwärtern mithilfe des deutschen Asylrechtes lösen. Da müssen wir anders eingreifen. Deshalb ist es sinnvoll, wenn wir Asylbewerbern, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in ihren Heimatländern keiner politischen Verfolgung ausgesetzt sind, schneller eine Antwort auf ihren Asylantrag geben können. Deshalb appelliere ich auch an die Grünen: Lassen Sie uns gemeinsam für Akzeptanz für Flüchtlinge werben, um ihnen schneller die Möglichkeit zu geben, in Deutschland zu arbeiten.

Aber lassen Sie uns auch gemeinsam Prioritäten setzen, um bei denjenigen, deren Asylanträge aussichtslos sind, keine falschen Hoffnungen zu wecken.

Meine Damen und Herren, zu einer erfolgreichen -Integrationspolitik gehört auch ein klares Signal an die Menschen, die mit zwei Staatsbürgerschaften in Deutschland leben. Wir wollen junge Menschen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, nicht mehr zwingen, sich als Deutsche gegen die Heimat und die Herkunft ihrer Eltern und Großeltern zu wenden.

Deshalb ist die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ein großer Schritt in der Integrationspolitik. Er ist längst überfällig; denn Deutschland braucht ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht. Für die doppelte Staatsbürgerschaft gibt es inzwischen eine breite gesellschaftliche Zustimmung. Deshalb appelliere ich auch hier an die Grünen: Lassen Sie uns diesen bedeutenden Schritt in der Einwanderungs- und Integrationspolitik gemeinsam gehen.

Meine Damen und Herren, die Koalition hat vereinbart, dass der Bund 2015 die Finanzierung des BAföG vollständig übernehmen wird und die Länder so mehr Geld für Investitionen in Bildung haben. Das ist eine wichtige Entscheidung; denn wir alle teilen die Grundüberzeugung: Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Das war die Überzeugung von Willy Brandt, als er 1971 das Bundesausbildungsförderungsgesetz einführte. Dieser Satz ist auch heute noch das Fundament unserer Bildungspolitik. Willy Brandt reagierte damals auf die deutsche Bildungskatastrophe, vor der der Pädagoge Georg Picht Ende der 60er-Jahre warnte. Pichts Analyse war: zu wenig Abiturienten, zu wenig Studenten und kaum Aufstiegschancen im dreigliedrigen Schulsystem. Er prophezeite damals:

Der bisherige wirtschaftliche Aufschwung wird ein rasches Ende nehmen, wenn uns die qualifizierten

Nachwuchskräfte fehlen, ... Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht.

Meine Damen und Herren, das BAföG war eine wegweisende sozialpolitische Antwort auf Pichts alarmierenden Befund. Heute haben wir weitaus mehr Studienanfänger als zur damaligen Zeit. Insofern hat das BAföG etwas bewegt. Aber immer noch gilt: Der Bildungserfolg ist in Deutschland wie in keinem anderen industrialisierten Land dieser Welt abhängig von der sozialen Herkunft der jungen Menschen. Die Chance, dass Akademikerkinder ein Abiturzeugnis erhalten, ist in vielen Ländern sechsmal höher als bei Arbeiterkindern.

Ich finde, hier können wir nicht gleichgültig sein.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass in Deutschland Bildung gleichsam schichtenspezifisch vererbt wird.

Vor diesem Hintergrund ist es ein großer Fortschritt, dass sozialer Aufstieg mithilfe von BAföG künftig nicht mehr von der Kassenlage der Bundesländer abhängig ist, dass wir als Bund allein darüber entscheiden können, was da passiert.

Der Bund kann und wird das BAföG selbstständig erhöhen, und die Länder können das Bildungssystem an den Stellen verbessern, an denen am stärksten über die Chancen

unserer Kinder entschieden wird, nämlich in der frühkindlichen Bildung, in den Kitas, in den Grundschulen, in den Ganztagschulen; da müssen wir ansetzen.

Lieber Toni Hofreiter, für Bremen fallen nicht nur 2 Millionen Euro für Kitas ab; durch den BAföG-Kompromiss wird das Land Bremen um 20 Millionen Euro entlastet, und das jedes Jahr. Dieses Geld kann nun gezielt für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem eingesetzt werden.

Sagen Sie das bitte Ihrer Finanzsenatorin.

Wir haben in der Koalition außerdem vereinbart, dass der Bund und die Länder im Bereich der Hochschulen wieder miteinander kooperieren können. Auch

Millionen Menschen freuen sich auf den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.

das ist ein wichtiger Fortschritt. Dadurch wird das Glas halb voll; ganz voll wird es erst, wenn der Bund auch die Schulbildung mittragen kann. Auf Dauer muss deshalb das Kooperationsverbot für den Schulbereich fallen; das ist unsere tiefe Überzeugung.

Millionen Menschen in Deutschland freuen sich auf den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Für viele bedeutet er die größte Lohnerhöhung ihres Lebens. Der Mindestlohn stärkt die Kaufkraft und sorgt für fairen Wettbewerb. Damit haben wir erstmals eine Schranke nach unten eingezogen.

Von dieser Schranke aus geht der Blick nicht mehr nach unten, sondern nur noch nach oben. Das ist für viele Menschen eine spürbare Veränderung in ihrem Alltags- und Erwerbsleben. Genau das wollen wir. Es ist auch eine Grundidee der sozialen Marktwirtschaft: Alle müssen die Möglichkeit haben, durch eigene Arbeit und Anstrengung ihren Lebensunterhalt zu verdienen, statt sich am Ende des Monats beim Sozialamt anstellen zu müssen.

Meine Damen und Herren, diese Koalition tritt für ein Land mit freien und gleichberechtigten Bürgern ein, für ein weltoffenes Land, dem es wirtschaftlich gut geht. Alle sollen die Chance haben, aus eigener Kraft etwas aus ihrem Leben zu machen, die Zugewanderten genauso wie diejenigen, die hier schon immer leben. Wir wollen keine segmentierte Gesellschaft, in der die Besitzstandswahrer nur auf die Sicherung ihrer Pfründe bedacht sind. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Integration und Aufstiegsmöglichkeiten selbstverständlich sind, eine Gesellschaft, in der jeder und jede zum Wohlstand beitragen und an ihm teilhaben kann, eine Gesellschaft, in der jeder von Stabilität und Sicherheit profitieren kann. Wir wollen eine offene Gesellschaft und ein modernes Deutschland.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder, CDU/CSU:

Ein Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Auch ich möchte mich zunächst einmal ausdrücklich bei unserem Bundestagspräsidenten dafür bedanken, dass er klargestellt hat, was unser Bundespräsident gesagt hat und was nicht. Ich möchte Thomas Oppermann zustimmen, der sagte, dass die Art und Weise, wie die Linke mit solchen Themen umgeht, nicht akzeptabel ist.

Herr Kollege Gysi, da muss ich Sie auch persönlich ansprechen. Es geht nämlich nicht, dass man hier im Deutschen Bundestag – oder, wie heute Morgen bekannt geworden ist, einer Ihrer Parteikollegen in Brandenburg – Attacken loslässt und sich dann entschuldigt.

Frau Dagdelen beispielsweise hat sich hier im Deutschen Bundestag durch Verleumdungen und Angriffe in einer Art und Weise aufgegriffen, die diesem Haus nicht angemessen war. Danach entschuldigen Sie sich zwar öffentlich, aber nachher geht es wieder so weiter.

Das ist kein Umgang, Herr Gysi, das muss ich Ihnen klipp und klar sagen.

Deswegen akzeptiere ich ein solches Verhalten auch nicht. Ich erwarte schon: Bevor Sie andere Fraktionen und Parteien kritisieren, räumen Sie in Ihrem eigenen Laden auf und nicht woanders. Dazu haben Sie allen Grund, Herr Gysi.

Wir legen heute den Haushalt 2014 vor und diskutieren in der Re-

gierung bereits den Haushalt 2015. Beide Haushalte müssen zusammen gesehen werden, weil es in dieser Großen Koalition zu einem Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik kommt.

Schon der Haushalt 2014 ist strukturell ausgeglichen, und ab dem Haushalt 2015 werden keine neuen Schulden mehr gemacht. Das ist tatsächlich der entscheidende Hinweis darauf, dass wir Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit ernst nehmen. Denn nichts ist für eine junge Generation wichtiger, als dass sie Handlungsspielraum hat.

Man kann viel über Nachhaltigkeit in anderen Bereichen reden, aber hinter dem Projekt „Keine neuen Schulden mehr“ steht die Aussage: Wir wissen um die Verantwortung für unsere junge Generation.

Dafür sage ich Wolfgang Schäuble und unseren Haushaltern herzlichen

Fortsetzung von Seite 9: Volker Kauder (CDU/CSU)

Dank, die diese schwere Aufgabe vorangebracht haben.

Der von uns eingeschlagene Weg ist der richtige, wenn es darum geht, dass wir in unserem Land Wohlstand und Sicherheit erhalten können. Wenn wir uns die Situation in Europa anschauen – die Bundeskanzlerin hat ja heute darüber berichtet, wie die Situation in einzelnen Ländern ist –, dann stellen wir fest: Diese Situation ist nicht irgendwie vom Himmel gefallen, sondern sie ist das Ergebnis falscher politischer Ansätze.

Lieber Thomas Oppermann, ich sehe das genauso, dass wir mit Sorge nach Frankreich blicken und uns fragen: Wer könnte der nächste Gesprächspartner sein? Aber natürlich hat jedes Land seine Hausaufgaben zu machen.

Deswegen finde ich es völlig richtig, dass auf dem Gipfel in Paris als Ergebnis nicht herauskam: „Wir werden den Stabilitätspakt aufweichen“, sondern dass herauskam – Herr Gabriel, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das so klar gesagt haben –: Es bleibt dabei, der Kurs dieser Bundesregierung, der Kurs von Angela Merkel, ist der einzige, der dazu führen wird, dass Europa wieder ganz gesund werden kann.

Dass Thomas Oppermann heute bestätigt hat, dass der Stabilitätspakt nicht angegriffen wird und die notwendigen Reformen in den Ländern durchgeführt werden, das ist eine gute Botschaft.

Europa ist für uns aber nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Sicherheit, sondern Europa ist für uns auch eine Frage von Frieden und Sicherheit. Wenn man sich die Situation in der Welt anschaut, kann man nur sagen: Wir können wirklich dankbar dafür sein, dass wir in diesem Europa leben dürfen. Wenn dieses Europa nicht mehr erreicht hätte, als dass in diesem Europa Frieden herrscht, dann wäre das schon Grund genug, um jeden Tag diesem Europa von Herzen dankbar zu sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dieses Europa muss natürlich offen sein für Menschen, die in ihren eigenen Herkunftsländern verfolgt werden und deswegen dort, zumindest für eine bestimmte Zeit, keine Perspektive haben. Deswegen ist es richtig, dass es in Europa eine gemeinsame Asylpolitik gibt, dass die Belastungen in Europa auf die Länder angemessen verteilt werden. Dass wir in Deutschland einen entsprechenden Beitrag leisten, habe ich an diesem Rednerpult erst vor kurzem festgestellt: Wir nehmen die meisten Asylbewerber auf. Aber wir haben ein Problem – Thomas Oppermann hat zu Recht darauf hingewiesen –: Wir nehmen Asylbewerber aus Ländern auf, die in der nächsten Zeit ganz zu Europa gehören wollen. Wir nehmen zurzeit Asylanträge von Menschen entgegen, die in ihren Herkunftsländern sehr wohl leben können, weil sie dort nicht verfolgt werden. Diese Herkunftsländer haben ein massives Interesse daran, in Europa nicht als Verfolgerländer verunglimpft zu werden. Sie sagen: Wir sind sichere Herkunftsländer.

Deswegen wollen wir in dieser Koalition ein Gesetz verabschieden, in dem wir definieren, welche Länder in Europa sichere Herkunftsländer sind. Dann wird gesagt: Das können Sie doch machen. Ja, in der Großen Koalition haben wir überhaupt kein Problem damit, dieses Thema zu erledigen. Aber – und jetzt kommt der Punkt – wir brauchen dafür auch im Bundesrat eine Mehrheit. Ich appelliere an die Grünen, dass sie sich dieser Verantwortung bewusst werden. Wir werden in den nächsten Tagen mit Vertretern der Grünen in den Landesregierungen reden. Wir meinen, dass wir noch mehr Flüchtlinge aus Ländern, in denen es wirkliche Probleme gibt, beispielsweise aus Syrien, aufnehmen sollten.

Aber wir können doch nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen: Eine ganze Reihe von Städten und Kommunen hat im Augenblick erhebliche Probleme damit, Asylbewerber aufzunehmen und unterzubringen, die zu 99 Prozent nachher nicht anerkannt werden und eigentlich wieder in ihre Heimatländer müssten. Wir sollten doch für diejenigen Platz schaffen, die wirklich in tiefster Not aus Syrien zu uns kommen.

Deswegen habe ich die herzliche Bitte, dass wir uns diesem Thema gemeinsam stellen und dafür sorgen, dass wir dafür im Bundesrat eine Mehrheit bekommen können.

Ich sage dies auch voller Sorge aus einer Erfahrung heraus, die wir in den 90er-Jahren gemacht haben. Damals, noch im Parlament in Bonn, haben wir uns mit der Frage schwergetan, wie wir das Asylrecht neu ordnen. Das Thema Asyl wurde zu einem politischen Kampftema, an dem sich alle, wir eingeschlossen, beteiligt haben. Das Ergebnis davon war nicht, dass wir der

Problemlösung nähergekommen sind, sondern das Ergebnis war, dass Rechtsradikale in diesem Land in Landtage eingezogen sind.

Deswegen ist der Appell völlig richtig: Lassen Sie uns das Asylthema, das Flüchtlingsthema noch in den nächsten Tagen sachgerecht lösen, damit es nicht ein Nährboden für rechtsradikale Entwicklungen in unserem Land wird.

Wir sind dazu bereit. Wir sind auch bereit, mit Ihnen über den einen oder anderen Wunsch in der Diskussion zu sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Große Koalition hat, wie ich finde, eine bemerkenswerte Arbeit geleistet – und dies, obwohl nach dem Wahlergebnis die Freude

auf beiden Seiten – sowohl bei der SPD als auch bei uns – nicht besonders ausgeprägt war, schon wieder in eine Große Koalition zu gehen. Die SPD musste sich sogar zunächst einmal mit einem Mitgliederentscheid vergewissern, dass das alles auch klappen kann.

Sie haben sich in einem Mitgliederentscheid vergewissert. – Dafür, dass der Start gar nicht so ganz einfach war, haben wir, finde ich, Bemerkenswertes geleistet – nicht für uns, nicht für diese Koalition, sondern für unser Vaterland und für die Menschen, die in diesem Vaterland leben. Ich sage dir, lieber Thomas Oppermann, und der SPD-Bundestagsfraktion dafür einen herzlichen Dank, dass dies möglich war.

Ich kann sagen – das ist auch so –, dass wir uns nicht immer leichttun, zu Entscheidungen zu kommen. Gerade für die nächste Zeit haben wir wichtige Aufgaben vor uns, bei deren Bewältigung wir noch miteinander ringen müssen. Diese müssen wir jetzt aber schnell angehen. Wir müssen jetzt ganz schnell eine Antwort in Bezug auf ein Thema finden, das uns alle schwer belastet. Das ist das Thema Kinderpornografie: Wir in dieser Koalition haben versprochen, dass wir schnell zu Ergebnissen kommen werden. Das Versprechen sollten wir jetzt auch einhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen von beiden Fraktionen.

Nach der Sommerpause muss hier ein Ergebnis auf den Tisch.

Es gibt ein weiteres Thema, das uns großen Kummer macht. In unserem Land ist vieles wirklich sehr gut. Ich würde sogar sagen: Das meiste ist sehr gut. Es ist aber für uns eine unerträgliche Belastung, dass man in ganz Europa darüber spricht, dass wir das Land sind, in dem am meisten Zwangsprostitution und Frauenhandel stattfinden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf uns nicht ruhen lassen. Deswegen gilt auch hier: Wir können da nicht noch ewig zuwarten. Wir wollen und müssen zwar die Menschenhandelsrichtlinie der EU umsetzen. Das reicht aber nicht, um dieses Problem zu lösen, sondern wir müssen auch dafür sorgen, dass Deutschland nicht das Land ist, in dem in erster Linie in Europa Frauenhandel und Zwangsprostitution stattfinden.

Auch da können wir nicht mehr lange warten. Ich erwarte auch bei diesem Thema, dass wir im September zu entsprechenden Ergebnissen kommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn ich sage, dass wir viel vorbringen, dann kann ich, glaube ich, auch die Entscheidung zur Energiepolitik nennen, die wir gestern in den Koalitionsfraktionen und dann auch im Wirtschaftsausschuss getroffen haben. Das war keine leichte Aufgabe. Ich weiß sehr genau, wovon ich rede; denn in meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender war es der vierte Anlauf zur Änderung des EEG. Jeder Anlauf war noch schwerer als der vorhergehende, weil unter-

schiedliche Interessen aufeinanderstoßen. Da haben wir schon einen entscheidenden Schritt getan. Wir versuchen, zu verhindern, dass die Kosten für die Stromverbraucher weiter anwachsen, und sorgen dafür, dass die deutsche Wirtschaft trotzdem wettbewerbsfähig bleiben kann. Diese beiden entscheidenden Punkte sind es, die dieses EEG in besonderer Weise auszeichnen. Ich sage Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, aber auch Ihnen, Herr Bundeswirtschaftsminister, einen herzlichen Dank für Ihren Einsatz in Brüssel. Ohne diesen Einsatz wäre es nicht gelungen, im Rahmen der Reform des EEG Arbeitsplätze in Deutschland im Wettbewerb zu halten. Danke schön dafür!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesem Beispiel wird deutlich, dass diese Große Koalition auch schwierige Aufgaben anpackt und schultert.

Der letzte Hinweis: Es dürfte für die Zukunft dieses Landes von größter Bedeutung sein, was wir in der Bildungspolitik machen. Darauf ist hingewiesen worden. Dazu gehört aber auch, dass wir junge Menschen ausbilden, die unseren Ruf als die Nation der Erfinder neuer Produkte vorantreiben. Das heißt, wir brauchen an unseren dualen Hochschulen, Fachhochschulen und Universitäten Spitzenausbildungen. Dafür stellen wir jetzt Geld zur Verfügung. Ich möchte die Länder bitten, dass das Geld, das wir für die Hochschulen und Universitäten zur Verfügung stellen, auch dort landet und nicht im allgemeinen Länderhaushalt verschwindet.

Man kann auch nicht sagen, dass wir Geld für die Allgemeinbildung brauchen. Denn auch dafür wird Geld zur Verfügung gestellt. Noch keine Bundesregierung hat so viel für Bildung getan. Jetzt kommt es darauf an, dass die Länder ihre Aufgabe in dieser Hinsicht ernst nehmen.

Ich bin also mit dem, was wir bisher in der Großen Koalition erreicht haben, durchaus zufrieden. Aber wir wissen auch, dass noch große Anstrengungen von uns gefordert sind, um unser Ziel zu erreichen, dass es den Menschen nach dieser Großen Koalition besser geht als zu ihrem Start. Dafür werden wir arbeiten. Dafür müssen wir in dieser Koalition auch zusammenhalten und die Projekte, die wir uns vorgenommen haben, jetzt schnell umsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Carsten Schneider (SPD), Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU), Bettina Hagedorn (SPD), Sven Morlok (FDP), Dr. Peter Tauber (CDU/CSU), Martin Dörmann (SPD), Marco Wanderwitz (CDU/CSU), Harald Petzold (Die Linke), Ulle Schauws (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Rüdiger Kruse und Annette Scaven (beide CDU/CSU).



Auch in der litauischen Hauptstadt Wilna wird ab 2015 mit Euro bezahlt werden.

Debatte über die Einbringung des Bundeshaushalts 2014 / 41. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 24. Juni 2014

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Haushalt der sozialen Spaltung



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Wir haben Ende Juni. Wir beraten den Haushalt für dieses Jahr. Im Juli wird dann der Bundesrat beschließen. Die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt wird wahrscheinlich Ende Juli stattfinden, sodass wir festhalten können, dass es sieben Monate vorläufige Haushaltsführung gab, ohne Investitionen demzufolge und mit vielen Dingen, die nicht gemacht werden konnten. Das ist für das Land mit Sicherheit nicht von Vorteil gewesen.

Wir konnten hier hoffen: Was lange währt, wird endlich gut. – Das ist aber nicht der Fall; denn das ist ein Haushalt der sozialen Spaltung.

Dieser Haushalt ist nicht zukunftsgerichtet, sondern er verspielt Zukunft.

Wir Mitglieder des Haushaltsausschusses hatten teilweise das Gefühl, in der David-Copperfield-Show zu sein. Der Regierungsentwurf von vor einigen Monaten beinhaltete eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro. Es gab dann monatelange Diskussionen zwischen den Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern und zwischen den Haushältern, es gab diverse Anträge und auch Veränderungen – teilweise sogar zum Positiven –, und am Ende standen dort wieder 6,5 Milliarden Euro. Das ist schon eine Besonderheit. Aber das war Trickserei.

Ich will diesen Trick erklären: Die Koalition hat die Zinslasten in einer Nachtsitzung einfach einmal um 1,2 Milliarden Euro reduziert, und nachdem klar war, dass die Einnahmen aus der Brennelementesteuer nicht wie geplant anfallen werden, hat die Koalition die Steuerschätzung neu interpretiert und gesagt: 1,4 Milliarden Euro neue Einnahmen. Außerdem wurden noch 500 Millionen Euro bei den Bildungsausgaben gestrichen, und in dem Haushalt von Frau von der Leyen wurde eine globale Minderausgabe von 400 Millionen Euro eingestellt. So ist da getrickst worden. Aber: Nicht alle Instrumentarien der Haushaltspla-

nung sind auch verantwortlich, und nicht jede Operation ist erlaubt.

Lassen Sie mich etwas zum Thema „Schulden und schwarze Null“ sagen. Über die schwarze Null wird ganz viel geredet. Ich will kurz und knapp feststellen: Es gibt in dem Haushalt für das Haushaltsjahr 2014 keine schwarze Null, sondern 6,5 Milliarden Euro neue Schulden. Die Schuldenbilanz von Herrn Schäuble seit 2009 lautet 112 Milliarden Euro neue Schulden, und das Ende der Neuverschuldung ist nicht abzusehen. Warten wir jetzt erst einmal den September ab und schauen wir, wie an dieser schwarzen Null gebastelt wird. Die weltweite Zinsentwicklung ist dabei das größte Haushaltsrisiko, das wir haben. Mehr Schuld gegenüber künftigen Generationen hat bisher kaum ein Finanzminister auf sich geladen.

Herr Schäuble, Sie wollen offenbar um jeden Preis mit dem Prädikat „Erster Haushalt ohne Neuverschuldung seit 1969“ aus dem Amt scheiden. Das ist persönlich legitim, und im Übrigen teilen wir das Ziel, dass es keine Neuverschuldung geben soll.

Wenn das aber die einzige Richtschnur des politischen Handelns wird, dann ist das schlicht zu wenig. Ihr Weg der Ausgabenkürzungen zulasten der Arbeitenden, der Arbeitssuchenden, der Rentnerinnen und Rentner und der Kranken ist falsch. Das ist ein Haushalt der sozialen Spaltung.

Ich will es hier wiederholen, damit es keine Missverständnisse gibt: Ja, wir als Linke sind dafür, dass die Schuldenquote heruntergeht und dass Schuldenabbau betrieben wird. Das ist doch völlig klar. Da, wo wir für Länderhaushalte Verantwortung tragen, kann man übrigens exemplarisch sehen, wie wir agieren. Gucken Sie nur nach Brandenburg: Vier Jahre ohne Neuverschuldung, und sogar die Rückzahlung der Schulden hat begonnen.

Ich will den DIHK-Chef Eric Schweitzer zitieren, der Ihnen bei allem Respekt bescheinigt hat:

Bei der Haushaltskonsolidierung kann ich allerdings keine besonderen Leistungen erkennen. Sie erfolgt ausschließlich auf Grundlage der guten Konjunktur...

Wir sagen: Wir brauchen eine andere Einnahmepolitik, wenn wir die Haushalte wirklich konsolidieren wollen.

Dafür haben wir entsprechende Vorschläge vorgelegt. Schauen Sie sie sich an!

Ich will Ihnen noch ein Zitat vortragen:

Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in

Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige.

Das ist ein hervorragendes Zitat aus dem Wahlprogramm der SPD. Nichts davon ist übriggeblieben. Wo ist denn irgendeine Maßnahme, mit der Sie die Steuern der Vermögenden und Superreichen in diesem Land erhöhen? Null! Fehlanzeige! Und das ist falsch.

Herr Schäuble und Herr Barthle werden sich jetzt gleich feiern und von der wunderbaren wirtschaftlichen Entwicklung, von der Rekordbeschäftigung und von steigenden Löhnen, Gehältern und Renten reden.

Es wird also ein großes Lob sein.

Was sind aber die Fakten? Ja, der konjunkturelle Verlauf im ersten Quartal ist besser als in den anderen Jahren. Von Rekordbeschäftigung zu reden, angesichts der Arbeitsplatzvernichtung in den letzten Jahren aber nicht zu akzeptieren.

Von 2000 bis 2013 ist die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,7 Millionen gesunken. Gleichzeitig ist die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze um 2,5 Millionen, die Zahl der Minijobs um 500 000, die Zahl der 1-Euro-Jobs um 100 000 und

auch die Zahl der Leiharbeitsplätze gestiegen. Das ist die reale Situation. Ihr Arbeitsplatzaufschwung findet im Bereich der prekären Beschäftigung statt.

Wenn Sie über steigende Löhne und Gehälter reden, dann will ich Ihnen auch dazu eine Zahl nennen: Die Steigerung der preisbereinigten Reallohnsomme seit 2000 liegt bei sage und schreibe 1,7 Prozent. Donnerwetter! In 13 Jahren ist das ja eine große Steigerung.

Deutschland hat im internationalen Vergleich ein geringes Investitionsniveau.

Das ist ein Zitat von Sigmar Gabriel im Geleitwort zum Jahreswirtschaftsbericht 2014. Der Mann hat recht. Die Investitionen sind in den letzten Jahren immer weiter zurückgegangen: 27,6 Milliarden Euro 2012, 26,1 Milliarden Euro 2013 und 25 Milliarden Euro in diesem Jahr. Das DIW kritisiert, dass die Verkehrsinfrastruktur dabei ist, sich von einem Standortvorteil zu einem Standortproblem zu entwickeln. Nehmen Sie doch wenigstens das zur Kenntnis. Das ist das entscheidende Defizit dieses Haushaltes.

Die Schuldenbilanz von Herrn Schäuble seit 2009 lautet 112 Milliarden Euro.

Sie investieren zu wenig in die Zukunft. Im Koalitionsvertrag haben Sie 5 Milliarden Euro an zusätzlichen Verkehrsinvestitionen in dieser Legislatur vereinbart. Aber Experten schätzen den Bedarf in jedem Jahr auf über 7 Milliarden Euro. Sie fahren das Land auf Verschleiß. Schauen Sie sich die Brücken an! Schauen Sie sich die Netzstruktur an! Schauen Sie sich die Krankenhäuser an! Die Schlagworte „Haushaltskonsolidierung“ und „Schuldenabbau“ sind irreführend. Das sind in Wahrheit die Schulden für die nächste Generation.

Mit dem Haushalt 2014 werden wichtige gesellschaftliche Herausforderungen nicht angegangen, und selbst Ihre Wahlversprechen und Ihr Koalitionsvertrag werden gebrochen. Die Vermögensungleichheit im Euro-Raum ist nirgendwo größer als in Deutschland. Das ist eine skandalöse Entwicklung.

Weder der ungeheure Reichtum bei wenigen noch die sich immer mehr öffnende Schere zwischen Arm und Reich ist irgendwie vom Himmel gefallen. Das ist Ergebnis Ihrer Politik. Die Bundesregierung verzichtet auf haushaltspolitische Weichenstellungen für mehr Steuergerechtigkeit und für Einkommens- und Vermögensgerechtigkeit in Deutschland. Absolute Fehlzanzeige in diesem Haushalt!

Die Vertreter der Koalitionsfraktionen haben verkündet, alle Menschen in Deutschland sollen ein gutes Leben führen können. Meinen Sie, dass die 3 Millionen Arbeitslosen in Deutschland ein gutes Leben führen können? Meinen Sie, dass die 900 000 Menschen mit Grundsicherung im Alter oder diejenigen, die diese wegen Erwerbsminderung bekommen, ein gutes Leben führen können? In Deutschland droht nicht Armut; in Deutschland gibt es Armut, und das in unserem reichen Land. Das ist ein Skandal. Da muss man doch als Regierung etwas tun, um das zu ändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist nicht gut für unser Land. Er leistet keinen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu gesellschaftlichem Zusammenhalt. Dieser Haushalt vernachlässigt sträflich Zukunftsinvestitionen für unser Land. Dieser Haushalt ist nicht solide. Die Linke wird diesen Haushalt deshalb ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Norbart Barthle, CDU/CSU:

Der Haushalt ist ein gutes Zeichen für Deutschland und Europa



Norbart Barthle (*1952)
Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd

Lieber Kollege Bartsch, dass meine Einschätzung des Haushalts eine andere ist als Ihre, wird niemanden verwundern. Ich bitte auch um Verständnis dafür, dass ich nicht auf jeden schrägen Ton Ihrer sozialistisch-kommunistischen Drehorgelmelodie eingehen werde.

Das werde ich den anderen Mitgliedern dieses Hohen Hauses ersparen.

Wir haben es nach langen und intensiven Haushaltsberatungen geschafft, in dieser Woche dem Plenum einen Haushaltsentwurf zur Beratung vorzulegen, der uns mit großer Freude und auch mit einem

gewissen Stolz erfüllt. Schon der Haushaltsentwurf des Finanzministers war ein guter Entwurf. Es ist uns gelungen, aus diesem guten Haushaltsentwurf einen noch besseren zu machen. Das war eine gemeinsame Leistung der Großen Koalition. Das Ergebnis tragen wir in dieser Woche gerne vor.

Was sind die Kernaussagen dieses Haushaltsentwurfs 2014? Als Erstes haben wir uns das Ziel gesetzt, die Nettokreditaufnahmelinie von 6,5 Milliarden Euro tatsächlich einzuhalten. Nun sagt die Opposition, das

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11: Norbert Barthle (CDU/CSU)

sei ein leeres, inhaltsloses Ziel. Das Gegenteil ist der Fall. Wer einen ausgeglichenen Haushalt ernsthaft anstrebt und wer dieses Ziel ernsthaft und nachhaltig verfolgen will, der muss seinen Willen dadurch beweisen, dass er dieses Ziel in gleichmäßigen, realistischen und nachvollziehbaren Schritten ansteuert. Wir tun das, indem wir diese Nettokreditaufnahmelinie einhalten und damit das klare Signal aussenden: Noch nie waren wir einem ausgeglichenen Haushalt 2015 so nahe wie mit diesem Haushaltsentwurf 2014.

Die zweite große Kernaussage dieses Haushalts ist, dass wir die strukturelle Null halten wollten. Sie alle wissen, das strukturelle Defizit errechnet sich durch Abzug der Konjunkturkomponente und durch Abzug der finanziellen Transaktionen. Wir haben einen nicht nur strukturell ausgeglichenen Haushalt, wir haben sogar einen kleinen strukturellen Überschuss von 1,3 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das ist eine große Leistung der Großen Koalition, die wir mit Stolz vortragen.

Das erlaubt mir einen Blick auf die Schuldenbremse. Wir haben ja in unserem Grundgesetz die nationale Schuldenbremse verankert. Diese Schuldenbremse verpflichtet uns eigentlich erst 2016, gewisse Grenzen einzuhalten. Wir halten diese Grenzen bereits seit 2012 ein und unterschreiten sie mit dem Haushalt 2014 deutlich. Wir könnten aufgrund der Schuldenbremse 34 Milliarden Euro neue Schulden machen, machen aber nur Schulden in Höhe von 6 Milliarden Euro. Wenn man die Einzahlungen in den Europäischen Stabilitätsmechanismus abzieht, sind wir bei noch gut 2 Milliarden Euro neuen Schulden - bei Ausgaben von insgesamt 296,5 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, ich glaube, das kann sich wirklich sehen lassen. Das ist der richtige Weg, der letzte große Schritt hin zum ausgeglichenen Haushalt.

Das ist auch ein wichtiges Signal nicht nur an die Bundesländer, sondern vor allem auch an die Mitgliedsländer der Europäischen Union. Wie schaffen wir das? Durch absolute Ausgabendisziplin. Maßhalten bei den Ausgaben und steigende Einnahmen sind das Geheimrezept unseres Erfolgs.

Wenn Sie sich die Ausgaben in diesem Jahr anschauen, dann sehen Sie, dass sie 11 Milliarden Euro niedriger sind als der Istwert des Jahres 2013. Wenn Sie sich die Vergleichszahl für 2010 anschauen, dann erkennen Sie, dass wir im Jahr 2014 weniger Geld ausgeben als im Jahr 2010. Das empfehle ich allen Gebietskörperschaften als Vorbild - seien es Länder, seien es Kommunen, seien es Regionen. Das möge sich bitte jeder einmal anschauen.

Das schaffen wir trotz schwieriger Ausgangsbedingungen. Denn seien wir ehrlich: Anfangs der Haushaltsberatungen hatten wir nicht damit gerechnet, dass uns eine Lücke von knapp dreieinhalb Milliarden Euro ins Haus steht. Das kam überraschend während der Haushaltsberatungen und hat uns manche Pläne verhagelt. Wir hätten gern mehr für die Infrastruktur ausgegeben. Diese Mittel mussten wir streichen. Aber wir haben es geschafft, diese Lücke von drei-

einhalb Milliarden Euro zu schließen, und zwar durch einen Mix verschiedener Maßnahmen. Einerseits haben wir wirklich gespart. Zum Beispiel geben wir 10 Prozent weniger aus für die Öffentlichkeitsarbeit, für Fachinformationen über alle Ressorts hinweg. Dies ist möglich, weil das Jahr fast schon zur Hälfte vorbei ist. Wir haben auch bei den ALG-II-Ausgaben gespart. Das war dort möglich wegen der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Aufgrund möglicherweise nicht rechtzeitig zulaufender Beschaffungsvorhaben im Verteidigungsministerium konnten wir dort 400 Millionen Euro einsparen.

Andererseits haben wir in diesem Haushaltsentwurf auch Minderausgaben und Mehreinnahmen finden können, die wir dann kenntlich gemacht haben. Der größte Brocken dabei sind 1,2 Milliarden Euro weniger Zinsausgaben. Daran kann die Opposition nun herummäkeln, aber Tatsache ist, dass im Haushaltsausschuss die Grünen diesem Änderungsantrag zugestimmt und die Linken sich enthalten haben. Also hoffe ich doch sehr, dass es daran keine Kritik gibt. Die Maßnahmen habe ich bereits genannt. Wir haben dazu noch die Steuereinnahmen um 600 Millionen Euro höher angesetzt, als es die Steuerschätzer getan haben. Lieber Kollege Kindler, darauf werden Sie gleich sicherlich eingehen. Deshalb will ich an dieser Stelle Folgendes sagen:

Erstens. Wer sich bei einem Gesamtetat von knapp 300 Milliarden Euro an 600 Millionen Euro aufhängt, der zeigt - seien wir einmal ehrlich - kleines Karo.

Zweitens. Wenn ich die jüngsten Einschätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute - darunter RWI und IFW in Kiel - und der Deutschen Bundesbank anschau, dann muss ich sagen, dass sie ihre Wachstumsprognosen für 2014 nach oben korrigiert haben, nicht nach unten. Deshalb sehen wir uns in dieser Annahme bestätigt.

Wenn wir uns die Steuereinnahmen des Monats Mai anschauen, dann lagen die schon wieder deutlich höher als im ersten Quartal. Auch darin sehen wir eine Bestätigung dafür, dass wir mit ruhigem

Gewissen diese 600 Millionen Euro Mehreinnahmen ansetzen konnten.

Darüber hinaus sind verschiedene Sicherungsmaßnahmen vorgesehen worden, was den Haushaltsvollzug angeht, und es ist uns gelungen - das will ich auch betonen -, parlamentarische Schwerpunkte zu setzen, die aus den Reihen der Großen Koalition an uns Haushalter herangetragen wurden. Der Haushaltsentwurf 2014 enthält also auch einige neue Akzentuierungen und Schwerpunkte, die im parlamentarischen Verfahren entstanden sind. Diese sind aber gegenfinanziert - auch das sage ich als Haushalter ganz bewusst -, sodass sie nicht schuldenerhöhend wirken. Allein 90 Millionen Euro mehr - das ist ein Zuwachs von 7,5 Prozent - sind für die Kultur vorgesehen. Das ist ein deutliches Signal in den gesamten Kulturbereich hinein.

Wir geben, anders als Sie es darstellen, Herr Kollege Bartsch, für Bildung und Forschung nicht weniger Geld aus, sondern 85 Millionen Euro mehr, als im Ansatz des Finanzministers vorgesehen war.

Das ist die Realität: 85 Millionen Euro mehr für Bildung und Forschung im Etat von Frau Wanka.

Im Bereich des BMI gibt es deutliche Zuwächse für Notwendigkeiten, die wir kenntlich gemacht haben, zum Beispiel für Integrationskurse oder für Syrien-Flüchtlinge, aber auch für wünschenswerte Maßnahmen. Beispielsweise sind 10 Millionen Euro mehr für das THW vorgesehen, zum Beispiel für die Beschaffung von Fahrzeugen oder für Ausbildungskurse. Auch das sind deutliche Zeichen. Die Bundeszentrale für politische Bildung und die politischen Stiftungen statten wir in diesem Etat ebenfalls mit mehr Mitteln aus.

Darüber hinaus - auch das will ich nicht unerwähnt lassen - haben wir im Verkehrsetat Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen, die wir gerne noch höher angesetzt hätten, aber die Umstände standen, wie gesagt, dem entgegen. Dafür haben wir für das kommende Jahr Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 775 Millionen Euro ausgebracht. Damit ist eine gewisse Stetigkeit auch im Verkehrsetat gewährleistet.

Des Weiteren haben wir für notwendige Zahlungen im Zusammenhang mit dem Green Climate Fund Vorsorge getroffen, und zwar ebenfalls in Form von Verpflichtungser-

mächtigungen in Höhe von 750 Millionen Euro.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Dieser Haushalt zeigt, dass wir solide wirtschaften und dass wir in unseren Maßnahmen, Planungen und in unserer Fiskalpolitik verlässlich sind. Mit dieser Verlässlichkeit erarbeiten wir uns das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer, Investoren und Finanzakteure nicht nur in Deutschland, sondern auch international. Damit ist dieser Haushalt ein gutes Zeichen für Deutschland, aber auch für Europa. Das sage ich ganz bewusst in Anbetracht der derzeitigen internationalen Debatte, was eine mögliche Aufweichung der Stabilitätskriterien angeht.

Wir schließen uns der Auffassung von Herrn Renzi oder von Herrn Hollande nicht an, dass wir mehr Flexibilität brauchen. Es gibt im Regelwerk genügend Flexibilität. Statt darüber nachzudenken, wie man Regeln umgehen kann, sollten wir vielmehr alle darüber nachdenken, wie man Regeln einhält. Wir tun das. Deswegen bitte ich um Zustimmung für diesen sehr guten Haushalt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sven-Christian Kindler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Dieser Haushalt ist unsolid, ungerecht und zukunftsvergessen



Sven-Christian Kindler (*1985)
Landesliste Niedersachsen

Wir sind jetzt auf der Zielgeraden der Haushaltsberatungen. Auch nach den vielen Beratungen bleibt es dabei: Es gibt keine strukturellen Änderungen der Koalition. Ihnen fehlen der Mut und der Wille zu strukturellen Reformen im Haushalt. Sie verlassen sich ganz allein auf die gute Konjunktur. Das ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Dieser Haushalt der Großen Koalition ist unsolid, ungerecht und zukunftsvergessen.

Ihr Haushalt ist unsolid, und er ist vor allen Dingen hart auf Kante genäht. Vor der Bereinigungssitzung

hatten Sie ein 3-Milliarden-Euro-Loch. Wie haben Sie das gestopft? Sie haben keine strukturellen Änderungen vorgenommen. Sie haben weder bei Einnahmen und Ausgaben noch bei den Subventionen angesetzt oder Reformen vorgesehen. Was haben Sie stattdessen gemacht? Wir haben noch am Montag vor der Bereinigungssitzung alle gemeinsam - auch Sie, Herr Barthle und Herr Kahrs - die Einnahmen aufgrund der Steuerschätzung angepasst. Donnerstagnacht um 0.30 Uhr haben Sie eine eigene politische und willkürliche Steuerschätzung aufgestellt und die Einnahmen um 700 Millionen Euro nach oben angepasst. Sie haben sich damit kaltschnäuzig über die Mai-Steuerschätzung hinweggesetzt. Das nenne ich unverschämte und dreist.

Das zeigt auch das Grundverständnis Ihrer Haushaltspolitik. Sie verweigern die Arbeit und ändern im Haushalt nichts strukturell. Stattdessen hoffen Sie und zocken. Sie sind Zocker. Sie wetten auf die gute Konjunktur und auf eine gute Zukunft. Das ist Haushaltspolitik im Las-Vegas-Style. Am Roulettetisch setzen Sie alles auf Schwarz, und wenn die Kugel dann auf Rot landet, ist Ihr Portemonnaie leer, und Sie müssen zur Bank gehen. Aber diese Zockerei

hat nichts mit solider Haushaltspolitik zu tun.

Den Gang zur Bank haben Sie übrigens schon eingeplant. Sie haben nachts um halb eins in der Bereinigungssitzung das Haushaltsgesetz geändert. Sie können nun dieses Jahr 3 Milliarden Euro mehr Schulden machen, indem Sie 2014 alte, nicht verbrauchte Kredit-ermächtigungen nutzen. Sie müssen darüber den Haushaltsausschuss nicht zeitnah informieren. Sie haben sich damit im Haushaltsgesetz eine Portokasse geschaffen, weil Sie Angst haben, dass Sie dieses Jahr mehr Schulden als die geplanten 6,5 Milliarden Euro machen müssen. Wenn Sie diese Schulden machen müssen, dann wollen Sie darüber weder das Parlament noch die Öffentlichkeit informieren. Das ist versuchte Täuschung mit Ansage.

Ihr Haushalt ist zudem ungerecht, Herr Schäuble. Sie und die Große Koalition loben sich schon jetzt für die schwarze Null im Jahr 2015. Aber wie finanzieren Sie das? Sie greifen mit vollen Händen in die Sozialkassen. Sie greifen in den Gesundheitsfonds und die Rentenkasse. Sie finanzieren das damit auf dem Rücken der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Das hat aber mit struktureller Haushaltskonsolidierung

zung nichts zu tun. Die Zeche dafür zahlen später die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Das ist einfach ungerecht.

Wir Grüne beantragen dagegen für mehr Gerechtigkeit die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro. Bei der Rente wollen wir den Einstieg in eine steuerfinanzierte Garantierente für langjährig Versicherte. Damit würden wir vor allen Dingen Frauen und Geringverdienern helfen, die von Altersarmut besonders betroffen sind. Sie dagegen

nehmen 160 Milliarden Euro in die Hand und machen nichts gegen Altersarmut. Das ist das große Gerechtigkeitsproblem bei der schwarz-roten Rentenpolitik.

Dieser Haushalt ist auch zukunftsvergessen. Wir alle wissen: Die Infrastruktur in diesem Land verrottet. Wir leben von der Substanz. Sie tun nichts dagegen. Im Gegenteil: Die Investitionsquote befindet sich bei der Großen Koalition im freien Fall. Sie wird 2018 bei nur noch 8 Prozent liegen. Wir als Grüne haben dagegen mit unseren Änderungsanträgen klargemacht, dass sich die Investitionsquote schon in diesem Haushalt auf 11 Prozent steigern lässt. Wir wollen einen 3-Milliarden-Euro-Energiesparfonds auflegen und die Mittel für die CO₂-Gebäudesanierungsprogramme auf 2 Milliarden Euro aufstocken. Wir wollen 1 Milliarde Euro mehr für den Erhalt von Straßen und Brücken ausgeben, anstatt neue, überflüssige Autobahnen zu bauen. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik: Sie wollen mehr schlecht als recht den Status quo verwalten. Wir Grüne wollen gestalten und für morgen in die Zukunft investieren.

Investitionen für morgen sind Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung sowie in Hochschulen und Forschung. Aber die für 2015 versprochenen 500 Millionen Euro haben Sie einfach verschoben. Die 1 Milliarde Euro, die für die Kommunen versprochen war, haben Sie einfach gestrichen, obwohl gerade in den Kommunen die meisten Investitionen getätigt werden. Das zeigt, was das Motto dieser Großen Koalition ist: Kaum versprochen, schon gebrochen!

Klar ist auch: Wir wollen die Investitionen konkret und solide gegenfinanzieren, ohne zusätzliche Schulden zu machen. Unsere Leitlinie als Grüne lautet: Investieren statt Subventionieren. Jedes Jahr gibt dieser Staat 50 Milliarden Euro für Investitionen aus, die klimaschädlich sind. Wir Grüne sagen: Davon können wir zu Beginn schnell 8 Milliarden Euro pro Jahr abbauen. Wir können Milliarden bei der Privilegierung des Flugverkehrs und von schweren Dienstwagen sowie bei den Subventionen für Erdöl, Kohle, Agrardiesel

und Atomenergie abbauen. Diese klimaschädlichen Subventionen müssen endlich abgebaut werden.

Die entscheidende Frage lautet: Was machen Sie als Große Koalition in diesem Haushalt? Sie schaffen neue klimaschädliche Subventionen. Sie führen eine Strompreiskompensation in Höhe von 350 Millionen Euro ein. Im Rahmen des EEG wollen Sie erneut Milliarden an Subventionen in die Großindustrie pumpen. Das zeigt wieder einmal: Sie sind eine große Subventi-

onskoalition.

Da Norbert Barthle die Debatte über die Europapolitik angesprochen hat, will ich ebenfalls darauf eingehen. Es ist richtig: Wir brauchen Haushaltskonsolidierung und Reformen in Europa. Wir Grüne halten auch nichts von Scheindebatten über den Stabilitäts- und Wachstums-pakt. Der hat genug Flexibilität. Wir Grüne stehen zum Stabilitäts-pakt.

Das große Problem ist aber die einseitige Fokussierung der Konservativen in Europa mit Frau Merkel an der Spitze auf eine rigide Sparpolitik. Das hat die Rezession verstärkt.

Das hat die Jugendarbeitslosigkeit in die Höhe getrieben, weil Mittel für wichtige Investitionen gekürzt wurden. Für uns Grüne ist klar: Diese einseitige, blinde Sparpolitik in Europa muss beendet werden.

Wir brauchen auch eine Investitionsstrategie für Europa.

Eine kluge Investitionsstrategie in Europa setzt neben der Ausgabenseite auf die Einnahmeseite, sie setzt auf die Beteiligung von Vermögenden, sie geht massiv gegen den Steuerbetrug vor, um Investitionen zu finanzieren. Das heißt aber nicht Investitionen im Sinne von sozialdemokratischem Beton- und Kohlewachstum, sondern das heißt Investitionen in die Zukunft, in erneuerbare Energien, in den sozialökologischen Umbau und in Bildung. Liebe SPD, bisher ist von Ihnen in Sachen Investitionsstrategie sehr wenig gekommen. Da reichen keine warmen, vagen Worte vom Vizekanzler.

Wir Grüne streiten in dieser Haushaltsdebatte nicht nur für europäische Gerechtigkeit, wir streiten auch für globale Gerechtigkeit. Auch da hat die Koalition versagt. Sie haben mindestens 240 Millionen Euro für den internationalen Klimaschutz gestrichen. Wir Grüne dagegen wollen die Mittel um 500 Millionen Euro erhöhen. Wir wollen auch einen Aufholplan, um endlich das 0,7-Prozent-Ziel bei der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Wir wollen dafür in diesem Haushalt 1,3 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stellen. Wir wollen das gegenfinanzieren, indem bei Rüstungsprojekten der Bundeswehr 2 Milliarden Euro eingespart werden sollen. Hu-

manitäre Hilfe für Flüchtlinge statt Milliarden für neue Rüstungsdesaster - so kann man ganz praktisch im Haushalt globale Gerechtigkeit umsetzen.

Auch bei den Einnahmen stehen wir für mehr Gerechtigkeit. Die strukturelle Unterfinanzierung des Staates muss beendet werden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auf. Das ist ungerecht. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Wir Grüne wollen

unter anderem an die Abgeltungssteuer heran und die Kapitaleinkommen wie die Arbeitseinkommen wieder progressiv besteuern. Denn man kann niemandem mehr erklären, warum Gewinne aus Aktiengeschäften im Regelfall niedriger besteuert werden als Einkommen aus Lohnarbeit. Das ist extrem ungerecht, das muss dringend geändert werden.

Wir Grüne haben in diesem Haushalt konkrete Alternativen vorgelegt,

und zwar für Investitionen in die Zukunft. Wir wollen das durch Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen solide gegenfinanzieren. Ich fordere Sie auf: Geben Sie sich einen Ruck! Stimmen Sie unseren Alternativen zu! Denn sonst bleibt Ihr Haushalt leider unsolid, ungerecht und zukunftsvergessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Investitionsquote befindet sich bei der Großen Koalition im freien Fall.

Johannes Kahrs, SPD:

Die Große Koalition arbeitet, die Große Koalition funktioniert



Johannes Kahrs (*1963)
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Wir haben hier eine Rede von Norbert Barthle für die CDU/CSU gehört, die ich nicht besser hätte halten können. Mein lieber Norbert, ganz herzlichen Dank!

Man sieht: Die Große Koalition arbeitet, die Große Koalition funktioniert, die Große Koalition legt einen soliden Haushalt vor, die Große Koalition weiß, dass das, was wir machen, gut für unser Land ist. Norbert Barthle hat das in vorzüglicher Weise vorgetragen. Du wärest auch ein guter Sozi, jedenfalls in dieser Frage.

Wir haben auch zwei Reden von den Grünen und den Linken gehört, die nicht viel Neues zu bieten hatten. Etwas anderes war nach den Haushaltsberatungen auch nicht zu erwarten. Wir haben auch mitbekommen, dass die eine oder andere Kritik geäußert worden ist. Das, finde ich, ist vollkommen in Ordnung. In der Substanz würden aber auch sie nicht viel ändern; das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte jedoch an einen Punkt, der hier eben angesprochen worden ist, gerne anknüpfen. Herr Kindler hat eben vom Subventionsabbau gesprochen, insbesondere beim EEG, und auf die Unternehmen, die im weltweiten Wettbewerb stehen, verwiesen. Erlauben Sie mir dazu eine Anmerkung, gerade als Sozialdemokrat. Ich halte es für ei-

nen strukturellen Fehler, dass wir in diesem Land in der Diskussion so tun, als würde unser wirtschaftlicher Erfolg, der sich auch in Steuereinnahmen niederschlägt, einfach von selber kommen. Es gibt Unternehmen in diesem Lande – ob aus den Bereichen Chemie, Kupfer, Stahl oder andere –, die im internationalen Wettbewerb stehen.

Auch ihnen muss man die Möglichkeit geben, gegenüber der Konkurrenz zu bestehen. Mit Blick darauf, dass die Preisbildung nicht auf dem deutschen Markt stattfindet – weil es eben nicht so ist, dass Bäcker in unterschiedlichen Stadtteilen miteinander im Wettbewerb stehen; hier geht es vielmehr Industriezweige, die Produkte erzeugen, deren Preise auf dem Weltmarkt festgelegt werden –, muss man einfach feststellen, dass Deutschland auch Standortnachteile hat: Wir haben zum Beispiel höhere Löhne als andere; das ist gut so. Dafür haben wir auch eine höhere Produktivität.

Was das EEG angeht, Herr Kindler: Wenn man will, dass es in diesem Land Industriearbeitsplätze gibt, wenn man nicht will, dass wir uns so deindustrialisieren, wie es die USA oder England in den letzten Jahren gemacht haben, ist es sinnvoll, vernünftig und richtig, dass man für die deutsche Industrie etwas tut, dass man für gut bezahlte deutsche Industriearbeitsplätze etwas tut. Deswegen ist es notwendig, dass man hier ganz klar sagt: Es muss Ausnahmen vom EEG geben. Es muss möglich sein, dass man für Industriezweige, die im internationalen Wettbewerb stehen, etwas tut. Das sind keine Subventionen. Das hat etwas mit Wettbewerbsfähigkeit und Chancengleichheit zu tun.

Was Sie hier probieren, ist, dass Sie der deutschen Industrie einen Betonblock an den Fuß binden, damit sie nicht wettbewerbsfähig ist.

Ich kann die Grünen ja verstehen. Sie mögen es gut finden, wenn hier viele Unternehmen pleitegehen. Das kommt ihnen im Hinblick auf die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und anderes entgegen.

Im Kern stehen wir Sozialdemokraten, steht diese Koalition für eine erfolgreiche Industrielandschaft, für Arbeitsplätze, für starke Arbeitgeber und starke Arbeitnehmer in diesem Land. Da unterscheiden wir uns von den Grünen. Wir sind dafür, dass Unternehmen aus Hamburg, aus dem Ruhrgebiet und anderswoher auf dem Weltmarkt eine Chance haben. Dafür steht auch dieser Haushalt, und dafür steht auch diese Koalition. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

Am Ende stellt sich heraus, dass Grundkonsens in diesem Hause ist – von einigen Aufgeregten bei den

Grünen einmal abgesehen –, dass wir der deutschen Industrie ermöglichen wollen, im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu sein; dazu stehen wir. In meinem Wahlkreis hat mit Aurubis der interna-

tional größte Kupferhersteller seinen Sitz. Dieses Unternehmen muss sich im Wettbewerb bewähren. Dessen Wettbewerber kommen nicht aus Deutschland; sie sind international tätig. Alle Unternehmen dieser Branche sind demselben Preiskampf ausgesetzt.

Wenn wir es Unternehmen wie Aurubis nicht möglich machen, wettbewerbsfähig zu sein, dann haben sie keine Chancen. Wenn wir hier im Rahmen der Haushaltsberatungen darüber reden, wie wir das Geld ausgeben, dann müssen wir bedenken, dass dieses Geld erst einmal eingenommen werden muss, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir steuern die geringste Neuverschuldung seit 40 Jahren an.

Fortsetzung von Seite 13: Johannes Kahrs (SPD)

Das funktioniert nun einmal nur, wenn wir eine Industrie haben, die im weltweiten Wettbewerb Chancen hat.

Insofern sage ich – mit Verlaub, Herr Kindler –: Die hohlen Phrasen, die ich gehört habe, halte ich für falsch. Ich halte sie in der Sache für falsch, und im Hinblick auf die deutschen Arbeitsplätze und die deutschen Arbeitnehmer sind sie allemal falsch. Es gilt eben nicht, das EEG ausnahmslos umzusetzen. Vielmehr sollte man nach vernünftigen Kriterien vorgehen.

Man sollte immer die Folgen seines Tuns bedenken. Man muss weiter denken als von hier bis zum nächsten Birnbaum.

Wenn man sich den Haushaltsentwurf, den wir vorgelegt haben, anschaut, stellt man fest: Wir handeln vernünftig. Wir steuern die geringste Neuverschuldung seit 40 Jahren an. Das zeigt: Die Große Koalition funktioniert.

Das zeigt: CDU, CSU und SPD befinden sich auf einem guten Kurs.

Das zentrale Versprechen des Koalitionsvertrages, solide Staatsfinanzen für eine starke Zukunft zu schaffen, ist erfüllt; wir arbeiten daran, dass das so weitergeht.

Im nächsten Jahr wollen wir eine schwarze Null haben. Dass auch Rote für eine schwarze Null kämpfen, ist nichts Ungewöhnliches. Wir Sozialdemokraten haben schon in der letzten Großen Koalition dafür gekämpft, dass im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert wird. Der eingeschlagene Weg wird jetzt fortgeführt. Wenn wir im nächsten Jahr bei einer schwarzen Null landen, dann steht das im Einklang mit der mittelfristigen Finanzplanung. Die Schuldenbremse wird also eingehalten.

Das ist ein großes Versprechen. Es einzuhalten, ist für diese Große Koalition auch eine große Aufgabe. Sie wird uns die nächsten Jahre beschäftigen. Der Finanzminister, der sich hierhingestellt und gesagt hat, er stehe zu dieser schwarzen Null

und wolle durchziehen, was dafür notwendig sei, hat in den nächsten Jahren eine große Verantwortung; denn man muss dafür viele Bedingungen erfüllen. Jede Abweichung vom notwendigen Kurs wird für uns alle schwierig und problematisch. Wir stehen also nicht nur zum Ziel einer schwarzen Null, sondern haben mit dem Koalitionsvertrag und diesem Haushalt sehr viel dafür getan, dass dieses Ziel erreichbar ist.

Das Ziel einer schwarzen Null hat viel mit Generationengerechtigkeit zu tun. Wir sagen: Wir machen keine neuen Schulden mehr in diesem Land. Dazu stehen Sozialdemokraten und CDU/CSU.

Ich glaube, dass das etwas ist, was man gar nicht laut genug sagen kann. Dieser Haushalt ist der erste Schritt auf diesem Weg. Ab dem nächsten Jahr wird das so kommen.

Zur Kritik der Opposition. Die Opposition redet über 200 Millionen Euro hier, 600 Millionen Euro

da. Wir reden dann über 0,6 Prozent von 300 Milliarden Euro.

Ehrlich gesagt: Herr Kindler, man kann sich über vieles streiten, den ganzen Tag, aber es sollte schon einen Hauch von Substanz haben. Dass wir in so einem Haushalt Spielräume haben, das ist gut so.

Wir hatten Pech. Wir hatten Glück. Das eine zu betonen und das andere nicht, das ist ein bisschen grenzwertig. Ich verstehe, dass Sie Ihre neun Minuten Redezeit irgendwie füllen müssen, aber im Kern sollte man das schon ein bisschen substanzieller tun. Wir schätzen uns sehr – Sie haben auch zum Teil zugestimmt –, aber diese Kritik war nicht in Ordnung.

Ansonsten möchte ich noch eine Anmerkung machen. Von den Grünen ist kritisiert worden, wie man mit dem Stabilitätspakt umgeht. Ich glaube, besser als der Regierungssprecher gestern hätte man es gar nicht sagen können. Herr Sei-

bert hat das sehr vernünftig ausgeführt.

Er hat gesagt, dass beim Stabilitäts- und Wachstumspakt beide Worte gelten. Er hat gesagt, dass Fristverlängerungen möglich sind und dass es in der Vergangenheit auch schon dazu gekommen ist. Er hat gesagt: Negative wirtschaftliche Entwicklungen können beim Defizitverfahren berücksichtigt werden. Er hat gesagt: Die Investitionsklausel trägt größeren Strukturformen Rechnung. Er hat gesagt, dass die Bundesregierung zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt steht und auch eine flexible Anwendung für möglich hält. – An diesem Pakt wird nichts geändert. Wir brauchen beide Teile. Der Regierungssprecher hat es gestern festgestellt. Ich gehe davon aus, dass zwischen Bundeskanzlerin, Vizekanzler und Finanzminister kein Blatt Papier passt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU/CSU, Bundesminister für Finanzen:

Wir sind mit dem Haushalt 2014 auf einem guten Weg



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundesminister

Die Große Koalition arbeitet geschlossen. Das haben wir auch gerade in den Reden unserer beiden Berichterstatter des Haushaltsausschusses überzeugend gehört.

Eine kleine Anmerkung muss ich machen, Herr Kollege Kahrs – ich spreche in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –: Den Kollegen Barthle geben wir nicht her. Der bleibt schon bei uns.

Zunächst will ich mich nun bei den Kollegen im Haushaltsausschuss für die intensive Arbeit, für die große Unterstützung und die gute Zusammenarbeit bedanken. Der Erfolg dieser gemeinsamen Arbeit und der Anstrengungen kommt den Menschen in unserem Lande zugute; denen dienen wir alle gemeinsam.

Es gibt den Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Haushalts-

konsolidierung nicht. Dieser Widerspruch ist einer der verbreiteten Irrtümer, die wir seit Jahren konsequent widerlegen. Wir sind in Europa nicht nur Stabilitätsanker, sondern auch Wachstumslokomotive, und zwar mit einer Politik, mit der wir durch eine konsequente, stetige Rückführung der als Folge der Finanzkrise zu hoch gewordenen Verschuldung dafür sorgen, dass Vertrauen in unserem Lande wächst und deswegen der private Konsum und auch die Investitionen hoch sind. Entscheidend sind dabei nicht die öffentlichen, sondern die privaten Investitionen. Dafür muss man durch eine langfristige, stetige Finanz- und Haushaltspolitik die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Abbau der Verschuldung und keine Diskussion über Steuererhöhungen, das sind die wichtigen Parameter.

Deswegen haben wir eine wirtschaftliche Lage, die besser ist, als sie leider in vielen anderen europäischen Ländern derzeit ist. Das Institut für Weltwirtschaft hat in diesen Tagen prognostiziert, in diesem Jahr würden wir ein reales Wachstum von bis zu 2 Prozent und im kommenden Jahr von 2,5 Prozent haben. Die Lage hat sich gegenüber den amtlichen Schätzungen ein wenig verbessert. Daher haben wir im Vergleich zu den Steuer-schätzungen auch einen gewissen Spielraum, um auf Entwicklungen, die uns durch vorläufige Entscheidungen von Finanzgerichten ereilt und zu Abweichungen von der Steuerschätzung geführt haben, reagieren zu können. 2,0 Prozent Wachstum in diesem Jahr und 2,5 Prozent Wachstum im

kommenden Jahr, das ist eine ordentliche, am oberen Rand unseres Potenzialwachstums liegende wirtschaftliche Entwicklung. Das zeigt, dass wir wirtschaftlich auf einem erfolgreichen Kurs sind. Im Übrigen haben wir auch eine gute Lage am Arbeitsmarkt, was überhaupt nicht heißt, dass wir uns nicht weiter bemühen müssen, vorhandene und neu auftauchende Probleme schrittweise zu lösen. Aber mit diesem Haushalt haben wir Handlungsfähigkeit erzielt.

Ich will eine Bemerkung hinzufügen: Von unserer wirtschaftlichen Lage profitieren nicht zuletzt unsere Partner in Europa.

Nach Untersuchungen von wirtschaftswissenschaftlichen Instituten haben wir eine Exportelastizität von 0,9. Das heißt, wenn unser Export 10 Milliarden Euro höher ist, dann bewirkt das Vorlieferungen in Höhe von 9 Milliarden Euro durch unsere Partner in Europa nach Deutschland. Die anderen Länder profitieren von unserer wirtschaftlichen Stärke. Deswegen wäre es im Interesse europäischer Solidarität das Dummste, was wir machen könnten, wenn wir Deutschland schwächen würden.

Um insgesamt stärker zu werden, müssen auch wir Deutsche unserer Verantwortung ein Stück weit gerecht werden.

Herr Kollege Bartsch, mit allem Respekt, es geht schief, wenn Sie uns

in einer Rede in zwei Sätzen hintereinander vorwerfen, wir würden viel zu viel sparen und viel zu viele Schulden machen. Das muss schiefgehen. Sie können nicht gleichzeitig rechts und links überholen, wenn Sie einen Crash vermeiden wollen. Ich würde Ihnen raten: Überlegen Sie das nächste Mal, welche Tricks Sie machen. Sie können nicht ausführen, wir würden die Verschuldung unsinnig zurückführen, und gleichzeitig sagen, wir hätten die höchsten Schulden aller Zeiten. Es ist schade um den Versuch, eine seriöse Debatte zu führen.

Wir haben uns konsequent dafür entschieden – das entspricht übrigens europäischem Regelwerk; auch daran muss man erinnern –, dass wir die zu hohe Verschuldung schrittweise zurückführen, damit wir in einem Zeit-

Unsere Parameter: Abbau der Verschuldung und keine Diskussion über Steuererhöhungen.

raum von zehn Jahren – das werden wir wohl schaffen – auf eine gesamtstaatliche Verschuldung von 60 Prozent im Verhältnis zu unserer wirtschaftlichen Leistungskraft zurückkommen. Davon sind wir noch weit entfernt. Aber wir

können in dieser Legislaturperiode – wir sind auf einem guten Weg – die Verschuldung in der mittelfristigen Finanzplanung auf unter 70 Prozent senken. Das ist die entscheidende Voraussetzung. Dazu leistet dieser Haushalt einen wichtigen Beitrag, und zwar in diesem Jahr ohne strukturelle Neuverschuldung, mit einer Neuverschuldung von letztmalig 6,5 Milliarden Euro. Ich hoffe, dass wir es schaffen. Wenn uns nichts Unvorhersehbares dazwischenkommt, schaffen wir es auch, dass wir ab dem kommenden Jahr ohne Neuverschuldung auskommen. Das ist notwendig, weil wir damit die Wachstumskräfte stärken.

Wir erfüllen das, was wir im Koalitionsvertrag versprochen haben: Im

Rahmen des Haushalts stärken wir die öffentlichen Investitionen. Wir unterstützen die Länder und Gemeinden im Bereich von Bildung und Forschung zulasten des Bundeshaushaltes, damit sie ihre Handlungsfähigkeit in der Bildungs- und Forschungspolitik – vor allen Dingen geht es aber auch um eine Stärkung der kommunalen Investitionen – verbessern können. Wir bleiben dabei, dass wir die Forschungsausgaben – im internationalen Vergleich stehen wir mit an der Spitze – auf 3 Prozent unserer gesamtwirtschaftlichen Leistung fest-schreiben. Das haben wir im Koalitionsvertrag festgelegt. Das setzen wir mit diesem Haushalt und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung um.

Meine Damen und Herren, angesichts der Debatte über Investitionen will ich noch einmal sagen: Das Allerwichtigste bei diesem wahnsinnig schnellen Wandel in der technologischen Entwicklung, in dieser globalisierten, weltweit vernetzten Wirtschaft ist, dass wir in Forschung und Entwicklung an der Spitze bleiben. Deswegen ist die Aufrechterhaltung einer hohen Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in Deutschland ein Schlüssel für nachhaltiges Wachstum und damit für unsere Fähigkeit, angesichts unserer demografischen Entwicklung auch in Zukunft soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit gewährleisten zu können. Genau darum geht es in unserer Finanzpolitik.

Der Haushalt und diese Finanzpolitik schaffen auch Spielraum für private Investitionen. – Übrigens, Herr Bartsch, dass wir den Bundeshaushalt so spät verabschieden, hat damit zu tun, dass wir im letzten Jahr gewählt haben.

Das ist gar nicht anders möglich. Die Diskontinuität einer Legislaturperiode bedeutet, dass man den Haushalt erst einmal neu einbringen muss. Das Parlament braucht dann

ein paar Wochen Zeit, um intensiv zu beraten. Es ist mit Hochdruck gearbeitet worden. Deswegen weiß ich nicht, was Sie daran kritisieren, es sei denn, Sie haben etwas gegen Wahlen. Das war ja früher einmal umstritten. Das sollten wir aber nicht wieder tun, um es ganz ruhig zu sagen.

Es tut mir furchtbar leid, aber es war ein so alberner Vorwurf, dass man ihn doch einmal zurückweisen muss.

Wir gehen diesen Weg jedenfalls konsequent weiter. Es ist entscheidend, dass wir diese Linie auch so verfolgen, wie wir es gesagt haben.

Ich will den Bemerkungen Folgendes hinzufügen: Indem wir Vertrauen in die Verlässlichkeit unserer finanzpolitischen Handlungsfähigkeit schaffen und zugleich das Vertrauen darin schaffen, dass wir in den kommenden Jahren nicht die Steuern erhöhen, sorgen wir für bessere Rahmenbedingungen im Hinblick auf eine Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit. Genau darauf werden wir uns konzentrieren müssen.

Wir müssen weiter daran arbeiten, im Bereich der Mittelstandsfinanzierung die Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir müssen vor allen Dingen daran arbeiten – ich will nicht alles wiederholen –, dass wir die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen in unserem Lande verbessern. Wir müssen angesichts der Gewohnheit, viel weniger über den Kapitalmarkt zu finanzieren als in angelsächsischen Ländern, zumindest für die Start-up-Unternehmen eine bessere Wagniskapitalkultur schaffen.

Wir werden in unserer Politik die entsprechenden Anreize dafür schaffen, auch in steuerlicher Hinsicht. Denn genau darin liegt der Schlüssel für eine Verstärkung der Investitionstätigkeit in unserem Land.

Das muss im Übrigen auch der Weg für Europa sein. Wir brauchen in Europa genau denselben Weg: Zurückgewinnung von Vertrauen durch Festhalten am Stabilitäts- und Wachstumspakt und Stärkung der Investitionen durch eine effizientere Mittelverwendung in der Europäischen Union. Zu Beginn einer neuen Legislaturperiode im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission besteht eine Menge Handlungsbedarf. Darauf sollte man sich konzentrieren, anstatt eine Diskussion zu führen, bei der der Verdacht entsteht, man würde die alten Fehler wiederholen. Wir haben einen schweren Fehler gemacht, indem wir uns nicht an die Regeln gehalten haben. Wir sollten diesen Fehler nicht wiederholen. Wir sehen, dass der andere Weg der richtige ist. Diesen müssen wir konsequent weitergehen.

Im Übrigen möchte ich bei dieser Gelegenheit Folgendes sagen: Man hat unsere europäische Währung in den letzten Jahren totgesagt. Ich finde es doch ganz bemerkenswert, dass es uns entgegnet vielerlei Skepsis mit

der richtigen Politik - sie besteht darin, Solidarität denjenigen gegenüber zu zeigen, die Solidarität brauchen, aber Hilfe immer in Form von Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten; das bedeutet auch Konditionalität - gelungen ist, den Euro zu stabilisieren und ihn damit aus der Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten herauszuführen. Die Folge ist, dass wir heute wieder über eine der angesehensten Reservewährungen verfügen.

Ein Bericht der OECD beschäftigt sich mit den Ländern, die Strukturreformen durchführen. Es ist schon bemerkenswert, dass die Länder in Europa, die einem Stabilitätsprogramm unterlagen oder noch unterliegen, in der Durchführung von Strukturreformen am erfolgreichsten waren. Die wirtschaftlichen Erfolge sind in Irland, in Spanien, in Portugal, in Zypern und in Griechenland bei allen Schwierigkeiten nicht zu übersehen. Deswegen ist dieser Weg – solide Finanzen und Strukturreformen – der richtige, um die Länder aus den Schwierigkeiten herauszuholen.

Dass sich der Euro einer großen Anziehungskraft erfreut, zeigt die Tatsache, dass wir heute im Rahmen dieser Haushaltswoche zugleich über den Antrag der Republik Litauen, der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion beizutreten und den Euro als Umlaufwährung einzuführen, beraten. Ich bitte sehr darum, dass wir diesem Antrag zustimmen.

Litauen hat große, erfolgreiche Anstrengungen unternommen, seine Wirtschaft zu reformieren. Wenn ich manche Klagen in Europa höre oder lese und dann schaue, welche Anstrengungen unsere baltischen Partner in Europa erfolgreich unternommen haben, dann muss ich sagen: Man kann ein ganzes Stück daraus lernen. - Insofern ist der Antrag Litauens und die Empfehlung der Europäischen Kommission, dass Litauen zum 1. Januar 2015 der Währungsunion beitreten soll, wiederum ein Beweis dafür, dass dieser Weg der richtige ist. Wir gratulieren Litauen zu den erreichten Erfolgen und freuen uns auf ein weiteres Mitglied in unserer gemeinsamen europäischen Währung.

Wir sind mit dem Haushalt 2014 auf einem guten Weg. Die Finanzpolitik kann nicht alles – die Politik kann sowieso nicht alles –, aber sie kann die Weichen im Hinblick auf die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit so stellen, dass die Menschen Arbeit und Beschäftigung haben und die soziale Sicherheit in diesem Lande besser gewährleistet ist als in den meisten anderen Ländern dieser Welt. Das ist die Aufgabe unserer Finanzpolitik. Deswegen wünsche ich mir für die Haushaltsberatungen in dieser Woche, dass wir uns in genau diesem Geist um die bestmöglichen Lösungen bemühen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Alexander Ulrich, DIE LINKE:

Die Lösung bedeutet mehr Steuergerechtigkeit



Alexander Ulrich (*1971)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Herr Schäuble, Sie haben sich an mehreren Stellen mit der sehr guten Rede von Herrn Bartsch auseinandergesetzt. Das zeigt, dass unsere Kritik angekommen ist. Aber Sie haben dann versucht, einen Widerspruch aufzumachen. Wir wollen daher nochmals versuchen, es Ihnen zu erklären: Sie sparen auf Kosten der zukünftigen Generationen, Sie sparen auf Kosten der Sozialversicherungen, Sie sparen auf Kosten der Kommunen, und trotzdem sind Sie der Schuldenfinanzminister Deutschlands. Das ist der Widerspruch, den Sie nicht erkennen können. Die Lösung liegt darin, mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen. Wir müssen das Geld dort abholen, wo es vorhanden ist.

So könnte man in die Zukunft investieren und einen soliden Haushalt aufstellen.

Herr Kahrs, Sie prahlen hier damit, dass kein Blatt Papier mehr zwi-

schen CDU/CSU und SPD passt. Ich möchte einmal daran erinnern: Es war der SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück – manche erinnern sich noch an ihn –, der im Wahlkampf gesagt hat: Mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Land wird es nur mit mehr Steuergerechtigkeit geben. – Dieser Haushalt leistet keinen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit. Infolgedessen, Herr Steinbrück, ist dieser Haushalt unsozial; aber die SPD sagt, es passe kein Blatt Papier zwischen sie und die CDU/CSU. Auch Sie von der SPD stehen für einen unsozialen Haushalt 2014.

Herr Schäuble, Sie haben den Beitritt Litauens zur Euro-Zone angesprochen; auch ich will über dieses Thema reden. Mit Litauen soll nun ein neues Mitglied in die Euro-Zone aufgenommen werden, obwohl die Probleme noch lange nicht gelöst sind. Eine Vergrößerung der Euro-Zone löst ihre strukturellen Probleme nicht. In den letzten Jahren ist ganz deutlich geworden, dass die Europäische Währungsunion eine Fehlkonstruktion ist. Von der Einführung des Euros bis zum Ausbruch der ersten großen Krise hat es keine zehn Jahre gedauert. Diese Krise hält nun schon seit sechs Jahren an, und ein Ende ist nicht in Sicht.

Wenn wir einen krisenresistenten Euro wollen, dann müssen wir seine Konstruktionsfehler beheben. Das bedeutet zum Beispiel: ein Ende des

Steuerdumpings, massive öffentliche Investitionen und eine strenge Regulierung der Finanzmärkte. Deutschland muss endlich seine riesigen Außenhandelsüberschüsse abbauen: durch höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen. Solange diese grundlegenden Korrekturen nicht vorgenommen worden sind, ist es unverantwortlich, die Euro-Zone zu vergrößern.

Eine Vergrößerung der Euro-Zone löst ihre strukturellen Probleme nicht.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Litauen die Maastricht-Kriterien einhält und damit die Beitrittsvoraussetzungen formal erfüllt. Auch das wissen wir spätestens seit der

Krise: Diese Kriterien sind keine vernünftige Grundlage für eine Beitrittsentscheidung. Gerade jene Faktoren, die bei der Krisenentstehung ganz entscheidend waren – Lohnniveau, Produktivität, Größe des Finanzsektors, private Verschuldung –, werden überhaupt nicht berücksichtigt.

Wir stimmen auch deshalb nicht zu, weil es sich offensichtlich um eine Entscheidung gegen die litauische Bevölkerung handelt. Laut Eurobarometer sind 56 Prozent gegen den Euro-Beitritt. Die Regierung Litauens verweigert ein Referendum. Wir sind der Meinung, dass ein solch wichtiger, zukunftsweisender Schritt auf keinen Fall gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden darf. Das ist ein Grund, warum wir heute nicht zustimmen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Hans-Ulrich Krüger, SPD:

Haushalt ist Zeugnis des Gestaltungswillens der Koalition



Hans-Ulrich Krüger (*1952)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Der in dieser Woche zur Verabschiedung vorliegende Haushalt des Jahres 2014 ist Zeugnis der Leistungsfähigkeit, der Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch des Gestaltungswillens der Großen Koalition. Wir sind auf dem Weg – es klang schon mehrfach an –, im nächsten Haushaltsjahr ohne neue Verschuldung auszukommen. Insgesamt betragen die Ausgaben 296,5 Milliarden Euro, die Nettokreditaufnahme beträgt 6,5 Milliarden Euro. Das ist die niedrigste Neuverschuldung seit 40 Jahren; da waren einige von uns – ich gehöre bedauerlicherweise nicht dazu – noch gar nicht geboren. Natürlich ist

es auch das Ergebnis des aktuellen entschlossenen Handelns. Es ist aber auch das Ergebnis mutiger Reformen in der Vergangenheit unter Gerhard Schröder – daran darf man am heutigen Tag erinnern –, die dazu geführt haben, dass wir andere Akzente gesetzt haben als unsere Nachbarländer. Die Früchte unserer Bemühungen dürfen wir heute ernten.

Wir gestalten also auf der einen Seite einen strukturell ausgeglichenen Haushalt, auf der anderen Seite haben wir in den Koalitionsverhandlungen

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15: Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD)

ein gutes, sozial gerechtes und vor allen Dingen auch finanzierbares Investitionsprogramm kreiert.

Der Einzelplan 08, also der Finanzhaushalt, ist im Großen und Ganzen ein reiner Verwaltungshaushalt. Er ist unstrittig in die Haushaltsplanberatungen hinein- und nahezu unstrittig wieder herausgekommen, und das ist auch gut so. Er weist ein Ausgaben Soll von knapp 5,2 Milliarden Euro aus. Das ist im Wesentlichen unverändert geblieben. Das Soll stieg gegenüber 2013 um 170 Millionen Euro. Der Löwenanteil, wie bei derartigen Haushalten üblich, entfiel durch Aufstockungen und Gehaltssteigerungen auf den Bereich Personal.

In diesem Fall gibt es eine Besonderheit, die wir als Parlament nicht vergessen sollten. Zum 1. Juli 2014 übernimmt der Bund den Einzug der Kfz-Steuer. Bereits seit dem Jahre 2009 bekommen wir die Erträge aus dieser Steuer aufgrund einer diesbezüglichen Vereinbarung überwiesen, müssen den Ländern aber, die seitdem im Wege der Organleihe für uns tätig sind, 170 Millionen Euro pro Jahr zahlen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Aufstockung des Personal-etats in einem anderen Licht, wenn man bedenkt, dass diese 170 Millionen Euro Verwaltungsaufkommen nunmehr wegfallen werden.

Diese große Aufgabe ist – mein Dank gebührt insbesondere den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Finanzministers – bravourös gemeistert worden, indem qualifiziertes Personal aus Überhängen anderer Ressorts, zum Beispiel des Verteidigungsressorts, aber auch der Deutschen Bahn AG oder der Nachfolgeunternehmen der Post, zum Beispiel Vivento, übernommen wurde. Insgesamt wurden wir mit qualifizierten Damen und Herren versorgt, die bei uns, entsprechende Leistungsbereitschaft und -qualität vorausgesetzt, nunmehr einen sicheren Arbeitsplatz finden. Es ist gut, dass diese Aufgabe relativ reibungslos vollzogen wurde.

In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses ist es im Rahmen der berühmten Bereinigung zu weiteren wichtigen Verbesserungen gekommen, die ich an dieser Stelle kurz Revue passieren lassen möchte.

Insbesondere ist für mich die Erhöhung der Städtebauförderungsmittel von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro von Bedeutung. Das Programm „Soziale Stadt“ erhält 150 Millionen Euro. Darauf können wir aufbauen und sagen: Daraus entwickeln wir ein Leitprogramm der Städtebauförderung zugunsten von Stadtteilanierungen in Kommunen, die es dringend nötig haben.

Parallel dazu haben wir – hier werden wir uns in den kommenden Jahren verstärkt anstrengen müssen – Investitionszuschüsse für die Neuaufgabe des Programms „Altersgerechter Wohnraum“ beschlossen. Denn – und das ist völlig klar – wir werden nicht nur alle älter, wir wollen auch während des Alterwerdens vermehrt in unserem angestammten sozialen Umfeld bleiben, aber nur 1 Prozent des gesamten

Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik Deutschland ist altersgerecht. Von daher benötigen wir bis 2020 2,5 Millionen zusätzliche Wohnungen, welche mindestens das Kriterium „barrierearm“ erfüllen. Dieser Herausforderung müssen wir uns nicht irgendwann stellen, sondern wir müssen uns ihr jetzt stellen. Mit dem vorliegenden Haushalt schaffen wir einen vernünftigen Einstieg. Nun gilt es, diesen Bereich noch mehr in unseren Fokus zu rücken und weiter auszubauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle haben dafür gekämpft, dass die Mittel für Integrationskurse nicht weiter gekürzt werden.

40 Millionen Euro sind hierfür veranschlagt. Diese 40 Millionen Euro gerettet zu haben, das ist eine Leistung. Jeder, der in seinem Wahlkreis Träger der Erwachsenenbildung hat, weiß, wie sehr sich diese um Migrantinnen und Migranten kümmern, die ihrerseits ihren Platz in unserer, hoffentlich dann in unserer gemeinsamen Gesellschaft finden wollen. Er weiß vor diesem Hintergrund, wie wichtig jeder einzelne Euro ist, der in diesem Bereich ausgegeben wird. Das ist gut so, und zwar sowohl aus moralisch-ethischen als auch aus volkswirtschaftlichen Gründen.

Erwähnen möchte ich auch noch zwei Einzelpositionen:

Durch die Erhöhung des Zuschusses für die Bundeszentrale für politische Bildung haben wir die Möglichkeit, einen Akzent zu setzen; denn im Rahmen der politischen Aufklärung wird für alle Menschen in Deutschland Gutes getan.

Durch die Erhöhung der Mittel für das THW untermauern wir nun das, was wir in Sonntagsreden allzu oft betont, aber allzu selten untermauert haben. Wir sorgen dafür, dass die Menschen, die sich einem bestimmten Leitgedanken verpflichtet fühlen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, die in ihrer Freizeit aus Solidarität ihre Knochen hinhalten, um bei Katastropheneinsätzen etc. zu helfen, eine vernünftige Ausbildung und eine vernünftige Ausrüstung erhalten. Das ist das, was wir unter Respekt vor dem Ehrenamt, unter Respekt vor solidarischer Leistung verstehen.

Parallel dazu haben wir in den letzten Wochen die -prioritären Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt: Die Anerkennung von Lebensleistung von Menschen im Rahmen unseres Rentenpakets, die Anerkennung von Kindererziehungszeiten, die Erhöhung der Erwerbsminderungsrente – das sind Dinge, die wir im Rahmen der Großen Koalition beschlossen und in die Tat umgesetzt haben. Wir haben auch den Haushaltsansatz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf rund 14 Milliarden Euro erhöht; auch diesen Beschluss haben wir umgesetzt.

In den nächsten Wochen wird es darum gehen – das ist ein wesentlicher Baustein dieses Themenpakets –, die Einführung des Mindestlohns zu beschließen, damit jeder, der vollschichtig arbeitet, in bescheidenem Rahmen von seinem Lohn leben kann

und nicht staatlicher Hilfe anheimfällt. Dieser Satz soll und muss gelten. Es darf kein Erfolgsmodell sein, dass Unternehmen ihren Mitarbeitern sagen: Ich zahle dir wenig, hol dir doch den Rest vom Sozialamt. Mit dieser unwürdigen Situation muss endlich Schluss gemacht werden. Von daher möchte ich an dieser Stelle mit Blick auf die anstehenden Debatten an die Zweifler appellieren, an diejenigen, die Bedenken haben beziehungsweise. Ich bitte Sie, Ihre Bedenken zugunsten einer vernünftigen Lösung zu überwinden und einen grundsätzli-

chen Mindestlohn ab dem 1. Januar 2015 einzuführen. Die Gewährung dieses Mindestlohns – das sage ich als Berichterstatter für den Einzelplan 08 – muss dann aber auch kontrolliert werden. Von daher kündige ich bereits jetzt an, dass wir uns in den Haushaltsberatungen der nächsten Jahre darüber zu unterhalten haben – je nach Ausgestaltung der Kriterien für die Kontrolle –, wie viele Damen und Herren zur Ausgestaltung eines effizienten Kontrollsystems eingesetzt beziehungsweise übergeleitet werden können und sollen.

Das ist aber kein Thema für heute, sondern für den schon mehrfach beschworenen September.

Jetzt möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Als Neuling im Haushaltsausschuss habe ich festgestellt, dass das Klima von gegenseitigem Vertrauen, gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Anerkennung getragen ist. Das ist gut so und das sollte, denke ich, auch in den nächsten Jahren so bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ekin Deligöz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie verwalten nur den Status quo



Ekin Deligöz (*1971)
Landesliste Bayern

Wir zeigt die heutige Debatte meines: Was die Zukunftsgestaltung des Haushalts angeht, kann die Große Koalition leider nur das ganz kleine Karo.

Der Kollege Krüger müsste sich hier nicht – Zitat – auf die letzten mutigen Reformen von Schröder in der rot-grünen Zeit berufen. Sie sind Teil der Großen Koalition, Sie sind in Verantwortung und könnten gestalten. Stattdessen verwalten Sie nur den Status quo.

Schlimmer noch: Sie haben noch nicht einmal den Anspruch, für die Zukunft zu gestalten.

Dabei könnten die Rahmenbedingungen gar nicht besser sein als jetzt: eine brummende Konjunktur, noch sind die sozialen Sicherungssysteme stabil, gute Steuereinnahmen und historisch niedrige Zinsen. Das sind die Bedingungen, die eigentlich dazu prädestinieren, die Dinge in die Hand zu nehmen und Reformen durchzuführen. Vor allem verpflichten sie, heute schon an morgen, an den demografischen Wandel und die Entwicklung dieses Landes zu denken. Stattdessen rechnen Sie sich in Nacht-und-Nebel-Aktionen im Haushaltsausschuss so lange alles so zurecht, bis es irgendwie passt, damit Sie keine strukturellen Veränderungen herbeiführen müssen.

In einem irren Sie sich aber. Sie glauben, das alles sei auf immer und

ewig festgeschrieben. Ist es aber nicht! Das alles ist sehr fragil. Sie bauen den Haushalt und auch Ihre Konsolidierung auf Sand. Sie brauchen die strukturellen Reformen. Sie müssen – wir Grünen machen Ihnen dafür Vorschläge – eine ehrliche Ausgabenkritik durchführen. Wir brauchen den systematischen Subventionsabbau, und wir brauchen auch die Investitionen in Infrastruktur. Leider gehen Sie all diese Sachen nicht an, weil Sie hier nicht zuletzt die Debatte in Ihren eigenen Reihen fürchten. Da müssen Sie ehrlich zu sich selbst sein.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen. Schauen Sie sich den Bereich Bildung an. Sie haben groß herumgetönt – 6 plus 3 Milliarden Euro –, wie viel Geld in diesem Bereich investiert wird.

Es gibt keine Rede, in der nicht erwähnt wird, wie wichtig diese Investitionen sind.

Aber was machen Sie? Sie verschieben es, Sie verschleiern, Sie reden sich das gegenseitig irgendwie glatt, und es passiert erst einmal nichts.

Jenseits dessen, dass wir noch einmal darüber reden müssen, ob das Geld überhaupt ausreichen wird, passiert nichts, vor allem nichts Verbindliches.

Herr Schäuble, Sie reden davon, wie wichtig die FuE Mittel, also die Mittel für Forschung und Entwicklung, in diesem Lande sind. Wir stimmen Ihnen da absolut zu. Da sind wir komplett bei Ihnen. Die Zukunft der Wissenschaftspakte in diesem Lande aber ist komplett offen. Die Universitäten warten insbesondere im Hinblick auf Planbarkeit geradezu darauf, dass sie irgendwelche Antworten beziehungsweise Zusagen von Ihnen bekommen. Eine Antwort darauf von Ihnen gibt es jedoch noch nicht. Allein das zu beschwören, bringt dieses Land nicht weiter.

Zur Bafög-Reform: Viele reden nicht darüber. Jetzt zieht die zweite Generation von Studierenden an uns vorbei, die immer noch darauf wartet, dass es irgendwelche Reformen und Strukturveränderungen in diesem Bereich gibt. Von Ihnen kommt da – außer Verschiebebahnhöfen – nichts.

Schlimmer noch! Der demografische Wandel ist für dieses Land wahrscheinlich die größte Herausforderung überhaupt. Auch darin haben Sie recht, auch darin stimmen wir zu. Was aber ist Ihre Antwort darauf? Sie greifen in die Sozialkassen und konsolidieren Ihren Haushalt auf Kosten der Beitragsmittel beziehungsweise durch die Leistungen der Beitragszahler. Der Gesundheitsfonds und die Rentenkasse werden komplett leergemacht. Die Bundesagentur für Arbeit liegt schon an der kurzen Leine. Sie könnte inzwischen noch nicht einmal bei der kleinsten Krise reagieren,

um den Arbeitsmarkt wieder zu stabilisieren. Sie machen das ohne Rücksicht auf alle Erkenntnisse, die wir über den demografischen Wandel und die Kosten haben, die noch auf uns zukommen werden.

Eine nachhaltige Politik der Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen, schaut anders aus. Mit diesem Haushalt können Sie das noch nicht darlegen. Aber der nächste Haushalt kommt bestimmt, und mir fehlt das Vertrauen in die Große Koalition, dass Sie das irgendwie hinkriegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine nachhaltige Politik der Verantwortung, liebe Kollegen, schaut anders aus.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Lothar Binding (SPD), Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen), Norbert Brackmann (CDU/CSU), Christian Petry (SPD) sowie Bartholomäus Kalb und Uwe Feiler (beide CDU/CSU).



Der Bundes-Haushalt

Was wurde entschieden?

Lebens-Versicherungen

Was soll sich ändern?



Der Bundes-Haushalt 2014 – Was wurde entschieden

Wie sieht der Bundes-Haushalt aus? Und das im Jahr 2014.



Das steht im Bundes-Haushalts-Plan:

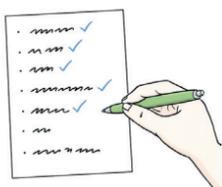
- Was nimmt der Bund wahrscheinlich ein? Und das in einem Jahr.
- Und was gibt der Bund wahrscheinlich aus? Und das in einem Jahr.

Der Plan zeigt das, was die Regierung vorhat.

Er sagt:

Wie viel Geld wird für was ausgegeben?

Und wie bekommt man Geld, um das zu bezahlen?



Der große Bundes-Haushalts-Plan hat mehrere Einzel-Pläne.

Das ist übersichtlicher.

Der Bund bekommt Geld durch:

1. Steuern

Steuern werden von jedem Bürger bezahlt.

Der Bund benutzt das Geld für Dinge, die alle brauchen.



Es gibt verschiedene Steuern. Zum Beispiel



- die Mehr-Wert-Steuer
Die Mehrwert-Steuer bezahlt man. Und zwar, wenn man etwas kauft.

- die Lohn-Steuer
Die Lohn-Steuer wird direkt vom Lohn abgezogen. Und das, bevor man ihn bekommt.



- die Tabak-Steuer
Tabak-Steuer zahlen alle Leute, die sich Zigaretten kaufen.

2. Gebühren

Ein Bürger muss einen Geld-Betrag an den Bund zahlen.



Und das, wenn der Bund etwas für den Bürger macht.

Zum Beispiel:

Der Bund stellt einen neuen Personal-Ausweis aus



2. Geld für Infra-Struktur

Das ist zum Beispiel:

- Geld für Auto-Bahnen
- Geld für Eisen-Bahnen

Eine gute Infra-Struktur sorgt für gute Rahmen-Bedingungen.

Und das für die Wirtschaft.

Und für die Menschen in Deutschland.

Zum Beispiel beim:

- Wohnen
- oder Arbeiten



3. Kredite

Der Bund nimmt Kredite auf.

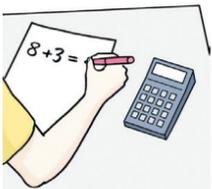
Das heißt:

Er leiht sich Geld.

Dieses Geld ist eine Einnahme.

Und das im Bundes-Haushalt.

Es darf aber nur für Investitionen ausgegeben werden.



Investitionen sind Geld-Beträge.

Sie werden für Sachen ausgegeben, die lange halten.

Also lange genutzt werden können.

Zum Beispiel:

- Krankenhäuser
- Flug-Häfen
- oder Straßen



3. Geld für Bildung

Der Bund gibt Geld an Studenten.

Dieses Geld heißt:

Berufs-Ausbildungs-Förderung.

Kurz sagt man: Bafög.

So können viele Menschen gut ausgebildet werden.



Das ist wiederum gut für den Bund.

Denn:

Gemeinsam können sie Deutschland dann voran bringen.



Ausgaben

Der Bund gibt Geld aus.

Und das vor allem für die Gemeinschaft.

Dazu gehören:

1. Sozial-Leistungen

Sozial-Leistungen sind Geld-Beträge.

Dieses Geld ist für Menschen.

Diese Menschen haben kein Geld.

Und das aus verschiedenen Gründen:

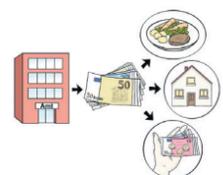
- sie finden keine Arbeit
- oder sie sind krank.



Der Bund gibt ihnen Geld.

Und zwar zum Beispiel für:

Essen, Wohnung und Kleidung.



4. Geld für Forschung

Es wird zum Beispiel darüber geforscht:

1. Wie kann man Krankheiten bekämpfen?

2. Wie kann man Computer noch schneller machen?

3. Wie bekommt man Energie für Strom und Wärme?

Und das, ohne der Natur zu schaden.



5. Geld für Umwelt-Schutz

Mit dem Geld wird zum Beispiel das Klima geschützt.

Denn:

Auf der Erde wird es immer wärmer. Dagegen will man etwas tun.

Wie geht das?

- Auto-Abgase werden gefiltert.
- und Energie holt man aus erneuerbaren Stoffen.



Das sind zum Beispiel Wasser oder Wind.

Das kostet erst einmal viel Geld.

Der Bund musste Schulden machen

Und das seit vielen Jahren.

Das heißt:

Er hat mehr ausgegeben, als er eingenommen hat.



Das muss nun wieder in Ordnung gebracht werden.

Deshalb gibt es jetzt die „Schulden-Bremse“.

Das bedeutet:

Der Bund darf keine Schulden mehr machen.

Und das ab dem Jahr 2015.

Die Regierung will aber trotzdem viel Geld investieren.

Das heißt:

Sie gibt Geld aus.

Mit diesem Geld kann dann viel entstehen.



Der Bund gibt wohl fast 300 Milliarden Euro aus.

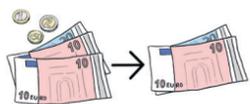
Und das im Jahr 2014.

Und der Bund borgt sich neues Geld.

Das sind über 6 einhalb Milliarden Euro.

Vorher war das immer mehr.

Und das in den letzten 40 Jahren.



Wer macht den Bundes-Haushalts-Plan?

Es wird erst einmal ein Entwurf vom Bundes-Haushalts-Plan gemacht.

Und das im

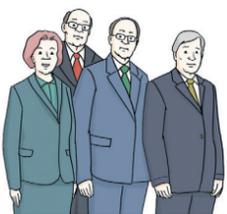
Bundes-Finanz-Ministerium.

Das Ministerium arbeitet für den Finanz-Minister.

Er gehört zur Regierung.

Er und das Ministerium kümmern sich um alles, was mit Geld zu tun hat.

Also um die Einnahmen und Ausgaben vom Bund.



Wird der Plan dann so durchgeführt?

Das entscheiden Bundes-Tag und Bundes-Rat.

Vorher wird der Plan besprochen

Und das mit allen Fraktionen.

In den Fraktionen sitzen Abgeordnete.

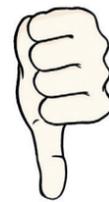
Und das aus einer bestimmten Partei.

In der SPD-Fraktion sitzen also zum Beispiel Abgeordnete aus der Partei SPD.

Die Fraktionen CDU/CSU und SPD stellen die Regierung.



Die Politiker von der Regierung finden den Plan gut.



Die Politiker von der Fraktion Die Linke finden:

Der Plan ist schlecht.

Und das vor allem für:

- Menschen, die Arbeit suchen
- Rentner
- und Kranke



Und sie finden:

Man muss mehr Geld für Sachen in der Zukunft ausgeben.

Denn:

Sonst gibt es später Probleme.

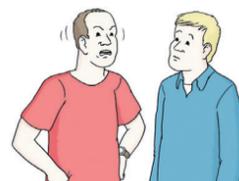
Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen findet:

Der Plan geht von etwas aus.

Und zwar, dass der Bund viele Einnahmen hat.

Und das in Zukunft.

Das ist aber noch unklar.



Lebens-Versicherung - Was soll sich ändern?



Viele Menschen schließen Versicherungen ab.

Sie sichern sich damit ab. Und zwar gegen Schäden.

Sie zahlen einen Beitrag.

Das bedeutet:

Sie bezahlen Geld in eine Kasse ein.

Sie tun das regelmäßig.

Zum Beispiel jeden Monat.



Die Versicherung zahlt dann.

Und zwar wenn etwas passiert.

Die Versicherung kann das bezahlen.

Sie hat Geld gesammelt.

Und das von vielen Leuten.

Diese Leute haben alle Versicherungen abgeschlossen.

Und es ist unwahrscheinlich, dass allen gleichzeitig etwas passiert.



Viele Menschen schließen Lebens-Versicherungen ab

Die Versicherung arbeitet mit einem Teil von dem Beitrag.

Und das auf dem Geld-Markt.

Das heißt, sie kauft Dinge.

Diese Dinge sind nach einer gewissen Zeit mehr wert.

Die Versicherung kann den Kunden dann Geld geben.

Dieses Geld heißt Zinsen.

Zurzeit gibt es aber weniger Zinsen.

Und das auf dem Geld-Markt.

Deshalb verdient die Versicherung weniger.

Das hat eine Folge:

Die Kunden bekommen weniger Zinsen.

Und zwar von der Versicherung.

Der Kunde sichert mit einer Lebens-Versicherung etwas ab.

Und zwar seine Familie.

Wenn er stirbt, bekommt die Familie Geld.



Deshalb wird ein anderer Teil vom Beitrag zurückgelegt.

Und das für den Notfall.

Das heißt, wenn Kunden sterben.

Wenn weniger Kunden sterben als gedacht, bleibt etwas vom zurückgelegten Geld übrig.

Die Versicherung behält einen kleinen Teil von dem Geld.

Der große Teil wird auf die Kunden verteilt.



Nun soll sich etwas ändern

1. Es soll ein noch größerer Teil von diesem Geld an die Kunden verteilt werden.

2. Man soll weniger Zinsen bekommen.

Und zwar, wenn man eine Lebens-Versicherung neu abschließt. Denn:

Die Versicherungen bekommen auch weniger Zinsen.

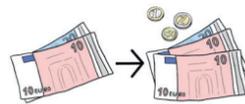
Und das auf dem Geld-Markt.

3. Versicherungen gehören meistens vielen Aktionären.

An sie dürfen die Versicherungen in Zukunft kein Geld auszahlen.

Und zwar dann, wenn sie den Kunden das Geld nicht mehr geben können.

Und zwar das Geld, das sie den Kunden versprochen haben.



Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



Nachrichten Werk

Übersetzungen in leichte Sprache

www.nachrichtenwerk.de

Die Bilder sind von Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.

Titel-Bild: © Deutscher Bundestag Marc-Steffen Unger